J. publ. g. 424 f (3

<36614765420016

<36614765420016

Bayer. Staatsbibliothek

A

Das

erste deutsche Parlament.

Dritter Band.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Das

erste deutsche Parlament.

Von

Heinrich Laube.

Dritter Band.

Leipzig,

Weidmann'sche Buchhandlung.

1849.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

III.

Die Reichsversammlung.

Bayerische Staats-Bibliothek München

1.

Nachdem die ersten Abschnitte der Verfassung, „Das Reich" und „Die Reichsgewalt", angenommen waren in der Paulskirche, veränderte man den bisherigen officiellen Namen des deutschen Parlamentes. Die „deutsche konstituirende Nationalversammlung" hieß nun: „verfassunggebende deutsche Reichsversammlung".

Diese ersten Abschnitte der Verfassung erschienen am 19. Oktober 1848 in der Paulskirche; also ungefähr ein halbes Jahr nach Eröffnung der Nationalversammlung. Die Debatte darüber begann ominös genug mit dem Streite über Schleswig. Die Mehrheit im Verfassungsausschusse und ebenso die meisten und wichtigsten Abgeordneten aus Schleswig-Holstein selbst wollten, „daß die Verhältnisse Schleswigs definitiver Anordnung vorbehalten blieben". Die Linken aber wollten, daß Schleswig ohne Weiteres zum deutschen Reiche gerechnet, und nur die Grenzbestimmung wie bei Posen vorbehalten werde.

Gleich bei diesem ersten Paragraphen erhielt die Mehrheit des Verfassungsausschusses auch die Mehrheit in der Paulskirche, und dies ist fast durchgehends eingetreten bei allen wichtigen Voten über die Verfassung. Der erste Paragraph wurde noch am 19. Oktober angenommen wie er vorgeschlagen war, dahin lautend:

„Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. — Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmungen im Großherzogthume Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.“

Der nächste Paragraph aber schon brauchte eine Woche, nachdem er mehrere Wochen lang in Vorversammlungen und Klubbs debattirt worden war. Er enthielt den Schlüssel zur ganzen Stellung eines deutschen Reiches: das Verhältniß zu Oesterreich. Paragraph Zwei und sein Nachbar Paragraph Drei sind berufen und beschrieen worden vom Aufgange bis zum Niedergange. Mit Recht, wenn man keinen Bundesstaat mit Volksvertretung wollte; mit Unrecht, wenn man diese Form wollte. Alle Welt aber wollte sie, ja wollte sie wenigstens!

Ehe wir eintreten in diese Frage, an welche sich die Lösung der ganzen deutschen Verfassung knüpfte, muß dargestellt werden: wie sich auf der Wetterscheide vom September zum Oktober die Gruppirung der Parteien geändert, und wie sich alte und neue Führer entwickelt hatten.

Zeit und Veranlassung war dazu dagewesen. Das Benehmen der linken Seite nach den blutigen Scenen des 18. Septembers war ein Beschönigen, ja fast ein Gutheißen des blutigen Aufstandes gewesen; die Haltung der Centren hatte sich von einer so herzschwachen Mattigkeit gezeigt, daß selbst eine Ansprache an die Nation in Betreff des eben erfolgten grimmigen Attentates keine hinreichende Unterstützung gefunden hatte. So ging es nicht weiter, und es war nun doch endlich im weiten Centrum das Bedürfniß aufgewacht: man müsse sich schärfer sondern, man müsse sich gleichartiger und geschlossener zusammenschaaren. Dies Bedürfniß äußerte sich am Lebhaftesten im linken Centrum. Der Würtemberger Hof, welcher es fast allein bildete, war sich seiner gar so verschiedenartigen, durchaus nicht zusammen verträglichen Bestandtheile bewußt geworden. Die Ausscheidung nach links, welche er schon im Spätsommer erfahren, hatte durchaus nicht genügt, ihn auf gleichartige Theile zurückzuführen. Was sich damals als Uebergang zur Linken, als Fraktion in der „Westendhalle" abgesondert hatte unter Führung von Schoder, Heinrich Simon, Raveaux und Reh, das hatte noch zahlreiche nahe verwandte Elemente im Würtemberger Hofe zurückgelassen, wie Giskra, von Hermann, Mittermaier, mit welchen die rechte Seite dieses Klubbs, Wernher von Nierstein, Widenmann, Rümelin, Stedmann, Hans von Raumer, von Breuning und Genossen, durchaus nicht mehr gehen konnten.

Blieb so Verschiedenartiges zusammengewürfelt, so wurde

der Gang der Nationalversammlung unsicher und schwankend. Denn schon seit längerer Zeit wurden dadurch die Abstimmungen verwirrt. Namentlich die unvorbereitet eintretenden. Und daß es an denen nicht fehlte, dafür sorgten die immer ärger werdenden Interpellationen und „dringlichen Anträge". Beispielsweise sei aus der wüsten Zwischenzeit von Mitte September bis Mitte Oktober ein Tag hervorgehoben, um dem Leser einen vielleicht vergessenen Eindruck wieder zu erwecken. Es war der 16. Oktober, an welchem zuerst Herr Förster aus Hünfeld mit provinziellem Pathos langen Athems „anrief" über Ungarn, die Moldau und Walachei zur Beunruhigung des kleinen Mannes auf abgesondertem Polstersessel unter der Damengalerie links. Dort saß gescheitelten Hauptes und im Attilarocke magyarischer Phantasie Herr Eisenmann, welcher Ungarn als Interpellations-Domaine behandelte, und jeden vorsprengenden Anrufer zu unterbrechen pflegte, damit seine Zeitungslektüre zur Kenntniß und damit noch mehr Zeit in Verlust käme. Umsonst murmelte sein Nachbar, der nichts als die bairische Heimath mit ihm gemein und dort neben ihm wie in partibus infidelium seinen Platz hatte, umsonst murmelte Herr von Beisler abmahnend; das heiße Blut ließ den zappelnden Eisenmann nicht sitzen, und wohl nur dieser äußerlichen Nachbarschaft und der Namensklänge halber nannte man diese Gruppe „Eisele und Beisele", denn Herr von Beisler ist ein gesetzter, fester Mann, welcher sich in diese Interpellationen „fliegender Blätter" niemals mischte. Kaum aber saß der

unterbrechende Eisenmann wieder, so kam ausnahmsweise an jenem Tage auch einmal einer von der Rechten, um „anzurufen". Er ist nur dies einzige Mal auf der Rednerbühne gesehn worden, oder vielmehr nicht gesehn worden. Denn die Kürze seines Leibes reichte nicht über das Pult hervor; man sah nur sein großes Blatt Papier. Es enthielt einen malitiösen Trumpf gegen die laufenden Interpellationen, nämlich eine Anfrage: ob das Reichsministerium noch nichts angeordnet habe gegen die Mörder Latour's?! Der kleine Anrufer war natürlich Detmold, welcher diese störende Bemerkung in die täglichen Aufforderungen der Linken, „die glorreiche Revolution in Wien zu unterstützen", werfen wollte. Er war kaum verschwunden, so stand schon der glorreiche Schmidt von Löwenberg da und wollte die Namen derjenigen Beamten wissen, welche die „Flugblätter" von Jürgens, eine Zeitschrift der Rechten welche damals erschien, unter Reichssiegel verschickt haben sollten. Ehe ihm Schmerling noch mit der Abfertigung dienen konnte, daß er, gerade so wie eine unanständige Interpellation Vogt's, solche Frage nicht beantworten werde, weil sie einem Polizeidirector unter Metternich zukomme — stand schon hoch wie ein weißlicher Espenstamm Freiherr von Reden oben und verlangte ausführliche Auskunft über Umgestaltung des Zollverein-Tarifs. Dann antwortete eine Viertelstunde lang Schmerling auf ältere müßige Interpellationen. Dann stürmte der dicke Vogt hinauf in moralischer Entrüstung über „solche Streiche" und solche Censur,

welche sich der Reichsminister anmaaße, und entwickelte dann, hiermit nicht begnügt, einen „dringlichen Antrag“ wegen der Oberpostamtszeitung. Diese hatte eine Note an die Schweiz mitgetheilt. Wie sie sich das unterstehen könne?! Und einen dringlichen Antrag gegen die badische Regierung, welche ernstlich vermahnt werden solle, künftig nicht wieder unrichtige Berichte über die Flüchtlinge in der Schweiz zu geben. Und einen dringlichen Antrag in Betreff der Schweiz, gegen deren „heiliges Asylrecht“ das Reichsministerium sich schicklicher benehmen solle. Wahrscheinlich ungefähr wie Raveaux, welcher sich vom Ministerium als Beamter nach Bern hatte schicken lassen und dabei that oder ließ, blieb oder ging, wie es ihm als Oppositionsmann des Ministeriums gut dünkte. — Auf Vogt wartete schon Venedey mit einem ähnlichen „dringlichen Antrage“. „Nur zwei Worte! Sie sehen darin, daß ich —“ (Von der Rechten: Keine Motivirung!) Kaum war aber auch diese Dringlichkeit abgelehnt, so erschien „aus derselben Veranlassung“, das heißt wegen angemessener Beantwortung von Interpellationen, Herr Wesendonck mit einem neuen dringlichen Antrage. Dann noch einmal Herr Schmidt von Löwenberg, dann auch noch Herr Schaffrath mit einem unerläßlichen, äußerst dringlichen Antrage. — Herr Schneer aus Breslau konnte das nicht länger mit ansehn. Es war Mittag geworden, und er hatte sich's zur amtlichen Aufgabe gemacht im Parlamente, die Abkürzung in ein System zu bringen. Wohlgenährt und auf jede Beleidigung gefaßt trat er solchen Aus-

schweifungen entgegen, und wie er bei den Grundrechten sich verewigt hatte durch eine systematische Abbreviatur, „Schneer-scher Antrag“ geheißen, so beharrte er in diesem Berufe und suchte nur sich selbst zu übertreffen, nichts weiter.

Dieser eine Vormittag, wie oft hat er sich wiederholt zur Verzweiflung aller soliden Mitglieder, ja der Zuhörer und Zuschauer im Vaterlande! Mitunter gelang es denn doch, solch einen dringlichen Antrag bis zu sofortiger Debatte durch-zusprengen und eine unerwartete Abstimmung zu erzwingen. Dabei war denn der Würtemberger Hof als entscheidendes linkes Centrum unberechenbar. Er hatte keinen Halt und segelte keinen Strich. Er unterstützte das Voreilige und stimmte verworren wie Kraut und Rüben durcheinander. Einer veranlaßte den Andern bei überraschenden Fragen, weil ja doch alle Anderen sich dafür erhoben hätten, und so entstanden öfters Mehrheiten, von denen auch diejenigen nichts wissen wollten, deren Fraktion dafür gestimmt.

Die rechte Seite des Würtemberger Hofes empfand, daß dies nicht so fortgehen könne, namentlich nicht bei der bevor-stehenden Debatte über die Verfassung selbst, und daß sie sich selbständig absondern müsse.

Dies geschah jetzt und dadurch entstand der „Augsburger Hof“, recht eigentlich ein Centrum der Versammlung. Denn er behielt doch einige Verbindung mit dem Würtemberger Hofe und trat in feste Verbindung mit dem Casino, der Hauptfraktion des rechten Centrums, und mit dem „Lands-

berge", einer Abzweigung des Casino's. Diese drei Klubbs — Casino, Landsberg, Augsburger Hof — bildeten von nun an die vereinigte Partei des Centrums, und sie fesselten die Majorität an sich, theils durch ihre eigene Anzahl — über zweihundert — theils durch Heranziehung der Rechten im Café Milani, theils durch Festhaltung einer Anzahl von Stimmen im Würtemberger Hofe.

Um so geschlossen wie möglich einherzugehn, organisirten diese drei Klubbs des Centrums einen stehenden Ausschuß unter sich, einen Ausschuß der Centren, welcher alle wichtigen Fragen zuerst unter sich erörterte. Von ihm aus brachten dann die Ausschußmitglieder je einzeln die Frage in ihren besonderen Klubb, indem sie die Gesichtspunkte mittheilten, unter welchen sie von den Deputirten der andern beiden Klubbs aufgefaßt worden wäre, und in diesem Zusammenhange eröffnete sich in jedem besonderen Klubb die Debatte. Vor der Abstimmung innerhalb der einzelnen Versammlungen pflegte man sich dann durch Abgesandte zu beschicken, welche Stimmung und Motive ihres Klubbs vor dem versammelten andern Klubb entwickelten und eine Vereinigung vorzubereiten suchten, wenn sich diese nicht von selbst ergab. Gewöhnlich einigte man sich in der Hauptsache und stellte dann das Resultat fest durch Abstimmung in den einzelnen Fraktionen. Solcherweise erschien man denn von nun an als eine fest geschlossene Phalanx in der Paulskirche.

Es war von großer Wichtigkeit, daß dieses Bündniß zu

Stande gekommen war vor dem Eintritte in die so schwierige Verfassungsdebatte.

Wer dem Labyrinthe von Motiven genau nachforschen wollte, welche der ersten Reichsverfassung zum Grunde liegen, der mußte Abends in der zehnten Stunde am Liebfrauenberge in Frankfurt sich aufstellen. Dort kreuzten sich bei nassem Herbst- und Winterwetter oft jeden Abend die Abgesandten der drei Klubbs. Wenn er ihnen nachging, so erfuhr er im Voraus die wichtigsten Beschlüsse der Paulskirche. Besonders den Abgesandten vom Augsburger Hofe mußte er nachgehn in's Casino. Der Augsburger Hof, zumeist rasch entschlossen und bündig, hatte fast immer zuerst seine Meinung festgestellt, und schickte zuerst zwei seiner Mitglieder in's Casino, um diese Meinung zu empfehlen, zu vertreten, zu verfechten. Der Casinoklubb, an sich fast ein kleines Parlament, denn seine Zahl schwankte zwischen hundert und anderthalb hundert Mitgliedern, gab natürlich schon wegen seiner numerischen Stärke das schwerste Gewicht ab. Er war aber auch zusammengesetzt aus einer überwiegend großen Anzahl kenntnißreicher, durchgebildeter, beredter Männer. Ihn vorzugsweise nannte man die Professorenpartei, und wenn die „Augsburger" dort am Roßmarkte in einem Saale des Casino's ihre zuerst gefaßte Meinung vortrugen, so entspann sich oft sogleich die interessanteste Diskussion. Die Meinung der „Augsburger" galt durchschnittlich für die energische, die Haltung des Casino's aber zeichnete sich aus durch Maaß und Umsicht. Der „Lands-

berg", vom Casino abstammend, wäre eigentlich zur Vermittelung berufen gewesen, leistete diesen Dienst aber selten und mußte sich vielfältig Eigensinn nachsagen lassen. Das entsprang aus seiner Zusammensetzung. Er wurde größtentheils aus Norddeutschen gebildet; zahlreich waren darunter die Hannoveraner. Braunschweiger und Oldenburger fehlten nicht. In Freiheitsprincipien hatten diese niederdeutschen, meist Ackerbau und Seehandel treibenden Provinzen wenig oder gar keine Rücksicht zu nehmen auf ein zahlreiches Proletariat. Ihre Vertreter waren also z. B. beim Wahlgesetze keiner einschränkenden Vorsicht bedürftig, sie kamen zu Stande mit dem allgemeinen Wahlrechte und hielten sich nicht für berufen, auf das übrige Deutschland eine Rücksicht zu nehmen, welche ihnen selbst nicht behagte und bei ihnen daheim nicht erwartet wurde. An Ostfriesen und Hannoveranern dieses Klubbs scheiterte später wirklich die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechtes. Sie gaben den dringenden Zureden des Casino's und Augsburger Hofes nicht nach. Dadurch wurde hierbei das Centrum zersplittert und ein so wichtiges Grundgesetz den Linken überliefert. Daß dies unabsehbare Folgen haben müsse für das Ganze, auch für die Annahme der Verfassung, wurde umsonst von den Abgesandten des Augsburger Hofes und des Casino's an jenen Winterabenden entwickelt in dem Parterrezimmer, welches dieser Klubb in dem Gasthofe zum „Landsberge" inne hatte.

Im Allgemeinen warf man diesem Klubb vor, daß er

kleinem Stile anheimfalle, und daß es ihn mehr interessire, etwas Besonderes zu sein und Recht zu behalten, als sich dem Ganzen förderlich zu erweisen.

Es bestätigte sich hier die merkwürdige Erfahrung, daß der Charakter eines Vereins etwas ganz anderes sein könne als der Charakter der einzelnen Personen, welche den Verein bilden. Tüchtige und werthvolle Männer fand man in diesem Klubb. Dahin gehörten von den wenigen Süddeutschen, welche hier zu finden waren, drei Baiern: Bauer aus Bamberg, Krafft aus Nürnberg, Graf Hegnenberg-Dux aus Altbaiern, welcher leider frühzeitig aus dem Parlamente schied. Aus dem Hannöverschen: Wachsmuth, Merkel, Lang, Lüntzel, Groß; ferner der an seinen Krücken und mit dem weißen Haupte immer heitre Quintus Icilius, dessen französischen Vorfahren der alte Fritz lateinisch eingebürgert in Deutschland; ferner der liebenswürdige und fein verständige Dammers und sein Nachfolger Behncke, ein fein gebildeter, fester, ruhiger Mann. Aus demselben Lande endlich ein alter Freund Stüve's, der herzhafte Breusing, und der rauhe, junge Ostfriese Röben. Aus Braunschweig Hollandt, aus Oldenburg von Buttel. Aus den preußischen Provinzen mehrere Posener, Sellmer aus Landsberg an der Warthe, aus Magdeburg Löw, aus Pommern der aller Welt wohlwollende, brave Graf Wartensleben, aus Stendal Wichmann, aus Küstrin von Maltzahn, aus Breslau Fuchs, aus Sorau Sturm, aus Neiße Scholz und alle drei Jordan der Versammlung, drei

zuverlässige Stimmen des Centrums beim Namensaufrufe; der erste aus Gollnow in Pommern, der zweite unser Redner, der dritte unser alter Sylvester, der gepeinigte Märtyrer, schwer hustend, tief gekränkt von dem linken Ultrathume, welches Anfangs zu glauben gewagt, daß er zu ihm gehören könne.

Einige vierzig Stimmen brachte dieser Klubb. Ungefähr ebenso viel der Augsburger Hof. Höchstens zehn bis fünfzehn wurden bei feierlicher Gelegenheit aus dem zerklüfteten Würtemberger Hofe erobert. Alle diese Stimmen vereinigt, wogen also die Stimmenwucht des Casino's noch nicht auf. Auch dann noch nicht, als sich später in der Oberhauptsfrage dreißig bis vierzig Oesterreich zugeneigte Stimmen vom Casino trennten unter Welcker, Reichensperger, Edel, Jürgens und Genossen.

Dies Casino war in seiner Centrum-Macht durch alle Abfälle nicht zu erschüttern. Es hatte in seinen großen Fähigkeiten und ausgebildeten Charakteren eine nachhaltige Kraft des Zusammenhalts. Hierher gehörten, außer den drei Mitgliedern des Ministeriums aus dem Augsburger Hofe — Robert Mohl, Widenmann, Fallati, — alle Minister und erste Präsidenten. Heinrich von Gagern nur gehörte seiner Stellung wegen nie unmittelbar zu einem Klubb, hatte aber auch fast all seine persönlichen Anknüpfungen im Casino, und erst in zweiter Linie im Augsburger Hofe. Beckerath, Bassermann, Mathy, Max von Gagern, Mevissen, Schmerling, Eduard

Simson waren Mitglieder des Casino's und erschienen bei wichtigen Fragen. Beseler, Waitz, Droysen waren hier zu Hause. Auch Dahlmann, der indessen am Klubbleben wenig Antheil nahm. Sehr thätig waren dort: Duncker, Professor aus Halle, ein unermüdlicher, grundtüchtiger Arbeiter für die allgemeine Sache, dessen milder und doch fester Charakter immer günstig wirkte für Vereinigung und Durchsetzung, ein noch junger Mann mit ergrautem Haupt- und Barthaar, mit durchgearbeitetem, streng geprägtem Antlitze. Ferner: Langerfeldt aus Wolfenbüttel, ein blonder, liebenswürdiger Niedersachse, mit unwandelbarer, innerlich heitrer Ausdauer, von stattlicher Erscheinung, dessen Hingebung für den großen Zweck jede Probe des Willens und der Fähigkeit bestanden hat. Desgleichen Rüder aus Oldenburg, Bernhardi aus Cassel, Briegleb aus Coburg, dessen maaßvolle, gesunde Bildung nirgends versagte. Ebenso Hergenhahn aus Wiesbaden, von Saucken, Schubert aus Königsberg. Immer bereit zu jeder fördersamen Thätigkeit waren Haym aus Halle, Schrader aus Brandenburg, Veit aus Berlin, welche von diesem Klubb die Verfasser zur stenographischen Korrespondenz der Centren stellten. Diese sogenannte Parlamentskorrespondenz, erst im Winter errichtet, wurde schnell eine große Waffe.

Uebrigens fanden sich im Casino, eben weil die Fraktion so ungemein zahlreich war, Persönlichkeiten und Richtungen zusammen, welche nur gegenüber einer revolutionären Linken zusammenzuhalten waren. Da gab es katholische Männer,

welche den Ultramontanen nahe stehen sollten, da gab es Oesterreicher, welche bei der Verfassungsfrage am letzten Ende schwerlich mit den an Zahl überwiegenden Preußen gehen mochten. Gar streng also konnte dieser Klubb nicht immer und überall seine Parteiforderung anspannen, und je näher die Hauptentwickelung kam, desto mehr mußte er durch Abtrennungen geschwächt werden. Die Gruppen in seinem Kreise waren gar zu mannigfaltig. Unbefangene protestantische Vertreter aus kleinen Staaten, wie Becker aus Gotha, Fischer aus Jena, Zittel, der wahrhaft milde und humane Prediger aus Baden, zeigten ein ganz anderes Kolorit als Reichensperger, Knoodt, Osterrath, oder der gemachte Herr Müller, ein „würzburgisch" gemachter Norddeutscher, oder gar der kleine, römisch faselhafte Herr Sepp, dessen unerwachsener, mit katholisch-poetischen Reichsgedanken überfütterter Fanatismus frühzeitig ausgelacht wurde. — Zwischen solchen zwei Gruppen standen denn Baiern, wie Neumayr und Haubenschmied, die weder mit der Signatur der Katholischen behaftet sein wollten, noch mit den nördlichen Protestanten gehen konnten in den Reichsoberhauptsgedanken. Es war für solche Leute, die doch so gern ein Ganzes herbeigeführt hätten, gar schwer! Haubenschmied brachte sich über manche Sorge hinweg durch den Humor seiner Zeichenfeder. Er zeichnete in der Paulskirche die reizendsten Karrikaturscenen, von denen leider außerhalb der Kirche nichts erschienen ist. Er war ein Partikularist für die Freunde des Centrums und für seine Mappe. — Solche Baiern im

Casino hatten wiederum nur wenig Gemeinschaft mit neben ihnen sitzenden Oesterreichern gleich Sommaruga, Mayern, Würth, Graf Deym. An landsmannschaftlichem Sinn und Wunsche standen sie ihnen wohl näher als den zahlreichen preußischen Führern des Casino's, aber ihr politischer Verstand zwang ihnen doch die Ueberzeugung auf, daß ein deutscher Bundesstaat nicht zu erwarten stehe von der untern Donau, wohl aber eher von dem untern Laufe aller übrigen deutschen Ströme.

Von den Preußen selbst waren außer den schon angeführten noch viel rüstige Leute in diesem Klubb: Plathner mit der Trompetenstimme, welcher seine juristische Logik in jedem Getümmel unerschrocken durch den Lärm hindurch schmetterte, Bürgers aus Köln, Hagenow aus Vorpommern, Martens aus Danzig, von Salzwedell aus Gumbinnen, Pagenstecher aus Elberfeld (jetzt schon ausgetreten), Lette aus Berlin, Graf Keller aus Erfurt, Schulze aus Liebau, Schwarz aus Halle, von Stavenhagen und Teichert aus Berlin, Ebmaier aus Paderborn, Bock aus Minden, welcher später im traurigen Badischen Kampfe durch kundige Tapferkeit sich hervorgethan. Wie denn überhaupt die verschiedenartigsten Fähigkeiten hier vereinigt wurden auf politischem Plane. Der Eine war über öffentliches Recht zu beachten wie Bürgers, der Andere über den Ostseehandel wie der wohlwollende Martens; von Salzwedell lieferte einen scharf erwogenen, gründlichen Bericht; Graf Keller, der längste Mann im Parlamente, war als

erfahrener Mann der Verwaltung überall hinzustellen, wo Ruhe, Billigkeit und abgemessene Handlung erfordert wurde. Er erschien denn auch als Reichskommissar beim zweiten Struveschen Einfalle in Baden während des Septembers, dem zweiten Aufstande, welchem der Waffenstillstand ein erwünschter Vorwand wurde. Schwarz war in formeller höherer Wissenschaftlichkeit ein Rathgeber ohne Pedanterie, Schulze in Erfahrungswissenschaften ein kundiger Arbeiter, von Stavenhagen und Teichert in den wissenschaftlichen Fragen des Krieges.

Kurz, es war eine stattliche, an Kräften ungemein reiche Gesellschaft, dieses Casino. Für die politische Handlung aber eben seines Umfangs und seiner Mannigfaltigkeit wegen eine schwer zu handhabende und nur schwerfällig in Bewegung zu setzende Gesellschaft.

In diesem Betracht war und blieb der Augsburger Hof der wirksamste Mittelpunkt im Centrum. Er war auch geschichtlich ein Sammelpunkt derer aus dem Centrum geworden, welche mehr Maaß als links und mehr Entschlossenheit als rechts durchsetzen wollten. Denn auch von rechts traten solche zu ihm, welche dem Casino selbst angehört hatten, wie Francke aus Schleswig und Dröge aus Bremen, oder welche ihre nächsten Freunde sämmtlich im Casino hatten, wie Wilhelm Beseler, der ältere Bruder, der Statthalter Schleswig-Holsteins.

Es gab kaum einen Klubb, welcher dergestalt alle Stämme des deutschen Vaterlandes so gleichmäßig in sich vertreten gesehen hätte als der Augsburger Hof, ein vereinigtes Deutsch-

land im Auszuge. So daß man sagen konnte: auf den Ansichten und Abgrenzungen dieses Vereins ist der Durchschnitt gefunden. Die Oesterreicher, die Preußen, die Baiern, die Schwaben, die Sachsen, die Niedersachsen, wie sie hier waren, vereinigten sich in allen wichtigen Fragen bis zur Einstimmigkeit. Nicht ohne Opfer, aber sie brachten alle dies Opfer, wenn sich herausstellte, daß nur vermittelst eines Opfers die Vereinigung möglich sei. Erst als es zur Oberhauptsfrage kam, konnten auch hier die Oesterreicher nicht mehr alle beim Vereine erhalten werden, und auch einer der liebenswürdigsten von ihnen, der schlanke und wahrhaft „gentile" Arneth aus Wien, ein gesunder Kopf und gesundes Herz, mußte ausscheiden. Von der ganz kleinen Zahl aber unter den Oesterreichern, welche Alles, auch die wahrscheinliche Rückkehr in die Heimath, opferten für den vollen Begriff eines deutschen Staates, gehörte Rößler dem Augsburger Hofe an. Er und Makowiczka, welcher dem Würtemberger Hofe verblieb, zum Theil auch Groß von Prag — sämmtlich aus dem nördlichen Böhmen abstammend — führten ihre ideale Aufgabe mit voller Konsequenz durch, ohne deshalb den Uebertreibungen der Linken zuzustimmen.

Im Augsburger Hofe waren auch diejenigen Baiern, welche bei übrigens gemäßigten Gesinnungen dem starken deutschen Bundesstaate selbst in letzter Forderung ihre Stimme, ja ihre eifrige Thätigkeit nicht versagten, welche die süddeutsche Empfindlichkeit und jegliche Neigung des Partikularismus

völlig überwanden. Dies waren Hans von Raumer aus Dinkelsbühl, Stahl aus Erlangen, Barth aus Kaufbeuern, von Zerzog aus Regensburg. Sie und die drei fränkischen Baiern im Landsberge, Bauer, Krafft und Lammers, hielten zum Credo des Centrum's bis zum letzten Worte. Sie waren Kernmänner im Augsburger Hofe. Zerzog, eine bärtige große Gestalt, war ein rechtes Urbild des süddeutschen Bergbewohners, in dessen steyerischem Rocke er einherging. Voll Fröhlichkeit und Mutterwitz haben sich dort im Oberlande auch die gründlich Gebildeten den einfachen natürlichen Ausdruck, den deutschen Ausdruck bewahrt. Unscheinbar, aber schlagend ist ihre Rede, ungesucht und doch so wohl erwogen offenbart sich ihr Gedankengang. Anspruchslos, aber fest. Oft beschämend für unsern Flitterkram der Schule und der Mode, für den Flitterkram der französischen Phrase im Westen, der gelehrten Phrase im Norden. Was diese Leute in ihre heimathlichen Blätter schrieben von Frankfurt aus, das war immer von eigenthümlicher Einfachheit und Kraft, und die Aufsätze Zerzog's namentlich hatten immer das Gepräge einer vortrefflichen, in unsrer Schriftstellerei nur zu selten gewordnen Volksthümlichkeit, hatten immer die Laune der Gesundheit, den Treffer eines gebildeten, unverbildeten Sinns. „Die ganze Welt ist toll geworden“, schrieb er 1848 an seinen Sohn, „und daß die Jugend allein gescheidt bleibt, ist nicht wohl zu verlangen — aber Jugend soll sie doch bleiben und nicht aussehn wie eine ekelhaft abgelebte Affen-Frühgeburt,

die nach der Pfeife eines schmutzigen Schurken tanzt, der behauptet: „„„es wäre der Zeitgeist."" Man sollte glauben, es gehörte blutwenig Grütze dazu, um einzusehn, daß einer, der etwas gelernt hat, es besser wissen muß als der, der's erst lernen will. Man sollte meinen, das wäre ein ausgezeichneter Hohlkopf, der behauptet: „„„was man nicht erfahren und probirt, verstehe man besser, als was man erfahren und probirt."" Ich glaube auch steif und fest, daß dies große Esel sind — aber sie glauben's selber nicht, und Du kannst alle Tage sehn und hören, wie ein so unbärtiger Fuchs, der Dir gern zugeben wird, daß er den Geschäften eines Oberschreibers bei weitem nicht gewachsen ist — das deutsche Reich einrichten, regieren und retten will, daß es eine Art hat!" — „Die Alten sollen tagen und die Jungen sich schlagen, aber nicht umgekehrt!" — „Um's Wohl und Weh des Vaterlands soll sich der Junge kümmern, das muß sein und soll recht sein; aber nicht wie ein naseweiser Gelbschnabel, sondern herzlich und natürlich". — „Dem Vaterlande gehört Ihr Jungen, aber nicht das Vaterland Euch! Wenn man Euch braucht, wird man es Euch sagen" — „es giebt kein Blut, was dann zu kostbar ist."

Und 1849, als man zu einem Nachparlamente heruntergekommen war, welchem nichts übrig blieb als ein trauriger guter Rath, da schrieb Zerzog nach Gotha:

„Was die Stimmung (in Baiern) noch schlechter gemacht hat, ist die absurde, heuchlerische und verrätherische Erhebung

Badens und der Pfalz. Der ehrliche Altbaier, der den superklugen, spöttelnden und hochfahrenden Pfälzer nie leiden mochte, ist über diese bübische Lüge, die deutsche Reichsverfassung mit Hülfe französischen Galeerengesindels und polnischer Abenteurer durchführen zu wollen, so empört, daß er es mit wahrhaftem Jubel begrüßte, wenn plötzlich bekannt gemacht würde, die Pfalz sei weggeschenkt worden — ganz gleichviel an wen. Sogar die gebildeten Leute wünschen endlich ihrer los zu sein, da sie herausgebracht haben, daß alle Pfälzer vollkommen unbrauchbare und unleidliche Elemente in Volksvertretungen sind. — Opposition! auch die übelangebrachteste, sinnloseste, hirnverbrannteste; nur Opposition! dies ist die ganze politische Weisheit eines Pfälzers! „„In der Minorität bleiben"" aber ist seine ewige heimliche Hoffnung, der stille Wunsch seines Herzens, seinen Strohrenommagen unentbehrlich! — Die Majorität ist sein Verderben! Alle angebliche Courage geht dabei zum Teufel. Er ist wie ein Kettenhund, der durch seine gezügelte Wuth sehr zu imponiren weiß; springt aber die Kette — dann ist er erschrockner als der Angebellte, zieht verlegen den Schwanz ein und kriecht verschämt in die Hütte. — So sieht man sie hier vom politischen Standpunkte an, und es ist, abgesehn von ihren sonstigen guten Eigenschaften und geselligen, vorzüglich kneipalen Tugenden, leider etwas viel Wahres daran."

„Wenn man in die Zeitungen von Unzufriedenheit sogar im Gebirge schreibt, so ist das dummes Zeug und geht die

deutsche Frage nichts an." — „Die Demokraten haben der guten Sache sehr viel geschadet. Das Volk ist leicht so zu verwirren, daß es die ganze Frankfurter Versammlung mit diesem Gelichter verwechselt." — „Was nun dem Fasse vollends den Boden hinausschlägt, ist die preußische Politik von Gottes Gnaden und Teufels und Manteuffels Ungnaden! Der beinahe gänzlich erloschne Haß gegen Preußen ist wieder aufgewacht, und es braucht nur noch die Ausführung eines Streiches in Holstein, um ihn auf die größtmögliche Höhe zu bringen! Und Oesterreich wird diese preußische Politik sehr klüglich zu benutzen wissen! — Das ist nun Alles sehr schlimm, aber doch noch Trost genug übrig, um nicht zu verzweifeln, wenn der liebe Gott nur ein klein wenig Verstand an Die spendiren wollte, die er nach ihrer eignen Aussage zum Nutzen und Frommen von uns andern Menschenkindern eingesetzt haben soll! — Und ich hoffe, er thut's am Ende doch! Das wenigstens ist unsrer Regierung klar und sehen Alle, auf die überhaupt etwas ankommt, deutlich und herzlich ein — daß in der deutschen Frage etwas geschehen muß, und wär' es am Ende der herzhafte Biß in einen sauren Apfel." — „Und wenn wir die Pfälzer und Badenser Mann für Mann todtschlagen und stellen die Einheit Deutschland's nicht unter irgend einer haltbaren Form her, so sind wir über's Jahr auf einem viel schlechteren Fleck als heute, die meisten Throne aber wahrscheinlich auf keinem mehr. Nur das einige, befrie-

digte Deutschland kann dieser Hydra, die ihre blutigen Ringe von Paris bis Pesth um uns legt, widerstehn."

So schrieb er und so sprach er. Aber er sprach nur in kleinem Kreise. Nicht einmal bei voller Versammlung des Augsburger Hofes. Da fuhr er höchstens mit einer humoristischen Bemerkung, mit einem körnigen Spruche unter eine ganze Diskussion, gleichsam wie der Wirth, welcher den Kreidestrich zieht unter alle die angeführten Posten. Er und die Baiern waren auch eigentlich die Wirthe im Augsburger Hofe. Sie hatten dieses kleine Gasthaus ausgesucht mitten in den verstecktesten Gassenwinkeln des innersten Frankfurt. Gute Beköstigung geht ihnen über den gestochenen Speisezettel; der Inhalt der Schüssel und des Glases ist ihnen wichtiger als die Form des Sessels und des Spiegels. Der gerade Gegensatz zu den Sachsen. So hatte dieser Klubb das anspruchloseste und bescheidenste Ansehn erhalten, ganz wie es dem Süddeutschen erwünscht ist. Nicht ganz so erwünscht wie in der „Himmelsleiter" zu Nürnberg, aber nicht viel üppiger in der Lokalität. Ein moderner Luxus war indessen auch hier vorhanden: die Gasflamme.

Zerzog's nächster Gefährte war Hans von Raumer, der Liebling des ganzen Klubbs und der halben Paulskirche. Der junge, grundehrliche, wohlgebildete Sohn eines edlen, natürlichen Vaterlandes, wie wir's in unserm Herzen tragen seit den Weihejahren der Burschenschaft. Der blonde Knebelbart, der umgeschlagene Halskragen, die einfache Anrede, Alles ist

noch so, wie wir's vor zwanzig Jahren verlassen auf der Universität, und doch ist die Erfahrung und Bildung dieser zwanzig langen Jahre erlebt und verarbeitet. Unter den einfachsten Formen gründliche Kenntniß, reifes Urtheil, feine Unterscheidung. Kein Zug von Uebertreibung und Prahlerei, und doch tiefer Muth zum Ganzen und Großen. Die Sanftmuth welche sanft spricht und muthig handelt.

Kaum hat Jemand inniger und herzlicher gelitten unter den traurigen Wendungen unsers Vaterlandes abwärts von einem deutschen Reiche, als Hans von Raumer. Tag und Nacht! Und als der Frühling 49 einen so kümmerlichen Verlauf nahm, da gab er Amt und Heimath hin und ging nach Schleswig, um wenigstens die Büchse des Jägers in die Hand zu nehmen für die Sache des Vaterlandes, um Blut und Leben einzusetzen für die Hoffnung des Herzens! Nicht vom Aufstande im Süden erwartete er Heil, nicht vom Bürgerkriege. Ach, und auch dort, gegen den auswärtigen Feind, fand er nicht die herzhafte Führung, nach welcher er sich gesehnt hatte, auch dort fand er die Mittelmäßigkeit und Schwachherzigkeit, an welcher die Reichsverfassung hingesiecht war, auch dort fand er ein Friedericia, wo die edelsten Kräfte, das reinste Blut an einen Rückzug verschwendet werden mußten wie anderswo — ohne Noth, ohne Zweck, ohne Sinn und ganz gewiß ohne deutschen Geist. Armer Hans! An Dir spiegelt sich unser Aller trauriges Schicksal. Ein Mann! Ein

Mann! Das Reich ist zu haben noch immerfort, nur der Mann fehlt, welcher es ergreifen könnte.

Die beiden andern Baiern von diesem vierblättrigen Kleeblatte, Stahl und Barth, waren nicht minder tüchtige Leute. Barth, tief aus dem südlichen Baiern, gestand mit überlegner Ruhe, daß seine Heimathgenossen ihn leicht verleugnen könnten. Denn es gäbe der verwirrenden Blendungen für die Kurzsichtigen gar zu viele, und derer gäbe es gar zu Wenige noch, welche den nächsten Vortheil gering zu achten wüßten neben dem großen Segen der Zukunft. Aber die Verblendung sei äußerlich, das Volk sei gesund, und wo es nur an der Erkenntniß des richtigen Weges fehle, da bleibe man zu aller Hoffnung berechtigt, da bleibe man verpflichtet, allenfalls auch allein, immer stracks vorauszuwandeln mäßigen Schrittes, aber fest. — Stahl daneben, ein frisches, zum Handeln drängendes Naturel, war ein spitzer Stachel für die bairischen Landsleute. Als kundiger Nationalökonom zergliederte er scharf die süddeutschen Vorurtheile und Uebertreibungen, und da er Alles in großem, pragmatischem Zusammenhange lebhaft, eindringlich, praktisch darzustellen wußte auch auf der Rednerbühne, so war dieser kleine schwarzhaarige Mann den Partikularisten eine gefürchtete Erscheinung. Er riß alle die kleinen Schlingen besorgter oder störriger Landsleute entzwei, und that dies nicht zornig, nicht heftig, sonderu lächelnd und mit schneidendem Verstande. Erst wenn er für Jedermann einleuchtend dargethan hatte, daß der Knoten der Schlinge

ein künstlich gemachter, ein durchaus nicht nothwendiger sei, erst nachdem er ihn, wie verworren er aussehen mochte, mit leichten Fingern geöffnet hatte, erst nachdem er gefragt hatte: wollen Sie ihn gelöst sehn? erst dann schnellte er ihn auseinander. Diese Vorträge Stahl's, rasch und ohne Deklamation einherschreitend, waren stets eindrucksvoll. Wie sehr er auf ganze Maaßregeln drang, so sehr beharrte er darauf, daß für gewisse Punkte der materiellen Einigung Uebergangsstufen betreten werden müßten, und gerade dadurch entwaffnete er die Partikularisten.

Die zweite Linie von Baiern bildeten die lang gewachsenen Männer: Paur von Augsburg, Pötzl von München, Reitmayer von Regensburg, Schlör aus der Oberpfalz, Burckart aus Bamberg, sämmtlich Juristen. Sie gingen mit zu einem einheitlichen Bundesstaate, so weit es sich nur irgend vereinigen ließ mit den Antipathieen der Heimath. Offenbar nur die Furcht vor solchen Antipathieen, nicht aber ein politischer Grundsatz ließ sie zögern vor der letzten Konsequenz, vor dem erblichen Kaiserthume der Hohenzollern. Es ging bei ihnen daheim gar zu sehr wider den Strich, das Reich für immer dem unbeliebten Preußenthume zu überantworten. Wenn nur ein kleiner, allenfalls nur ein scheinbarer Aufschub möglich gewesen wäre! In der Sache selbst wollten sie ja, wie gesagt, nichts dagegen einwenden, nur nicht so jäh, nur nicht so mit einem Male sollte es geschehn! Und einige Bürgschaft von preußischer Seite wäre doch sehr zu wünschen, aber wie?

Diese zweite bairische Linie im Augsburger Hofe wurde erst spät, erst bei der Oberhauptsfrage eine zweite Linie. Bis dahin schritten auch diese Baiern gleichen Schrittes mit der großen Majorität des Klubbs. Ja, zwei von ihnen, Paur und Pötzl, waren vielleicht mit gutem Bedacht vom Ministerium auserwählt worden zu Reichskommissarien für Oesterreich nach der Erschießung Blum's. Die Neigung Baierns zu Oesterreich sollte durch bairische Männer, durch gewissenhafte Männer belehrt werden über den Thatbestand Paur wie Pötzl kamen gleichmäßig aufgeklärt von Kremsier zurück nach Frankfurt. Es war ihnen sonnenklar, daß ein deutscher Bundesstaat mit einem Volkshause in Oesterreich keinen Genossen, keinen auch nur halben Genossen finden könne. Sie hatten darüber nicht nur Stadion und Bach hinreichend vernommen, sie hatten in allen maaßgebenden Kreisen des Kaiserthums Erfahrungen gesammelt, welche gar keinen Zweifel übrig ließen. Es war also auch nicht die Hoffnung auf Oesterreich, welche sie später vor dem letzten Worte zurücktreten ließ, es war die Sorge für Baiern.

Die andern süddeutschen Gruppen im Augsburger Hofe, die Schwaben und die Rheinhessen, gingen standhaft hindurch bis an das vorgesteckte Ziel. Es ist das einzig Mögliche, es ist also das Nothwendige, sagten sie, zur Herstellung eines deutschen Staates, was hilft nun das Seufzen, was hilft nun das Zögern! An der Halbheit haben wir immerdar gesiecht, sie nehme jetzt ein Ende! Mag man daheim in „Stuckert“

und in „Nürtingen" und gar droben im katholischen Oberschwaben Schwefel und Pech und Kreuzigung gegen uns brüllen, wir stimmen für das Nothwendige, und ganz und gar.

Neben Robert Mohl und Fallati stand solcherweise nur Rümelin von Nürtingen, ein Kernschwabe von der edelsten Sorte. Ruhig und mild. geläutert durch jegliche Bildung, fest im Wissen nnd Wollen war er eine der festesten Stützen des Augsburger Hofes und des abwägenden Centrums. Da war nie der leiseste Zug von persönlicher Absicht, von irgend einer Nebenabsicht, da war Alles lauteres Metall eines deutschen Abgeordneten. Er suchte die Wahrheit aufmerksam und kundig wenn er sprach, er stimmte für sie wenn er sie erkannt zu haben glaubte, sie mochte noch so ungünstig für ihn erscheinen in der aufgewühlten Heimath am Neckar. So sind die Genossen Paul Pfizers, zu dessen näheren Freunden Rümelin gehörte, sie sind die schwäbischen Triarier für die Erkämpfung eines deutschen Staates. Vielleicht nirgends so wie im Augsburger Hofe ist auch David Strauß damals mit Zuruf begrüßt und gefeiert worden, als er im demokratischen Toben der Würtemberger Kammer seine Stimme erhob gegen das wüste gedankenlose Wesen des Tagesgeistes, der Geist gegen den Aftergeist, der Mensch gegen den Homunkulus. Rümelin versagte uns nie die Vorlesung aus dem „schwäbischen Merkur" wenn Strauß gesprochen hatte, und jene einsame Stimme in der schwäbischen Wüste war uns immer eine Herzstärkung für die Aufgabe in der Paulskirche.

Leichter hatten es die südlichen Hessen, vertreten im Augsburger Hofe durch Orest und Pylades, durch Wernher von Nierstein und Emmerling. In der Regierung ihres Landes blieb unter einem aufmerksamen Fürsten, unter einem wirklichen Reform-Ministerium Jaup und mit einer, der Mehrzahl nach, nicht bethörten Bevölkerung das Maaß immer aufrecht erhalten. Jaups weise Maaßregeln ließen wenigstens den Taumel nie schrankenlos werden. An Leuten wie Wernher hatte er eine feste Stütze. Dieser an das Nibelungenlied, an Volker den Spielmann erinnernde stattliche Recke mit dem schönen blauen Auge, mit dem hoch getragenen schönen Kopfe, mit dem geradeaus weisenden Gestus war immer auch zu Darmstadt auf der Bresche in der Kammer um sich tapfer den Mainzer Wühlern entgegen zu werfen, wenn er Abends von wichtiger Tagesordnung drüben gelesen hatte, und zum andern Abende war er wieder im Augsburger Hofe und sprach gedankenvoll und sinnig, stets eigenthümlich, über das zunächst vorliegende Thema der Paulskirche, und war am folgenden Tage in der Paulskirche treu auf seinem Posten wie ein Soldat der alten Garde. Welch ein wohlthuendes Bild eines ächten Deutschen ist unserm Gedächtniß für immer eingeprägt worden durch Wernher von Nierstein! So sanft und sinnig und die Poesie suchend, das Aechte und Bleibende suchend im Wechsel war er außerhalb der Kampfesreihen, und so zornig und kühn angreifend, so hartnäckig seinen Stand behauptend war er im Gefechte! Ein Bauer bin ich! pflegte

er mit Stolz zu sagen, wenn er auf sein Gütchen jenseits des Rheines hinwies. In dortiger Gegend hat auch Heinrich von Gagern, sein geprüfter Freund, das seinige, Monsheim geheißen, der Siegfried neben dem Volker. Es ist als ob der alte Schauplatz der Nibelungenrecken, als ob das Wormser Land immer noch seiner starken Ahnherrn eingedenk bleiben sollte.

Die Preußengruppe war gar nicht besonders zahlreich im Augsburger Hofe, obwohl man hier einhelliger als in irgend einem andern Klubb das neue Reich auf Preußen stützte. Neben Widenmann war von Breuning ein thätiges Mitglied aus Rheinpreußen. Compes war fort, Stedmann war lange abwesend als Reichskommissar in Schleswig-Holstein. Und aus den alten Provinzen gehörten hierher nur Göden, Stenzel und Falk. Letzterer, ein ächter Schlesier in lebhafter Ergreifung des Augenblicks, war Anfangs nach links hinüber in die Westendhalle verschlagen worden, und kam so geheilt von den Illusionen in den Augsburger Hof, daß er hier zur Rechten hielt.

Die Gruppe der Schleswig-Holsteiner bildeten Esmarch, Francke, Wilhelm Beseler, welcher erst zu Anfange des Winters auf einige Monate in die Versammlung trat, und vor Ablauf des Winters schon wieder hinab berufen wurde nach Schleswig. Er ist eine große nordische Figur mit rundem, kurzhaarigem Haupte; weniger fein als sein jüngerer Bruder, auch mit etwas schwererer Zunge. Ziemlich zugeknöpft hört

er aufmerksam und spricht nur wo es sich um Wichtiges handelt. Alsdann pragmatisch, in ebner Linie, ausführlich, alle Seiten beleuchtend, abschließend, wie Einer der im Handeln geübt worden ist. Er nahm als erfahrener, auf energisches Handeln bedachter Mann bald eine einflußreiche Stellung ein im Augsburger Hofe, und wurde zum ersten Vicepräsidenten in der Reichsversammlung vorgeschlagen und erwählt, ehe er noch ein Wort in der Paulskirche gesprochen hatte, und ehe er näher bekannt geworden war. Im Ganzen hat er dies Vertrauen gerechtfertigt durch einfache, feste Leitung. Die Strenge seines Charakters hielt bei tumultuarischen Auftritten auch diejenigen in Schranken, welche ihm nicht absonderlich zugethan waren, welche aber seinen Zorn respektirten. Im Spätwinter erschien er in erster Linie, als hinter den Kulissen der Kampf entbrannte gegen die persönliche österreichische Betheiligung am Reichsregimente, als Schmerling aus dem Ministerium scheiden sollte. Da führte Wilhelm Beseler im Augsburger Hofe, wo einige diesen Schritt für unpolitisch hielten, die Sturmfahne.

Neben den Schleswig-Holsteinern im Augsburger Hofe standen die Meklenburger, Sprengel, Thöl, Böcler, Mann, zuverlässige, kräftige Leute, von denen der lange Sprengel aus dem Parteikriege im Würtemberger Hofe erprobt, Thöl aber als feiner Rechtskundiger in den Klubbdebatten so förderlich wie willkommen war durch bescheidene, gründliche Bemerkungen.

Endlich die Hanseaten Wurm, Godefroy, Dröge, Riesser. Wurm aus Hamburg vertrat einen schwäbischen Bezirk und nahm wohl Rücksicht darauf. Vielleicht zum Theil aus diesem Grunde hatte er eine ganz vereinzelte Stellung im Augsburger Hofe, und gab oft zu der Frage Veranlassung: ob er nicht im Würtemberger Hofe richtiger an seinem Platze wäre? Indeß ist jede gut raisonnirende Opposition von Vortheil, wenn man genau weiß was man will. Das wußte man in diesem Klubb, und die von Wurm vertretene linke Seite ward angehört, ohne für irgend einen wichtigen Punkt Proselyten zu finden. Bei den Reden für die linke Richtung war zunächst immer Riesser geneigt, halb und halb Ja zu sagen. Es war der Ton jenes Alpenhorns, welchem er von Jugend auf gefolgt war. Nur die täglich wachsende Erfahrung, nur die täglich wachsende Bildung des politischen Geistes warnte ihn und die beiden Sachsen des Klubbs, Biedermann und Koch, ja hielt sie allmählig völlig ab, diesem Tone nachzugehn.

Alle drei gehörten ursprünglich tief in's linke Centrum hinein. Biedermann, durch Vorparlament und Fünfziger Ausschuß eingeführt, war ein Führer gewesen im linken Centrum, und man hatte fast nicht erwartet, daß er bei der Trennung vom Würtemberger Hofe mit ausscheiden könne Aber so wie ihn das nüchterne Sachsenthum dorthin gebracht, so befreiten ihn von dort andre gute Eigenschaften des Sachsenthums. Die sächsische Sauberkeit und Reinlichkeit und

Ordnungsliebe verleideten ihm jene konfuse Wirthschaft im Würtemberger Hofe. Aeußerlich fein und zierlich und vornehm scheint er zum Diplomaten geschaffen zu sein. Innerlich hat er eigentlich gar keinen Zug davon. Er ist gewissenhaft ehrlich und brav. So hing er an jenem Würtemberger Hofe so lange, bis er es vor seinem Gewissen nicht mehr verantworten konnte. Das Gelingen des Ganzen lag ihm am Herzen, und sein klarer Verstand konnte sich nicht länger verhehlen, daß das Ganze gefährdet sei durch die unberechenbare Schwankung im Centrum, ja daß sein demokratisches Staatsideal tiefe Brüche erlitten habe durch gemeine Deutung und Auffassung von Seiten der Linken. Er wußte zu lernen und zu vergessen, weil er schaffen helfen wollte. Nicht die hämische Polemik der Linken, welche ihn schon im linken Centrum unabläßig verfolgt hatte, wohl aber die Konfusion und Ausschweifung auf der Linken trieb ihn in's eigentliche Centrum. Das reinste Motiv also leitete ihn und das schwerste Opfer, welches ein solcher theoretisch aufgewachsener Mann bringen kann, eine Umbildung seiner Theorie brachte er, als er zu dem verhältnißmäßig konservativen Augsburger Hofe trat. Im Grunde blieb er auch hier noch lange Zeit weiter links als der Kern des Klubbs, und die sächsische Heimaths-Quelle mußte dies nähren. Mit Ausnahme von zwei physiognomielos verbliebenen Abgeordneten war er und sein Schwager Koch allein aus dem ganzen Königreiche Sachsen so weit entfernt von der linken Seite. Koch, welcher seines

Leipziger Bürgermeisteramtes halber ab- und zuging zwischen Leipzig und Frankfurt, konnte ihm nicht verhehlen und andre Besucher bestätigten es fortwährend: daß man überall in Sachsen dem Parlamente vorwerfe, es neige zu weit rechts, daß sie beide also eine vereinsamte, heftig beschossene Stellung einnähmen. Biedermann hat einen stolzen, fast stoischen Unabhängigkeitssinn; die heimathlichen Nachtheile der Stellung bestimmten ihn also nicht im Mindesten. Aber das Opfer, zu welchem er sich einmal entschlossen hatte, wurde dadurch allerdings nur noch erschwert. Er hielt standhaft die Linie ein, welche ihm seine Theorie vorzeichnete, und so blieb er besonders im „Centralisiren“ des deutschen Staates oft allein im Augsburger Hofe, wo man nur „concentriren“, wo man streng nur den Bundesstaat wollte.

Dennoch waren seine Vorzüge einer scharfen Auffassung, eines klaren logischen Vortrags, einer prompten Geschäftstüchtigkeit, einer uneigennützigen Hingebung an den großen Zweck so anerkannt und geachtet, daß er auch im Augsburger Hofe stets vorsitzender Leiter der Debatte blieb. Dies Amt hat er nach innen und außen — nach außen in den Komité-Verhandlungen mit den andern Fraktionen des Centrums — vortrefflich geführt.

Das lebensvolle Element des Klubbs ergriff dann auch diese beiden vereinsamten Sachsen allmählig so ganz und gar, daß sie bald zu den eifrigsten und standhaftesten Vertretern des Augsburger Hofes gehörten. Für Koch wurde kein

Opfer zu groß, um für jede wichtige Abstimmung von Leipzig herbeizueilen, und sein unbefangenes offenes Wesen, sein im Geschäftsleben erprobtes Geschick eines praktisch juristischen Verstandes, sein warmer patriotischer Eifer hat dem Kreise des Centrums manchen Schwankenden zugeführt, hat dem Centrum manchen Schwankenden erhalten. Im entfremdeten abgewandten Lande war der Bürgermeister von Leipzig ein getreuer Anhaltspunkt für's erste deutsche Parlament.

Das Verhältniß und die Entwickelung Riesser's war ähnlich; es war in hohem Grade interessant, weil sich in seiner Parteistellung gleichzeitig ein großes Talent entwickelte, vielleicht das größte Rednertalent der Paulskirche.

Dies hätte sich nicht entwickelt, wenn Riesser nicht in's Centrum gezogen worden wäre, denn die Seele dieses Talentes ist der Drang nach Vermittelung, nach schöpferischer Vermittelung. Was die Rede eines Anderen abschwächt, das hob die Rede Riesser's, Von Humanität quillt sein Inneres über, und von da quillt seine Begeisterung. Nicht also Kampf, nicht irgend eine Reizung, nicht ein Aufruf an die Leidenschaften entwickelt in seinen Worten die Beredsamkeit, nein, aus einem gleichsam religiösen Grunde arbeitet sich die Kraft und Macht seiner Rede hervor. Vermitteln, versöhnen, in Liebe und Frieden schaffen will er. Liberale Grundsätze in einem zur Macht gesammelten einigen Deutschland erschienen in ihm wie eine Religion. Er ist Israelit, und das unzerstörbar Priesterliche dieses seines Volkes, jene altbiblische Rei-

gung Alles und Jedes nach Jehova und seinem Tempel hinzuleiten, dies durch Unglück verewigte lyrische Duo zwischen Gott und dem Juden — es war der Grundton Riesser'scher Beredsamkeit.

Und nicht der alte Jehova zürnte aus seinen Worten. „Auge um Auge, Zahn um Zahn!“ war niemals von ihm zu hören. Der Jehova einer neuen, milderen Zeit sprach aus ihm. Daher die wunderbare Erscheinung, daß Riesser Alles,. daß er die härtesten Vorwürfe sagen konnte ohne zu verletzen, ohne herauszufordern. Er sagte sie in einem großen religiösen Zusammenhange, in einem liberal- oder vaterländisch-religiösen Zusammenhange, und so erzürnte er die Getroffenen nicht, er beschämte sie. Er erhob die nicht geradezu Verstockten zu edlen Vorsätzen. Er durchdrang immer die ganze Kirche mit einer höheren Weihe, er wurde der geliebte Priester des Parlamentes.

Die Starrsten auf der Linken knirschten unter diesem Zügel, aber sie konnten sich ihm nicht entziehen. Riesser unter sie hineinsprechend hat mich, wie oft! erinnert an Daniel in der Löwengrube: die gierigsten Raubthiere vergaßen ihres Hungers und duckten sich verlegen in die Winkel der Grube.

Riesser war auch für die Linke ein zerschmetternder Vorwurf. In Wahrheit gehörte er von Hause aus zu ihr. Jeder Tag aber hatte ihn weiter entfernt von ihr. Von dem gemeinschaftlichen Glaubensartikel eines einigen Gottes waren sie zusammen ausgegangen, und Riesser war zum christ-

lichen Gotte der Liebe gelangt, jene aber waren die fanatischen Krieger Allah's geworden, welche mit Feuer und Schwert die Einzelnsätze ihres Propheten verbreiten wollten. Wenn Riesser nun die gemeinschaftliche Idee ihres Ursprungs berührte und entwickelte, so stellte sich von selbst dar, wie roh sie dieselbe ausgebildet hätten. Er schalt sie nun deshalb nicht, aber er enthüllte die Rohheit solcher Entwickelung, und traf deshalb um so tiefer.

Riesser ist von dicker, schwerer Leibesbeschaffenheit, und die hängenden Arme scheinen zu kurz und zu schwach als Ruder für die schwimmende Masse. Er fährt auch oft damit in eigenthümlicher Bewegung über das Haupt hinweg als ob er Hilfe brauche. Desgleichen scheint sein Athem kurz zu sein. Er ist es aber nicht, und liefert der weichen, angenehmen Tenorstimme unerschöpflich scheinende Hilfe, wenn die Gedankenfülle des großen, runden Kopfes in volle Bewegung geräth und steigt und sich ausdehnt nach allen Seiten. Dies tritt gewöhnlich langsam ein. Einfach, mit Bemerkungen beginnt er seine Reden, und der kleine, schöne Mund lächelt wohlwollend wie das gute blaue Auge. Die Stirn ist noch trocken unter dem krausen, unglaublich dichten Busche des dunkelblonden Haares, welches einem gemachten Toupet gleicht aus dem vorigen Jahrhunderte. Es ist aber so ächt bis an den kurzen, breiten Nacken hinab wie die Locke Simson's es war, und scheint wie jene die zähe Kraft des Redners zu bergen. Gedanke entwickelt sich aus dem Gedanken

und der immerdar edle Stil derselben steigert sich zur Höhe, und breitet seine Schwingen wie der Vogel wenn er in höhere Regionen kommt.

Riesser ist dabei so unbefangen und frei und ist so reich an Gedanken, so sicher in Ergreifung der edlen Ausdrücke, die überreich zu Gebote stehn, daß er stundenlang sprechen kann ohne sich zu erschöpfen, ohne die Zuhörer zu ermüden. Er gleicht dem begabtesten Pianospieler, welcher phantasirt und Zeit und Raum vergessen läßt über dem quellenden Reichthume seiner Motive. Es geht nicht auf Schlußeffekt, es geht überhaupt nicht auf plötzliche Wirkungen — ein weiter, gesegneter Raum der menschlichen Seele soll durchzogen und geschildert werden für den Fliegenden selbst und für den sinnigen Zuhörer. Gedankenvoll trocknet er sich die perlende Stirn, wenn er einen Ruhepunkt erreicht hat und für diesmal schließen will.

Ein Politiker im gewöhnlichen Sinne des Worts ist er gar nicht. Er ist arglos und naiv wie ein Kind. Nach sich scheint er auch die Menschen zu berechnen, welche die Handlungen im Staate veranlassen und leiten. Da weiß er denn weder Eigennutz noch Nebenzwecke, noch sonstige Hintergedanken oder Verstellung einzurechnen. Ah! pflegt er zu sagen, als ob von etwas Erstaunlichem die Rede sei, wenn man ihm davon spricht, und Vorsicht wie Folgerung davon abhängig macht. Zum Führer einer politischen Partei taugt er also nicht im Mindesten. Er taugte auch nicht zum Vice=

präsidenten, wozu er einmal gemacht wurde. Die formellen Geisteseigenschaften hat er alle dafür, aber die Beurtheilung und Behandlung der Menschen und ihrer Leidenschaften versagt ihm gänzlich. Er ist ein Denker. Durch Philosophie und Rechtswissenschaft vorgebildet wurde er also erst mächtig als er gegen den Winter in den Verfassungsausschuß kam und hier das reiche Material verarbeiten konnte. Darin wurde er denn bald von außerordentlicher Ausgiebigkeit, besonders für seinen Klubb, den Augsburger Hof. Die feinsten und weitesten Beziehungen jedes einzelnen Punktes in der Verfassung entwickelte er hier mit wahrer Meisterschaft. Wenn er um Auskunft befragt wurde, so begann er immer mit einem leichten Ja! und setzte noch ein Ja! hinzu, als ob er nur eine dürftige Notiz mittheilen werde; aus diesen leichten Ja's entspann sich aber immer ein weiter Kreis von den wichtigsten Fäden des Verfassungsnetzes.

Er war geliebt von Jedermann, und in der That auch liebenswerth in hohem Grade. Ich habe nie einen Mann gesehn, der alle guten Eigenschaften des Juden und nur die guten Eigenschaften so besessen wie Riesser. Er allein wäre eine schlagend beredte Entgegnung gewesen für die besseren Gegner der Emancipation. Deshalb war er auch unwiderstehlich als er das erste Mal hervortrat auf der Rednerbühne gegen Moritz Mohl, welcher auf eine beschränkte Emancipation der Juden angetragen hatte, ganz so unglücklich, ungeschickt, halbwahr, und ganz so mit der Tapferkeit der Selbst-

verblendung darauf angetragen hatte wie es dem „Er mengt sich in Alles" Moritz Plumper entsprach.

Dies waren die drei Klubbs, dies waren die wichtigeren Personen derselben, welche beim Eintritte in die Verfassungsdebatte das Centrum bildeten. Die Anzahl ihrer Stimmen — über zweihundert — hätte bei gewöhnlicher Ebbe in der Versammlung hingereicht, die Mehrheit zu bilden. Denn die Versammlung, obwohl auf sechshundert angelegt, stieg nicht hoch über vierhundert so lange nicht eine ungewöhnlich wichtige Entscheidung zu treffen war. Aus Oesterreich fehlten ja auch standhaft ein halbes hundert Abgeordnete, weil die slavischen Bezirke, namentlich in Böhmen, das deutsche Reich perhorrescirten und nicht gewählt hatten. Eine gewisse Anzahl sogenannter „Strandläufer" oder „Wilder" ferner, die zu keiner bestimmten Partei gehörten, war trotz all den Fraktionen übrig geblieben. Frei geblieben, wie sie selbst poetisch zu sagen pflegten, damit im Farbenfächer der Freiheit auch das Weiß, die Nichtfarbe, vorhanden sei. Diese Eklektiker stimmten durchschnittlich mit dem Centrum. Endlich muß man ja doch für jede Abstimmung eine Anzahl Stimmen von weiter rechts oder von weiter links als unvermeidlich hinzurechnen. Denn entweder nach rechts oder nach links neigte ja doch der Entschluß des Centrums, und so entstand von selbst mit einem so kompakten Centrum eine starke Majorität.

Sie wurde bald dadurch noch sicherer, daß die eigentliche Rechte unter Führung Vincke's den Fraktionen des Centrums, wenn auch nicht die Hand, doch einige Finger bot. Während des Winters selbst näherte sie sich oder näherte man sich ihr dergestalt, daß auch sie bis auf einen gewissen Grad Theil nahm an den Vorbesprechungen der vereinigten Centren. Das heißt die Abgesandten der Klubbs erschienen am Spätabend auch im Klubb der Rechten um Mittheilung zu machen und Ausgleichung zu versuchen, oder Abgesandte vom Klubb der Rechten erschienen im Casino und Augsburger Hofe. Mit Ausnahme des Vereinbarungs-Princips hatte man ja doch sehr Vieles gemeinschaftlich, namentlich den weiten konstitutionellen Boden, und es hatten sich auf der Rechten allmählig mehrere Männer hervorgethan, denen ein Zusammengehn mit den Centren so weit als möglich wünschenswerth schien. Zu diesen gehörte Naumann aus dem Oder-Frankfurt, von Selchow, von Wegnern, von Rotenhan und Vincke selbst.

Letzterer war eine Zeitlang Willens gewesen, ganz und gar von dannen zu gehn. Er hatte die Parteibildung auf der Rechten nicht so gefunden wie er sie wünschte. In dem „steinernen Hause" waren die katholisirenden Elemente seiner Natur zuwider, wie er denn auch zu Herrn von Radowitz gar nicht paßt und zu dessen diplomatischer leiser Gangart keinesweges Vertrauen hegt. Er ist zu derb, zu unvorsichtig, zu offen neben den Staatsmännern des ewigen Geheimnisses, so

offen und redselig, daß er nur in einem frei ausgebildeten Konstitutionalismus ein Ministerium führen könnte.

Das „steinerne Haus“ war nun übrigens ohnedies zerfallen, und es war ein Bedürfniß, die Rechte neu zu organisiren bei dem Eintritte in die Reichsversammlungs-Epoche. Man forderte ihn also dringend auf zu bleiben und gruppirte sich um ihn. So entstand die rechte Fraktion „Café Milani“, also benannt von einem Kaffeehause am Roßmarkte, wo sie zuerst einige Wochen lang zusammenkam. Sie siedelte bald über in den englischen Hof, und war während des Winters dort in einem Hinterzimmer des Erdgeschosses zu finden, in demselben Zimmer wo die Konstituirung des Augsburger Hofes im Herbste stattgefunden hatte.

Die Existenz dort war trotz der aristokratischen Insassen und alten Schneefieber, welche hier berathschlagten, nicht eben komfortable. Wie dies überhaupt nicht erreicht wurde in dem drangvollen Parlamentstreiben zu Frankfurt. Die alten Räthe und Edelleute, die magern österreichischen Herren von höheren Aemtern, die Großkaufleute aus Hamburg, die kantigen Baiern saßen hier eng geschichtet bei einander. Der kleine Detmold, welcher auch hier nur auf Papierschnitzeln sprach, mußte mit der Lupe herausgesucht werden, der feiste Graf Schwerin pflegte aufzustehn so weit dies anging, um seine ordnungsmäßige Rede zu halten, Grävell in einer Sofaecke schlief leider nicht immer, von Bothmer stotterte öfters, von Wedemeyer äußerte sich über Abzugsgräben nach Ungarn, es

war eine dicke schwere Atmossphäre und Vincke mit dem Scepter in der Hand litt nicht bloß dadurch, daß er hören mußte. An Geist und schöpferischem Leben war Mangel wie an frischer Luft. Indessen fehlte es nicht an klar geprägten Charakteren, die unbeirrt blieben vom Wirbelwinde der Zeit.

Unter solcher Gruppirung begann die Verfassungsdebatte. Die Gruppen waren noch keineswegs ächt und homogen in ihrem Verhältnisse zu den Wasserscheiden in der Verfassung selbst. Man kannte diese noch nicht, man übersah sie wenigstens noch nicht. Man behandelte die erste Lesung wie eine große Rekognoscirung. Die partikularistischen Heerhaufen sollten sich erst auf dem Schlachtfelde selbst, dem Feinde gegenüber sondern. Wer weiter sah wußte jetzt schon, daß diese Rechte nicht beisammen bleiben würde, und daß im Casino eine itio in partes, eine Absonderung in Theile eintreten werde, sobald die Verfassung auf dem Bergrücken anlange, von wo seit alter Zeit die Wasser nach Norden und die Wasser nach Süden abfließen.

2.

Die Vorstellungen über die Form einer deutschen Einheit waren auch im Oktober 48 noch unklar und schwankend. Kaum die, welche es am Leichtesten und Seichtesten nahmen, kaum die republikanisch Gesinnten waren im Stande, eine

runde fertige Gestalt vorzuzeichnen. Denn es herrschte ein großer Unterschied zwischen republikanisch Gesinnten und Republikanern, und es herrschte unter den Republikanern selbst wieder die verschiedenartigste Vorstellung von der nächsten Form einer deutschen Republik. Die Einen wollten die Republik nur im Ganzen, die Andern wollten eine Unionsrepublik nach nordamerikanischem Vorbilde, die Dritten wollten eine Einheitsrepublik, la république une et indivisible.

Die Nichtrepublikanischen, also die Mehrzahl unter den vierzig Millionen, die Mehrzahl in der Paulskirche hatte nur zwei bestimmte Verlangnisse, welche in der neuen Form gegründet sein müßten: ein deutsches Volkshaus, ein deutscher Bundesstaat.

Nur in Oesterreich waren diese beiden Verlangnisse nicht so scharf ausgeprägt. Der Leser möge sich aus dem ersten Bande erinnern, daß man in Wien schon im April 48 den Bundesstaat für Oesterreich nicht rathen zu dürfen meinte, daß man im Gegentheile damals schon in der Wiener Presse Beibehaltung des Staatenbundes forderte.

Aber auch die Mehrzahl, welche Bundesstaat und Volkshaus als Grundbedingung forderte, hatte weder über die innere Struktur des Bundesstaates, noch über die Spitze desselben eine ausgeführte Vorstellung.

In den kleineren Staaten erwartete man eine weit gehende Centralisation. Die Phantasie des Hungrigen richtet sich auf starke Speisen. In den größeren Staaten be-

schäftigte man sich mit Vorstellungen über die Spitze des Bundesstaates. Ein Direktorium oder auch ein Turnus, ein unter den großen Staaten wechselndes Oberhaupt, war die bequemste vorläufige Idee. Ob die aufgestellten Grundbedingungen dazu paßten, das erörterte man noch nicht gründlich. Man erwartete die Vorlage des Verfassungsausschusses.

Als diese nun im Oktober erschien, und wenigstens einen Theil des neuen Organismus übersehen ließ, da zeigte sich im eigentlichen Deutschland nirgends ein absonderliches Bedenken. Scharfe Vorlinien zu einem Bundesstaate hatte man erwartet, also befremdeten auch die Paragraphen Zwei und Drei nicht. Sie betrafen mit ihrer Forderung einer Personalunion außer Schleswig, Holstein und Limburg mit ganzer Schwere nur Oesterreich. Dies war tiefer denn je in der Krisis. In Wien tagte ein Reichstag, zu welchem auch galizische Bauern gehörten, und von dem man nicht recht absehn konnte, wohin er wolle. Es duftete dort Alles nach provisorischen Zuständen und die Studentenaula herrschte. Gerade in diesem Monate noch kam es zu blutigem Aufstande, zur Ermordung Latour's, zu dauernder Insurrektion. Während man Paragraph Zwei und Drei in Frankfurt berieth, zog Windischgrätz ein Heer zusammen, zogen einige Abgeordnete der Linken, Blum an der Spitze, nach Wien hinab, um dort eine Revolution führen zu helfen, deren Ziel unentdeckbar war in einer Allianz mit den heranziehenden Ungarn, in einer Allianz mit schwarzrothgoldnen Ultra's, mit Polen und Ita-

lienern. Zersprengung Oesterreichs in national abgesonderte Theile schien das Ziel zu sein, und doch widersprach auch Dem wieder Mancherlei, namentlich der österreichische Reichstag selbst. Gewiß war nur, daß die Mehrheit der Paulskirche kein Heil erwartete für die deutsche Sache von dem wüsten Gebahren in Wien. Gewiß war ferner, daß die Aeußerungen aus Oesterreich über Paragraph Zwei und Drei unter solchen Umständen spärlich und unsicher erscheinen mußten.

Einige Zeit vor Beginn der öffentlichen Debatte versammelte Gagern in seiner Wohnung an drei Abenden hintereinander etwa dreißig Abgeordnete. Er lud diejenigen ein, welche er für die wichtigsten hielt, und diejenigen von denen theils unbefangene, genaue Auskunft über die thatsächlichen Verhältnisse theils ein reifes politisches Urtheil zu erwarten stand. Solch ein freier Ausschuß ist von jetzt an immer vor öffentlicher Verhandlung wichtiger Fragen bei ihm zusammengetreten. Er zog dazu von der Rechten nur die freier Gesinnten und ging auf der linken Seite nur bis an den Würtemberger Hof hinan, von diesem gewöhnlich nur Zell einladend. Was darüber hinaus lag nach links, das galt für völlig unvereinbar mit den Anschauungen und Absichten der Parlaments-Mehrheit.

Gagern wohnte damals an der Promenade zwischen dem Bockenheimer Thore und der Mainzer Chaussée in einem schön eingerichteten Landhause, welches einen kleinen Saal darbot

zu solchen Versammlungen. Dort ist das Entscheidende vorbereitet worden. Ringsum an den Wänden saßen auf rothen Sammetsesseln diese Ausschußmänner aus allen Theilen des Vaterlandes, und die nicht sprechenden blickten sinnend auf einen spiegelblanken getäfelten Fußboden. So eben und glatt wie dieser Fußboden schien noch Alles zu sein auf dem deutschen Verfassungsboden, und Jeder von diesen Dreißig mußte sich doch eingestehn, daß dies nur ein täuschender Schein sei.

Dennoch ging man auch hier, wo in kleinem Kreise die offenbar maaßgebende Vorentscheidung gesucht wurde, dennoch ging man auch hier nicht vollkommen offenherzig mit der Sprache heraus in Betreff Oesterreichs. Dennoch wagte Niemand, seinen eigentlichen Gedanken oder wenigstens seine Vermuthung naiv zu äußern. Gagern selbst mußte am zweiten Abende damit den Anfang machen, daß er plötzlich mit ganzer Schwere auf das Eis der konventionell gewordnen Vorstellungen trat, indem er ausrief: Sie werden sehn, daß es bricht!

Allerdings waren Schmerling, Würth, Schrott, Somaruga und noch andre Oesterreicher zugegen, vor denen man nicht geradezu aussprechen wollte, was man fürchtete, wenn sie nicht selbst den Anfang machten. Und das thaten sie nicht. Allerdings war man aber auch durchaus nicht so absichtlich, so voraus bedacht in Bezug auf Oesterreich, wie man's gewesen sein soll nach den Anklagen der sogenannten Großdeutschen. Man war es nicht. Soll durchaus auf dem Grunde

des Verfassungsentwurfs die klare Absicht gesucht werden, daß Oesterreich ausgeschlossen sein müsse aus dem deutschen Bundesstaate, so wird man sehr tief hinabsteigen müssen in die Arbeitsgemächer, in die Laboratorien einzelner Männer. Und auch da wird man sich zurückgeführt sehn auf zwei oder drei Männer, und selbst bei diesen wird man nicht eine Animosität gegen Oesterreich, wird man nicht den Wunsch nach Ausschließung Oesterreichs finden, man wird höchstens den schwer gefaßten Entschluß finden: ein deutscher Staat soll entstehn, ein Staat mit deutscher Politik, und wenn Oesterreich nicht dahinein zu bringen ist, so soll sich dieser deutsche Staat auf Kosten des österreichischen Ganzen oder neben und ohne Oesterreich errichten.

Das wird der Kern des Pudels sein, welchen man später zu einer Kreatur Mephisto's, zu einem Pudel preußischer Race hat machen wollen.

Nicht im Ausdrucke, wohl aber dem Eindrucke nach war jene Vorversammlung bei Gagern naiv. Sie suchte. Sie suchte die Lösung des Räthsels. Niemand hatte sie. Und wer sie in der Theorie etwa am festesten haben mochte, wie Dahlmann, wer wie dieser, auch damals bei Gagern schon steinern, gleich einem steinernen Manne sprach für die unerschütterliche Nothwendigkeit dieser Paragraphen, selbst der enthüllte nicht einen Zug von Animosität gegen Oesterreich. Auch Waitz nicht, welcher an seine Doktrin glaubte wie an sein Evangelium und vermöge dieser Doktrin felsenfest überzeugt war,

Oesterreich müsse von nun an unter konstitutionellem Regimente so weit auseinandergehn in seinen Fugen, daß die beiden Paragraphen durchgesetzt werden könnten. Auch Georg Beseler nicht, Droysen nicht, obwohl diese am völligsten nordisch waren und für den ganzen neuen Organismus keinen anderen Mittelpunkt und Entwickelungspunkt für möglich hielten als einen nordischen. Von Luther an, über den alten Fritz hinweg, durch die deutsche Literatur, durch die Freiheitskriege hindurch ging ihr Meridian unverrückt nordwärts in Deutschland. Sie erwarteten nicht so große Wirkung von den Revolutionen und dem Konstitutionalismus in Oesterreich wie Waitz, sie waren also wohl am meisten darauf gefaßt: daß Oesterreich nicht unmittelbar in den deutschen Bundesstaat kommen werde.

Aber selbst Männer wie Mathy und Bassermann, später so eifrige Vertreter des also definirten Bundesstaates, sie waren damals noch ganz fern von der Konsequenz des Gedankens, von der Ausscheidung Oesterreichs aus dem eigentlichen Bundesstaate. Namentlich Bassermann. Er war ungemein gedrückt und gepeinigt an jenen Abenden bei Gagern. Sein guter Verstand sah zu deutlich, wohin diese Paragraphen, wohin eine Absonderung Oesterreichs führen müsse, und doch wußte er keinen positiven Ersatz für solche Grundpfeiler des Bundesstaates.

Wir werden mit Staunen sehn, daß eigentlich Niemand die Grundzüge der also angelegten Verfassung angriff in der

öffentlichen Debatte, was doch hätte geschehen müssen, wenn die spätere Opposition der „Großdeutschen" einen organischen Sinn haben sollte. Nur Reichensperger, ein recht feiner, aber ultramontan angekränkelter und eigentlich unfruchtbarer Kopf, tippte in der Paulskirche mit einem Amendement und mit seiner Rede darauf hin. Aber er tippte auch nur. Er verrieth, daß er hier ein Bedürfniß errathe, aber daß er positiv nichts dafür wisse. — Wenn Einer mit dem Gedanken umging, es müsse eine breitere Grundlage für den ganzen Bundesstaat gesucht werden, so war es Bassermann. Aber er fand sie nicht, oder er fand immer, daß sie noch gefährlicher werden könne für das Ganze, als die Herausforderung und wahrscheinlich erfolgende Absonderung Oesterreichs. In dieser Pein verbrachte er jene Abende, viel mehr hörend als sprechend.

Es lohnte zu hören. Ungläubig, von der Seite hinüberschauend, hörte er und hörte die Mehrzahl Schmerling's gewundener Auseinandersetzung zu: daß Oesterreich doch auch in einen eng gefaßten Bundesstaat passe, wenn man nicht rigoros sein, wenn man bei der diplomatischen Vertretung und beim Heerwesen „Modifikationen" gestatten wolle. Modifikationen! Dies unvermeidliche Wort, wenn man Flöhe vertreiben will und sie nicht fangen kann. Man schüttelte dazu den Kopf, und schüttelte ihn nicht minder zu den schwülstigen Versicherungen Würth's und Somaruga's. Der Schwulst lag nicht im Talent dieser Männer, er lag in den Schwierigkeiten der Sache. Sie wollten beweisen, das Wasser mache nicht

naß und das Feuer brenne nicht. Oesterreich könne freilich nicht gesetzlich in alle Forderungen eines Bundesstaates willigen, aber praktisch könne es sie alle erfüllen.

Jedermann fühlte, der gute Wille diktire diese Worte, aber auf diesen guten Willen hin könne man kein Reich errichten.

Durchweg hatten die Oesterreicher nicht mehr beizubringen, als daß sie in den einzelnen Punkten Modifikationen für Oesterreich wollten. Sie gingen zunächst nicht einmal über diese beiden Paragraphen hinaus, und es mußte ihnen zugebracht werden, daß sie dann doch lieber gleich für Alles eine Ausnahmsstellung und in Folge derselben eine spätere definitive Anordnung verlangen sollten. Denn fast bei jedem einzelnen Paragraphen würde sich ja ihr jetziges Bedürfniß wiederholen, da sie mit ihrem mannigfach zusammengesetzten und bedingten Staate nicht in die Folgerung des strengen Bundesstaats-Princips eintreten könnten. Besonders Vincke nahm sich eines solchen vorgeschlagenen Zusatzes an, daß für diese „und die folgenden Paragraphen eine definitive Anordnung in Betreff Oesterreichs vorbehalten bleibe." Zu etwas Weiterem, zu irgend einem positiven Vorschlage erhoben sie sich nicht — es begann also hiermit die traurige Negative und Verschiebung, zu welcher sie durch die Lage ihres Heimathsstaates gezwungen sein mochten.

Diese Negative hat es denn auch im Laufe des nächsten Halbjahres zu keiner andern positiven Satzung gebracht als

zu dem chimärischen, lebensunfähigen Vorschlage eines „europäischen Mittelreiches" mit 70 Millionen, Deutschland und den ganzen österreichischen Staatenkomplex umschließend.

Wir bringen es in einem kleinen Hausstande nicht zu einer Ordnung und zu einem familienhaften Charakter, wie wir Beides wünschen, vergrößern wir also diesen Hausstand um das Doppelte und ziehen wir eben so viel Fremde herein als wir jetzt Familienglieder sind, dann werden wir unsern Wunsch erfüllt sehn!

Dies war der Sinn jenes Vorschlags, ein unbedachter Hohn auf das deutsche Verlangen nach einem nationalen Staate.

Damals im Oktober bei Gagern unternahm indessen die Phantasie noch nicht diesen Ikarus-Flug, und man sprach, wie gesagt, von nichts als Modifikationen und Modifikationen und von Aufschub und Ausnahmen. Da nahm Gagern das Wort und erklärte sich gegen alles das. Er entwickelte die ersten Züge seines späteren Programmes. Das geschah nicht in großer vorbedachter Rede; es geschah fast unscheinbar. Man sah, der Gedanke war nicht alt, wenigstens war er nicht gepflegt, nicht ausgebildet. Er meldete sich auch vorzugsweise als Entgegnung auf alle die halben Vorschläge. „Es ist unsrer großen Aufgabe nicht angemessen", sagte Gagern, „der Hauptschwierigkeit einer deutschen Verfassung unschlüssig aus dem Wege zu gehn. Wir wollen und sollen nicht eine verschiebende und ausweichende Diplomaten-Versammlung sein,

wir wollen und sollen eine konstituirende Versammlung sein. Konstituiren wir also!" — Und nun zeichnete er mit wenig Strichen die zwei Nothwendigkeiten für Deutschland, welche vorlägen. Der Bundesstaat sei für Deutschland eine Nothwendigkeit, und — die Erhaltung Oesterreichs sei ebenfalls eine Nothwendigkeit für Deutschland. Es sei falsch, falsch unter allen Gesichtspunkten: auf die Zertrümmerung Oesterreichs zu spekuliren. Aus alle dem folge denn: Oesterreich könne nicht in den deutschen Bundesstaat gezogen werden, und es müsse ein weiterer Bund mit Oesterreich gegründet werden.

So war das Ei des Kolumbus hingestellt, und es war eben beschädigt, wie ein Ei beschädigt werden muß, wenn es stehen soll.

Der Eindruck jener Gagernschen Worte schien nicht gar groß zu sein. Ein Theil der Versammelten, und zwar der doktrinäre Theil, meinte doch immer, Oesterreich könne nicht zusammenhalten. Wozu sich sträuben gegen solchen Naturprozeß? Wozu jetzt ein weiteres Band schürzen, während das engere Band wahrscheinlich binnen Kurzem gar keine Schwierigkeit haben werde? — Ein anderer Theil fand die Gedankenfolge Gagerns ganz richtig, denn es war ihre eigne Gedankenfolge; aber sie hielten es nicht für politisch, dies jetzt schon positiv auszusprechen, dies positiv zu machen durch die ersten Paragraphen der Verfassung, durch die erste Lesung der Verfassung. Sie wollten dasjenige werden lassen, entstehn

lassen, was doch werden und entstehn müsse, sie wollten es nicht machen. Wenn wir es machen, sagten sie, so gewinnt es als Vorwurf Süddeutschlands eine gefährliche Kraft gegen uns. Wenn es von selbst entsteht, wie ja doch nicht ausbleiben kann, so wird es wie ein Schicksal hingenommen. — Ein dritter Theil hatte sich die Folgerungen der Dinge nie in solcher Schärfe vor Augen gehalten; er erschrak vor dieser Absonderung in zwei große Theile; er hielt es auch jetzt nicht für nöthig, so weit vorzugreifen, und scheuchte sich diesen Gedanken vor den Augen hinweg, wie man eine Fliege wegscheucht. Er konnte glauben, daß es nur eine Fliege sei, denn Niemand ging näher ein auf solch eine entscheidende Wendung. — Die Oesterreicher endlich waren tief davon betroffen. Sie empfanden am besten die Stärke der Folgerung, weil sie selbst am besten wußten, in welcher haltlosen Halbheit sie sich befänden gegenüber solchen tief greifenden bundesstaatlichen Grundsätzen einer deutschen Verfassung. Sie schwiegen und horchten ängstlich, ob dies unterirdische Feuer fangen und den Boden aufsprengen werde. Dies schien nicht zu geschehn und sie athmeten tief auf, beim Nachhausegehn diese Gagernsche Idee als eine radikale Chimäre bezeichnend.

Aber ein wahrer Gedanke lebt, wie eifrig wir seine Lebenskraft leugnen, weil er uns nicht gefällt; er lebt und wächst auch in uns, die wir ihn todt nennen. Und so war denn zum ersten Male, wenn auch ohne Nachdruck, die tragische Situation der Oesterreicher im deutschen Parlamente bezeichnet.

Tragisch in allen Beziehungen. Tragisch für die ächt deutschen Oesterreicher selbst, welche die volle Betheiligung an deutscher Nation, an deutschem Staate wollten und doch die Macht ihres Heimathsstaates nicht verleugnen mochten, nicht verleugnen durften oder nicht verleugnen konnten. Tragisch für jeden Deutschen, welcher die edlen schönen Brüderstämme an der Donau und an den Alpen von Herzen liebt, welcher im deutschen Staate eng beieinander haben wollte Alles was mit deutscher Zunge redet, und welcher sich doch nun eingestehn mußte, daß die bittre Wahl wirklich so vorliege, wie Gagern gesagt hatte: Entweder das endliche Erringen eines Bundesstaates, nach welchem das innerste Bedürfniß deutscher Nation hindrängt, in welchen die ganze nationale Bewegung von 48 mündet, und dann Absonderung Oesterreichs — oder Einschließung Oesterreichs in derselben Weise wie aller übrigen deutschen Staaten, und dann kein Bundesstaat, kein deutscher Staat.

Wenn man nun von Gagern erwartet hatte, die laue Aufnahme seines Gedankenganges werde ihn veranlassen, demselben keine weitere Folge zu geben, so hatte man sich sehr in ihm geirrt. Was er für recht und nothwendig erkennt, das betreibt er, mag es gefallen oder mißfallen, mag es Aussicht auf Erfolg haben oder nicht. Gerade er sägt und bohrt das Holz da, wo es am härtesten und dicksten ist; dies ist sein Charakter eines Anführers, welcher einen ganzen Erfolg erstrebt, mag auch er und seine ganze Genossenschaft darüber

zu Grunde gehn. Er verhielt sich am zweiten Abende der Vorversammlung ziemlich passiv, und ließ nur durchblicken, daß er all diese halben Dinge, all diese Palliative und Aufschubsmaaßregeln bei so großer, entscheidender Gelegenheit für unpassend, ja den großen moralischen Anforderungen einer Nation gegenüber für fehlerhaft halte. Am dritten Abende brachte er zu großer Beunruhigung der Versammlung ein förmliches Amendement im Sinne seines engern und weitern Bundes und erklärte, daß er es vor der Reichsversammlung führen werde.

Fast all seine Freunde riethen ihm ab. Sein Bruder Max in erster Linie. Später auch sein alter Vater, welchem er eine Skizze nach Hornau hinaus geschickt hatte. Dieser achtzigjährige Staatsmann kam zuweilen herein, und ich erinnere mich, daß er in dem gastfreien, allen Notabilitäten der Centren jeden Abend offnen Salon des Konsul Koch ausführlich über diese Idee seines Sohnes Heinrich sprach. Auch er theilte sie nicht und behandelte sie ganz unbefangen tadelnd wie die eines Fremden. Sie war natürlich damals noch unvollständig entwickelt. Dieser Sohn Heinrich aber, das energische Element in der Familie, hörte Dies und Andres ruhig an und — blieb bei seiner Meinung. Am wenigsten Eindruck machte es auf ihn, daß er seine ganze Popularität auf's Spiel setze mit diesem Vorschlage, Oesterreich von Deutschland zu sondern. — „Wofür hab' ich denn diese Popularität, wenn ich sie habe“, rief er stolz, „als um sie hinzu-

geben für unser Volk. Gerade darum ist es meine Pflicht, das Undankbare auf mich zu nehmen. Ich halte das, was ich vorschlage, für nöthig, und also ist es gar nicht meine Wahl, es ist meine Pflicht, den Undank herauszufordern und auf mich zu nehmen."

Es war die Lage eines Arztes, der ein dauerndes Siechthum mit einem bittern, entscheidenden Mittel heben will. Der Kranke schreit und die Angehörigen schreien, und es ist auch Gefahr dabei, das Siechthum in tödtliche Krisis zu verwandeln. Der Arzt sieht und hört und weiß das Alles; er folgt aber schweigend seinem Gewissen und handelt. Solcher Aerzte bedarf eine Nation, welche sich konstituiren will. Die Mittelmäßigkeiten erregen zwar kein besorgliches Geschrei, aber sie helfen niemals und schaden oft. In den Zeiten der Krisis verderben sie aber die Heilung immer.

Der Klubb des Café Milani hatte die schwerste Stellung zu diesen Paragraphen und verhandelte am spätesten, kurz vor der Entscheidung in der Paulskirche, noch darüber. Er hoffte auf einen Ausweg durch Herrn von Radowitz, welcher über diese Frage noch sprechen wollte. Er sprach und zwar zu wiederholten Malen an einem Abende. Es war ein äußerst künstlicher Organismus, welcher Oesterreich mit dem sogenannten deutschen Bundesstaate verbinden sollte, eine Kette mit zwei bis drei Scharnieren. Der eigentliche deutsche Bundesstaat, eine Gruppe von Ringen, die erste Gruppe. Deutsch-Oesterreich die zweite Gruppe, durch ein Scharnier mit der

ersten Gruppe verbunden. Das nichtdeutsche Oesterreich die dritte Gruppe, durch ein Scharnier mit der zweiten Gruppe verbunden. Das ganze Oesterreich die vierte Gruppe, auch nicht ohne ein kleines Scharnier zur Verbindung mit der ersten Gruppe. Es wirbelte dem Zuhörer vor diesem vielfach verschlungenen Gliederwerke, welches der Meister behende um die Finger schlang, und man hatte einen zwiefachen Eindruck. Erstens, ob man nicht nach Regensburg und in's vorige Jahrhundert versetzt sei, wo über das heilig-römisch-deutsche Reich, das schwerste Staatsrechts-Gehäuse, ein geschickter Vortrag gehalten werde. Zweitens, ob nicht wirklich der Begriff des Einfachen untrennbar sei von dem Begriffe der Dauer und Größe.

Diese Eindrücke schienen auch bei den Wortführern des rechten Klubbs vorhanden zu sein. Vincke rasselte unter diesen verketteten Gruppen umher wie ein ungeduldiger Gefangner und packte hier ein Scharnier und dort eins und drückte es auf und sprang heraus und schob die Ketten hinter sich. Und auch Schwerin, sonst rücksichtsvoll und milde gegen den General, erklärte unumwunden, daß er einen so künstlich vernieteten Staatenzusammenhang nicht für brauchbar und nicht für haltbar erachtete. Radowitz hätte es seinen Freunden wohl leichter machen können, wenn er nicht hundert Rücksichten zu decken gehabt hätte. Mit all diesen Rücksichten war größere Einfachheit nicht möglich, und für die harrenden konservativen Baiern und Oesterreicher war denn unter solchen

Umständen auch von dieser erfinderischen Seite kein repräsentables Amendement herzustellen. Man mußte auch nicht das Unmögliche verlangen! In Berlin sollte es sich sehen lassen können, was er vorschlug, und vor den katholischen Mächten auch! Ueberhaupt mußte ja doch mit diesem strengen Bundesstaate und einer Volksvertretung erst abgewartet werden, wie sich das ausnehmen wird auf dem Spiegel alt bestehender Mächte. Dieser Spiegel ist jetzt getrübt; er wird wieder rein werden. Dann wird man ernsthaft an diese Aufgabe gehn und wird sie auf dem Wege lösen, welcher allein dafür geeignet ist, auf einem diplomatischen Wege oder Kongresse. Wer wird sich vor den Fünfhundert der Paulskirche unnöthig dafür in Unkosten setzen! Wer wird hier eine absolute Lösung versuchen! Eine Beschäftigung mag man hinwerfen, eine Einschachtelung ihnen zur Probe vorlegen, damit was gethan scheine

So mochte er denken und ging hinweg. Herr von Radowitz war „mit Entschuldigung" abwesend, als die Debatte und Abstimmung über diese Paragraphen erfolgte.

Ist diese verschiedne Haltung Gagern's und des Herrn von Radowitz nicht überaus bezeichnend bei dieser Lebensfrage deutscher Verfassung? Denn die österreichische Betheiligung am deutschen Reiche war die Lebensfrage geworden und ist die Frage um Leben oder Tod geblieben. Vergessen wir nicht, daß sie nicht im Plane der Patrioten gelegen war, welche einer deutschen Staatswendung bis zum Februar und

März 1848 entgegen harrten. Noch in den vorbereitenden Schritten zu Eppenheim, Heidelberg, Darmstadt spielte sie keine Rolle. Die Hoffnungsrede Gagern's, welche er als hessischer Minister in Darmstadt hielt vor Ausbruch der allgemeinen Bewegung im März, sie richtete sich auf die Großmacht im Norden Deutschlands, sie sagte nichts von Oesterreich. Daß Oesterreich so weit mit hineingezogen wurde, daß es Abgeordnete nach Frankfurt sandte, daß man also mit den beiden Großmächten des deutschen Bundes zu thun bekam bei Errichtung des herbeigesehnten Bundesstaates, das war unerwartet gekommen, und daran drohte für den Kundigen die Errichtung des Bundesstaates um so mehr zu scheitern, je enthusiastischer, je anspruchsvoller, je unklarer dieser außerordentliche Zusatz von der öffentlichen Stimme aufgenommen wurde. Wäre es nicht natürlich gewesen, daß die Männer des Vormärzen jetzt im entscheidenden Momente auf ihren ausgebildeten Plan zurückgegangen wären, um sicher zu gehn, um das Werk ihrer Vorbereitung durchzuführen? Das thaten sie nicht. Sie nahmen sie an diese große gefährliche Zugabe, und Gagern selbst, der hierbei am vorsichtigsten erschien, war unvergleichlich viel sorgsamer für Oesterreich, wollte viel mehr eine organische Betheiligung Oesterreichs am deutschen Reiche als die Mehrzahl derer, welche jetzt unbesehn Oesterreich einordneten in das Ganze und welche später Oesterreich völlig absonderten. Gagern trat eben deshalb jetzt schon mit Vorschlägen zu einer organischen Sonderung hervor, weil er die

Verbindung erhalten wollte, und weil er voraussah, daß das bloße Dekretiren solcher Paragraphen die Verbindung zerschneiden werde. Kurz, er wollte binden und schaffen, indem er für den oberflächlichen Zuschauer zu lösen und zu scheiden schien.

Von Radowitz aber hatte im Vormärzen durch jene Broschüre den vollen Anschein genommen, als wolle er und wolle man auf dem organischen Wege der Reform die deutschen Mächte zu einer engeren Staatsform führen. Gerade Oesterreich hatte er als bedrohlichen Eckstein bezeichnet. Wäre es nicht natürlich gewesen, daß gerade er nun im entscheidenden Momente mit Rath und That eingetreten wäre? Er aber ging hinweg, und Gagern setzte seinen ganzen Einfluß ein und auf's Spiel.

An solchen Früchten mag man erkennen und unterscheiden lernen. Der Eine, obwohl ein Gläubiger, glaubt doch nicht recht an den höhren Drang im Volksleben und versucht es immer wieder mit der Handarbeit des alten Flick- und Stückwerkes. Der Andere, obwohl kein Gläubiger, glaubt doch an den Genius seiner Nation und arbeitet mit Lebensgefahr für sich selbst aus dem Ganzen.

Jener Eine wird vielleicht, wie man hochdeutsch zu sagen pflegt, „reussiren" für heut und morgen. Jener Andere aber wird unterliegen für heut und morgen, und der süße Pöbel oben und unten wird seiner spotten. Und doch hat der Eine nur geflickt und der Andre hat geschaffen. Er hat geschaffen! Das Nothwendige, einmal gewollt und ausgesprochen, wird

von selbst zur That, und der es zuerst gewollt und ausgesprochen bleibt in der Geschichte einer Nation.

In der Paulskirche blieben die weiteren Gesichtspunkte in dieser Frage zunächst ohne Einfluß. Den Paragraphen war die Mehrheit sicher, da für dieselben die ganze Linke mitstimmte. Diese Paragraphen centralisirten, und waren ihr deshalb willkommen. Den Centren galten sie für einen unerläßlichen Grundsatz des Bundesstaates, und übrigens hatte jede Fraktion ihre eigenthümlichen Hintergedanken dabei. Sie würden Oesterreich, meinten Viele, endlich zu einer runden Erklärung nöthigen, wie es sich in Wahrheit zum neuen Reiche verhalten wolle. Denn der That nach war Oesterreich bis jetzt stumm und taub verblieben bei allen Anfragen und Verlangnissen von Frankfurt. So viel es äußern konnte in seiner gestörten Beschaffenheit hatte es ablehnend geäußert. Nur die phantastische Linke konnte es zur Botmäßigkeit der Centralgewalt rechnen; jeder Unbefangene sah voraus, daß es zu allen wesentlichen Dingen des neuen Reiches Nein sagen würde, sobald es zum Sprechen ermächtigt sei. So sage es denn Nein! dachten eben Viele, und wollten auch deshalb diese entscheidenden Paragraphen votiren. Erhält es aber die Kraft hierzu nicht mehr vor der fortschreitenden Auflösung in seinem Innern, setzten Andere hinzu, nun dann sind diese Paragraphen erst recht am Orte. Sie bringen dann Deutsch-Oesterreich grundsätzlich zum deutschen Reiche.

Unter solchen Umständen begann am 20. Oktober die Debatte. Die Oesterreicher waren rathlos, und im Hôtel Schröder an der Bockenheimer Straße wo sie sich versammelten jagte immer ein Amendement das andere. Jedes ging auf Ausnahme oder Aufschub. Ihre Lage war auch unbeschreiblich schwer. Sie wußten nicht wie das Staatswesen ihrer Heimath sich gestalten werde, und wenn sie selbst ein schöpferisches Staatsmanns-Talent unter sich gehabt hätten im Sinne des Centrums oder der Rechten, sie hätten nicht die Energie gehabt sich ihm anzuvertrauen. Das sah man aus ihrem Verhältnisse zu Gagern. Die weitere Ausführung der Gagernschen Idee verhieß eine schöpferische Stellung für Oesterreich im weiteren Bunde. Mit ihm hätten die liberal konservativen Oesterreicher sich in Verbindung setzen müssen, wenn ihnen um eine mögliche Gestaltung zu thun war. Ihn scheuten sie aber völlig. Sie wollten nur aufschieben. Die zahlreiche Partei der Linken endlich unter den Oesterreichern war kurzweg darüber einig, daß die Scheidung der kaiserlichen Monarchie durch Personalunion nicht nur wünschenswerth, sondern auch leicht ausführbar sei. Sie widersprachen zuversichtlich, wenn man ihnen entgegnete, daß die Mehrzahl der Deutsch-Oesterreicher nicht um diesen Preis in ein deutsches Reich eintreten wollte. Im Gegentheile, riefen sie, dieser Preis scheint den Deutsch-Oesterreichern gering!

Am ersten Tage der Debatte sprachen zahlreiche Oesterreicher; unter ihnen ein Schooßkind der Paulskirche, Arneth

von Wien. Ihm persönlich hätte man gern die verlangten Modifikationen gewährt. Ferner von Würth aus Wien. Ausführlicher, leidenschaftlicher, drohender, da man ja nur ein Paar Modifikationen in Betreff des Heeres und der Vertretung nach außen gestatten solle. Die weiter Sehenden wußten nur zu gut, daß die Vertretung nach außen verzweifelt viel bedeute, und daß es mit ihr und mit der Modifikation im Heerwesen nicht abgethan sei. Endlich Giskra der Mähre, mit dem ganzen Aufgebot seiner Suada und seiner Scheingründe diese Vorgänger stürmisch bekämpfend, die pragmatische Sanktion, das morsche, „vergilbte Pergament", welches längst zerfallen sei, in die Lüfte streuend. Umsonst versicherten nun selbst seine Landsleute, daß er nicht nur ein übertreibender Parteimann, sondern auch als Parteimann bedenklich wandelbar und unzuverlässig sei, in dieser Frage hatte er alle Wünsche eines großen Germanien, hatte er das ganze Farbenspiel verführerischer Hoffnungen für sich, und rauschender Beifall begleitete ihn.

Als dieselben Paragraphen, an deren Annahme das Glück Oesterreichs hängen sollte, ein halbes Jahr später zur Abstimmung kamen, da hatte sich die Parteistellung so geändert, daß auch das Glück Oesterreichs wo anders hing, und daß der fanatische Fürsprecher nun eigentlich dagegen stimmen mußte gemäß seiner neuen Parteistellung. Giebt es eine empfindlichere Satyre auf die Parteiung und auf die „echauffirte" politische Weisheit. Er ging hinweg vom Kohlenfeuer,

um nicht wie Petrus ausdrücklich Nein sagen und seine Rede vom 20. Oktober in's Angesicht verleugnen zu müssen. Er stimmte nicht, und weinte auch nicht. Der leichte Sinn hilft über Alles hinweg, und unsre rührigsten Apostel von diesem Jahre waren leichtsinnig. Leichtsinniger als ihre Jünger, welche für sie zahlten, litten und bluteten.

Dies war der erste Tag. Der nächste Sitzungstag schon mußte der österreichischen Wirklichkeit geopfert werden. Was Zukunft! schrie man, was Verfassungsparagraphen! Der Windischgrätz ist mit Kroaten vor Wien! Wollt Ihr ein deutsches Parlament sein, so helft vor allen Dingen gegen diesen Dränger, welcher mit ausländischen Horden die Freiheit der Aula erwürgen will! (Hier waren die nicht revolutionären Ausländer plötzlich einmal Horden). Laßt ein Reichsheer marschiren, ruft das Volk zu den Waffen, sprecht die Acht und Aberacht aus, wenn der Kaiser nicht sofort nach Wien geht unter die Demokraten, wenn er nicht sofort seine Truppen zurückzieht!

Wieder und wieder war es dieselbe Lage unvereinbarer Elemente in der Paulskirche. Der eine Theil bestand darauf, es herrsche eine allgemeine Revolution, oder es solle wenigstens von Rechts wegen eine herrschen. Höchstens die Centralgewalt, soweit man sie beeinflussen könne, sei eine Behörde. Sie habe zu gebieten überall, diktatorisch, einheitsstaatlich, über das Kleinste also wie über das Größte.

Der andre Theil sagte: so ist es nicht. Durch eine Ver-

fassung haben wir revolutionäre Zustände zu endigen, wir sind nicht berufen um sie zu nähren. Die Einzelngewalten des deutschen Bundes sind erschüttert, sind in ihren Formen geändert worden, aber sie sind nicht gestürzt. Unser eignes Gesetz über provisorische Centralgewalt giebt ja darüber Auskunft und bildet ja auch für uns eine Grenze. Es mag sein, daß unsre Aufgabe leichter zu lösen ist, wenn die Einzelngewalten gestürzt wären. Aber sie sind es nicht, und Eure Aufforderung ist nur eine Aufforderung zu nachträglicher Revolution. Abgesehen davon, ob nicht dadurch der ganze erworbene Boden für einen deutschen Bundesstaat auf's Spiel gesetzt würde, abgesehen davon, daß Revolutionen nicht dekretirt werden nachträglich, sondern daß sie entstehn müssen aus hundert zusammentreffenden inneren Nothwendigkeiten, wenn sie wahr und fruchtbar sein sollen, abgesehn von Berechtigung oder Nichtberechtigung, Eure Stimme dafür ist für uns am wenigsten verführerisch. Ihr, gerade Ihr habt so viel Oberflächlichkeit und Irrthümer über Staatsleben verbreitet, so schlimme Leidenschaften erregt, so verderbliche Zielpunkte einer Staatszukunft enthüllt, daß wir doppelt vorsichtig sein müssen, die noch bestehenden, wenn auch wankenden Autoritäten antasten zu helfen. Und nun gar nach Wien hin können wir nimmermehr zu Euren Dekreten und Aufgeboten Ja sagen. An und für sich ist unsre Centralgewalt dort am schwächsten, sie hat nur eine künstliche, nur eine in Eurer Aufgeblasenheit wirksame Geltung. Wir setzen

sie aus durch Dekrete, kompromittiren sie, schwächen sie also auch für das übrige Deutschland im Ansehn. Greifen wir aber, wie Ihr mit Forderung eines Reichsheers wollt, thatsächlich zu Aufgeboten, so versagt uns wahrscheinlich in erster Linie schon dies Reichsheer. Wird es uns aber auch gestellt, was erregen wir damit in zweiter Linie? Wir erregen volle Revolution in einem Staate, dessen revolutionäres Schicksal unberechenbar ist für Deutschland, ja äußerst gefährlich sein kann für Deutschlands Integrität und Macht. Denn gerade dadurch können wir den deutschen Staat in Oesterreich den undeutschen Bestandtheilen Oesterreichs überliefern, können slavische und magyarische Staaten hervorrufen, welche Deutschlands Macht beschädigen und welche doch nur den Herrn wechseln, den russischen Herrn für den deutschen Herrn eintauschen würden. —

Ach was da! rief ein magrer junger Oesterreicher, ein cynischer trockner Logiker, ein logischer Fanatiker nach der Art von St. Just, was da! rief Berger von Wien, „wenn ich die Gewißheit hätte, daß die Slawa mir als Inhalt die Demokratie bietet, so würde ich mich für den slavischen Gesammtstaat erklären, wenn Deutschland mir keinen demokratischen Inhalt bietet. (Auf der Linken: hört! Beifall.)“

Brauchte man mehr zu wissen? War diese Offenherzigkeit, war dieser Beifall nicht völlige Aufklärung für eine deutsche National- und Reichsversammlung? War es da verwunderlich, daß die Centren wie ein Mann gegen jedes Ansinnen

wirklicher Einschreitung für die revolutionäre Partei in Wien stimmten, 250 Stimmen hoch? Gewiß nicht.

Aus dieser Zahl 250 sieht man aber auch, wie nöthig die endlich gefestigte Organisation der Centren war. Die Mehrheit war gering unter 416 Stimmenden für eine so wichtige Sache. In welchen verworrenen Zustand von Intervention, die doch keine Wirksamkeit entwickelt hätte, wäre man gerathen, wenn die unklare Wirthschaft des Würtemberger Hofes auch hierbei noch zwanzig bis dreißig Stimmen abgewendet hätte!

Am 24. erst wurde die Debatte über Paragraph Zwei und Drei wieder aufgenommen, und an diesem Tage sprach der einzige Oesterreicher, welcher eine klare, feste Stellung einnahm zu diesen Paragraphen, Mühlfeldt von Wien. Er hatte mit Detmold, Rotenhan und Lassaulx folgenden Zusatz-Antrag zu Paragraph Zwei unterschrieben:

„Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses §. 2. und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maaße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden."

Im Wege des „völkerrechtlichen" Bündnisses! Welch ein Verrath an der deutschen Einheit und Oesterreich! rief man diesen vier Männern entgegen, unter denen beiläufig auch

Herr von Lassaulx war, welcher späterhin Oesterreich als Ein und Alles, als Mittel- und Ausgangspunkt deutschen Reiches hingestellt sehen wollte. Hingestellt!

Mühlfeldt ließ sich durch kein Geschrei erschüttern. Er antwortete kühl: das Wort „völkerrechtlich“ ist das einzig richtige, wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat eingereiht werden kann. Ein Verhältniß im Staatenbunde ist ein völkerrechtliches. So lautet die Technik, und wenn man etwas präcis ausdrücken will, muß man sich an diese Technik halten. Es nützen die schmeichelnden Worte nichts. „Ein völkerrechtliches Bündniß kann eine Fülle haben, die das Verhältniß des Staatenbundes dem des Bundesstaates sehr nahe bringt. Wir sind sehr weit entfernt davon zu glauben, daß nur ein Schutz- und Trutzbündniß, nur militärische und politische Zwecke, nicht vielmehr auch ökonomische, commercielle und nationale Zwecke erreicht werden sollen. Wir würden nicht bloß Sicherheit und Unabhängigkeit, nicht bloß innere Sicherheit des Staates, sondern auch die allgemeine Wohlfahrt durch Freizügigkeit, Gleichheit in Zoll- und Handelsverhältnissen, Einheit in den Verkehrsmitteln und Anstalten durch ein solches Bündniß erreicht wünschen.“ Er wies ruhig ab, daß man ihn undeutsch nenne, weil er das allein Mögliche nüchtern hervorhebe. Er, Schilling und Endlicher seien die ersten gewesen, welche in Wien eine Beschickung deutschen Parlamentes bei der Wiener Universität in Anregung gebracht und erst diesem Beispiele seien der Wiener Bürger-Ausschuß und die Stände Nieder-Oester-

reichs gefolgt. Das Minoritätserachten sei ja auch durchaus mit Rücksicht auf Deutschland und dessen Interessen, oder wenigstens mit gleicher Rücksicht auf diese wie auf die Oesterreichs entstanden. Denn „vor Allem erkläre ich, daß ich mit den übrigen Herren Antragstellern das Minoritätserachten zu den §§. 2 und 3 diese für eine so nothwendige Folgerung aus der Form des Bundesstaates ansehe, daß eine Ausnahme davon nicht gemacht werden dürfe. Ich erkläre weiter, daß wir die §§. 2 und 3 dergestalt im Interesse Deutschlands gelegen, und so wesentlich für die Erreichung der Einheit desselben erachten, daß nie und niemals abgewichen werden dürfe. Wenn aber auf der andern Seite ich die mir bekannte Lage, die mir bekannten Verhältnisse Oesterreichs betrachte, konnten ich und jene Herren, die in meine Ansicht eingegangen sind, nicht verkennen, daß die §§. 2 u. 3 für Oesterreich Schwierigkeiten nach sich ziehen können. Wir wollen nicht darüber entscheiden, ob es möglich sei sie in Oesterreich auszuführen oder nicht, mußten uns aber den Fall denken, es sei nicht möglich, und dafür Vorsorge treffen, daß auch unter dieser Voraussetzung die Zwecke die wir hier anstreben so weit als möglich erreicht würden. Als Zweck erkannten wir die Einheit und Macht Deutschlands; sie können verfolgt werden in Form eines Bundesstaates, und wir glaubten, Oesterreich könne nicht verlangen, daß die nothwendigen Bestimmungen dieser Form in seinem Interesse aufgegeben werden, denn auch Oesterreich ist nur ein Theil und der Theil kann nicht

verlangen, daß das Ganze leide. Wenn aber die Formen des Bundesstaates mit einer solchen Bestimmung wie sie die §§. 2 u. 3 enthalten in Beziehung auf Oesterreich nicht möglich sind, wenn darum die Zwecke nicht zu verfolgen möglich sind in der Form des Bundesstaates, so muß man die Form suchen, in der es möglich ist." — „Und diese Form finden wir in der des Staatenbundes, bei dem die Verfolgung der Zwecke die erreicht werden sollen allerdings möglich ist. Denn wenn Sie die trocknen Worte „im Wege völkerrechtlichen Bündnisses" in dem Minoritätserachten lesen, so bitte ich Sie der früheren Worte nicht zu vergessen: „die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maaße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland."

Das war eine so offenherzige, folgerichtige Darstellung von Seiten eines Oesterreichers bei den ersten Paragraphen deutscher Verfassung, daß sie immerdar von großer Wichtigkeit bleiben wird in der Geschichte deutschen Parlamentes. Weder von österreichischen noch von deutschen Lieblingsgedanken ließ sich damals Mühlfeldt bestechen. Auch nicht von Hintergedanken einer politischen Hegemonie. Ehrlich und unbefangen hatte er das Ganze vor Augen und die Möglichkeit eines verhältnißmäßigen Ganzen. Damals wurde auch seine Rede in Oesterreich von allen Konservativen gelobt, denn im zweiten Theile derselben führte er aus, daß die Personal-Union von größter Gefahr sei für Oesterreich, und nicht bloß

für Oesterreich, auch für Deutschland. Die südlichen Alpenabhänge und die Küsten mit Triest zum Beispiele würden nicht nur für Oesterreich, auch für Deutschland verloren gehn im Wege des Ablösungs-Prozesses, welcher unzertrennbar sei von Einführung der Personal-Union. Damals! Man war noch tief in den Gefahren der Zerklüftung. Man dachte zunächst nur an Sicherstellung der Integrität; man hatte noch nicht die Freiheit, weiter zu spekuliren. Als man diese Freiheit wieder gewann, da genügte es nicht mehr sicher gestellt zu werden vor den Einheits-Ansprüchen Deutschlands, da kam in Rede: wie man den überwiegenden politischen Einfluß auf Deutschland wieder gewinnen könne, und da wurde diese ehrliche Rede Mühlfeldt's unpolitisch. Jetzt mißfiel sie den österreichischen Linken, später mißfiel sie den österreichischen Rechten, und Mühlfeldt selbst ging ein halbes Jahr später nicht mehr diesen seinen eigenen Weg. Er verließ ihn nicht geradezu, er ging im März 49 nur dann mit hinein in die Hohlwege seiner Landsleute, wenn er's durch einen juristischen Schluß leidlich oder wenigstens scheinbar rechtfertigen konnte; aber der offene Mühlfeldt vom 24. Oktober erschien doch nicht wieder. Nachdem er einen Theil des Winters in Wien zugebracht, kam er still und schweigsam zurück und stimmte nicht mehr so klar und charaktervoll wie früher. Andrian allein hat sich diesen Ruhm der offensten Unbefangenheit bewahrt. Auch zur Zeit der leidenschaftlichsten Parteiung sagte er offen was er früher gesagt: In den Bundes-

staat mit Volksvertretung kann Oesterreich nicht eintreten. Hindern aber soll es ihn nicht, sondern die nächstmögliche Verbindung mit ihm zu seinem und Deutschlands Vortheile fördern.

Auch am dritten Tage der Debatte, am 26. Oktober sprachen vorzugsweise Oesterreicher. Keiner schloß sich an Mühlfeldt, wenn auch einige eventuell für das von ihm geführte Minoritätserachten stimmen wollten. Die Ausnahmsstellung für Oesterreich wollten sie wohl, nicht aber einen so geschlossenen deutschen Bundesstaat. Beda Weber aus Meran, ein stark gebauter gelber Geistlicher, ganz mit der südlichen Physiognomie eines katholischen Weltgeistlichen, sprach im Stile von Abraham a Santa Clara gegen die revolutionären Widersacher Oesterreichs, und erregte schallendes Gelächter namentlich durch folgende Worte: „Was Herr Eisenmann in Bezug auf Ungarn gesagt hat ist eine rührende und romantische Liebe. Sie ist mir höchst ehrwürdig, denn wie jede uneigennützige Liebe, so ist auch diese nur um so inniger und besser, je weniger Ursachen hierzu vorhanden sind.“ — Ueber die Hauptfrage brachte er zweierlei zum ersten Male auf die Tribüne. Erstens daß Oesterreich keine föderative, sondern auch jetzt eine einheitliche Verfassung erhalten solle und werde, und zweitens daß das ganze Oesterreich „dem Reiche deutscher Nation beitreten könne.“

Man nahm keine Notiz von diesen Aeußerungen. Der Redner selbst aber hat seine streng österreichischen Ansprüche

konsequent, hartnäckig, oft giftig geführt und verfochten bis zum Letzten als einer der entschlossensten Parteimänner. Er hat Gedichte herausgegeben, und da er das „Deutsche“ mit großem und oft willkommenem Nachdruck zu betonen pflegte, so nahm sich Uhland, der an diesem Tage gerade unmittelbar vor ihm gesprochen hatte, gar eigenthümlich aus. Der Dichter neben dem Dichter, der Deutsche neben dem Deutschen, der Süddeutsche neben dem Süddeutschen, der Eine rechts, der andre links. Beide auf Oesterreich pochend; der Eine dergestalt, daß Deutschland sich nach Oesterreich richten müsse, der Andere dergestalt, daß Deutschland über Oesterreich zu verfügen habe.

In der Paulskirche hörte man oft die Klage, daß Uhland durch seine öffentliche Erscheinung beim Parlamente die schöne Illusion zerstört habe, welche man vom Dichter Uhland gehegt. Für mich hat er sie eher erhöht. Daß er ein röthliches, unbehagliches Antlitz hat was thut denn das einer Illusion, die den Poeten doch nicht zum Frauenzimmer machen will. Daß er standhaft links gestimmt, das ist ja einem Lyriker angemessen. Der Lyriker hat seine Kraft darin, daß er die Stärke der Dinge empfindet und den Umkreis derselben dahingestellt sein läßt. Unbeirrt von den Einwendungen und Beschränkungen der Prosa geht er seinen Fußpfad und sieht und hört nur was in den schmalen Rahmen eines lyrischen Gedichtes paßt. Ein guter Politiker wird er freilich nicht sein, aber in einer Nationalversammlung mag es auch

schlechte Politiker geben, wenn ihre lyrische Bahn von patriotischem Drange vorgezeichnet und so streng wie einfach inne gehalten wird. Das war bei Uhland der Fall. Er stimmte konsequent mit der Linken, soweit sie nicht unpatriotisch war und nicht parteiische Excesse beging. Er ging eines festen, einfachen Schrittes. Erwäge man doch, daß ein Dichter seiner Art aus einem kleinen süddeutschen Staate ein Deutschland vor sich hat, welches von den faktischen Verhältnissen deutscher Mächte nichts weiß, nichts wissen mag, nichts wissen kann. Wenn er sich die Wissenschaft von einem großen Oesterreich und Preußen und einem kleinen Deutschland einprägen sollte, so müßte er sich seinen poetischen Inhalt zersetzen und zerstören. Das Gefühl seiner Kraft beruht eben darin, daß er sich nicht irre machen läßt in seiner Vorstellung von einem einstigen Deutschland, einstig in Bezug auf die Vergangenheit und in Bezug auf die Zukunft. Man erzählte von seiner Frau, einer stattlichen, schön gewesenen Schwäbin, daß sie bekümmert geäußert habe: sie habe sich's wohl gedacht, daß ihr Mann so sein würde! — Dies will eben sagen: Uhland's lyrische Kraft der Absonderung ist immer stark und streng gewesen; seine nächste Umgebung sogar hat nichts vermocht über ihn und seinen Beruf, seine nächste Umgebung hat sich eingestehen müssen, er werde unter allen Umständen den einen Ton seines Wesens, und dies ist der lyrische Ton, festhalten. Ja wohl! Der harte schwäbische Schädel ist lehrreich an Uhland zu studiren. Einsam und schweig=

sam wie auf seinem Tübinger Garten war er auch in Frankfurt, saß er hier wie ein unnahbares Wesen unter den Linken, mit deren Parteiversammlungen er nichts gemein hatte. „Wohl präparirt, Paragraphos wohl einstudirt", ein gewissenhafter Abgeordneter erschien er täglich an seinem Platze und auch einige Male auf der Rednerbühne. Das ganz lichte Auge unter lichter Braue sieht über die Menge hinweg in's Leere, es haftet an keines Menschen Blicke, es erwidert keinen, und wie ein Einsiedler spricht der Mann mit herber, schwäbisch accentuirter Stimme da oben als ob ihn Niemand hörte. Keine Spur von Dramatik! Langsam, in kleinen Pausen, aber sicher klimmt ein Satz nach dem andern hervor, und die Paulskirche gewöhnt sich bald daran, die politische Ansicht seiner Rede zu übersehen, einige schöne Bilder aber und Vergleiche, die nie in seiner Rede fehlen, mit Beifall auszuzeichnen. „Man sagt, die alten Mauerwerke seien darum so unzerstörbar" — sprach er heute — „weil der Kalk mit Blut gelöscht sei. Oesterreich hat sein Herzblut gemischt in den Mörtel zum Neubau der deutschen Freiheit." Aber ganz im Gegensatze zu Beda Weber will er nichts von Ausnahme, nichts von Aufschub, nichts von Abwarten der Gährung in Oesterreich; „diejenigen Beschlüsse," sagt er, „sind immer die besten, die an der brennenden Sachlage angezündet sind. — Eben weil es gährt müssen wir die Form bereit halten, in die das siedende Metall sich ergießen kann, damit die blanke, unverstümmelte hochwüchsige Germania aus der Grube steige."

Dieser süddeutsche Dichter schnurstraks gegen den tiroler Dichter will nichts nach einer Dynastie fragen in Oesterreich, er will nichts Geringeres als sofortige Einführung der beiden Paragraphen. Im grellsten Gegensatze zum konservativen Oesterreicher bringt er einen Antrag ein, welcher lautet: „Die Nationalversammlung möge die §§. 2 u. 3 des Entwurfs von der zweiten Berathung ausnehmen und dieselben, unbeschadet der Aufnahme in die Reichsverfassung, sogleich zum definitiven Beschluß erheben."

Der böhmische Graf, welcher diesen so verschiedenartigen Poeten auf der Rednerbühne folgte, hätte sich die Ohren zuhalten müssen, um in seinen Planen für's deutsche Riesenreich nicht gestört zu werden durch eine wichtige Bemerkung Uhlands. Aber auch mit offnen Ohren hörte er nicht. So wie der Poet auf dem Fußpfade unbeirrt von irgend Jemand, so sauste dieser Graf auf ungarscher Heerstraße, die bekanntlich meilenbreit, also nur so genannt ist, er saus'te auf einem zottigen, in der Bukowina eben erst eingefangenen Rößlein von Bremen bis Varna, von Krakau bis Salonichi. „Bundesstaat?! Dummes Zeug!" hätte er gemurmelt, wenn er's gehört hätte, und weiter wäre es gegangen.

Uhland hatte nämlich daran erinnert, daß der „Bundesstaat" gar nicht so in Zweifel zu ziehen sei wie in dieser österreichischen Frage geschehen wolle. Er sei bereits gesetzlich, er sei bereits anerkannt, auch von Oesterreich. Das Gesetz vom 28. Juni über Einführung einer provisorischen Centralge-

walt für Deutschland sage im zweiten Artikel wörtlich: die neue Centralbehörde habe die Vollziehungsgewalt zu üben „in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen." Im Gegensatz dazu sage der 13. Artikel „Mit dem Eintritte der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf." Der Staatenbund sei also hinabgesunken mit seinem Organe, dem Bundestage, und der Bundesstaat sei heraufgestiegen. Dieses Gesetz sei von allen deutschen Regierungen anerkannt und verkündigt, und in Folge dessen ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses zum Reichsverweser gewählt — „hiernach besteht", hatte Uhland geschlossen, „der Bundesstaat anerkannt und gesetzlich. Der Verfassungsentwurf ist bestimmt, diesen politischen Grundsatz des Bundesstaates in's Leben zu führen, ihn durchzuführen in der Gliederung und Ordnung des neuen Staates. Mag die durch das Gesetz vom 28. Juni geschaffene Centralgewalt auch nur eine provisorische sein, der Grundsatz auf welchem sie beruht ist ein definitiver, er ist eben so endgültig als die Bestimmung jenes Gesetzes, daß der Bundestag aufgehoben sei, denn dieser ist definitiv, nicht provisorisch aufgehoben."

Graf Deym ist ein alter politischer Praktikus, oder richtiger Spekulant. Er ist unerschöpflich in Projekten, und diese Projekte sind niemals äußerlich oder oberflächlich. Sie sind organisch durchdacht, und bis auf einen gewissen Grad

auch geordnet. Sie erscheinen verworren weil sie ganz eigenthümlich sind und von den laufenden Vorstellungen wenig oder gar keine Notiz nehmen. In Wahrheit sind sie's nicht. Sie sind nur zur Hälfte in Phantastik empfangen, wie dies bei vielen Oesterreichern der Fall ist. Die lange Stockung in ihrem Staatsleben hat sie über die nächsten Stufen hinweggetrieben und in's Luftige hinausgenöthigt. Die bunte, an's Fabelhafte streifende Völkermischung ihres Staates hat das Ihrige beigetragen, sie an phantastische Vorstellung zu gewöhnen. Es war daher eigentlich kein Wunder, daß ihnen die sofortige Herstellung eines europäischen Mittel- und Riesenreiches so natürlich vorkam und so behende von den Lippen ging, es war kein Wunder daß sie uns für kleinlich hielten, die wir gegen solche Zukunft nichts einzuwenden hatten, die sofortige Geburt aber für einen monströsen Versuch, im Falle des Gelingens für eine Mißgeburt hielten.

Deym hatte auch den Kopf voll davon. Die eigentlichen Gedanken über sein „Riesenreich" wurden indessen nicht bemerkt, weil er seine Rede geradeso anfing wie er sie schon im Casino und bei Gagern gehalten, und weil man diesem zerhackten, nach zehn verschiedenen Seiten sich ausbreitenden Vortrage nicht noch einmal folgen wollte. In der That hatte Form, Kolorit und Inhalt solcher österreichischen Reden etwas Fremdartiges in der Paulskirche, auch wenn sie von den bedeutenderen Mitgliedern — und zu diesen gehörte Deym — vorgetragen wurden. Was die Linken brachten

hielt man für Phrase, und vielen Rechten hörte man an, daß eine wirklich deutsche Bundesstaatswelt ihnen gar nicht natürlich sei. Die Grundanschauungen, die Grundbedingungen sind seit zu langer Zeit gar zu verschieden geworden bei ihnen und bei uns, als daß eine völlige Vereinigung so rasch möglich wäre. Ohne alles Weitere, aus diesen Reden allein mußte man zu dem Schlusse kommen: hier sind Uebergänge und Abgliederungen nöthig, ehe von einem vollständigen Zusammengehn die Rede sein kann. Gelingen diese Uebergänge, dann giebt es von diesem Süden und Südosten her eine große Bereicherung deutschen Wesens; werden sie aber übersprungen, so entsteht ein ungegliedertes, konfuses Wesen, nimmermehr ein Reich. Deym begann mit der Versicherung, sein Standpunkt sei ein reindeutscher, und doch setzte er sogleich hinzu, die Mission des zu gründenden neuen Deutschlands sei die Gründung eines „mitteleuropäischen Riesenstaates" „eines Riesenreichs von 70 und wo möglich von 80 oder 100 Millionen." Man schüttelte den Kopf, und sagte leise: damit wollen wir nicht anfangen. Ein Mann wollen wir sein, denn wir waren bisher ein Kind; aber ein Riese wollen wir nicht gleich werden. — Und in diesem Verhältnisse zwischen dem Redner und dem Zuhörer ging es fort. Dieser knochige Mann mit stachelbuschigen Augenbrauen und darunter hervorschießendem schiefen böhmischen Blicke hatte offenbar etwas ganz Anderes im Sinne als die eigentliche deutsche Nation. Man fand es ganz begreiflich, daß er gegen die Pa-

ragraphen sprach, man fand es einleuchtend, daß durch die ganze österreichische Monarchie mit Ausnahme Italiens jeder Gebildete deutsch spreche, daß also dort durchaus deutsche Zukunft sei, so gewiß als die Bildung in ihrem Schooße die Zukunft trägt, aber wenn er hinzusetzte, daß er lieber gar keine deutsche Verfassung zu Stande gebracht sehn wollte als eine, die nicht all diese Bestandtheile deutscher Zukunft in sich schließe, da rief man unwillig: warum nicht gar! Man erkannte, daß dieser spekulative böhmische Graf von ganz wo anders her, nur nicht von deutscher Stätte in die Absichten deutscher Nation eintrete. Das waren Spekulationen auf ein Völkerreich geistvoll gedacht und recht sehr der Rede werth als Perspektive, aber ohne Zusammenhang mit allen Vorbedingungen, aus denen die Paulskirche entstanden war.

Dadurch wurde man zerstreut und beachtete nicht mehr was er wirklich Bedeutendes sagte. Denn er sagte Dessen, weil er wirklich ein im großen Stile organisirender Kopf ist. Wäre er nicht gründlich ein Fremder gewesen innerhalb der deutschen Pläne, so hätte sich eine nahe Beziehung zwischen ihm und Gagern errichten müssen. Folgende Sätze werden dies dem Leser klar machen wenn er sie vergleicht mit dem was Gagern noch eine Stunde später andeutete. Deym sagte:

„Wir können es unmöglich wünschen und es ist nicht ausführbar, daß alle diese 70 Millionen Abgeordnete hierher schicken; wir bekämen eine Versammlung von mehr als tausend Gliedern, Abgeordnete mit den verschiedensten Sprachen,

eine babylonische Verwirrung — der Körper ist zu groß, darum sind zwei Parlamente erforderlich und ein Generalparlament, um beide zu verbinden."

„Es ist auch mein Wunsch", sagte er ferner, „daß wir hier zu einem definitiven Beschluß kommen". „Nun", setzte er hinzu, „es ist ein definitiver Beschluß, daß Oesterreich nicht als Bundesstaat, sondern als Staatenbund im Verhältnisse zu uns stehn soll. Dadurch ist die Sache sicher auf einmal entschieden". — „Sollte irgend ein Amendement vorkommen, welches die Frage definitiv entscheidet und Oesterreich aus dem engern Staatenbunde ausschließt, so werde ich mich dem unbedingt anschließen."

Das vereinigte sich ja also mit Mühlfeldt und ganz gewiß mit Gagern's „engerem und weiterm Bunde", welcher bald darauf in Rede kam. Hier ist also wieder ein kundiger Oesterreicher, mit welchem sich aus der Negative herauskommen und auf ein positives Verhältniß hin anknüpfen läßt. Wirklich? Die Wolke kommt, die Wolke geht! Als es einige Monate später zur Abstimmung kam über denselben Gedankengang, welchen Deym so eben für den seinigen erklärte, da stimmte Graf Deym tapfer dagegen. Man fesselt die Wolke nicht.

In solcher Voraussicht waren denn auch so viele Führer des Centrums gegen Gagern's positive Vorschläge in Bezug auf Oesterreich. Sie beharrten dabei: es nütze in Oesterreich gewiß nichts, und schade gewiß in Deutschland. „Entweder",

sagten sie, „es entschuldigen sich die Oesterreicher nach wie vor mit der Unsicherkeit ihrer Zustände, welche ihnen jede positive Zusage unmöglich machten, oder sie sagen vorläufig Ja wie hier auf der Tribüne, und thun am Ende doch was die Zeit und wiederkehrende Macht ihnen erlaubt. Sie sind ein europäischer Großstaat, der von Deutschland ausgegangen und allerdings auf Deutschland gestützt ist, der aber nun und nimmer officiell zugiebt, daß er von Deutschland irgendwie abhängig sei. Um letzteres nicht einmal zu *scheinen*, geht er auf keine definitive Anordnung ein, welche einen geschlossenen deutschen Bundesstaat feststellt. Natürlich unter Preußen feststellt. Aus der banalen Vorstellung: daß dadurch sein Ansehn und seine Macht geschwächt sei, ist er nicht herauszubringen. Er verbündet sich eher mit Rußland als mit einem von Preußen geführten Deutschland. Das ist so wie unter Verwandten, die sich lieber Fremden in die Arme werfen, als sich gegenseitig zeitweilige Schwäche eingestehn. Gagern's ehrliche Vorschläge zu einem engern und weitern Bunde beruhen also in Betreff Oesterreich's auf politischer Illusion. Dergleichen macht sich nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern nur auf dem Wege der Eroberung, wenigstens der Quasi-Eroberung. Gehen wir voran mit Feststellung unsers Bundesstaates. Wenn es zum Abschlusse kommt, wird sich's zeigen, was Oesterreich kann. Nur das, was es kann, oder was es nicht kann, wird entscheiden. Was es will, ist keinem Politiker verborgen, und kein Politiker wird sich deshalb an sei-

nen Willen wenden, von seinem Willen etwas für einen deutschen Bundesstaat erwarten."

So sprachen unter sich nicht gerade Viele, und es waren nicht Viele aus so bestimmten Gründen gegen Gagern's Vorhaben. Aber sehr Viele waren instinktmäßig gegen Gagern's Auftreten mit neuen Vorschlägen in Betrff Oesterreichs. Man hoffte immer noch, er werde nicht sprechen, er werde wenigstens kein Amendement einbringen. Besorgt sah man hinauf, als er schon vor Uhland's Auftreten das Präsidium Simson überlassen und sich auf dessen Platz gesetzt hatte.

Die Gruppirung in Betreff Oesterreichs bildete sich damals unter der Oberfläche. Sie ist aber auch dann nicht richtig gewürdigt worden, als sie an der Oberfläche erschienen war und als so gern von einer Dahlmann-Gagernschen Partei geredet wurde. Gagern und Dahlmann gingen in der Frage um Oesterreich nicht zusammen. Die Gruppirung ist immer falsch geschildert worden, insofern das Parteigeschrei Gagern die Abschiedsfahne für Oesterreich in die Hand drückte. Die einzig mögliche Verbindungsfahne hat Gagern aufgepflanzt. Denn das volle Eingehn Oesterreichs in einen deutschen Bundesstaat mit Volksvertretung war und ist eine Unmöglichkeit, so lange der österreichische Kaiserstaat bestand und besteht. Um dieses völlige Eingehn durchzusetzen, mußte man sich den Linken anschließen, welche denn auch ganz konsequent die Zerschlagung des Kaiserstaates erstrebten.

Jene, welche mit bestimmten Gründen das erwartete Auf-

treten Gagern's nicht wollten, sie waren antiösterreichisch. Sie fürchteten einen Gagernschen weiteren Bund mit Oesterreich als einen organischen Bund, welcher den Einfluß, respektive Druck österreichischer Politik auf Deutschland erneuern und verewigen würde. Zwischen ihnen und den Oesterreichern in der Mitte stand Gagern, ein wirklicher Centralpunkt, ein wahrhafter Einheitsmann. Denn die Einheit aller deutschen Stämme und der verlangte Bundesstaat war nur möglich unter der Form, welche er vorschlug, oder wenigstens innerhalb der Grundlinien, welche er vorzeichnete. Was sich von ihm trennte unter dem prahlenden Namen Großdeutschland und dabei doch den Bundesstaat mit Volksvertretung versprach, das täuschte und log, oder täuschte wenigstens sich selbst.

In jenen Tagen freilich waren die Konsequenzen dieser Kapitalfrage erst Wenigen klar. Von den Oesterreichern wußten nur die Linken, was sie wollten; die andern wußten nur, was sie nicht wollten. Wer von ihnen mehr wußte, der sagte es nicht, weil es zu grell gegen die herrschenden Ansichten verstieß, oder er sagte es halb, um sich den Rückweg offen zu halten. Die österreichischen Abgeordneten steckten in einer unlösbaren Aufgabe. Sie konnten nicht wissen, über was sie zu verfügen hätten, und doch sollten sie täglich verfügen.

Das konnte Gagern's wahrhafte und ehrliche Natur nicht länger mit ansehn. Er hielt es für religiöse Schuldigkeit, dem

Vaterlande offen darzulegen, was möglich sei und was nicht. „Sie mögen schreien, sie mögen mich verketzern", sagte er zu allen Abmahnenden, „ich muß das Meinige beitragen, die herrschend gewordne Täuschung zu zerstreun. Die Wirkung wollen wir abwarten."

Und so stand er plötzlich auf der Rednerbühne, und Jeder stürzte nach seinem Platze, das ganze Haus empfand: jetzt beginnt eine große Entscheidung!

„Das deutsche Volk war in Erniedrigung gesunken, und wir suchen nach den Mitteln, es wieder zu erheben. Um es vor abermaligem Falle zu sichern, wollen wir diese Mittel zu Grundsätzen der künftigen Verfassung formuliren. Es war natürlich, daß man zuerst sich fragte: welches waren denn in den bisherigen Zuständen hauptsächlich die Gründe jener Erniedrigung? Welches waren die Hindernisse, die es verschuldeten, daß unser Volk nicht zu der Macht aufsteigen konnte, die ihm gebührt? Unter diesen Gründen obenan stand das Verhältniß der gemischten Staaten." —

Also begann er mit jenen tiefen Tönen, welche aus der Seele die Wahrheit selbst heraufzutragen scheinen, und welche auch diesmal die Stimmung der Weihe über die Paulskirche verbreiteten.

Unter den gemischten Staaten, fuhr er fort, müsse man zunächst die in's Auge fassen, deren Hauptland nichtdeutsch. „Dieses Verhältniß, das von Luxemburg und Limburg zu Holland, von Holstein zu Dänemark, hindre eine nationale

Politik und setze uns Dem aus, selbst von minder-mächtigen Nationen mißachtet und in unsern Interessen gekränkt zu werden. Mit solchen Mischverhältnissen könne kein nationales Leben bestehn; sie müßten gelöst werden. Die Paragraphen Zwei und Drei würden allerdings auch hier nicht sofortige Lösung bringen, da internationale Rechtsverhältnisse erst geordnet werden müßten.

Preußen habe das Seinige gethan zu solcher nationalen Lösung, Ost- und Westpreußen und Posen betreffend, und hier könne man sagen: wir sind ineinander aufgegangen. (Lebhaftes Bravo auf der Rechten und in den Centren.)

Ein Andres sei es mit Oesterreich. Hier könne es zweifelhaft scheinen, was der nationale Hauptbestandtheil sei. Aber wenn auch das deutsche Element der Zahl nach in der Minorität, so sei doch nicht zweifelhaft, daß es das einflußreichste in dieser Monarchie sei und mehr noch werden müsse. Darum dürfe eine solche Abtrennung Deutsch-Oesterreichs nicht verlangt werden. Sie würde eine Auflösung der Monarchie nach sich ziehn, wie man dies auch bemänteln möge. (Bewegung.)

Dies führte er aus und setzte dann die wichtigen Worte hinzu: „Wir haben zwar den Beruf, der Nation eine Verfassung zu geben, dem gesammten deutschen Volke; aber wir haben auch die Verpflichtung mit diesem Berufe übernommen, den Verhältnissen, den Thatsachen diejenige Rechnung zu tragen, welche getragen werden muß, wenn wir die Verfassung lebensfähig schaffen wollen."

Im deutschen Bundessinne sei die österreichische Gesammtmonarchie nicht zu zerstören, sondern so zu sichern, daß sie „ein mächtiges Reich bleibe, eng verbunden mit Deutschland zu der großen nationalen Aufgabe". „Andre Nationen würden für ihre erste Pflicht halten, durch das Verfassungswerk den Besitz nicht eines Dorfes in Frage zu stellen, und wir sollten leichtsinnig eine ganze Saat der Zukunft, eine reiche Anwartschaft künftiger nationaler Entwickelung dem bisherigen Zusammenhange entfremden, dem Zufalle preisgeben wollen?"

„Ich habe den Beruf des deutschen Volkes als einen großen, weltgebietenden aufgefaßt. Man mag darüber spötteln, mit Cynismus wegwerfend einen solchen Völkerberuf leugnen. Ich glaube daran und würde den Stolz verlieren, meinem Volke anzugehören, wenn ich den Glauben an solche höhere Bestimmung aufgeben müßte. Das enthält nicht den Umfang unsrer Aufgabe, daß wir eine Verfassung schaffen, die nur auf die engen Schranken unsrer jetzigen Staatsverhältnisse beschränkt ist; daß wir ein Einheitsprinzip in die Verfassung aufnehmen, welches uns von Demjenigen, was die einheitliche Macht bedingt, losscheidet, das uns, während andre Nationen an Macht und Einfluß sich ausdehnen, verurtheilt, so lange unsre Nachbarn uns dazu Ruhe und Freiheit lassen, in stiller Zurückgezogenheit uns am Ofen zu wärmen. (Bravo.) Welche Einheit haben wir zu erstreben? Daß wir der Bestimmung nachleben können, die uns nach dem Oriente zu gesteckt

ist! Daß wir diejenigen Völker, die längs der Donau zur Selbständigkeit weder Beruf noch Anspruch haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfassen."

„Ich glaube also, daß wir ein Verhältniß suchen müssen, wobei Oesterreich nicht genöthigt wird, seine deutschen von seinen nichtdeutschen Provinzen abzulösen, dennoch aber im innigsten Verbande mit Deutschland erhalten wird. Die Frage steht also so: Ist es mehr im Interesse Deutschlands, daß das gesammte Deutschland sich nur so gestalte, eine so laxe Einheit eingehe, daß Oesterreich, ohne zur Trennung der Staatseinheit seiner deutschen und nichtdeutschen Provinzen genöthigt zu werden, unter gleichen Verhältnissen wie die übrigen deutschen Staaten dem Reiche angehören kann. Oder ist es nicht im Gesammtinteresse der Nation, sowohl Oesterreichs als des übrigen Deutschlands, daß wenigstens das übrige Deutschland sich fester aneinander anschließe, auch wenn Oesterreich wegen seiner außerdentschen Provinzen unter gleichen Bedingungen in diesen engsten Bund nicht eintreten kann; dabei aber nichtsdestoweniger ein enges Bundesverhältniß zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland aufrecht erhalten werde? Die Begriffe von Bundesstaat für das eine, Staatenbund für das andre" (Verhältniß) „sind unbestimmte; es können auch Bundesverhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und die Uebergänge bilden."

Hiermit trat er unmittelbar an die Andeutungen dessen,

was er unter seinem „weitern Bunde" verstanden wissen wollte. Er sprach von den gemeinschaftlichen Interessen, von materieller Einigung nach dem Vorbilde des Zollvereins. Alles das lag damals noch neu und roh in seiner Seele. Von jetzt an erst beschäftigte er sich mit Ausarbeitung einer Akte des „weitern Bundes", und er that dies mit der ihm eignen Standhaftigkeit immerdar, auch als Ministerpräsident mitten unter den aufgethürmten Anforderungen des Tages, sobald nur eine freie Stunde zu gewinnen war, sobald das Gespräch mit Freunden nur einen Augenblick von den Erfordernissen der Tagesordnung abgehen konnte.

Jetzt schloß er zum Schrecken seiner Freunde dennoch mit einem förmlichen Antrage und mit einigen Umrissen der Architektur seines „weitern Bundes", Umrisse, welche die Antiösterreicher in Bestürzung setzten, weil die organische Verbindung eines großen Oesterreich mit dem deutschen Bundesstaate darin vorgezeichnet war. „Ein neues römisches deutsches Reich! Verewigung österreichischer Politik in Deutschland!" murmelten sie unwillig Einer zum Andern.

Der Antrag lautete: „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde."

„Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besondern Bundesacte."

Diesen Satz wollte er eingeschoben sehn zwischen dem ersten und zweiten Paragraphen des Abschnitts „vom Reiche".

Ueber die Umrisse sagte er Folgendes, indem er gegen alle politische Klugheit, aber ganz im Wesen seiner treuherzigen Ehrlichkeit, die empfindliche Oberhauptsfrage unmittelbar berührte:

„Man hat die Frage von der künftigen Stellung Oesterreichs in und zu Deutschland in Verbindung gesetzt mit derjenigen von dem zukünftigen Oberhaupte, von dem Inhaber der künftigen Reichsgewalt. Wie ich über diese Frage denke, das habe ich öffentlich vor Monaten ausgesprochen." (Als Minister in der Darmstädter Kammer hatte er Preußen als den Stützpunkt des Bundesstaates bezeichnet.) „Ich würde es aber für vorgreifend und nicht passend halten, wenn ich vorlesen wollte, was ich im Beginn unsrer Revolution darüber geäußert habe. Ich habe der Entscheidung dieser Frage durch mein Amendement keineswegs präjudiciren wollen. Ich bin allerdings der Meinung, daß an die Spitze des Bundesstaats ein einheitliches Oberhaupt gehört, was schon den Begriff einer Hegemonie Preußens ausschließt. Für die Gesammtleitung Deutschlands aber, Oesterreich einbegriffen, wird eine weitere Einrichtung geschaffen werden müssen, und es würde dies allerdings eine sehr wichtige und schwierige Frage sein, die ihre Lösung von der Zukunft erwartet. Wir würden einen Organismus schaffen müssen, wornach eine centrale Leitung der gemeinsamen Interessen des ganzen

Deutschlands unter Mitwirkung seiner vereinigten Vertreter statt hätte. — Ich habe mich in meinem Antrage auch nicht darüber ausgesprochen, ob die organischen Bestimmungen für das weitere Bundesverhältniß, welche neu zu treffen sein werden, in die Verfassung aufzunehmen seien. Ich wünsche, daß sie Bestandtheile der Verfassung würden. Da aber ein solches Verhältniß bisher außer dem Gesichtskreise des Ausschusses lag, so wollte ich durch meinen Antrag, für den Fall auch, daß er Anklang fände, der Ansicht des Ausschusses in dieser Hinsicht nicht vorgreifen." — „Hüten wir uns, daß wir zu enge Formeln wählen, die nationalen Interessen in eine Zwangsjacke drängen gegen ihre Natur; thun wir vielmehr das Thor weit auf, daß der Eintritt nicht erschwert sei in die deutsche Familie und in ihr großes gastliches Haus "

Wie überraschend auch für Viele, wie bestürzend für Manche diese Rede Gagern's geworden, der herabsteigende Redner wurde doch von anhaltendem Beifalle begleitet. Jedermann fühlte, daß große Auffassung und Wahrhaftigkeit zum Grunde lag, und Hunderte riefen nach dem Schlusse der Sitzung, um diesen Eindruck verarbeiten zu können. Die Sitzung, es war die 104te, wurde geschlossen.

Brausend in lebhaftem Gespräche ging die Versammlung auseinander. Es sei unpolitisch! hieß es hier; es sei unzeitig! hieß es dort; es gehe nicht! hieß es da; es sei staatsmännisch! sagten Wenige; es sei ehrlich und allein möglich! sag-

ten Andere, wenn von staatlicher Einheit die Rede sein solle; es sei Verrath an der Einheit! sagten zahlreiche Südländer.

Den Süddeutschen und Oesterreichern hatte Gagern in Voraussicht des Vorwurfes zugerufen: „Man hat gesagt, es sei gegen unser Mandat, ein doppeltes Bundesverhältniß zu begründen und zuzulassen. Wir sind berufen, die Einheit zu schaffen, so weit sie unter den gegebenen Verhältnissen nützlich ist; weiter kann unser Beruf nicht gehn. Wenn wir aber Paragraphen annehmen, von denen wir voraussehn, daß sie Oesterreich nicht befriedigen, daß Oesterreich dadurch gezwungen würde, sich von Deutschland zu trennen, gar nicht mehr zum deutschen Reiche zu gehören — dann, meine Herren, haben wir nicht die Einheit geschaffen, sondern zerrissen, und diesem Zerreißen der Einheit tret' ich entgegen!"

Die Süddeutschen und Oesterreicher mußten ihre Augen nicht verschließen vor der Wahrheit, daß Oesterreich wirklich nicht in einen Bundesstaat mit Volkshaus eingeordnet werden könne. Statt jetzt bloß Nein! zu rufen und von Verrath an der Einheit zu sprechen mußten sie an der Schwelle der Verfassung eintreten in eine praktisch mögliche Definition des Begriffes Einheit. Sie mußten positiv werden. Gagern bot ihnen dazu die Hand. Statt dessen verhielten sie sich immer bloß abwehrend. Wie mochten sie sich am Ende wundern, daß die Natur der Dinge nicht verändert werde durch bloße Abwehr, daß die Natur der Dinge am Ende nichts übrig ließ

als den Bundesstaat ohne Oesterreich oder ein Verlorengeben der ganzen Aufgabe. Dem Einsichtigen war es damals schon klar, daß solches Verhalten auf die Fabel hinaus kommen werde, in welcher der Hund mit dem Stück Fleisch im Rachen über den Wassersteg läuft. Dies eine Stück kann er festhalten, wenn er sich nicht einer Täuschung anvertrauen will. Er sieht aber den Schatten des Stückes im Wasserspiegel, er giebt sich der Täuschung hin, er schnappt auch nach dem Schatten, und verliert dadurch auch das was er schon hatte.

Die Einheit im Doppel-Bunde war zu erringen, wenn man sich darauf hin zusammenhielt. Man war damit nicht zufrieden, und nöthigte denn auch Gagern, sich zunächst auf das Sichere, auf den Bundesstaat ohne Oesterreich zu beschränken.

Am folgenden Tage am 27. Oktober kam es zur Abstimmung. Mit Gagern's Amendement mußte begonnen werden. Umsonst eilte Freund auf Freund hinauf zu ihm, um ihn zur Rücknahme desselben zu veranlassen. Man übersah die Stimmung und wußte, daß nur seine entschlossensten Freunde und nur seinetwegen dafür stimmen würden, daß es also in greller Minorität bleiben müsse. Die Ansichten und der Entschluß waren nicht hinlänglich gereift. Wozu einen so wichtigen Mann eine äußerliche Niederlage erleiden lassen?! Er verweigerte hartnäckig die Zurücknahme. „Und wenn nur Zehn mit mir gehn", sagte er ärgerlich, „es soll heraus."

Da beantragte ein Linker namentliche Abstimmung über

alle Punkte. Es lagen wohl ein Dutzend Amendements vor. Und nun stieg Gagern zu allgemeiner Erleichterung herab von der Estrade und ging auf die Rednerbühne, unter dem tiefsten Schweigen der Versammlung Folgendes sagend:

„Ich weiß, daß mein Antrag die Mehrheit des Hauses nicht erhalten wird. Die Lösung der Frage wie ich sie von der Zukunft erwarte, habe ich nach meiner Ueberzeugung darstellen zu müssen geglaubt. Bis zur zweiten Abstimmung über die Verfassung wird die Nationalversammlung Gelegenheit haben, aus den Ereignissen und den entwickelten Ansichten ein Resultat zu ziehen. Die Zeit dieser Versammlung will ich mit einer namentlichen Abstimmung über meinen Antrag nicht verschwenden lassen, und ziehe ihn deshalb bis zur zweiten Abstimmung (über die Verfassung) zurück. (Vielstimmiges Bravo.)“

Binnen wenig Monaten wird man ihn über dieselbe Frage wieder auftreten und an die Mehrheit des Hauses appelliren sehn. Dann wird die Frage schärfer und unmittelbar praktisch auftreten, und die Mehrheit des Hauses wird sich dafür erklären müssen.

Jetzt wurde der Paragraph Zwei mit 340 gegen 76, der Paragraph Drei mit 316 gegen 90 Stimmen ohne irgend einen beschränkenden Zusatz angenommen. Das Mühlfeldt'sche Amendement fand nur 38 Stimmen. Oesterreich, wenn es nicht auseinanderfiel, war für jeden Kundigen hiermit abgesondert, der scharf geschlossene Bundesstaat war theoretisch

vorgezeichnet in Schloß und Riegel. — Die Paragraphen lauteten damals:

§. 2. „Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.“

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.“

3.

„Die Freiheit, nach deren goldenen Früchten tausend lüsterne Hände greifen, so oft nur ein neckender Wind einige Zweige niederbeugt, ist kein Zustand des Genusses. Sie ist ein Werk der Arbeit, die, mit der Sonne jedes Tages neu geweckt, sich in der Richtung klar erkannter Zwecke bewegt. Von dem guten oder edlen Inhalt dieser Zwecke hängt dann ihr Werth und größtentheils auch ihre Dauer ab.“

Diese Worte Dahlmanns hatten sich uns im ersten Halbjahre des Parlamentes bitter genug bewährt. Daß der Dienst für die Freiheit ein saurer Dienst sei, daß er mit der Sonne jedes neuen Tages neue Anstrengung, neue Entsagung, neue Selbstverleugnung fordere, wie peinlich hatten wir's erfahren! Glaubt man denn, es sei den Männern des Centrums leicht geworden, fortwährend gegen die Mißdeutung ihrer

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

eignen Grundsätze auf die Schanzen zu eilen? Wahrlich nein. Mit Schmerzen waren sie inne geworden, daß es ein herbes, das Herz austrocknendes Geschäft sei: den eignen Kindern gegenüber immer und immer nur abwehrend erziehen zu müssen. Sie waren der Schanzarbeit, sie waren der Schulmeisterrolle herzlich müde, und hatten sich lange damit getröstet: mit der eigentlichen Verfassung, mit den Paragraphen für die Einheit wird uns Erholung kommen!

Und nun zeigte sich's gleich bei den ersten Paragraphen fürchterlich, daß die Arbeit nicht leichter, ja daß sie noch schwerer werden sollte. Es zeigte sich, daß die Schöpfung der Einheit tief abhängig davon sei wie man die Freiheit verstehe, daß die Verwirrung der Begriffe nur noch größer, die Aussicht auf Erfolg nur noch geringer werde, wenn die Sympathieen und Antipathieen der Volksstämme, die Ansprüche der dynastischen und Territorialrechte noch hinzu träten. Es zeigte sich, daß nun erst recht organische Vorstellungen vom Staatsleben unerläßlich seien, und daß die Gleichmacherei nun erst recht in's Nichts hinabführen werde.

Welch eine Reife politischer Erkenntniß forderte die österreichische Frage bei ihrem ersten Auftreten heraus! Hatten die abgelegten Proben Aussicht auf diese Reife enthüllt? Schien nicht die oberflächliche Gleichmacherei auch hier das herrschende Princip abgeben zu sollen!

Wien war unterdeß genommen worden von Windischgrätz, und nun stürzte man auf unsere armen, machtlosen

Reichskommissarien los, als ob sie im Stande gewesen wären irgend etwas zu ändern. Welcker und Oberst Mosle aus Oldenburg waren hingeschickt worden, und Welcker mußte nun auf der Rednerbühne vertheidigen, warum er nicht siegreicher Prokonsul oder Proprätor gewesen sei gegen die Sereschaner und Grenzer. Welcker schalt die Unvernunft der Anforderung, die Linke schmähte die Unmacht der Centralgewalt. Da war keine Begegnung möglich zu einem irgendwie ergiebigen Verhältnisse Nur Eins sah man deutlich: daß jene Anforderungen, die an Oesterreich ebenso gestellt würden wie an Nassau, zur grimmigsten Enttäuschung führen müßten.

Andere Staaten regten sich nun auch gegen die Oberherrlichkeit der parlamentarischen Centralgewalt. Während die Abschnitte von „Reich und Reichsgewalt" in der Paulskirche diskutirt und durchgehends nach den Vorschlägen des Verfassungsausschusses beschlossen wurden, erhob in Dresden vorsichtig, in Berlin ungestüm der Partikularstaat sein Haupt. In Dresden unter Zustimmung, in Berlin unter Anführung der Linken. Die Linke ordnete sich solidarisch in ganz Deutschland gegen die Centren in Frankfurt. „Wir kommen gegen diese Mehrheit der Centren nicht auf", hatte die Linke der Paulskirche ihren Genossen in Dresden und Berlin zugerufen, „ergreift Ihr also in den Kammern der Einzelnstaaten das Schwert des Partikularismus gegen die Paulskirche, um die Paulskirche zu stürzen." Des Partikularismus? Gegen die Paulskirche? Ja wohl. An diesem Punkte im Herbste

1848 setzte sich der vollständige Verrath deutscher Einheit in's Werk von Seiten derselben Linken in der Paulskirche, welche bis daher die Souveränetät der Einheit nicht groß genug haben konnte, ja, welche noch in demselben Augenblicke gegen Oesterreich eine diktatorische Souveränetät derselben Paulskirche in Anspruch nahm. Man schämt sich fast, diese Data eines Verrathes gegen das Unterpfand deutscher Zukunft niederzuschreiben. Sind sie niedergeschrieben, dann wird man sich nicht mehr wundern, daß die also verrathene Paulskirche von den partikularistischen Gegnern der rechten Seite erstickt werden konnte.

Die Linke spekulirte folgendermaaßen: Es wird uns von der Paulskirche die Freiheit nicht in dem Maaße gewährt, in welchem wir sie wollen. Die weisen Centren nennen dies ein Unmaaß. In den Kammern zu Dresden aber und zu Berlin haben unsre Leute die Mehrheit oder sind nahe daran sie zu erlangen. Von dort ist also mehr Freiheit zu erhalten als von Frankfurt. Damit die dort errungene Freiheit nun volle Gültigkeit erlangt, müssen wir Frankfurt stürzen. Die „volle Gültigkeit" und der Sturz Frankfurts wird erreicht, wenn der oberherrliche Grundsatz Frankfurts, der Raveaux-Wernersche Antragsbeschluß, in Sachsen und in Preußen gründlich beschädigt, ja wenn er beseitigt wird. Darum sei von nun an die Partikularsouveränetät unsre Loosung.

Und so geschah es. In Dresden wurde der Anfang gemacht. Ein Dekret, wornach das deutsche Verfassungswerk

der Begutachtung und Genehmhaltung der sächsischen verfassungsmäßigen Gewalten unterstellt werden müsse — erhielt die Zustimmung der sächsischen Kammer. Derselben Kammer, welche um ihrer bodenlosen linken Tendenz willen den Taufnamen „souveräner Unverstand" erhalten hat. Herr Schaffrath und Genossen leiteten diese Kammer, und als Biedermann diese Angelegenheit im deutschen Parlamente nachdrücklich zur Sprache brachte, hatte Herr Schaffrath die Stirn, dies zu bestätigen und ganz in der Ordnung zu finden. Derselbe Herr Schaffrath, welcher gleichzeitig, ja in der nämlichen Sitzung in welcher Biedermann dagegen auftrat dergestalt für diktatorische Gewalt des Parlamentes sich geberdete, daß er zur Ordnung gerufen werden mußte.

Als Zeichen bis zu welchem Grade des Cynismus solche Opposition gediehen war sei beiläufig diese Scene des Ordnungsrufes aus der Sitzung vom 6. November erwähnt:

Um Beleuchtung und Heizung herzurichten in der Paulskirche war das Parlament so eben auf einige Zeit in die reformirte Kirche verlegt wordeu. Diese ist viel kleiner als die Paulskirche, man saß sich also sehr nahe und jeder Tumult erhielt viel mehr den Charakter einer persönlichen Zänkerei. Die sächsische Frage war zuerst angeregt und durch Beschluß der Versammlung war dem Biedermannschen Antrage die Dringlichkeit zuerkannt worden. Es folgte nun den hundertfach dagewesenen österreichischen Anträgen ein neuer österreichischer Antrag, und Gagern verkündigte das Resultat

der Abstimmung dahin, daß diesem Antrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt sei.

Schaffrath (vom Platze). Also die sächsische Frage war dringlich, aber die österreichische ist nicht dringlich?! (Bewegung; Stimmen von der Rechten: Ruhe! Einige Stimmen von der Linken: Pfui!!)

Präsident. Meine Herren! Ich muß diesen Zuruf, diesen unschicklichen Tadel eines Beschlusses der Nationalversammlung zurückweisen und Denjenigen, der das Pfui gerufen, rufe ich zur Ordnung.

Schaffrath (vom Platze): Ich bin es gewesen!

Präsident. Sie also (zu Schaffrath gewendet) rufe ich zur Ordnung!

Eine Stimme (von der Linken): Ich bitte auch darum! (Viele Stimmen daselbst: Ich auch! Ich auch! Große Unruhe.)

Präsident. Alle die rufe ich zur Ordnung die diesem Rufe zustimmen.

Schaffrath (vom Platze). Nochmals sage ich: Pfui! (Lärm. Stimmen von der Linken: Wir Alle!)

Präsident. Meine Herren! die Nationalversammlung wird darüber entscheiden müssen in der nächsten Zeit, wie es zu halten ist, wenn der Ordnungsruf, das letzte Mittel des Vorsitzenden, auf diese Weise verhöhnt wird von einer ganzen Partei. (Stimmen von der Rechten: Ja wohl! Disciplinargesetz!)"

Wenn man solch Betragen sieht und solchen Ton hört, so drängt sich die Frage auf: Fühlte sich denn die Ultrapartei auch nach der Niederlage in Frankfurt noch immer zuversichtlich und mächtig? Ja, so fühlte sie sich. Was sie am Centralpunkte verloren, das hoffte sie reichlich in den Einzelnstaaten zu ersetzen. Nicht der deutschen Frage wegen, sondern der ultra-demokratischen Freiheit wegen tobte sie so gegen die Bezwingung Wiens. Aber Sachsen gehörte ihr noch ganz und zwar auf unabsehbare Zeit hinaus. Preußen, das große Preußen, schien ihr ganz zu gehören. Berlin war ein Spielball der Demokratie. Die dortige Kammer, ominös genug auch Nationalversammlung geheißen, war ihr wichtigster Stützpunkt. Wenn dort in einem großen Reiche die Partikularsouveränetät durch die Linke durchgesetzt werden konnte gegen das deutsche Parlament, so war ein furchtbares Gegenparlament fertig, ein Gegenparlament, welches mit viel größerer realer Macht ausgerüstet war an der Spitze eines realen Staates als das deutsche Parlament mit seiner nur idealen Macht aufbringen konnte. Kürzlich noch hatte sich ein Demokraten-Kongreß im „englischen Hause“ zu Berlin versammelt, in welchem die Linke der Paulskirche noch bei Weitem überboten worden war, und obwohl er sich unmächtig gezeigt hatte, so war doch durch ihn der Durchschnitt demokratischer Begriffe immerhin gesteigert worden, und Ultra's in der Berliner Kammer gewannen immer mehr Boden, je deutlicher sich durch das Gebahren des Demokraten-Kongres-

ses herausgestellt hatte, daß sie ja gar noch nicht Ultra's genannt werden könnten neben den Demokraten, welche im englischen Hause getagt hatten. Man kletterte dort immer weiter hinauf in die dünnste Luft wie Münchhausen an der Bohnenranke, die über Nacht bis an den Mond hinauf aufgeschossen war. Bald hoffte man den Mond und die unirdische Mondesmacht erreicht zu haben. Der tödtliche Angriff gegen die Paulskirche war denn auch in der Berliner Kammer bereits versucht worden. Und zwar in Wiederaufnahme der Posener Frage. Mit einer zweifelhaften Stimme hatte man bereits die Mehrheit dahin erlangt, daß den „Bewohnern des Großherzogthums Posen die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums mit dem preußischen Staate eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet würden, und daß ein gleichzeitig mit dieser Verfassungsurkunde zu erlassendes Gesetz diese Rechte näher festsetzen werde" —

Hiernach war, ganz abweichend von dem Beschlusse der Paulskirche über Einverleibung Deutsch-Posens in's deutsche Reich, Posen im Ganzen als eine selbständige Provinz bezeichnet, und ihr als einem ungesonderten Ganzen eine selbständige eigne Verfassung und Verwaltung in Aussicht gestellt worden. Die Konsequenz hiervon mußte sein, daß entweder ganz Posen, der deutsche und der polnische Theil, zu Deutschland käme, oder, daß weder der deutsche noch der polnische Theil an Deutschland fiele. Auf diesem verdeckten Wege, angeführt von den Polen, hatte sich die Berliner

Kammer gegen einen Hauptbeschluß des deutschen Parlamentes erklärt. Die Kompetenz gegenüber der Paulskirche ward gar nicht erwähnt und verstand sich also im Sinne der Berliner Kammer von selbst. Hiermit war denn die Oberherrlichkeit der Paulskirche ganz fein beseitigt, und es war gleichgültig, daß in dieser Frage die preußische Regierung selbst auf Seiten der Paulskirche stand.

An diesen Punkt knüpften sich die preußischen Debatten im deutschen Parlamente, welche am 7. November mit einem dringlichen Antrage Wilhelm Jordan's begannen, und welche sich so ereignißreich über den Schluß des Jahres 48 ausbreiten sollten, der Wendepunkt für die ultrademokratische Herrschaft in Norddeutschland. Wie hier am Anfangspunkte, so war die Mehrheit des Parlamentes im Ganzen und Großen fortwährend auf Seiten der preußischen Regierung, da diese in der deutschen Einheitsfrage dem deutschen Parlamente willfährig war.

Jordan faßte seinem Naturel gemäß diesen demokratisch-partikularistischen Stier von Berlin bei den Hörnern. Gerade weil er es that, einst selbst ein Linker, und weil er es an ihrem jetzt hoffnungsvollsten Verbündeten that, tobte und schäumte die Linke ingrimmig während dieser Rede. Er hätte sie nicht zu Ende bringen können in diesem engen Raume, wo das Unterbrechen so grell tönte, wo jede Auflehnung betäubender Aufstand wurde, wenn ihn nicht Gagern nach-

drücklich geschützt hätte. Dieser deckte ihn gleichsam vorgelegten Leibes mit Schild und Schwert des Präsidiums.

„Wir haben uns diesmal nicht zu wenden!“ rief Jordan, „gegen Unten oder Oben, sondern gegen die Mitte, gegen einen Theil der gesetzlichen Vertretung des Volkes selbst, welche ihren Beruf überschätzt und die Grenzen desselben verkennt — (Von der Linken· Es ist unparlamentarisch, ein solches Urtheil gegen eine andre Versammlung auszusprechen!)“

Gagern wies die Erinnerung zurück. Jordan fuhr fort: „Nachdem es mißlungen ist, diese Versammlung mit Gewalt zu sprengen, oder ihrem Willen Gewalt anzuthun, versucht man jetzt, dasselbe Ziel auf anderem Wege zu erreichen. Man versucht sie ohnmächtig zu machen durch Vernachlässigung und Umstoßung ihrer Beschlüsse“ — und welche Partei thue das? Dieselbe, welche für die aus ihrem Schooße hervorgegangene Centralgewalt die allerweiteste Machtvollkommenheit verlangt habe! Dieselbe, welche dem Partikularismus bei jeder Gelegenheit das fulminanteste quos ego! zugeherrscht. Dieselbe, welche dem deutschen Parlamente gerade deswegen am Meisten gegrollt, weil das Parlament nicht immer gleich ihrem Begehren genügt: Alles was sich nicht gleich fügen wollte zu zermalmen. Dieselbe Partei, welche mit der ausschließlichsten Eifersucht nur sich die demokratische nenne, und diesen Namen Niemand außer sich zugestehen wolle. „Das Blatt hat sich mit einem Male seltsam gewendet. Wenn wir nicht

schon vielfach Gelegenheit gehabt hätten, uns alle Verwunderung abzugewöhnen, so hätten wir alle Ursache zu glauben — (Von der Linken: bravo, da capo!) in die Zeit der Wunder zurückversetzt zu sein. Aber wir wissen es schon, daß diese Partei" — (Unterbrechung von der Linken) „Ich spreche ja nicht von Ihnen!" Und nachdem er sich hierdurch das Weitersprechen ermöglicht, zeigte er, wie diese Partei mit jedem Winde segle, jetzt auch mit dem partikularistischen, weil sie nicht wisse wohin. „Ja, eine schlimmere Vermuthung muß jetzt gerechtfertigt erscheinen. Sie haben vielleicht nur deshalb beigedreht, weil es ihnen nicht gelungen ist, durch Meuterei die Herrschaft über das Schiff in ihre Gewalt zu bringen." —

Unterbrechung und Zuruf: das ist freche Verläumdung! Der Präsident muß wieder einschreiten — Jordan aber wiederholt sein Bild und führt es aus dahin, daß sie nun das Schiff auf den Strand zutreiben wollten, um beim Schiffbruche an sich zu reißen, wornach sie bisher vergebens getrachtet. „Hat es nicht das ganze deutsche Volk vernommen aus dem Munde eines vielgenannten deutschen Volksmannes, die Anarchie sei das einzige Rettungsmittel, die einzige Hoffnung, auf die sich das deutsche Volk noch stützen könne? Das sind Thatsachen. Meine Herren! Als sich Preußen am 6. August nicht in unbedingter Proskynesis niederwerfen wollte vor der Centralgewalt, da verdammte man es in den Abgrund, da wollte man es in den Staub treten. Jetzt thut man das Gegentheil. Damals predigten die Berliner Volksmänner

(Von der Linken: Zur Sache!) auf die ich hier nothwendig kommen muß, weil der in Rede stehende Beschluß mit ihrem Treiben zusammenhängt, die deutsche Gesinnung mit solchem Erfolge in Berlin, daß das Volk sich schnell begeisterte und der Viktoria auf dem Brandenburger Thor, sowie den Marmorbildern der Generale Seydlitz, Ziethen und Schwerin die schwarzweiße Fahne entriß, um ihnen die deutsche in die Hand zu geben, und Jeden der sich mit einer preußischen Kokarde sehen ließ auf das Wüthendste verfolgte. Das arme souveraine Volk! Es weiß kaum mehr, wohin es sich wenden soll. Jetzt muß es seine Souverainetät wieder nach einer andern Seite hin gebrauchen lassen." Jetzt sei Frankfurt in tiefste Verachtung gesunken, weil die „souverainen Ideen jener Demokraten par excellence" hier nicht durchgedrungen, jetzt sei es ein elendes Dorf und Berlin wieder die Kapitale. „Auch hat es allen Anschein, daß die Berliner Versammlung mehr geneigt und befähigt sei, der beliebten Frakturschrift in ihre Herzen Eingang zu gewähren als wir". — Stürmische Unterbrechung! Herr Venedey muß bitten zur Ordnung — Herr Rösler von Oels muß protestiren als Preuße — Herr Ziegert muß bestätigen — Gagern schützt den Redner standhaft und dieser fährt fort: „Ich bin nämlich der Meinung, daß in Berlin an der einsamen Pappel, unter den Zelten und an der Lindenecke der zweite Akt der Pfingstweiden-Tragödie zu spielen beginnt, und ich bin der Meinung, daß die Berliner Versammlung — und das nur habe ich mit jenen Worten

sagen wollen — diesem Treiben nicht mit derselben Energie entgegen treten will oder kann, mit der es hier von unsrer Seite geschehen ist. Wir haben, nach dem Urtheil Einiger die Schwäche gehabt, uns nicht zu begnügen mit dem Schutze des Volkes, sondern wir haben berathen, ja wir haben sogar abgestimmt unter dem Schutze der Bajonette, als das Volk, oder doch ein Theil desselben, etwas ungestüm an unsre Pforte um Einlaß pochte, vermuthlich in der Absicht unsre Abstimmung zu sichern. (Heiterkeit.) Die Berliner Versammlung hat es bis jetzt auf das Entschiedenste verschmäht, unserm Beispiele nachzuahmen. Es sind Abgeordnete der Berliner Versammlung auf das Gröblichste mißhandelt worden. (Von der Linken: Gehört das zur Sache?!) Es wird sich sogleich zeigen, wie sehr es zur Sache gehört. Wenn ich den Beschluß einer Versammlung besprechen will, so habe ich auch die Quellen anzudeuten, aus welchen derselbe meiner Meinung nach zusammengeflossen ist. Jene mißhandelten Abgeordneten „haben Sicherheit ihrer Person verlangt; aber man hat ihnen geantwortet: wir stehen unter dem Schutze des Volkes. Beinahe täglich läßt man die mißliebigen Mitglieder der Versammlung, um mich eines Berliner Ausdrucks zu bedienen, Spießruthen laufen, und überschüttet sie mit Hohn und schmählichen Drohungen, und wenden sie sich deswegen an die Versammlung, so werden sie an den Schutz des Volkes verwiesen. (Aus dem Centrum: Sehr wahr!) Man hat einen Seilerladen ausgeleert, Schlingen in die Stricke geknüpft,

und sie den heraustretenden Abgeordneten in's Gesicht gehalten. (Auf der Linken wird gelacht.) Sie lachen? Ich gratulire Ihnen dazu, hierüber lachen zu können. Man hat diese Schlingen mit gräßlichem Witze bezeichnet als Wiener Würstel und Hanfkravatten. Aber auch diese Vorkommnisse haben noch keinen Beschluß zur Folge gehabt, um die persönliche Sicherheit der Versammlung herzustellen." (Tumultuarische Unterbrechung von der Linken: das gehöre nicht zur Sache.) Der Präsident erklärt, es gehöre zur Motivirung des Redners.

Jordan fährt fort: „Mit beispielloser Richtachtung der selbstgewählten Vertretung, mit einer Richtachtung, welche denjenigen nur zu viel Vorschub leisten wird, die nur zu bald in reaktionairem Sinne das verbrauchte Stichwort des Absolutismus wiederholen werden: das Volk sei noch nicht reif zur vollen Freiheit; mit frecher Schamlosigkeit hat das Berliner Volk, oder vielmehr eine Fraction desselben, denn ich scheue mich, dieses ehrenvolle Wort zu gebrauchen, von Leuten die solches thun — hat ein Theil des Berliner Gesindels es gewagt, der Versammlung die Thüren zu vernageln und sie gezwungen, bei vernagelten Thüren stundenlang zu berathen, damit die Versammlung wo möglich einen Beschluß fasse, der im Sinne der draußen Wachehaltenden ausfiele. Ich aber sage, wenn die Versammlung noch unter dem Schutze des Volkes stehen bleibt, dann — denken Sie an mein Wort — dann werden unsre beiden gemordeten Collegen vielleicht bald wo anders Nachfolger finden. Ich halte diesen

scheinbar heroischen Muth, der einem Theile der Berliner Versammlung sehr leicht wird, bei einem sehr großen Theil derselben für nichts anderes, als für die aufgequälte Maske der inneren Verzagniß an den dortigen Zuständen, und behaupte geradezu, diese Versammlung, deren Majorität schon seit Wochen umherschwankt wie ein Rohr im Winde, abhängig von irgend einer einzelnen Stimme, die im Laufe einer Viertelstunde dreimal ihre Meinung ändert, diese Versammlung ist nicht mehr frei in ihren Berathungen. (Beifall auf der Rechten.) Sonst würde ein solcher Beschluß, wie der über Posen, der dem unsrigen geradezu entgegentritt, von ihr nicht gefaßt worden sein," sonst würde ein Antrag wie der von Waldeck und d'Ester, der etwa den Sinn habe: „Jetzt müssen wir preußisch bleiben, und uns die Beschlüsse von Frankfurt erst ansehn, ob sie uns gefallen, ob wir sie einführen oder nicht" — mit Entrüstung und imposanter Majorität zurückgewiesen worden sein, als ein Verrath an der deutschen Einheit. (Beifall auf der Rechten.) „Sollen wir ruhig diesem Treiben zusehn? Sollen wir ruhig zusehn diesen Krämpfen, die jeden Augenblick ausarten können in Todeszucknngen, unter denen der preußische Staat zu Grunde geht? und nicht nur Preußen, denn siegt in Berlin jene Partei, dann — davon bin ich überzeugt — dann lodert der Brand in wenig Wochen weithin über unser ganzes deutsches Vaterland. Eine Regierung ist in Berlin bei den jetzigen Zuständen schlechterdings nicht mehr möglich, wenigstens keine kon-

stitutionelle" — „die Anarchie steht dort nicht mehr vor der Thür, nein, sie ist bereits über die Schwelle getreten, sie schüttelt ihr blutiges Medusenhaupt mit furchtbarem Dräuen." (Vielfache Zustimmung.)

Bei solchem Abgrunde waren in der That die Zustände Berlins und dadurch die Zustände Preußens angekommen. Eine Katastrophe stand sichtlich bevor. Man war gewärtig, daß sie zu Gunsten der Ultrademokraten eintreten, und daß dadurch eine weitere Revolution über Deutschland hereinbrechen werde, eine Revolution, ebenso gegen Centralgewalt und Nationalversammlung, wie gegen die Monarchie gerichtet. Der Partikularismus in Preußen war also bis zum entgegengesetzten Pole vorgedrungen. Nicht Absperrung des Einzelnstaates war sein Zweck, sondern nur sein Mittel. Die Einzelnstaaten und die bisher gewonnene Form des Gesammtstaates wollte er dann überschwemmen mit den Freiheiten und Gewaltsamkeiten der Demokratie.

Dies war gewiß nicht klare Absicht der entstehenden Mehrheit in der Berliner Versammlung, ja wahrscheinlich auch nicht klarer Zweck der großen Minderheit in jener Versammlung, sondern nur Zielpunkt einer kleinen Minorität im Concertsaale des Berliner Schauspielhauses, wo die dortige Nationalversammlung ihre Sitzungen hielt. Aber es war vorauszusehn, daß nach eingetretener Katastrophe die jetzige Versammlung im Concertsaale das Heft nicht in der Hand behalten, daß vielmehr dies Heft unmittelbar an die Ultra's

jener Versammlung übergehn werde. Es war vorauszusehn, daß Berlin alsdann ein nordisches Paris werden könne mit all den Fehlern und all den centralisirenden Nachtheilen, welche dem französischen Paris eigen sind. Ein Paris ohne irgend einen weiteren Vorzug als den des gewaltsamen Tonangebens. Das wäre vielleicht trotz all der ihm inwohnenden Uebelstände Manchem willkommen gewesen vor einem halben Jahre, damit die deutsche Bewegung einen nachhaltigen, weil auf einen großen Staat gestützten Mittelpunkt gehabt hätte. Das wäre wohl auch in diesem Augenblicke noch für Manchen annehmbar gewesen, weil die deutsche Märzbewegung zu oberflächlich verfahren sei und zu viel Hindernisse eines gemeinsamen deutschen Staates stehen gelassen habe. Solch ein Nachholen versäumter Beseitigung hätte wohl auch jetzt noch für Manchen etwas Verführerisches gehabt — wenn es nicht von einer gewissenlosen, innerlich haltlosen Partei hätte ausgehn müssen.

Dies halbe Wollen und halbe Wünschen aber führt stets zum Verderben. Nur ein unwiderstehlicher Zwang von der einen, ein unwiderstehlicher Drang von der andern Seite, bringt es zu Revolutionen, die sich durch Unerläßlichkeit rechtfertigen und die eben deshalb auch die nothwendige neue Form schon in ihrem Schooße tragen. Das Raffiniren auf Revolution, das nachbessernde Wiederholen von Revolutionen ist ein krankhafter Zustand, welcher immer mit irgend einem Despotismus endigt. Ein Volk will leben oder sterben, nicht aber siechen.

In der deutschen Nationalversammlung war auch manches Mitglied des Centrums, welches den ganzen Zuschnitt von der Märzbewegung her anders gewünscht, welches die Territorialgewalt der Einzelnstaaten lieber ganz anders begründet gesehen hätte gegenüber einer Reichsgewalt; aber dennoch war jetzt im eigentlichen Centrum kein Mitglied, welches bei diesen Berliner Ansichten und Revolutionserneuerungen geschwankt hätte. Nichts, absolut nichts hoffte man von da; alles Mögliche aber glaubte man befürchten zu müssen für die Entwickelung des Vaterlandes, wenn von dort aus und von den Ultra's eine erneuerte und sogenannte verbesserte Umwälzung ausgehen sollte. Nur Anarchie und Despotismus sah man in ihrem Gefolge.

Das Ministerium sandte sogleich Bassermann nach Berlin. Die Regierung sollte — dies war der Grundgedanke — ermuthigt werden, solcher anarchischen Entwickelung kräftig entgegen zu treten.

Während man dies in Frankfurt beschloß, hatte man in Berlin von Regierungs wegen ebenfalls beschlossen und zwar eine ganze Maaßregel. Es sei dahingestellt, ob die Einnahme Wiens durch Windischgrätz die Ganzheit der Maaßregel bestimmt hatte. Ohne Einfluß darauf ist sie natürlich nicht geblieben.

Am siebenten November hielt Jordan obige Rede, und beschloß die Reichsversammlung: die Berliner Aenderung der Posenschen Frage als nichtig zu betrachten und in Bezug auf

die Beschlüsse der Paulskirche vom 27. Mai (Raveaux-Wernerscher Antrag) sowie vom 27. Juli (Einverleibung des deutschen Posens) zur Tagesordnung überzugehn. Am achten November beauftragte das Reichsministerium Bassermann mit der Mission nach Berlin, und in Berlin ward an diesem Tage im Kabinet des Königs eine königliche Botschaft beschlossen, welche — die Einsetzung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und die Verlegung der Kammer nach Brandenburg ankündigen sollte.

Am neunten verkündigte Graf Brandenburg diese Botschaft im Concertsaale. Einige Stunden vorher an demselben Tage wurde Robert Blum in der Brigittenau bei Wien standrechtlich erschossen.

Diese Nachrichten folgten einander in Frankfurt auf dem Fuße. Eben trat man am 14. November in Berathung über den sogenannten Staatsstreich von Berlin, so wurde die Erschießung Blum's gemeldet in der reformirten Kirche.

Unter solchem Eindrucke ging es an die Erörterung dessen, was „Reaktion" heißen mußte, während man eben noch auf Maaßregeln gegen die neu drohende Revolution bedacht gewesen war. Der April kann die Atmosphäre nicht hastiger verändern.

Binnen 24 Stunden hatte der Ausschuß über die preußische Angelegenheit berichten und vorschlagen müssen. Die Lage der Reichsversammlung war von unerhörter Schwierigkeit. Zwischen zwei Feinde war sie gestellt, zwischen Reaktion und

Revolution, und ihre Kompetenz selbst: ob und bis auf welchen Grad sie einzuschreiten habe, war fraglich. „Es ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens!“ rief man rechts, „und was Ihr jetzt gegen die neue Regierung thut“, setzte man hinzu, „das thut Ihr für eine neue Revolution!“ — Links aber rief man: „Brandenburg-Manteuffel vertritt den vormärzlichen Standpunkt, der noch lange nicht einmal konstitutionell ist. Manteuffel saß auf der Rechten des vereinigten Landtages, wo Vincke, der Führer unsrer Rechten, auf der Linken saß. Darnach ist Manteuffel's Glaubensbekenntniß zu bemessen. Es ist die Reaktion weit über den März zurück, welche also auch die ganze Reichsversammlung beseitigen wird. Die Verlegung der Berliner Nationalversammlung ferner, einer konstituirenden Versammlung, ist die Beseitigung aller Errungenschaften in Preußen, ist die Revolution von oben. Wozu sind wir da? Wenn wir hier nicht handelnd auftreten, so verrathen wir die ganze, mühsam errungene Freiheit des deutschen Volkes. Das ist Euer verheißener Konstitutionalismus: die Berliner Nationalversammlung empfängt das Ministerium Brandenburg-Manteuffel mit einem Mißtrauensvotum, und das Ministerium steckt dies in die Tasche, wie einen Wisch Papier! Jetzt endlich zeigt, daß Euer ewiger Trumpf „keine Revolution, aber auch keine Reaktion!“ Stich hält!

Es hatte wieder eine Vorversammlung bei Gagern statt gefunden. Die Mehrzahl dort war darüber außer Zweifel

gewesen, daß das Einschreiten der preußischen Regierung gegen den anarchischen Zustand nicht geschwächt werden dürfe. Dieser sichre Feind, die Ultrademokratie, dürfe in Nichts unterstützt werden. Der wahrscheinliche Feind, die über den März zurückgehende Drohung einer Reaktion, zunächst doch nur angedeutet in dem politisch-geschichtlichen Namen Manteuffel's, sei erst in zweiter Linie in's Auge zu fassen. Daß dieser Feind vormärzlich werden könne, glaubte man nicht. Wie er sich in der deutschen Frage verhalten werde, wußte man nicht. Man hatte aber auch keinen Grund, ihm darin geradezu Mißtrauen entgegen zu bringen. Diese Mehrzahl bei Gagern glaubte ja in Preußen den Hauptstützpunkt suchen zu müssen für den deutschen Bundesstaat, sollte und konnte sie gegen ein preußisches Ministerium, welches sich dem gefährlichsten Kampfe aussetzte, welches in diesem Kampfe zunächst auch für die Mehrheit der Reichsversammlung focht, die Faust zeigen?

Indessen waren doch auch welche zugegen, welche der aufwogenden öffentlichen Stimme gegen Reaktion und der wahrlich nicht unbegründeten Besorgniß vor derselben ein festes Wort des Zugeständnisses gewährt sehn wollten.

Das ließ sich nicht abweisen, obwohl man sich unumwunden eingestand, daß man sich in solcher Position gegen die Zukunft des Ministeriums einerseits und gegen die gefährliche Versammlung im Concertsaale andrerseits zwischen zwei Stühle setze.

Das war nicht zu ändern. Es war dies in der unglück-

seligen Lage der Dinge begründet. Ein Reichsministerium ohne reale Macht konnte dem größten reindeutschen Einzelnstaate gegenüber nur vermittelnd auftreten, wenn es sich nicht auf die Revolution stützen wollte. Die Vermittlerrolle erntet stets von beiden Seiten Undank.

Dieser Gedankengang ungefähr war auch maaßgebend für den Ausschuß. Auch er war in seiner Majorität für Unterstützung der preußischen Regierung und wollte dies nur vorsichtig und unter sicherstellenden Ausdrücken beantragen. Die Nachrichten aus Preußen klangen zwar einstimmig dahin: daß sich das ganze Land erhebe gegen diesen Staatsstreich, daß sich also die Reichsversammlung völlig vereinsamen werde, wenn sie nicht uneingeschränkt dagegen auftrete. Aber das beirrte und bestimmte die Centren und ihren Ausschuß nicht. Sie waren darüber im Klaren, daß die erneuerte, unabsehbare Revolution beginne, wenn die preußische Krone in diesem Kampfe unterliege. Sie beklagten es schmerzlich, daß ein Name in diesem Ministerium sei, welcher positiv auf reaktionäre Tendenzen deute und unwiderleglich den Argwohn unterstütze, aber sie konnten sich dadurch doch nicht zu dem politischen Fehler bestimmen lassen: eines Namens wegen alle weitren Gesichtspunkte zu verleugnen. Der Name in solchem Zusammenhange und in seiner Bedeutung sollte gerügt werden, aber die Maaßregel nicht.

Zachariä aus Göttingen war Berichterstatter. Er war nicht der Mann, sich von anstürmenden Anforderungen auf

ein Extrem werfen zu lassen. Mit einer objektiven Ruhe, welche die extremen Parteien in Verzweiflung setzte, berichtete er auch über diesen Fall, als ob es sich um einen feinen Streitpunkt im Detail der Verfassung handle.

Nachdem er die Thatsachen nochmals vorgelegt und hinzugesetzt hatte, daß die Berliner Versammlung gegen die königliche Botschaft Protest eingelegt und nur der Gewalt weichen zu wollen erklärt habe, trat er mit seinem Berichte in die zwei Fragen ein: ist die Vertagung und Verlegung der Berliner Versammlung im Rechte der Krone begriffen? und ist die Bildung und Behauptung des Ministeriums im formellen Rechte?

Die Vertagung und Verlegung betreffend sei zu erwägen, daß die Berliner Versammlung allerdings zur Vereinbarung einer Verfassung mit dem Könige berufen und in's Leben getreten sei, daß sie daneben aber auch die Eigenschaft eines das Volk vertretenden Organs angenommen habe bei der Ausübung der Staatsgewalt.

Solch einer Versammlung gegenüber habe die Krone nicht das absolute Recht einer Verlegung von einem Orte zum andern. Gewiß aber sei nicht in Abrede zu stellen, daß die Krone, kraft ihres Berufs, die Versammlung gegen Angriffe und Einschüchterung zu schützen, unter außerordentlichen Umständen berechtigt, ja verpflichtet erscheinen könne, eine solche Verlegung zu beschließen.

Diese außerordentlichen Umstände seien zweifelsohne in

Berlin eingetreten. Die Versammlung müsse für unfrei gelten und deshalb könne auch ihr jetziger Protest, eben weil er in diesem vorausgesetzten Zustande der Unfreiheit erfolge, nicht die rechtliche Kraft eines Protestes haben.

Die Versammlung werde es in Händen haben, durch Votirung von Schutzmaaßregeln für fernere Freiheit ihrer Berathungen die Beweggründe der Verlegung aufzuheben.

Die Bildung des Ministeriums betreffend, sei die Krone formell im Rechte. Ein also vorauseilendes Mißtrauensvotum der Versammlung widerspräche der unzweifelhaften konstitutionellen Befugniß der Krone: ein Ministerium zu bilden.

Thatsächlich stehe freilich fest, daß das öffentliche Vertrauen diesem Ministerium gänzlich fehle und daß eine friedliche Lösung des Konfliktes nicht zu erwarten stehe, wenn sich die Krone nicht mit Räthen umgebe, welche in der frei berathenden und beschließenden Versammlung eine Majorität fänden.

Dies müsse die Reichsversammlung ebenfalls ausdrücken, um dem öffentlichen Frieden zu dienen und ein bestimmtes Zeugniß abzulegen, daß sie ebenso der Reaktion wie der Anarchie in Deutschland entgegentreten werde. Aus solchen Erwägungen solle die Reichsversammlung, in Uebereinstimmung mit den beschloßnen Maaßregeln des Reichsministeriums, beschließen, daß sie es für nöthig erachte:

1) Die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversamm-

lung nach Brandenburg zurücknehme — sobald solche Maaßregeln getroffen sind, welche ausreichend scheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen;

2) Daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.

In dieser ganzen Angelegenheit vereinigten sich so viele Streitfragen der feinsten Art, daß sie immerdar eine der merkwürdigsten bleiben wird in der politischen Geschichte unsers Vaterlandes. Sie werden sich am deutlichsten anreihn an die Rede Vincke's, welcher ganz konsequent auf Uebergang zur Tagesordnung antrug, weil die Reichsversammlung das Königreich Preußen nicht zu regieren habe. Dies klingt vielleicht jetzt ganz einfach und richtig, jetzt, wo man den aufbäumenden Erdboden von damals nicht mehr unter seinen Füßen fühlt. Und doch war es nicht einmal formell richtig seit Einführung der Centralgewalt, welche in dieser Frage direkt an die Reichsversammlung appellirte; politisch aber war es grundfalsch, auch im Interesse der preußischen Krone falsch. Man hilft seinen Verbündeten nicht immer am besten, wenn man einfach billigt, was sie gethan.

Heinrich Simon, gegen den Ausschuß-Antrag und für die Linke sprechend, begann die Debatte. Soweit sein innerlich trocknes und durchweg angelerntes Wesen wirken konnte,

soweit wirkte er heute. Das heißt mehr denn irgendwann. Es war nur zu richtig, was von einer siegenden Reaktion zu besorgen stünde, und wenn er einen Artikel der „Neuen Preußischen Zeitung", des muthvollsten Reaktionsorganes, vorlas, in welchem damals, damals schon! schlankweg die Wiedereinführung des absoluten Königthums verheißen wurde mit Einführung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel — so mußte dies Eindruck machen. Simon selbst nur konnte den Eindruck dadurch wieder knicken, daß er die Vertheidigung der Berliner Versammlung hiermit verband, ja Lob und Preis derselben versuchte.

Ihm folgte Welcker, und er sprach schnurstracks gegen diese Beweisführung. Er sei neulich durch Berlin gekommen, und was habe er gesehn und gehört? Berlin gleiche einem Dorfe. Alles Vertrauen, alles Leben sei zerstört. „Ich sah wohl auch Leben und Bewegung!" rief er, „aber es waren Jungen, welche die Freiheitshelden machten, von Volksbeglückern aufgeregt, welche die Unruhe vor Allem einzuführen suchten, und es fiel mir da ein, was ein Landsmann von mir in Baden sagte, ein achtbarer Bürger, der neulich zu seinen Mitbürgern sprach. Er sagte: Woher ist all das Unglück gekommen über unser schönes Land, woher ist es gekommen, daß wir nicht wissen, ob die Freiheit gut für uns ist? Daher ist es gekommen, weil die Männer bisher die Hände in den Taschen hatten, und deshalb regieren die Buben!"

Welcker setzte richtig hinzu, daß es vielleicht besser wäre,

den zweiten Satz des Ausschußantrags dahin zu fassen, „daß die konstitutionelle preußische Regierung nicht Minister in ihrer Wirksamkeit lassen werde, welche in den Verhandlungen mit den Ständen das Vertrauen nicht erhalten könnten." Denn die einzige Handlung, welche von jenem Ministerium vorliege, die Verlegung nach Brandenburg, billige man ja. Indeß wolle er der Einstimmigkeit all seiner preußischen Freunde nachgeben. Alle sagten ihm, daß der eine Name jegliches Mißtrauen aufrege, und daß es zur Aufklärung des Königs von Wichtigkeit sein möge, dies so positiv als möglich auszusprechen. „Es ist keine Frage", sagte Welcker, „wir befinden uns auf einem andern Standpunkte, als die Vertretung in Berlin. Wir stehn nicht hier als Repräsentanten desselben Volkes dem Könige von Preußen gegenüber; wir stehn als höhre Autorität, als Autorität von ganz Deutschland vermittelnd und schiedsrichterlich da. Wir sagen, was dem Frieden in Preußen nothwendig ist; wir sagen, weil wir die Besorgnisse vor der unseligen Reaktion verbannen wollen, daß wir der Reaktion wirklich entgegentreten wollen."

Welcker war, wie wir wissen, immer am hartnäckigsten dagegen gewesen, wenn es sich um Einmischung des Parlaments in die Regierungshandlungen des Einzelnstaats gefragt hatte. Hier war er gar nicht in Zweifel, daß das Parlament auftreten müsse; hier handelte sich's um Wohl und Wehe des Ganzen. Er fand es auch gar nicht für nöthig, an das anerkannte Gesetz für die Centralgewalt und an den Passus zu

erinnern, welcher ihr die Befugniß zum Handeln überträgt „in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen.“ —

Dieser Vorgänger und jene Gesetzesstelle mochten Vincke die Beweisführung etwas erschweren. Es war nicht abzuleugnen, daß die Reichsminister geradezu die Reichsversammlung aufgefordert hatten, in dieser preußischen Angelegenheit eine Willensmeinung auszusprechen zur Richtschnur für die vollziehende Centralgewalt. Deshalb schlug Vincke heftiger als je auf ein Ministerium hinein, welches im voraus eine Richtschnur verlangt habe, statt die Kritik abzuwarten. „Das sei in der Geschichte der konstitutionellen Monarchie ganz unerhört und nicht mit der Stellung eines konstitutionellen Ministeriums zu vereinigen“. — Es war nicht nur erhört, sondern es ist auch ganz wohl mit dem konstitutionellen Begriffe zu vereinigen, daß das Ministerium im einzelnen Falle eine Initiative des Parlaments selbst in Anregung bringt, welche das Parlament ohnedies besitzt und ohne Anregung geltend machen kann. Was in die Kategorie des konstitutionellen Stolzes gehört, das brachte der ergrimmte Redner unter dem mißlichen Beifalle der Linken in die Kategorie des konstitutionellen Rechts.

Er sprach an jenem Tage mit der ganzen sprudelnden Kraft seines Talents und mit der ganzen bedenklichen Kraft eines Parteimannes, welcher zu Viel beweist, um Viel zu beweisen.

Er sprach zuerst darüber, daß auch eine konstituirende Versammlung kein eignes Recht in Anspruch nehmen könne, das heißt kein andres, als einer Volksvertretung überhaupt in einer konstitutionellen Monarchie zustehe. Die Berliner Versammlung sei aber nicht eine konstituirende, sie sei nur eine vereinbarende.

Der Redner fuhr also sehr kurz ab mit einer sehr langen Frage. Das Recht konstituirender Versammlungen ist so wenig zu schematisiren als das Recht und der Gang der Geschichte. Durchschnittlich erscheinen konstituirende Versammlungen als Machthaber ganz neuer Rechtsverhältnisse und sie leugnen die alten so weit sie eben die Macht haben zu solcher Leugnung. Sie führen also gerade ein eignes Recht mit sich wie die Gewitter ihren eigenen Wind mit sich führen.

Was nun aber den Begriff der Vereinbarung betrifft, so müßte ihm ein Mann wie Vincke recht geflissentlich aus dem Wege gehn. Es ist der allerzweifelhafteste Rechtsbegriff, es ist ein gezwungenes Diskretionsverhältniß. Zwei Streitende sollen sich über einen Punkt vereinigen, ohne daß über diesen Punkt ein objektives Rechtsverhältniß für beide Theile feststünde, und ohne daß ein Obmann, ein Schiedsrichter zugelassen würde. Es ist dies so wenig ein Rechtsgang, als ein Messer ein Messer ist, welches keine Klinge hat und welchem der Stiel fehlt. Es ist der maskirte Krieg, und der Stärkere diktirt die Verfassung, w e n n man sich über eine Verfassung vereinbart. — Kein Mensch bestritt es, daß die Berli-

ner Versammlung nur eine vereinbarende sei, aber man empfand daß mit all diesen juristischen Deduktionen dem Kern der Dinge nicht beizukommen sei innerhalb neuer politischer Konstituirung. Herr von Vincke hat drei Viertel Jahre später eine Erfahrung machen müssen gegenüber demselben preußischen Ministerium, welches er damals als ein rettendes mit gutem Fuge unterstützte, eine Erfahrung die ganz geeignet ist sein Nachdenken zu wecken über den absoluten Werth solcher staatsjuristischen Folgerungen. Gegen die preußische Verfassung wird ein Wahlgesetz oktroyirt und er kann die auf ihn fallende Wahl deshalb nicht annehmen, weil er die in Folge solchen verfassungswidrigen Wahlgesetzes zusammentretende Kammer nicht für ein gesetzliches Ergebniß ansehen kann. Diese also entstandene Kammer wird aber ihren Einfluß ausüben auf die preußische Verfassung, einen nach seiner Beweisführung verfälschten Einfluß, welcher denn auch die Verfassung verfälschen muß. Jegliches Verfassungs- und daraus fließende Rechtsverhältniß ist somit in die ganze Zukunft hinaus für seinen staatsjuristischen Standpunkt verfälscht, so lange das jetzige Preußen sich regelmäßig in diesem jetzt begonnenen Gange entwickelt. Eigentlich müßte er auswandern. Wir wollen aber hoffen, daß er seine stattliche Kraft nicht einmal einer späteren Kammer entzieht, und wir wünschen selbst, daß ihm eine Rechtsfiktion zu Hilfe komme. Es sei dies nur angeführt, um ein Beispiel mehr anzuführen, daß er auch im besten Rechtssinne, auch da, wo er für das rechtliche Mo-

tiv seiner Handlung die allgemeine Zustimmung erzwingt — die unfruchtbare Seite des Rechtes zu erwählen liebt, die bloß rechthaberische.

Leider hängt dieses Spitzen und Schneiden eng zusammen mit seinem Naturel. Er hat sich eine Neigung zum immerwährenden und deshalb kleinen Witze angewöhnt als ob er nur unter den leersten Berlinern aufgewachsen wäre. Diese Neigung zeigte sich im geselligen Verkehre Anfangs so stark, daß man erschrocken davor zurücktrat. Sie verminderte sich, je länger Vincke in Frankfurt war. Aber bei delikaten Fragen rumort sie stets in ihm und treibt ihn zu Spitzfindigkeiten und Sophismen. Denn diese sind eben auch nichts weiter als kleiner Witz. Wissenschaft und Talent werden alsdann dazu verwendet, über den Inhalt der Dinge zu täuschen dadurch, daß täuschende Aehnlichkeiten aufgesucht und mit Hilfe derselben überraschende Folgerungen gefunden werden. Dergestalt überraschende Folgerungen, daß die Lächerlichkeit entsteht. Mit der errungenen Lächerlichkeit ist man über den Inhalt der Dinge hinweg und der scheinbare Sieger ergeht sich in beliebigen Nebenwegen.

Vincke ist glücklicherweise erst ein Mann von 36 Jahren, und es steht zu hoffen, daß er mit den steigenden Mannesjahren sich selbst befreit von den üblen Consequenzen solcher Neigung. Sie hätten ihn längst zum Formalisten gemacht, wenn nicht seine robuste westphälische Natur mit ihren zahlreichen inhaltsvollen Eigenschaften standhaft reagirt hätte ge-

gen die angewöhnte Neigung. Er sollte nur zuweilen die sehr empfehlenswerthe Rechnungsprobe anstellen: wohin das Vaterland gekommen wäre, wenn sich immer die Majorität um seine formalistischen Wendungen geschaart hätte? In haltlose feinste Verwirrung, in eine solche Inhaltslosigkeit durch Proteste auf Proteste, daß man den Ausweg seiner Gegner, die vollständige Revolution, als das einzig übrig bleibende Rettungsmittel hätte annehmen müssen. Darum, weil er sophistisch motivirt und weil er egoistisch rechthaberisch sich verhält auch gegenüber den großen Nothwendigkeiten im Vaterlande die er selbst nicht leugnet. Er bringt nicht das geringste Opfer seines Kredo's — das soll nicht angegriffen werden! — aber auch nicht seiner Formel; er bringt nicht das Opfer eines augenblicklichen Schweigens, einer unterlassenen Abstimmung wenn er selbst zugestehn muß, daß unabsehbare Zerstörung entstehen könne, sobald seine Abstimmung die Mehrheit bildete. Fiat justitia, pereat mundus! — Dies mag der Wahlspruch eines Richters sein, der eines Staatsmannes ist es nimmermehr. Die Staatswelt zu erhalten *mit* der Justiz, ja im Nothfalle *trotz* der Justiz ist des Staatsmannes Aufgabe, und so eben vertheidigte er selbst nichts anderes als dies, indem er das Ministerium Brandenburg-Manteuffel vertheidigte. Die politischen Fragen immer nur auf die Spitze der Formel, auf die Schneide des Rechtssatzes treiben, das ist ein zweifelhaftes Verdienst des gewandten Kopfes und ist ein unzweifelhafter Fehler des politischen Kopfes. In Zei-

ten geordneten Staatswesens mag man günstiger hierüber urtheilen, im Jahre 48 und 49 aber, wo vor allen Dingen schöpferische Theilnahme erforderlich war, mußte man es nachdrücklich rügen.

Verhängnißvoll gegen sein eigenes Wünschen berief sich denn Vincke in dieser Rede auch wie so oft mit Recht auf England, und zwar auch auf den jüngeren Pitt, der gegen die Majorität des Unterhauses mit seinem Ministerium eingetreten sei und sich behauptet habe trotz der vier bis fünf Majoritätsadressen des Unterhauses gegen sein Ministerium. Dies sollte am Anfange dieses Jahrhunderts kurz vor dem Frieden von Amiens geschehen und sollte ein Beweis sein, daß ein Ministerium, welches gegen die Majorität eingesetzt werde und gegen eine dauernde Majorität Stand halte, ein ganz konstitutionelles Verhältniß genannt werden müsse

Die geschichtlichen Data waren wohl irrig. Kurz vor dem Frieden von Amiens trat Pitt ab. Aber es war klar was Vincke meinte. Er meinte Pitt's Eintritt in Folge der India-Bill gegen Ende des Jahres 1783. Damals ignorirte der 24jährige Minister standhaft die Majorität des Hauses, er regierte standhaft mit der Minorität, und lös'te das Parlament erst auf, nachdem er über einen Monat lang gezeigt hatte, das Ministerium brauche nicht absolut die Majorität des Unterhauses, so lange es nicht die Bewilligung der Gelder brauche.

Dieser Fall gilt für eine merkwürdige Ausnahmserschei-

nung in der konstitutionellen Geschichte, und es ist noch Niemand eingefallen, ihn als einen Beweis für reinen Konstitutionalismus anzuführen. Dies war Vincke vorbehalten, welcher wirklich und ehrlich einen streng konstitutionellen Staat will. Der sophistische Trieb jagte ihn zu einer Beweisführung gegen seine eigenen Wünsche, gegen seine eigne Ueberzeugung: daß unmöglich in einem werdenden Konstitutionalismus die verfänglichsten Ausnahmen als maaßgebend angeführt werden dürften. — Daß ein Oberhaus neben Pitt gestanden, konnte nicht erwähnt werden um Pitt und Temple mit Manteuffel und Brandenburg zu vergleichen.

Viel richtiger nach außen aber auch wieder nur nach außen, war die Erinnerung Vincke's, warum man denn gegen Oesterreich nicht so positiv aufgetreten wäre, wo doch viel mehr vorgelegen, wo ja der Zusammenstoß blutig erfolgt, der Reichstag verlegt wäre?! Man sei ja zur Tagesordnung übergegangen über einen Antrag, welcher die Verlegung des Wiener Reichstags hindern gewollt. „Wenn Sie nicht eingeschritten sind in Oesterreich, wie kommen Sie denn dazu, Preußen schlechter zu behandeln als Oesterreich?"

Er wußte innerlich sehr gut, daß diese sogenannte „schlechtere" Behandlung eben nur die nähere Verbindung an den Tag legte, in welcher sich das Parlament mit Preußen fühlte oder wußte. Fühlte oder wußte! Er selbst war in dieser Lage, und er hätte lachen können zu seiner zornigen Frage, wenn er nicht die Frage gerade zornig gebraucht hätte. Er

konnte sich auch nur an seinen Vorgänger Welcker wenden. Dieser war so eben aus Oesterreich gekommen, dieser hatte sich so eben als angegriffener Reichskommissär heftig dahin vertheidigt, daß man in die österreichischen Angelegenheiten nicht so eingreifen könne wie — ja, das hatte er freilich nicht ausgeführt. Aber er hatte so eben thatsächlich darüber aufgeklärt, indem er für ein viel weiteres Einschreiten in die preußischen Verhältnisse gesprochen.

In diesem Betrachte war die preußische Debatte äußerst lehrreich. Sie enthüllte ein Verhältniß, welches man immer wieder verhüllen zu müssen glaubte, vor sich selbst verhüllen zu müssen glaubte. Welcker ging auch nach solcher Erfahrung in Oesterreich, nach solchem eignen Vorschlage eines verschiedenen Maaßes für Oesterreich und Preußen, er ging plötzlich ein ganzes Vierteljahr lang dafür in den Kampf, daß Oesterreich und Preußen ganz gleich betheiligt sein müßten im deutschen Bundesstaate, und er sprach in diesem Kampfe für eine ganze Schaar, welche doch jetzt ausdrücklich Preußen mit ganz anderem Maaße richtete als Oesterreich.

In solchen feinen Zügen befreit sich am Deutlichsten, weil ganz objektiv, die Wahrheit von den Parteiungen.

Wie dem aber auch sein mochte, die überwiegend und unzweifelhaft guten Eigenschaften Vincke's blieben im Vordergrunde und die wie immer rasch und unwiderstehlich heran brausende Rede ließ keine Zeit und keine Ueberlegung frei für die täuschsamen Vordersätze. Er trat ab unter großem Bei-

falle nicht nur der Rechten, sondern auch des Centrums. Es schien fraglich zu werden nach diesem Eindrucke, ob es diesmal ein Centrum der Majorität geben werde für den Ausschußantrag; wenn die ganze Rechte mit Vincke für Uebergehn zur Tagesordnung stimmte. Die Ansicht der Linken umgriff diesmal den ganzen Würtemberger Hof. Ein Redner desselben, Herr von Wydenbrugk, trat auf und sprach gegen den Ausschußantrag, sprach für stärkeres Einschreiten gegen das preußische Ministerium zu Gunsten der Berliner Nationalversammlung. Hielt also der Augsburger Hof nicht fest, und gingen einige Stimmen des Casino an den Vinckeschen Einfluß über, so wurde in so unmittelbar eingreifender Frage die bisherige Mehrheit des Hauses gesprengt. „Um bloß zu vermitteln sind wir nicht da!“ rief die durchdringende hohe Stimme des kleinen, immer klug räsonnirenden Weimarschen Staatsmannes hinter dem Taschentuche und Pulte hervor, und es that noth, daß Beckerath nach ihm und Vincke die Rednerbühne bestieg. Als gemäßigter Mann des rechten Centrums mußte Beckerath entscheidend wirken können auf diejenigen, welche durch Vincke unsicher geworden waren. Und Beckerath sagte: „Es ist in Zweifel gezogen worden, ob von hier aus eine solche Einwirkung ausgeübt werden könne. Meine Herren. Wenn wir nur irgend ein Verhältniß voraussetzen wollen zwischen der Centralgewalt und der Nationalversammlung einerseits, und den Staaten mit ihren Regierungen andrerseits, so müssen wir anerkennen, daß hier

allerdings die Berechtigung zu einem solchen Schritte vorhanden ist. Sollte diejenige Autorität, der die ganze deutsche Heeresmacht zur Verfügung gestellt ist, die über Krieg und Frieden zu entscheiden und die Wohlfahrt des ganzen Vaterlandes zu überwachen hat, nicht das Recht haben, da wo die größte Gefahr besteht für die theuersten Güter der Nation einzuschreiten?" —

Auf ihn folgte ein Mitglied des Augsburger Hofes, in welchem die Entscheidung der Mehrheit lag, Biedermann. Er wies die bloß juristischen Definitionen Vinckes ebenso zurück wie die revolutionairen Folgerungen der Linken. Politische Verhältnisse müßten politisch bemessen werden und könnten selten auf unbedingte Sätze Anspruch machen zur Zeit neuer Konstituirung. Er könne der preußischen Regierung kein unbedingtes Recht zusprechen, aber so wie die Lage sei, müsse er ihr ein Nothrecht einräumen zur Rettung des Ganzen. Zu großem Aerger der Linken machte er noch darauf aufmerksam, daß das Reichsministerium im Sinne des Ausschußantrages auftrete, daß also auch für den Bestand desselben die Abstimmung maaßgebend sei.

Diese erfolgte sogleich. Nur 45 Stimmen gingen mit Vincke und stimmten für motivirte Tagesordnung. Die linken Anträge von Heinrich Simon wurden mit einem Mehr von Hundert abgelehnt. Der Minoritätsantrag des Ausschusses dagegen, vom Würtemberger Hofe unterstützt, nur mit 43 Stimmen. Eine Anzahl Mitglieder des Landsbergs

waren hierbei dem Centrum untreu geworden. Der eigentliche Ausschuß-Antrag kam nun an die Reihe. Wenn die Rechte nach Vincke's Vorgange mit der Linken dagegen stimmte, so war das Resultat sehr zweifelhaft. Vincke stimmte denn auch dagegen. Ein Theil der Rechten aber würdigte die Gefahr, daß kein Beschluß zu Stande kommen, alsdann aber wahrscheinlich eine Fusion der Parteien zu Gunsten der linken Verlangnisse eintreten werde — und ging hinaus, um nicht stimmen zu müssen. So erhielt der Ausschußantrag eine Mehrheit von 40 Stimmen.

Dies war indessen nur die erste Instanz in dieser brennenden Frage, welche täglich höher aufloderte. Die Berliner Nationalversammlung leistete einen Widerstand, welcher zum Aeußersten entschlossen schien, und das ganze Land schien ihr beizutreten. Wie sehr sie durch wüstes Wesen die Theilnahme des Landes verwirkt hatte, in dieser entscheidenden Krisis traten auch ihre zahlreichen Gegner zu ihr, weil ihre Angreifer für Reaktionaire über den März zurück gehalten wurden.

Schon vier Tage später war Bassermann von Berlin heimgekehrt, und die Debatte erneuerte sich. Die Linke schrie ihm entgegen, er sei einseitig in Berlin verfahren, er habe nicht vermittelt, er sei lediglich zur Regierung übergetreten. Mit schwacher Stimme, denn er war ungewöhnlich angegriffen, aber mit starkem Willen antwortete Bassermann von der

Tribune und gab unter zuckender Unruhe der Linken jene Darstellung der Berliner Zustände, welche von da an sprichwörtlich geworden ist, die Schilderung jener „Gestalten", jenes „Traum's eines Republikaners", welcher auf rothem Papier an den Straßenecken Berlins geklebt gewesen und dem schlafenden Republikaner die „Laternenpfähle voller Leichen" gezeigt habe. Er gab ferner Data und seine Meinung dahin ab: daß an eine konstitutionelle Ausgleichung mit der Berliner Versammlung nicht zu denken sei, sondern daß diese nach den Eigenschaften eines Konventes trachte, und daß mit ihrem Siege das freie Walten einer Schreckensherrschaft unfehlbar eintreten werde. Weder im Interesse der Freiheit, noch im Interesse der Einheit sei von ihr das Mindeste zu hoffen.

Dieser Vortrag, ohne irgend welche Leidenschaftlichkeit gehalten, machte den tiefsten Eindruck. Die Linke gerieth in den heftigsten Zorn, denselben gefürchteten Staatssekretair, welcher auch gegen das Einschreiten in Wien und für Entwerthung der dortigen Revolution am Wirksamsten gesprochen, wieder am Wege zu finden, am Wege der jetzt so kurz und sicher zu voller Revolution in Berlin führen konnte. Gerade im entscheidenden Augenblicke war er wieder da, und die verhaßte dürftige Stimme erhob sich wieder so weit tragend und tief treffend gegen sie. Ja, dieser Unterstaatssekretair, welcher immer und immer gegen jedes halbe Vergleichen mit revolutionairen Forderungen sprach, er handelte auch in diesem Augenblicke ebenso gefährlich gegen sie als er sprach:

er bot dem Reichsverweser seine Entlassung, wenn auch nur in dem Sinne des obigen mit 40 Stimmen Mehrheit gefaßten Beschlusses eine Vermittelung erstrebt werden solle, welche der preußischen Versammlung noch zu Viel, der preußischen Regierung zu Wenig einräume.

Die Verhandlung steigerte sich also zu noch größerer Leidenschaftlichkeit. Nichts mehr von einem Ausschusse wollte man wissen, nichts mehr von einem auch nur 24 Stunden andauernden Verzuge! Raveaux, der aus der Schweiz heimgekehrt, eilte auf die Rednerbühne und verlangte unter donnerndem Beifalle sofortigen Beschluß: „Berlin steht auf einem Vulkane! Der Funfzigerausschuß befahl, befahl einem Fürsten, befahl einem Ministerium! Und jetzt schleppen wir uns mit halben Maaßregeln! Oesterreich haben wir schon verloren; wenn wir heute abermals die Sache an einen Ausschuß verweisen, geht vielleicht auch Preußen verloren!" Es flogen Anträge wie Schloßen zum Präsidenten hin, einer immer stärker als der andere gegen die preußische Regierung. Die sogenannte „Gründlichkeit" der Ausschüsse ward verhöhnt. Venedey sprach wieder von seinen „18 Jahren im Auslande", während welcher er mit Stolz auf Deutschland gesehn, und seit er zurück sei weiche dieser Stolz alle Tage mehr, und es sei ein Mangel an Courage, wenn man bis Montag warte — es war Sonnabend — so daß selbst der sanftmüthige Riesser entrüstet hinter ihm auf die Tribune hinauf stürzte und rief: Es darf sich Niemand, wer es auch sei, erdreisten, in den

Abstimmungen seiner Gegner einen Mangel an Muth zu suchen" — „die Gegenwart zeigt schon und die Zukunft wird es noch deutlicher lehren, auf welcher Seite der politischen Ueberzeugungen die größere Gefahr vorhanden, der größere Muth erforderlich ist."

Trotzdem rief Nauwerk: Sie morden sich selbst, wenn Sie nicht sogleich beschließen, und trotzdem wurde beschlossen: der Ausschuß solle alle vorhandenen Zeugen über die Berliner Zustände vernehmen, und solle Montag Bericht erstatten.

Es waren auch Mitglieder der Berliner Versammlung angekommen, und deren Auskunft bestätigte in den neuen Vorversammlungen Sonnabends und Sonntags bei Gagern die Bassermannsche Ansicht. Das Centrum war entschlossen, so weit es die zum Mißtrauen berechtigte öffentliche Stimme nur irgend gestattete, der preußischen Regierung beizustehn.

Da kam das Aeußerste hinzu: die Steuerverweigerung der Berliner Abgeordneten! Ein Akt, zu welchem sie gar nicht berechtigt waren. Die direkte Erklärung einer allgemeinen Revolution in Preußen.

Hiermit war der Würfel geworfen auch für manchen Zweifelvollen. Die entscheidende Sitzung am 20. November mußte nun, wie drohend auch der Widerstand auftreten mochte, rund und ganz gegen die Berliner Nationalversammlung ausfallen, oder das Parlament verlor seinen bisherigen Charakter, gab sich und das Vaterland hin an eine vollständige Revolution.

Die Dinge standen auf der äußersten Spitze. Die leiseste Bewegung nach links von Seiten des Parlaments, und der ganze preußische Staat stürzte in dieser Richtung. Nachricht auf Nachricht kam aus allen preußischen Provinzen, aus allen preußischen Städten, daß Alles, Alles zu der verzweifelten, von Rathhaus zu Wirthshaus, von Saal zu Saal ziehenden Berliner Versammlung träte — ein leiser Hauch der Legalisirung von dem konservativ gescholtenen deutschen Parlamente und — krachend ging der Umsturz des Ganzen in's Werk.

Jetzt, weit davon entfernt, wird man gern leugnen wollen, daß es so gefährlich gewesen sei. Es war aber so. Man täuschte sich im Centrum darüber nicht. Man täuschte sich auch darüber nicht, daß man auf immer breche mit den Bewegungsmännern, wenn man sie in solchem Momente verleugne; — daß man andererseits auch nur Undank zu erwarten habe von einer erretteten Regierung. Die Gefahr wird schnell vergessen, und der tägliche Vortheil verlangt täglich seine Speise. Man wußte, daß in der Politik die sentimentalen Ansprüche Albernheiten sind.

Was hoffte, was wollte man denn also? Man hoffte Wenig; aber man vertraute auf die Macht der Wahrheit, welche ihre Entwickelung im Vaterlande finden werde. Man wollte sich von ihr nicht trennen durch Verleugnung des Charakters. Und man hätte seinen Charakter verleugnet, wenn man den Helden oder Schreiern hohler Grundsätze das Vaterland überliefert hätte in der Hoffnung, daß aus ihrem Siege,

daß aus dem Sturze Preußens Gewinn entstehen könne für deutsche Freiheit und Einheit.

Letzteres wäre so wenig geschehn, als in Frankreich eine demokratische Republik entstehen wird, weil hohle Politiker immer geschickt und mechanisch den Moment ausbeuten zu einer Staatsumwälzung und Umwandelung. Ein Staat wird nur was er werden kann. Eben so hohl war der Gedanke, die deutschen Großstaaten zu beseitigen durch die klug benützten Augenblicke von Revolutionen. Wenn sie beseitigt wären, solcherweise zu Gunsten eines deutschen Reiches, so meinte man oberflächlich ein deutsches Reich gewonnen zu haben! — Man hätte ein solches nicht gewonnen, auch wenn man die Linke patriotisch hätte machen können, auch wenn man die monarchischen und republikanischen und ultra-republikanischen oder kurios-republikanischen Parteien unter einen Hut hätte bringen können. Man hätte für die Zersetzung, man hätte für das Verstorbene in Deutschland gekämpft trotz alles Geschrei's, daß man für das Lebensvolle und Neue kämpfe. Die kleinen Staaten sind die Zersetzungen, sind das Verstorbene in Deutschland. Indem man die großen zerbricht und ihnen gleich macht, um ein altes deutsches Reich in neuer Form zu errichten, bringt man Zersetzung und Tod in das mechanisch errichtete Ganze. Neu und lebensvoll sind nur die deutschen Großstaaten, die Ergebnisse der neuen deutschen Geschichte. Wer das leugnet, der ist der ärgste und sinnloseste Reaktionair, denn er will reagiren auf zwei Jahrhunderte zurück.

Die kleinen Staaten und abstrakten Revolutionsideen überschätzten sich schreiend, und täuschten sich und Andere, und werden die friedliche deutsche Einigung noch lange hin unmöglich machen, wenn sie nicht zu der Einsicht kommen, daß zwei europäische Großstaaten nicht zufällig und nicht über Nacht wie Pilze aus dem früheren deutschen Reiche hervor gewachsen sein können; wenn sie nicht zu der Einsicht kommen, daß solche Großstaaten ein stärkeres Wurzelgeflecht errungen haben müssen als kleine Staaten, die in neuer und neuester Theilung und Entstehung aus alten Resten zusammengesetzt sind.

Begreiflich war der Glaube, daß der so verschiedenartig zusammengesetzte Staat Oesterreich nicht halten werde. Und doch sah man jetzt schon, daß er unerwartete Lebenskraft entwickelte. Ungehindert, ungestört hatte sich ein halbes Jahr lang die Revolution in ihm zu gestalten versucht, und so eben war sie doch durch den Feldherrn erschlagen worden. Das Wort Grillparzers an Radetzky: „In Deinem Lager ist Oesterreich", hatte sich bewährt. Was half der Spott, daß ein Heer nicht ein Staat sein, daß ein Heer den Staat vielleicht retten aber nicht erhalten könne! Zunächst erwies sich das Heer doch mächtiger als die Revolution, es war doch ein so starkes Mittel des Großstaats, wie die zertheilende Revolution keins hatte entwickeln können. Zunächst hatte sich doch schon gezeigt, daß Oesterreich nicht so verschwinden werde, wie man sich vorgespiegelt.

Ganz unbegreiflich war der Glaube, daß Preußen durch eine bloße Revolution zu rasiren sei. Sein immer aufsteigendes Wachsthum seit zwei Jahrhunderten liegt so vor Jedermanns Augen! Man hat gesehn, daß sein Kern von robuster Gesundheit ist und sich Alles anzueignen weiß zum wirklichen Eigenthume, nicht bloß zur Zugabe, die morgen wieder abfallen kann. Der Kurzsichtigste muß eingestehn, daß ein solcher Bandwurm von auseinandergezogenen Landestheilen die zäheste Haltkraft besitzen müsse, da er diese äußerlichen Hindernisse und die noch größeren innerlichen, das Aneignen widerwilliger Stämme, fortwährend und zweifellos überwunden hatte. Preußen hatte in keiner Krisis dauernd eingebüßt, es hatte in jeder Krisis dauernd gewonnen, es hatte auch das Widerwillige, das ursprünglich Unpreußische zu einer unverkennbaren preußischen Nationalität erstarkt — und das Alles, was unverkennbar immer noch im Aufsteigen begriffen war, das Alles sollte durch eine konfuse Revolution beseitigt werden können? Konfus, weil Ziel und Inhalt des neu zu Erstrebenden zehnfach verschieden angegeben wurde. Das hätte man glauben und in diesem Glauben Ja sagen sollen zu einer Revolution die Preußen rasiren würde zu Gunsten eines deutschen Reiches?

Wer nicht im Glauben der Tagesmeinung verdummt war, der sah jetzt schon ziemlich deutlich, daß Oesterreich seinen deutschen Großstaatsberuf auch ferner, und ferner nachdrücklich dahin erhalten würde: das deutsche Leben über die an=

grenzenden gemischten Nationalitäten auszubreiten. Er sah deutlich, daß Preußen Wurzel und Stamm werden müsse für den engeren deutschen Staat. Er sah, daß die neue preußische Revolution nichts, nichts bringen könne, als gesteigerte Verwirrung, gesteigerte Verluste an Deutschlands Kräften, gesteigerte Täuschung, als ob ein deutsches Reich herzustellen sei im Sinne der kleinstaatlichen Ueberschätzung. Stürzt jetzt das Königthum in Preußen, sagten die meisten Mitglieder des Centrums, und Ihr habt mehr verloren als gewonnen für Eure eigne deutsche Sache. Das gesund aufgewachsene und noch in vollem Wachsthum begriffene Preußen ist monarchisch. Es will eine wahrhaftige Konstitution, aber einen preußischen König an der Spitze derselben. Heute könnt Ihr das Königthum dort stürzen, und morgen ballt es sich in den alten Kernprovinzen unter einem Walde von Waffen zusammen und kehrt zurück als soldatische Diktatur — was dann für Euch, für ein deutsches Parlament? Eroberung gegen Euch; Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich! Nichts anderes bringt Eure phantastische Politik, wenn sie siegen sollte, am letzten Ende zu Wege. Sie mag sich reindeutsch, sie mag sich großdeutsch, sie mag sich radikal oder sonstwie nennen, sie ist haltlos, weil sie das geschichtlich Gewordene, die zu Großstaaten angewachsene Kraft leugnen, überspringen zu können meint.

Die Stimmführer im Zirkel bei Gagern waren entschlossen, jetzt das unwillkommene und mit Recht verdächtige Mi-

nisterium in Berlin ganz zu schützen gegen die erklärte Revolution. Sie wollten den Satz in Betreff des Ministeriums nicht wiederholen. Er sei im ersten Beschlusse ausgedrückt, das genüge. Jetzt sei vor allen Dingen die Steuerverweigerung für null und nichtig zu erklären

Nur Biedermann und noch mehr Riesser und Wurm bestanden auf Wiederholung des Satzes. Andere Sprecher, auch des Augsburger Hofes, bestanden nicht darauf.

Am 20. November kam diese lodernde Frage zum letzten Male und zur entscheidenden Verhandlung und Abstimmung. Der frühere Ausschuß brachte diesmal, von Wilhelm Jordan vorgetragen, einen so unumwundenen Bericht gegen die Berliner Versammlung, daß ihn Bassermann abgefaßt haben konnte.

Vincke begann wieder. Solch einer Steuerverweigerung und solch einer Gefahr gegenüber fand er nicht mehr, daß die Reichsversammlung in die preußischen Regierungsangelegenheiten nichts einzureden habe! Nun hatte auf einmal eine Nullundnichtigkeits-Erklärung von Seiten des Reichsparlamentes große Bedeutung für Preußen.

Ihm antwortete der radikalste Gegner, Ludwig Simon von Trier. Mit außerordentlichem Talente, meisterhaft. Staatsjuristik gegen Staatsjuristik, so daß man an die zwei Löwen erinnert wurde, die einander auffraßen bis auf die Schwänze. Satz für Satz in dieser bloß juristischen Führung der Staatsfragen folgte er vom entgegengesetzten Standpunkte

dem Vinckeschen Nachweise, welcher die ganze preußische Staatsfrage auf die Beschlüsse des vereinigten Landtages zurückzuführen suchte, und schlug diese Nachweise Satz für Satz durch den Beweis, daß wirklich ein faktischer Bruch stattgefunden. Er überspitzte nach links, wie jener nach rechts überspitzt hatte, und nie hatte man so deutlich ersehn können als hier an zwei großen Talenten: daß solche Juristik bei großen Staatskrisen nur einen Beitrag, nimmermehr aber eine Erledigung bringt.

Es wäre beklagenswerth, wenn uns ein so begabter junger Mann wie Ludwig Simon verloren gehn sollte in dem Getümmel einer verworrnen Neugestaltung. Diejenigen sind nicht Patrioten, welche in solchen Zeiten auch nach hergestellter Ordnung einer sogenannten Rache-Verfolgung das Wort reden und die Fähigkeiten des Landes decimiren. Im politischen Streite kämpfe man bis zur Niederlage des Gegners, aber man lasse sich nirgends zur Rache hinreißen. Sie allein schon ist ein Zeichen mangelhafter Berechtigung. Herzhaftigkeit im Kampfe, Herzhaftigkeit in Benutzung des Sieges, das ist nöthig, um nicht im Schlamme sentimentaler Schwäche die nothwendigen Entscheidungen stecken zu lassen. Aber in der Herzhaftigkeit steckt ein Herz, und zwar ein Herz für's Vaterland. Dies unterscheidet den gesunden und tüchtigen Gegner vom Wichte. Ein gesunder, tüchtiger Gegner ist dem Vaterlande eben so viel werth als der Sieger. Und ein solcher Gegner war Ludwig Simon mit seinen großen Gaben.

Wer so jung wie er, ungestüm und doch logisch, ohne Phrase und doch mit Fülle des Worts, revolutionair und doch voll scharfen Rechtsgefühls, ein Parlament wie das deutsche zur Bewunderung hingerissen hat, der muß dem Vaterlande erhalten werden unter allen Umständen.

Ihm folgte damals wie der segnende, schließende Priester in dieser preußischen Frage Gabriel Riesser. Ach, wenn man jetzt seine Reden eines edlen Herzens nachliest, so empfindet man noch stärker als man es damals beim ersten Hören empfand, daß Riesser von der Ahnung erfüllt war: es sei nur der Entwurf einer Verfassung, welcher dem ersten deutschen Parlamente beschieden werde. Die Verheerung werde hinwegschreiten über diesen Entwurf, und er werde wie ein Saatfeld nur dann nicht ganz zu Grunde gehn, wenn er tief und fest wurzle in edlen Absichten.

Er sprach für Unparteilichkeit auch hier, und er hatte wohl im vorliegenden Falle die falsche Vorstellung: Unparteilichkeit bestehe darin, daß man jedem Theile der Streitenden gleich viel Recht zuspreche. Er war kein entschlossener Politiker, aus Milde der Seele unterhandelte er nachsichtig auch mit dem Todfeinde. Aber wie er es that, so war es doch immer eine Läuterung auch für diejenigen, die nicht mit ihm stimmen konnten.

Das positive Recht, sagte er, reiche in dieser gewaltigen Frage nicht aus. „Da wo ein neues Recht unter Schmerzen geboren wird, wo eine neue Staatsordnung sich erst ent-

wickeln soll, da wird es nicht möglich sein, nach alten bestehenden Rechtsnormen jede Frage zu entscheiden." — Er sei beklommen über die Schritte der neuen preußischen Regierung, er sei aber auch im Klaren, daß es in Berlin nicht so bleiben konnte wie es war, und daß die dortige Nationalversammlung nicht gehandelt habe wie sie hätte handeln sollen.

Seine Erwägungen führten ihn auf die Frage der Macht, welche dem ersten deutschen Parlamente beiwohne. „Ich halte diese Macht", sagte er, „für eine große und gewaltige in Bezug auf die künftige Verfassung Deutschlands. Gelingt es uns, eine Form derselben zu finden, welche der alten heißen Sehnsucht des Volks nach Einheit und Größe entspricht, so wird unsre Kraft in dieser Richtung unwiderstehlich sein, sie wird den Widerstand jeder Einzelgewalt zu brechen im Stande sein. Auch im Fall einer von Außen drohenden Gefahr würde sich, dessen bin ich gewiß, das gesammte deutsche Volk einig um uns schaaren. Die Macht der Versammlung aber, meine Herren, bei innern Konflikten — ich spreche es offen aus auf die Gefahr hin, Vielen zu mißfallen — diese Macht halte ich nur für eine moralische, nicht für eine materielle. Ich glaube, es liegt dies in der Natur der Sache. Wir wollen einen Bundesstaat bilden, das heißt, wir wollen die Kräfte der einzelnen Staaten in einen gemeinsamen Mittelpunkt nach freier Uebereinkunft, nach dem freien Willen des deutschen Volkes zusammenfassen. Wenn aber jene Kräfte, die erst nach beendigter Verfassung und auch dann nur allmälig der Gesammt-

heit angehören werden, jetzt, während wir am Werke sind, in furchtbarem Hader feindlich zusammenstoßen, mit welcher materiellen Macht wollen wir sie bändigen und den Frieden gebieten, da unsre werdende Kraft doch eben ihnen selber erst entwachsen soll?"

So wie er das Verlangen nach geharnischtem Einschreiten in Oesterreich für einen „wahnsinnigen Versuch" gehalten hätte, so wiederhole er hier, das Parlament habe nur eine auf Freiheit, Gerechtigkeit und Mäßigung gegründete moralische Macht.

Ueber die Anwendung derselben sei man verschiedener Meinung. Ein Theil des Hauses habe fortwährend verlangt, man solle sich auf die auflösenden Elemente der Einzelnstaaten stützen, um das Werk der Einheit auszuführen. „Wir haben diesen Weg nicht eingeschlagen, und ich glaube, wir haben recht gehandelt im Sinne dieses Werkes. Ich bezweifle sehr, daß alle diejenigen, welche den Gesetzen der Einzelnstaaten den Krieg erklärt hatten, bereit gewesen wären, dem Gesetze der Gesammtheit sich willig unterzuordnen. Ich meine, wir sollen für das Werk der Einigung Deutschlands alle Kräfte, nicht bloß die des raschen Fortschritts und der heftigen Bewegung, sondern auch die der Ordnung und des Friedens zu gewinnen streben. Bei den Konflikten zwischen Freiheit und Ordnung ist man freilich noch immer daran gewöhnt, die Ordnung als Sache der Regierungen, die Freiheit als die des Volkes aufzufassen. Ich glaube, diese Auffassung ist eben nichts als die Frucht der alten knechtischen Zustände, wo die

Ordnung eine uns von oben abgedrungene, nicht eine aus dem Volke selbst durch das Organ des freien Gesetzes entsprossene war. Diejenigen, welche jenen Standpunkt noch immer nicht aufgeben wollen, scheinen die neue Zeit nicht zu begreifen und in den alten Vorstellungen befangen zu sein."

„Ein andrer Grund des Zwiespaltes in diesem Hause liegt in der verschiednen Art, wie wir die im März dieses Jahres errungene Freiheit auffassen. Ich zähle mich zu denen, die in den Entwickelungen dieses Jahres die Erfüllung langjähriger, innig gehegter Hoffnungen des deutschen Volkes, die in ihnen den Preis der heißen Kämpfe eines Menschenalters erblicken, in denen die Besten und Edelsten unsers Volks uns vorangegangen sind, die aber nicht glauben, daß mit dem März dieses Jahres eine ganz neue Art von Freiheit, ganz neue Bedingungen der gesellschaftlichen Ordnung zur Welt gekommen sind." Er halte die dreißigjährigen Kämpfe nicht, wie im Nachbarlande gesagt worden, für eine dreißigjährige Komödie, und halte die Errungenschaften für das, was sie sein sollten: für Mittel und Gewähr, die Freiheit auf friedlichem und gesetzlichem Wege zu festigen. „Diejenigen aber", ruft er zürnend, „die eben im Augenblicke nach der Erringung dieser Freiheiten, anstatt sie zu benutzen, einen gewaltsamen Weg einschlugen, die haben die errungnen Freiheiten gefährdet und befleckt!"

„Eines freilich kann man uns mit Recht entgegenstellen, und das ist das Mißliche unsrer Lage. Die alte Ordnung ist

in vielen Dingen gebrochen, und wir wollen sie nicht wieder herstellen; die neue Ordnung, die aus dem Bewußtsein des Volkes geboren werden soll, ist noch nicht in allen Theilen vorhanden. Darin liegt eine nicht zu verkennende Gefahr. Aber sollen wir etwa in diesem Uebergangszustande der Unordnung geopfert werden? Nein. — Ob die Fahne der rechtlichen, der gesetzlichen, der gemäßigten Freiheit, die wir erheben, in diesem Augenblicke schon siegen wird, ob wir unter dieser Fahne siegreich aus dem Kampfe hervorgehn werden, oder ob erst nach langen, blutigen Kämpfen unser Vaterland zu den Grundsätzen, die wir vertreten, zurückkehren wird, ich weiß es nicht, meine Herren; aber das weiß ich, daß, wenn wir auch unterliegen sollten, unsre glücklicheren Nachfolger einst dasselbe Panier auf unsern Gräbern aufpflanzen und unter ihm siegen werden. Denn es giebt kein andres, unter dem das Wohl unsers Vaterlandes dauernd gedeihen kann." (Lebhafter Beifall auf der Rechten und im Centrum.)

Diese Rede trug wesentlich dazu bei, daß man es aufgab, nicht mehr auf die ministerielle Frage in Preußen zurückzukommen. Es war so innig, es war so deutsch durch Riesser bevorwortet, daß auch jetzt noch gegen beide Seiten ein Wort gesagt sein müsse! Haym und Schwarz nahmen ein Amendement zurück, welches den erneuten Passus über das preußische Ministerium gestrichen hatte. Sie wollten in so wichtiger Sache das Resultat nicht zweifelhaft machen. Und so wurde

denn der neue Ausschußantrag angenommen in folgender Fassung:

„Die Reichsversammlung in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14. l. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse fordert die Centralgewalt auf: durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt.

Sie erklärt den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig.

Sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde.“ —

Der Satz in Betreff der Steuerverweigerung hatte nur die ganze Linke mit Einschluß einer Anzahl Stimmen aus dem Würtemberger Hofe — 150 Stimmen im Ganzen — gegen sich. Er wurde trotz allen Pfui's! auf der Linken mit 125 Stimmen Mehrheit angenommen.

In Preußen begegnete er einer ungeheuren Woge, die hoch aufgerichtet stand wie eine Mauer, und die jeden Augenblick auf den ganzen preußischen Staat zu stürzen drohte. Diese Mauerwoge stürzte nun nicht. Die Wasser zertheilten sich. Wie viel davon dem Beschlusse des Parlaments zuzuschreiben sei, mag unerörtert bleiben. Der Gerettete pflegt

gern seiner eignen Kraft die Rettung zuzuschreiben. Von großem Einflusse auf die Rettung war dieser Beschluß sicherlich, und von furchtbar zerstörender Gewalt wäre es ohne allen Zweifel gewesen, wenn dieses „null und nichtig" verworfen worden wäre vom deutschen Parlamente.

Hiermit war zunächst für die Reichsversammlung die preußische Frage erledigt, die letzte große Hoffnung der Linken verneint und die tiefste Feindschaft gegen Centrum und Rechte erregt, von nun an eine unversöhnliche Feindschaft. Wie man denn immer dann unversöhnlich haßt, wenn man gegen den Widersacher keine genügende Waffe mehr in den Händen hat.

4.

Sowie die Nachricht von Blum's Erschießung in das erste Gewehrfeuer der preußischen Debatte fiel, so erschien auch Fröbel, Blum's Gefährte in der Wiener Gefangenschaft, plötzlich in der Reichsversammlung, während diese eben nach Bassermann's Rückkunft zum zweiten preußischen Treffen schritt. Man hatte den Kopf und die Hände voll, und sollte auf einmal wieder die Gedanken nach Wien richten. Dennoch erhob sich der größte Theil des Hauses, als Gagern am 18. November fragte, ob dem gestern Abend von Wien zurückgekehrten Herrn Fröbel das Wort gegeben sein solle.

Er kam wie Roller in Schiller's Räubern „recta vom

Galgen". Der schwarzharige schöne Kopf sah auch ganz so durchwühlt aus, wie man erwarten mußte. Noth und Tod war da angesiedelt gewesen. Die Linke und das linke Centrum begrüßten den Erretteten mit lautem Beifall.

Fröbel hatte eine Ausnahmsstellung im Parlamente. Obwohl er zur äußersten Linken gehörte, trat ihm weder Centrum noch Rechte mit irgend welcher Ungunst entgegen. Man hielt ihn für einen ehrlichen, vielfach begabten Schwärmer, für welchen man sich interessirte, wenigstens insofern interessirte, als man neugierig war, den innern Zusammenhang seiner Gedanken und Absichten kennen zu lernen. Parteistreiche oder irgend eine Gewaltsamkeit für die Verwirklichung seiner Ideen glaubte man ganz fern von ihm, und gleichzeitig wußte man, daß er die neusten socialen und republikanischen Ideale gewissenhaft in sich gepflegt, talentvoll in Wort und Schrift vertreten hatte. Die Schrift betreffend, erinnerte man sich namentlich seiner Schilderungen aus der Schweiz, welche die Kräfte und Aussichten der Parteigruppen klar und unbefangen und mit nüchterner Schärfe bezeichnet hatten, und erinnerte sich eines Schauspiels, „die Republikaner", welches er hatte aufführen lassen. Letzteres war nicht ohne schöne Gedanken, aber es war völlig leblos gewesen. Ist es nicht ein Spiegel, fragte man sich, all der Figuren, Scenen und Akte aus jener politischen Welt, welche in seinem Hirne arbeitet? Auch in seinem Herzen! setzte ein Vertheidiger hinzu. Man bezweifelte

das nicht, aber man bezweifelte, daß eine gesunde organische Verbindung statt finde zwischen seinem Hirne und seinem Herzen.

Nähere Bekannte von ihm läugneten denn auch nicht, daß dieser Zweifel berechtigt sei, und daß er sie manchmal anmuthe wie einer, dessen Seelenkräfte nur durch den dünnsten Faden zusammengehalten seien, ja, daß dieser Faden wohl einmal plötzlich reißen könne. Aller Zusammenhang in ihm, und zwischen ihm und der wirklichen Welt, und zwischen ihm und der Linken sei erschreckend abstrakt und apart. Anfänge und Velleitäten ohne Endfolgerungen. Andere machten diese Endfolgerungen für ihn, und sie würden sein Herz, seinen Geist, vielleicht auch seinen Körper tödten, wenn es jemals zur Verwirklichung seiner eigenen Schwärmereien käme. Er sei auch selbst überzeugt, daß er in dieser seiner jetzigen Partei ganz vereinsamt stehe und bei irgend einem Ausbruche von Niemand so gefährdet sei als von seiner Partei.

Er neben Blum im Stabsstockhause zu Wien! welch ein witziges Genrebild unsrer Geschichte. Der wesenlose Geist neben der klugen Materie. Und gegen alles Herkommen war der kluge Materialist zu Fall gekommen, der unkluge Spiritualist aber war entschlüpft, und erzählte uns da eben in schlichter, anspruchsloser, allgemein ansprechender Weise den Hergang.

Die Reise zur Revolutionsschlacht nach Wien war nicht Blum's Wahl gewesen. Solches Aeußerste war seinem Wesen nicht angemessen. Der heroische Entschluß also, in Wien

endlich entweder zu siegen oder unterzugehn, war weder bei der Abreise von Frankfurt, noch bei der Ankunft in Wien, Blum's Gedanke und Beweggrund gewesen. Eine fulminante Rede, auf der Hinreise in Breslau gehalten, hatte darnach gelautet und hatte die allgemeine Vorstellung in diesem Glauben befestigt. Dies war aber Phrase gewesen, tönende Schelle wie so Vieles. Der „deutsche Hof" hatte ihn, der „Donnersberg" hatte Fröbel gewählt, damit sie als Deputation der Frankfurter Linken eine Adresse nach Wien bringen und den dortigen Leitern die Sympathie ausdrücken möchten für die Wiener Revolution. Blum war schwerlich erbaut von dieser Aufgabe. Sie abzulehnen war kaum möglich. Wenigstens war die Gefahr einer Ablehnung so groß und fast noch sichrer als die Gefahr in Wien. Sie reis'ten, und reis'ten in der Absicht, nach Ueberreichung der Adresse zurückzukehren, nicht aber in der Absicht, sich thätig an der Revolution in Wien zu betheiligen. Darüber lassen Fröbels dürre Worte nicht den geringsten Zweifel übrig. Nachdem sie am 17. Oktober in Wien angekommen gewesen und ihre Adresse dem permanenten Ausschusse des Reichstags, dem Oberkommando, dem Gemeinderathe und dem Studentenausschusse mitgetheilt hatten, nachdem am selbigen Tage der Reichstag diese Adresse unter allgemeiner Akklamation entgegengenommen, „waren wir am 20sten", sagte Fröbel, „bereit, Wien wieder zu verlassen."

Blum hat sich zu diesem Zweck beim sächsischen Gesandten

einen Paß geben lassen. Fröbel ist ein solcher verweigert worden, weil er kein Sachse sei. Dadurch ist die Abreise in Verzögerung gerathen. Mit jedem späteren Tage ist das glückliche Hindurchkommen durch die Cernirungstruppen schwieriger erschienen. „Die Tage vom 20sten bis zum 26sten vergingen auf diese Weise in der Ungewißheit ob es möglich sei abzureisen."

Erst nachdem sie sich von der Unmöglichkeit überzeugt, dann erst haben sie sich entschlossen, am Kampfe Theil zu nehmen.

Diese offene Aeußerung Fröbels leitete ein und gab den Standpunkt für die Beurtheilung. Hiermit war der Heroismus abgelehnt.

Aus Wien selbst wissen wir, daß Blum in öffentlichen Reden seine früheren Antoniusreden zum ersten Male aufgegeben und ganz und offen kriegerische Revolution gepredigt hat. Zum ersten und auch zum letzten Male. Die abgebrochene Rückzugsbrücke nöthigte ihn, aus seinem eigentlichen Wesen hinauszutreten. Damit verließ er seinen eignen Zauberkreis, und der Zauber verließ ihn — er ging verloren. Dies Schicksal ist nicht ohne Aehnlichkeit mit dem Schicksale Lichnowsky's. Jeder gerieth unmittelbar an seine Todfeinde: Lichnowsky an die handelnde Demokratie, Blum an die handelnde, nicht mehr bloß nippende und versuchende Revolution. Entsprechend ist auch die Erfahrung, daß sein großes Redetalent in Wien kein besonderes Glück gemacht hat.

Er war eben in fremder Welt, und alle Stützen, welche vom Untergang retten können, verließen ihn. Sein norddeutscher Predigerton paßte weder zu den heißeren Menschen, deren Beredsamkeit rasch auflodert und um sich greift wie die Flamme, noch paßte er zu der Lage der Dinge. Mit dem Aufregen, mit dem „möchte" und „sollte," mit den Verschränkungen, auf welche seine Beredsamkeit eingerichtet war, mit alle dem war es vorbei. Er empfand das auch, und versuchte den Sprung, und nun ging der Sprung zu weit weil er ihm nicht natürlich war, und er sprach von „Latourisiren", was ihm so wenig wie den Wienern ächt und erwünscht sein konnte.

Fröbel erzählte weiter, in welcher Art sie am Kampfe betheiligt worden, und wie dieser Kampf durch Zweideutigkeit in der Leitung ihnen sogleich verleidet worden sei. Am 26. habe ihre Thätigkeit begonnen, am 28. schon seien sie zurückgetreten. Es sei eine Unwahrheit, daß Blum nach der Kapitulation noch Theil genommen. Ganz zurückgezogen hätten sie bis zum 4. November die Zeit in ihrem Gasthause verlebt. Während der Zeit war die Stadt genommen worden und sie hatten an die Militärbehörde geschrieben, daß sie durch die Ereignisse allein gegen ihre Absicht zurückgehalten worden seien und jetzt um einen Geleitschein bäten. Am vierten des Morgens sind sie verhaftet worden trotz eines mündlichen Protestes, der sich auf ihre Eigenschaft als Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung berief. Am 8. haben sie diesen Protest schriftlich eingereicht. „Blum's Tod", sagte

Fröbel, „ist die augenblickliche Antwort auf diesen Protest. Der Protest wurde geschrieben um 4 Uhr, um 6 Uhr wurde Blum zum Verhör gerufen, um 8 Uhr war das Verhör aus, am andern Morgen um 6 Uhr früh wurde ihm das Urtheil verkündigt, und er um 7 Uhr erschossen."

In Betreff des Protestes setzte Fröbel hinzu, daß er nicht für die energische Fassung desselben gewesen, zu welcher Blum augenscheinlich durch einen am 8. November erst zu ihnen gebrachten zweideutigen Gefangenen verhetzt worden sei. Er selbst, Fröbel, habe bei der Abschrift noch eine Drohung am Schlusse dieses Protestes weggelassen Blum selbst habe er nach jener Abführung zum Verhöre nur eine halbe Minute wiedergesehn. Sie seien getrennt worden, und auch er habe die Folgen des Protestes empfinden müssen. Bis dahin sei die Behandlung ganz mild gewesen, jetzt sei sie streng geworden. „Sie werden in der Art, wie ich behandelt wurde", sagte Fröbel, „eine gewisse Raffinerie bemerken, die ich so auslege, daß man mit einem Opfer schon genug zu haben glaubte, daß man aber mich wenigstens so empfindlich als möglich zu strafen suchte. Ich sehe sonst nicht ein, warum Robert Blum mild behandelt wurde bis zum letzten Augenblicke, während ich in die härteste Gefangenschaft kam, und vier Tage absichtlich in der Meinung gelassen wurde, daß ich den Tod durch den Strick zu erwarten habe." (Bewegung.)

Fröbels Meinung nach war der Protest nach Hetzendorf hinaus zum Fürsten Windischgrätz geschickt worden; die Zeit

von zwei Stunden — 4 bis 6 — sei ungefähr das was nothwendig, um den Protest hinaus und einen Befehl herein zu bringen.

Ueber das Ende selbst, welches Blum so jählings ereilte, hatte Fröbel nichts mitzutheilen. Was in öffentlichen Blättern darüber gesagt worden ist, das widerspricht sich vielfach. Schreiber dieses Buches hat sich bald nach der Katastrophe an einen über den Parteien stehenden Mann in Wien gewendet, mit der Bitte um genaue Nachforschung und um Auskunft. Dieser Mann war in der Lage, den Hergang wenigstens so genau erforschen zu können als dies einem unbefangenen, mit Hoch und Niedrig bekannten Privatmanne überhaupt möglich ist. Seine Mittheilung lautete folgendermaaßen:

„Man hört hier“ (in Wien) „in den verschiedensten Schichten die mißliebigsten Aeußerungen über Deutschland, welches seine Deputirten als Prediger der Anarchie und der Blutherrschaft in Wien wirken ließ ohne ein Wort des Tadels officiell gegen sie auszusprechen, und jetzt als einen derselben das ganz verdiente Schicksal auf gesetzlichem Wege ereilt hat, maaßlos über Oesterreich schimpft und Todtenfeiern für denselben veranlaßt, wie deren weder Lichnowsky noch Auerswald zu Theil geworden. Daß diese Meinung hier nicht bloß einseitig jene der Schwarzgelben, sondern in allen Schichten verbreitet ist, dafür finden sie den Beweis in dem Nothrufe, welchen die Allgemeine Zeitung, ungeachtet ihrer hinlänglich deutschen Gesinnung, an Deutschland ergehen ließ, daß man

mit der Blumschen „„Entrüstung““ vis à vis von Oesterreich einhalten möge. Ihre hiesigen Correspondenten mögen ihr wohl geschrieben haben, wie dies in Oesterreich böses Blut mache. — Die Nationalversammlung in Frankfurt hat in Oesterreich viele Sympathieen verloren als sie die Blumsche Todtenfeier mit großer Mehrheit angenommen. Die beschränkte politische Bildung, welche hier von einer Bekanntmachung der Reichsgesetze nie etwas vernommen, wird durch diese Ovation auf die Ueberzeugung geführt, daß die Nationalversammlung sich dadurch mit dem Treiben des Deputirten identificiren wolle.“

„Die Fröbelsche Darstellung hat nicht minder verletzt, und über seine zuversichtliche Behauptung, daß man zu ihm und Blum einen Spion in's Gefängniß gesteckt, hat sich das, Gott sei Dank! in der Armee vorhandene ehrenhafte Gefühl revoltirt. Alles verlangte nach Untersuchung, welche denn alsbald herausstellte, daß der Mitgefangene ein bekannter und allen Anzeichen nach bezahlter italienischer Wühler Matteo Padovani war, welcher seither zu 12 Jahren Festung verurtheilt worden. Wie dieser selbst sich bei Fröbel bedankt, mögen Sie aus der beiliegenden Wiener Zeitung ersehen. Es mag nicht ohne Absicht geschehen sein, daß Fröbel in seinem Berichte nichts davon erwähnt, daß der Mitgefangene nur gebrochen deutsch geredet; natürlich! die Fabel von dem österreichischen Spion wäre dadurch unwahrscheinlich geworden.“

„Da ich von Blum spreche habe ich Ihre Anfragen zu beantworten. Zunächst ob sich das „Latourisiren“ bestätige. Wie die hiesigen Blätter während des Terrorismus über Blum's Rede sich ausgesprochen, wollen Sie aus der beiliegenden „Presse“ entnehmen. Nach Einnahme der Stadt wurde das Wort Latourisiren alsbald zur Sprache gebracht, und daß es wirklich in der Aula von Blum gebraucht worden, dafür spricht außer den Wiener Blättern noch das sicherlich unverdächtige Zeugniß des Studenten Köcher aus Budweis in seinem bekannten Briefe, welcher zuerst in den hiesigen Blättern, dann auch in der Allgemeinen Zeitung, Hauptblatt vom 28. November No. 333. erschien.“

„Was die Haltung Blums betrifft, so habe ich, da Sie Näheres zu erfahren gewünscht, an der besten Quelle Erkundigungen eingezogen. Als er aus dem Arresthause — dem sogenannten Stabsstockhause nächst dem Neuthore — in den viersitzigen Fiacre gebracht war, in welchem ein Officier und ein Unterofficier ihm gegenüber saßen, fragte er, ob die den Wagen umgebende Jäger-Truppe zur Begleitung bestimmt sei? Der Officier bejahte es. Der Wagen war nur wenige Schritte gefahren, als Blum die Frage stellte, ob dies denn wirklich der Weg in die Brigittenau sei? Diese Frage hat er während des nicht langen Weges noch zwei Mal wiederholt. Der Officier will aus der Frage wegen der Begleitung der Truppe entnehmen, daß Blum zuerst geglaubt, in einen andern Verwahrungsort oder an die Grenze gebracht zu werden,

und daß ihn die Infanterie-Truppe als Begleitung betroffen gemacht habe. Das dreimalige Fragen über die Richtung des Weges will der Officier als Fortsetzung jener Hoffnung gelten lassen, und bemerkt hierzu, daß die Haltung Blum's bei jeder erfolgten Bejahung merklich ungewisser geworden. Als der Wagen, am letzten Hause vorbei, nach kurzem Raume auf die Wiese ausbog, mochte die Hoffnung geschwunden sein, denn Blum fuhr mit der Hand über die Augen und murmelte halblaut von „Frau und Kindern." Daß er nach dem abermals verlesenen Urtheile zu reden verlangt, ist nicht wahr, hätte auch keinen Zweck gehabt, da nur einzelne Leute, und diese ganz entfernt zugegen waren. Der Officier sprach gegen mich subjektiv die Meinung aus, daß er Blum in jenem Augenblicke nicht hinlängliche Fassung zu einer Anrede zugetraut hätte. Mit einem Worte: Blum ist nicht feige, er ist aber auch nicht als Held gestorben; er hatte nicht geglaubt, daß der Urtheilsspruch vollzogen werde, hatte sich daher mit der Idee des Todes nicht vertraut gemacht und war auch nicht mehr an der Zeit sich zu fassen. — Sie haben in der Voraussetzung ganz Recht, daß Messenhauser durch die Art wie er gestorben auch bei dem Militär Mitgefühl gefunden habe; er allein und kein Anderer!" —

Dies der Bericht eines Oesterreichers, welcher allerdings nicht zur Linken gehörte, aber an der deutschen Frage ein lebhaftes Interesse nahm. Seine Aeußerungen am Eingange

des Briefes mögen deshalb auch als Zeugniß der damaligen Stimmung in den höheren Kreisen Wiens dienen.

Ein bekannt gewordener Abschiedsbrief Blum's an die Seinigen scheint der Angabe zu widersprechen, daß er die Vollziehung der Todesstrafe nicht erwartet habe. Er scheint es wohl nur. So weit war Blum doch gewohnt, auf Voraussetzungen und Möglichkeiten hin ein kurzes Schreiben aufzusetzen. Und es sind nur einige Zeilen, die er des Morgens nach sechs Uhr, also sogleich nach Anhörung des Urtheils geschrieben haben kann, erschüttert von dem Eindrucke der Verurtheilung. Bald darauf kann doch wieder die zuversichtliche Hoffnung, es werde das Urtheil nicht vollzogen werden, vorherrschend geworden sein. Seine ganze politische Laufbahn berechtigte ihn ja zu solcher schmeichlerischen Hoffnung: immer und überall hatte er am Staate gezerrt und gerüttelt, und niemals hatte ihm der Staat das Antlitz strenger Gesetze, unumstößlicher Formen entgegen gehalten. Nicht einmal ein zum Nachdenken zwingendes Gefängnißleben war ihm widerfahren. Und nun sollte ihm jetzt plötzlich, jetzt zur Zeit allgemein revolutionairen Schwunges und aus dem Staate, welcher offenbar am tiefsten erschüttert war, in welchem seit einem halben Jahre alles Abenteuerliche, ja Fabelhafte straflos aufgetreten war, aus dem übrigens so lebenslustigen, menschenfreundlichen Oesterreich sollte ihm das Aeußerste angethan werden? Eine Hinrichtung! Ihm, einem so namhaften Redner des deutschen Parlaments, welcher nach einem

Reichsgesetze unverletzlich war bis das Parlament die Erlaubniß zum Verfahren gegen ihn gegeben! Eine Hinrichtung, welche Alles, Alles herausfordern würde?! Nein, nein, ganz gewiß nicht!

So mochte er wohl auch zwischen sechs und sieben Uhr noch, in seiner letzten Lebensstunde, denken. Auf seine parlamentarische Eigenschaft hat er sich ersichtlich ganz besonders verlassen.

Ein Geistlicher aus Oesterreich hat mir übrigens erzählt, daß der Priester von den „Schotten", welcher zu ihm in's Gefängniß geschickt worden, sich sehr günstig über Blum geäußert habe. Blum war Deutschkatholik. Er war in Leipzig einer der dreistesten und wirksamsten Stifter dieser Dilettanten-Sekte gewesen, welche eingestandenermaaßen den Titel einer Religion nur als Titel einer politischen Wendung verwerthen gewollt. Wenigstens hat einer ihrer Priester Namens Dowiat dies öffentlich ausgesprochen mit einer erschreckenden Gottverlassenheit. Gewiß hat er damit mehr ausgesprochen, als die meisten Mitglieder dieser nüchternen Sekte sich selbst oder der Welt eingestehen möchten. Wie vorherrschend auch das Nichtbedürfniß einer Gottesverehrung oder gar eines Gottesdienstes unter ihnen gewesen sein mag, so bewußt und absichtlich wie Herr Dowiat waren sicherlich nur Wenige unter ihnen. Blum selbst eigentlich nicht, obwohl er mit einem lustspielartigen Leichtsinn an die Errichtung dieser sogenannten Kirche gegangen war. Ueber die erste vorbereitende Ver-

sammlung zum Beispiele, welche in der Buchhändlerbörse zu Leipzig gleichsam als Vorspiel einer modernsten Kirchenversammlung stattfand, existiren Data, welche einer Komödie entnommen sein könnten. Von den stiftenden Veranlassern durften doch nur geborne Katholiken auftreten und unter diesen war Blum der Hauptredner. Er war aber ohne irgendwelche kirchen- und dogmengeschichtliche Kenntniß, und doch war vorauszusehn, daß auf diesem Felde eine Polemik sich erheben werde. Wie war da zu helfen? Ein kleiner Professor, der überall zur Hand ist wo eine dauernde Unruhe in Gang zu bringen ist, derselbe, welcher im ersten Bande dieses Buchs die Klubbs als den natürlichen und ausreichenden Organismus des Staates empfahl, hatte sich über Nacht hingesetzt und alle kanonischen Hauptpunkte aus einem Lehrbuche ausgezogen und auf numerirte Papierstreifen geordnet. Diese Papierstreifen wurden Blum eingehändigt, und der kleine Professor wurde als unsichtbarer Souffleur beim Concilium angebracht. Sobald nun von den Gegnern ein wichtiger Punkt in Rede gebracht wurde soufflirte der Professor die Nummer des Papierstreifens, auf welchem darüber Auskunft zu finden. Blum suchte, fand, las, studirte, während ein Phraseur das „allgemeine Wort" ergriff und eine Zeitlang redensartlich führte gegen den Angreifer. Unterdeß hatte sich Blum, der eine sehr tüchtige Auffassungsgabe besaß, aus dem Papierstreifen unterrichtet, und bat um's Wort, und erhob sich und leitete ein über den mißverstandenen, dem

Volke fremd gebliebenen gelehrten Kram der Pfaffen, der so und so und so und so gewesen sei, und zerschmetterte die Gegner, erhob die Anhänger zu bewunderungsvollem Beifall.

Trotz alle dem war Blum nicht herzlos, also auch nicht ohne Empfänglichkeit für Gott und göttliche Dinge, und ich möchte es an sich nicht bezweifeln, daß jener Schotten-Geistliche Zugang zu seinem Inneren gefunden. Es möge dahin gestellt bleiben, ob Blum sich wirklich und förmlich — wie der österreichische Geistliche mir versicherte — zur katholischen Kirche wieder bekannt und die entsprechenden Tröstungen und Befreiungen hingenommen habe. In diesem förmlichen Punkte ergänzt die priesterliche Erzählung gar leicht. Aber ich bezweifle gar nicht, daß Blum sich weich und hingebend erwiesen. Auch dann, wenn er die Vollstreckung des Todesurtheils nicht erwartet hat. Die ganze Lage brachte denn doch eine sehr bewegte Stimmung mit sich; hartnäckig, oder gar dogmeneigensinnig war Blum in diesem Punkte gewiß nicht, ja es konnte sich seinem spähenden Verstande in solcher Situation gar wohl der Gedanke aufdringen: „ist nicht vielleicht dieser Geistliche entscheidend über Leben und Tod für Dich? Denn der Deutsch-Katholizismus gilt ja eigentlich in Oesterreich für gefährlicher als irgend eine politische Ketzerei —!“

Ueber Alles das sind die Vermuthungen, welche eine Stunde, die letzte Lebensstunde eines begabten und wichtig gewordenen Menschen ausfüllen, so frei gegeben wie unsicher. Es ist die Katastrophe fast unter unsern Augen erfolgt, und

doch kann sie schon von uns nicht mit zuverlässiger Genauigkeit der Geschichte überliefert werden. Die verschiedenartigsten Darstellungen drangen sogleich von allen Seiten herbei, der Parteidrang schmückte aus, die Mythe bildete sich vor uns, unbekümmert um die thatbeständliche Einsprache, und die Bilderläden steigerten die romanhafte Versinnlichung. Deshalb scheint der obige, von Augenzeugen ausgehende Bericht von doppeltem Werthe.

Fröbel selbst konnte darüber nichts beibringen. Er war noch in der Nacht, welche auf Blums Verhör folgte, aus dem Stabsstockhause abgeführt und in ein anderes, strengeres Gefängniß gebracht worden. Dort war er also abgesperrt, während Blums letzte Stunden verrannen. Am 10. erst des Abends kam er in's Verhör. Der Hauptgesichtspunkt ist gewesen: ob er nach dem 23. Oktober, das heißt nachdem Fürst Windischgrätz Wien in Belagerungsstand erklärt, die Waffen noch geführt. Das hatte er. Er hatte sich nur darauf berufen können, daß der Reichstag die Erklärung des Belagerungszustandes für ungesetzlich erklärt habe. Hierauf war ihm geantwortet worden, mit Erklärung des Belagerungszustandes hörten alle Civilautoritäten, auch die des Reichstages auf. Unter solcher Erwiderung habe er auf weitere Vertheidigung verzichten wollen, sei aber human aufgefordert worden, Alles beizubringen, was zu seinen Gunsten sprechen könne. Das hatte er, wie es scheint, auf eine geschickte und milde Weise gethan, während Blum, anderen Berichten nach, entsprechend

seinem Auftreten im Proteste, herausfordernd sich geäußert zu haben scheint im Verhöre. Fröbel war in seiner Vertheidigung auch an eine Broschüre gekommen, „Wien, Deutschland und Europa", welche er herausgegeben und welche den Gedanken durchgeführt, daß die österreichisch-deutsche Frage nicht durch eine Theilung Oesterreichs, sondern durch eine Verbindung des ganzen österreichischen Länderkomplexes gelöst werden müsse. Der Oberstlieutenant hatte dies sehr wichtig befunden, und den ganzen Ideengang der Broschüre zu Protokoll geben lassen. Glücklicherweise war die Broschüre auch unter den Papieren, und Fröbel setzte hinzu, daß Fürst Windischgrätz mit mehreren Generälen sie aufmerksam gelesen, und hierauf die Begnadigung unterschrieben habe.

Fröbel hatte seine ganze Darstellung rasch, natürlich und mit sorgfältiger Vermeidung jeder Parteimeinung gesprochen. Lautlos und mit vollem Interesse hörte die Versammlung zu, und Jedermann, auch die Rechte, applaudirte, als er abtrat. Die Angelegenheit war in dieser Form eine rein menschliche, und obwohl die Versammlung in ihrer großen Mehrheit solche Betheiligung an der Wiener Revolution gemißbilligt hätte, wenn sie aufgefordert worden wäre, sich über die Rechtsfrage zu äußern, so unterschied sie doch fein und streng zwischen Person und Sache. Ein anderes Mitglied der Linken wäre nicht im Stande gewesen, den Thatbestand so objektiv darzustellen, und hätte also auch mit diesem Berichte nicht solche Aufnahme gefunden.

Dies zur Erklärung über die obige Aeußerung des österreichischen Berichterstatters. Die Frage um Blum lag für die Reichsversammlung ganz anders als für den österreichischen Zuschauer, der mit Fug und Recht darüber empört sein mochte, daß Parlamentsmitglieder die für das Parlament legitim bestehende österreichische Regierung mit den Waffen in der Hand bekämpften. Ein Reichsgesetz vom 29. September lag vor, des Inhalts, „daß ein Abgeordneter der Reichsversammlung während der Dauer der Sitzungen weder verhaftet noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden dürfe, mit Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzteren Falle ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maaßregel sogleich Kenntniß zu geben, und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungen zu verlangen."

Alles Uebrige, Lob oder Tadel, Sympathie oder Antipathie für Blum oder die österreichische Behörde mußte zunächst vor diesem formellen Gesetze zurücktreten, als Ludwig Simon am 14. November in Folge der Todesnachricht einen dringlichen Antrag einbrachte. Die ganze Versammlung mußte dafür aufstehn, denn es galt ihr eignes Gesetz. Zwei Tage darauf kam der Antrag zur Verhandlung. Der aufregende Eindruck jener Erschießung war in Deutschland außerordentlich, der Sinn, welcher darunter lag, abgesehen von jeglicher Formfrage, wurde von Freund und Feind empfunden, und die Reichsversammlung ging in gutem Takte ohne Diskussion

zur Abstimmung über. Fast einstimmig wurde Folgendes angenommen: daß die Nationalversammlung gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vollzogene Verhaftung und Tödtung Blums feierlich Verwahrung einlege und das Reichsministerium zu Maaßregeln auffordere, die Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehn.

Soweit zeichneten die bestehenden Rechtsformen Alles vor. Wenn die österreichischen Behörden ein Reichsgesetz ignoriren zu dürfen glaubten in einer solchen Frage um Leben und Tod, so war es doch wenigstens nicht Sache der Reichsversammlung, dies in der Ordnung zu finden. So wie diese Reichsversammlung beschaffen war und sich zu Blum und dessen Handlungsweise einerseits, und zu den Rechtsansprüchen eines legitim bestehenden Staates andererseits verhielt, so war es keinem Zweifel unterworfen, daß die Untersuchung gegen den nach Frankfurt gehörigen und in Wien aufständisch auf frischer That ergriffenen Abgeordneten von der Reichsversammlung bewilligt worden wäre. Es war aber nicht Sache des Parlaments, in erster Linie zu erwägen und zu entschuldigen, warum das Gesetz unbeachtet gelassen sei.

Acht Tage später trugen Raveaux und Venedey, Blums kölnische Landsleute, auf eine Todtenfeier an für Robert Blum. Daß dies auch mit großer Mehrheit an eine Commission gewiesen wurde giebt dem legalen Oesterreicher eine scheinbar größere Berechtigung des Vorwurfs. Das Parlament reklamirt also nicht nur für den Insurgenten gegen uns,

konnte er rufen, es feiert ihn auch! Die Berechtigung ist aber auch nur scheinbar größer. Es sei nicht von der Stimmung geredet, welche damals Alle, auch die Gegner Blums trieb; es sei nicht auf den Drang und Zwang hingewiesen, welchem sich in den ersten Tagen kaum Jemand entziehen konnte. Die deutsche Nationalversammlung war dem Terrorismus gegenüber nicht schwach; sie würde den bloß demokratisch-revolutionairen Preis Robert Blums trotz allen Lärmens verneint haben, wenn bloß dieser in Rede gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall. Es war bei dieser jähen Wendung Alles in Rede, was einem deutschen Parlamente Lebensbedingung war. Glaubt man denn es sei verborgen geblieben, was dies kurz angebundene „Feuer" des österreichischen Feldherrn zu bedeuten hatte? Glaubt man denn es sei nicht bemerkt worden, daß diese Schüsse unmittelbar in die Paulskirche gefeuert wurden gegen den revolutionairen Unfug einer deutschen Einheit, und daß der im Wege stehende Blum, ein notorischer Aufwiegler und Demagog, nur beiläufig und als gelegentliche Warnung von jenen Schüssen mitbeseitigt wurde? Man kann sich versichert halten: Fürst Windischgrätz und seine Umgebung hat nicht so viel Motive gehabt als man ihm unterlegte; seine feinsten wie seine gröbsten sind gewürdigt worden. Und deswegen hatten auch Viele von denen nichts einzuwenden gegen die Ankündigung einer Todtenfeier, auch Viele von denen nicht, welchen die Eroberung Wiens willkommen war, welche Oesterreichs starkes Bestehen, welche

keine nivellirte deutsche Einheit wollten. Auch sie erklärten, daß feine und edle Beziehungen verletzt seien, und daß einer Demonstration des Soldatenthums die Demonstration eines Parlamentes immerhin entgegengestellt werden möge unbekümmert um den Namen des Opfers. Das wußte man ja, daß alles Weitere keine Folge haben werde! Man wußte, daß der Feldherr sagen werde: was weiß ich von Euren Gesetzen! Mich kümmern in solchen Ausnahms-Zeitläufen höchstens die von meiner Regierung erlassenen Gesetze. Was Ihr da von einem Reichsgesetze sprecht, das hat nicht in der Wiener Zeitung gestanden, ich kenn' es nicht!

Man wußte, daß der österreichische Minister die Achseln zucken und sagen würde: Ja, am 29. September haben Sie solch ein Gesetz beschlossen in Frankfurt; das ist im Laufe des Oktobers erst nach Wien gekommen; erinnern Sie sich, wie es im Laufe des Oktobers in Wien ausgesehn, und ob die Regierung in der Lage gewesen ist, Parlamentsgesetze zu publiciren, während die tief schwierige Kompetenzfrage in diesem Betreff noch unentschieden und durch den permanenten Aufstand im Lande niedergehalten war.

Kurz, man wußte, daß die Absendung der Herren Paur und Pötzl ein formeller, resultatloser Schritt sein und bleiben werde. Man wußte aber eben so gut, daß den gebietenden Kriegsleuten solche formelle Ausnahmsstellung eines Parlamentsabgeordneten auch ohne Zeitung und Gesetzblatt bekannt gewesen, und daß es von ihnen absichtlich und mit

gutem Bedacht ignorirt worden sei. Wohlan denn, sagte man, Schein gegen Schein, Mangel an Kenntniß gegen Mangel an Kenntniß, Form gegen Form. Oesterreich hat uns nicht angezeigt, was unser Abgeordneter verbrochen haben soll, wir wissen officiell nichts davon, es ist also kein officieller Grund vorhanden der uns abhalten könnte, das Andenken eines plötzlich getödteten, wichtigen Parlamentsmitgliedes zu feiern.

So weit, aber nicht weiter wollte man gehn. Es sei gern zugegeben, daß ein Anschmiegen an das schreiende Verlangen für Manchen politisch richtig erschien, daß gemüthliche, sentimentale Auffassung bei Manchem vorherrschend war. Das Alles fand bald seine Grenze. Die Linke versäumte es, die Ausführung rasch zu betreiben; sie vergaß, daß die Zeit im Galopp einher ging, nicht bloß mit ihr, nein, auch gegen sie. Fünf Tage ließ sie verstreichen ehe der Bericht der Kommission über die Art der Feier zur Sprache kam, und als dies nun geschah, war die Mehrheit des Hauses bereits gefaßt und wußte genau, was sie nicht wollte. Sie erklärte zunächst, daß die Kommission nur Vorschläge zu machen, nicht aber die Feier ohne neues Votum der Reichsversammlung anzuordnen habe. Ja, von der Rechten wurde nun auf Uebergang zur Tagesordnung über solche Todtenfeier angetragen. Dies wurde zwar noch verworfen, aber das Verlangen der linken Mitglieder in der Kommission: in feierlichem Zuge als Nationalversammlung und unter Zuziehung der städtischen Behörden und

Corporationen nach der Katharinenkirche zu gehn — dies wurde ebenfalls rundweg abgelehnt.

Die linken Mitglieder waren hierüber ergrimmt und ließen sich zum Trotze dahin verleiten: ihren Austritt aus der Kommission anzukündigen. Man nahm den Austritt ruhig an, und — ließ die ganze Angelegenheit versinken.

So kam es, daß überall Todtenfeierlichkeiten für Blum statt fanden, daß aber in der Parlamentsstadt keine erfolgte.

Zweierlei ergab sich aus alle dem. Zunächst veränderte es die Stellung sehr vieler Leute zu Oesterreich. Gemüthliche und kurzsichtige Politiker glaubten sich nun aufgeklärt darüber, daß Oesterreich nicht so deutsch gesinnt sei wie irgend ein anderer Staat.

Zweitens erhöhte diese Blumsche Angelegenheit die gereizte Stimmung gegen die Mehrheit des Parlamentes. Nicht bloß weil sie mit den unpopulären Entscheidungen in der preußischen Frage zusammenfiel, an und für sich erbitterte sie bis zu tödtlichem Grimme gegen solch ein Parlament, welches nicht einmal den gewaltsamen Tod eines populären Mitgliedes feiern ließ. Blum war so recht der pathetische Vertreter des Kleinbürgers, welcher in diesem politischen Kanzelredner seine politische Religion vertreten sah. Die spekulativen Revolutionsmänner legten schon lange keinen Werth mehr auf ihn, auf diesen Halben, Vorsichtigen, Gedankenarmen, wie sie ihn nannten; aber sie fanden es natürlich sehr gelegen, die Veranlassung auszubeuten, welche er jetzt darbot als

todter, auch vom Parlament gemißhandelter Mann, die Veranlassung zu Haß und Rache. Es wurde verhetzt Tag und Nacht. Das Ende des Jahres 48, der Anfang des Jahres 49 sind der Höhepunkt persönlichen Grolls, durstiger, ingrimmiger Feindschaft in Frankfurt von Seiten der Demokratie gegen das Parlament. Bald hier, bald dort erhoben sich verdächtige Anzeichen, daß Ueberfälle, daß einzelne Attentate beabsichtigt würden, kurz daß der gemeine Mord plötzlich irgendwo hervorbrechen könne. Man trug „Wipper-Stöcke", sogenannte Lebensretter, um eine unscheinbare Waffe bei sich zu führen gegen einen brutalen Anfall, und die sorglichsten Freunde zwangen zu wiederholten Malen den immerdar unbesorgten Gagern, nicht hinauszugehn in seine Vorstadt-Wohnung. Unzweideutige Erscheinungen berechtigten und zwangen zu solcher Vorsicht, auf welche freilich Gagern in seiner muthigen Zuversicht immer nicht hören wollte, einmal aber doch hören mußte, als man nächtlings einen bewaffneten Trupp in der Nähe seiner Wohnung überrascht hatte. Gegen seinen Willen wurde er in die Stadt hineinquartirt.

Der blinde Parteigrimm braucht auch ein feindliches Haupt, auf welches er zielen könne. Und Gagern wurde immer wieder dazu auserwählt; auch wenn er zur Zeit nicht ungewöhnlich hervortrat. Ging doch die rohe Presse so weit, ihm gerade die Rächer Blum's auf den Hals zu hetzen.

Man ist immer schlimm daran, wenn man bloß auf Rache angewiesen ist! sagt der Praktiker, und es ist nicht

wahr, setzte er damals hinzu, daß der todte Blum seiner Partei nützlicher werde als der lebende, es ist nicht wahr! wie vielfach und lebhaft man es jetzt auch behauptet und wie sehr auch die Aufregung, ja die Wuth gestiegen ist in den unteren Klassen durch die Erschießung Blum's. Das wird verpuffen, und der Todte wird todt sein, wenn geschickte Führung der demokratischen Geschäfte am Nöthigsten sein wird. Nicht zum Märtyrertode war Blum geeignet; dafür war er nicht gläubig, nicht ganz genug. Die Geschichtschreiber werden den Charakter herabziehn, und werden nachweisen daß es kein Opfertod gewesen sei, sondern ein verunglückter Streich. Umsonst wird man ihn darstellen, wie er in vollständiger Proletariertracht gegen die Kroaten kommandirt. Die Gegner werden nachweisen, daß dies ja doch nur in Ermangelung eines unzweifelhaft gültigen Passirscheins geschehen sei. Das Resultat ist und bleibt: die demokratische Partei hat einen populären, begabten und äußerst gewandten Führer weniger, und zwar gerade den weniger, welcher praktisch war, welcher den Kleinbürger wirklich fesselte, welcher mit ungeheuerlichen socialistischen Plänen nichts zu schaffen hatte und deshalb auf den besseren Theil der unteren Klassen einen dauernden Einfluß behielt.

So sagten damals schon in der Stille die nüchternen Radikalen. Und sie hatten nicht Unrecht. „Wenn man todt ist, so ist's für lange Zeit!" heißt es bei den Franzosen. Blum selbst verschwand ja schon im widerlichen Streite um

seine Todtenfeier. Sie galt ja schon nicht ihm, sondern dem Parteiausdrucke. Er selbst war nicht dazu gelangt worauf er seine diplomatische Richtung eines Volksmannes angelegt hatte; von seinem Thun blieb also nichts übrig, und er ging unter im Getümmel herzudrängender größerer Verhältnisse. Später sind nun obenein nach dem Badischen Aufstande neue Erschießungen der seinigen zahlreich nachgefolgt; er hat auch die Einsamkeit seines blutigen Platzes verloren.

Wer sein Leben verliert für eine allgemeine Sache, der gewinnt nur dann einen unbestrittenen Nachruhm, wenn er ohne persönlichen Zweck dieser Sache gedient und ohne Rückhalt sein Leben eingesetzt hat für dieselbe. Der Nachruhm läßt nicht mit sich feilschen.

Solch ein Nachruhm ist Blum nur gesichert beim sächsischen Handwerker, welcher das feinere Geflecht der Charakterfrage übersieht und welcher in Blum den Apostel der „kleinen Leute" verehrte. Es war mitten unter dem Geschrei der Parteiwuth, welche in Leipzig ausbrach bei der Nachricht seines Todes, welche in der Nacht die Kirchthüren sprengte und an priesterlicher Stelle Rache predigte für dieses vergossene Blut, es war mitten darunter mancher brave Handwerker, welcher in Blum seinen Schutzpatron verloren zu haben meinte. In der Werkstatt dieses Handwerkers wird sein Bild hängen bleiben, wenn die Geschichte auch beweisen mag, daß sein Verdienst um Freiheit und Einheit des Vaterlandes ein sehr zweifelhaftes gewesen.

5.

Die Zeit kam nun übrigens gegen Ende des Jahres herbei, daß Gagern das Heft in die Hand nehmen mußte, wenn das Werk der Reichsversammlung That werden sollte.

Wie sehr man sich gescheut hatte vor seinem entschlossenen Gedankengange in Betreff Oesterreichs, von Woche zu Woche überzeugte man sich deutlicher, daß eine andere Entwickelung nicht möglich sei, falls man nicht die ersehnte Form eines Bundesstaates mit Volks- und Staatenhaus und mit einheitlicher deutscher Politik nach außen aufgeben wolle. Das Programm von Kremsier erschien endlich, und überzeugte auch die Schwankenden, daß die österreichische Regierung eine Centralisirung der österreichischen Länder vorhabe, eine Centralisirung, welche die Einordnung Deutschösterreichs in einen deutschen Bundesstaat unmöglich machte. Der Reichstag selbst zu Kremsier ging auf diese Bildung eines eng geschlossenen Oesterreich ein, und Volksvertretung also wie Regierung des Kaiserstaates entfernten sich gleichmäßig von dem beabsichtigten deutschen Bundesreiche. Fürst Schwarzenberg und Graf Stadion, die neuen Leiter des Kaiserstaates, entwickelten einen Organisationsplan für das wieder erstehende Oesterreich wie er allerdings gebilligt werden konnte von denjenigen, welche ein starkes Oesterreich hervorgehn sehen wollten aus der unklaren Krisis, wie er aber unvereinbar war mit den

Formen eines deutschen Bundesstaates. Im Reichstage wie in der Presse Oesterreichs war gleichzeitig von irgend einer Rücksichtnahme auf die entstehende Konstitution Deutschlands nicht die Rede.

Kummervoll sahen diejenigen drein im deutschen Parlamente, welchen die gleiche Betheiligung Oesterreichs am deutschen Staate unerläßlich schien. Kummervoll, aber ohne irgend einen vorbauenden schöpferischen Gedanken. Abschnitt auf Abschnitt der deutschen Verfassung wurde in den Monaten Oktober, November und December debattirt und votirt; auf „Reich und Reichsgewalt" folgte das „Reichsgericht", folgte der „Reichstag", folgte die angekündigte zweite Lesung der Grundrechte und die bedrohliche sofortige Einführung derselben durch ein Einführungsgesetz. Man rückte mit dem letzten Monate des Jahres unmittelbar vor zum entscheidenden Abschnitte, zum Abschnitte über das „Reichsoberhaupt." Hier wollte man sich zwar aus allen Kräften dem heran nahenden monarchischen Oberhaupte, dem drohenden Kaiserthume widersetzen, welches unter den vorliegenden Umständen an die preußischen Hohenzollern fallen und voraussichtlich Oesterreich dauernd aus dem engeren Staatskreise Deutschlands ausschließen werde. Aber man hatte nichts vorbereitet als den Widerspruch. Ein wirklicher Ersatz hätte auf die ganze Verfassung zurückgehen, hätte die ganze Verfassung ändern müssen. Nur ein ganz andrer Verfassungsplan konnte organisch

den Abschnitt vom Reichsoberhaupte anders und ersetzend gestalten.

Davon verlautete nichts. Abschnitt auf Abschnitt wurde ohne wesentliche Aenderung votirt.

Eine unscheinbare Gelegenheit zu tief greifender Aenderung des ganzen Plans oder wenigstens der Grundlage desselben bot sich bei den ersten Paragraphen des Abschnittes vom „Reichstage.“ Hier drängte sich die Mediatisirungsfrage auf, und es ist der Versammlung von vielen Seiten der gewichtige Vorwurf gemacht worden, in diese Frage nicht energisch eingetreten zu sein. Der Vorwurf wäre sehr berechtigt, wenn man gleichzeitig die Verfassung und etwas ganz Anderes hätte wollen können. Eins hob das Andere auf. Gelang die Verfassung, so bedurfte es nicht einer weiteren Mediatisirung als bereits in der Militairordnung vorgeschrieben war. Darnach wurden die Gebiete bis zur Einwohnerzahl von einer halben Million zusammengelegt, und man konnte versichert sein, daß sie von selbst zusammenwachsen und die lebensunfähigen Besonderheiten abstoßen würden. Unorganisch, bloß dekretirend konnte man ohnedies nicht verfahren, ohne den Grundsatz der annoch zu Recht bestehenden Einzelnstaaten, der kleinen wie der großen, umzustoßen, einen Grundsatz, den man überall anerkannt hatte und nur verleugnen konnte indem man der Linken ein schrankenloses Recht der Revolution einräumte. Wollte man dies plötzlich mitten in der Verfassung einräumen, so gab man all seinen

Boden auf, und gewann in diesem Zusammenhange sicherlich auch nicht die geringste Frucht für die Einheit. In solchem Sinne ging am 5. December nur ein Antrag des Augsburger Hofes durch, welcher dahin lautete:

„Es ist die Centralgewalt aufzufordern, daß sie die Vereinigung kleinerer Staaten unter sich oder mit größeren Staaten, da wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwischen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittle."

Die strengen Anhänger des Bundesstaates hatten, da man einmal bis auf diesen Punkt der Konstituirung gelangt war, keine Befugniß und keinen Grund, die Mediatisirung energischer zu betreiben. Die kleinen Staaten zeigten sich nirgends hinderlich für das Zustandekommen der Einheit, wohl aber die größeren und die großen. Die Widersacher also des Bundesstaates wie er nahe am Abschlusse war, diejenigen also, welche eine gründliche Aenderung des ganzen Planes wünschten, sie hätten sich auf diesen Punkt stürzen können. Sie thaten es nicht. Sie tappten durchaus im Dämmer; sie wußten nicht wohinaus. Später, viel später als die Verfassung längst in zweiter Lesung beendigt war, da ist aus Oesterreich der ganz richtige spekulative Wink gekommen, die deutschen Staaten auf fünf bis sieben Staaten zusammenzuziehn. Wäre das vollbracht, so wäre man vom Bundesstaate mit einem Volkshause auf immer entfernt, und

die stete Dauer des bloßen Staatenbundes wäre unvermeidlich.

Es wäre also eine ganz falsche Politik der Bundesstaatsmänner gewesen, die Mediatisirungsfrage solchergestalt zu betonen. Die Gegner einer staatlichen Einheit Deutschlands werden nicht ermangeln, auf solche Siebenherrschaft in Deutschland zurückzukommen, und das Ausland wird sie darin unterstützen, denn das Interesse des Auslandes geht hierin Hand in Hand mit den dynastischen Interessen der deutschen Mittelstaaten. Verstärken sich diese letzteren, dann ist dem Auslande ja der spaltende Einfluß auf Deutschland wieder gesichert.

Die Bundesstaatsmänner dagegen drangen darauf: jetzt nach dem Programme von Kremsier, jetzt beim Eintritte in die Oberhauptsfrage, dem letzten Hauptabschnitte der Verfassung, jetzt beim Abschlusse der Verfassung müsse entscheidend gehandelt, Gagern an die Spitze des Reichsministeriums gehoben werden.

Gagern stellte sich und seine Kraft zur Verfügung Ihn gelüstete es nicht nach einer so schwierigen Gewalt, aber er war bereit sich der schwierigen Aufgabe zu unterziehn. „Ueberlegt es reiflich, ob es an der Zeit ist, ob ich der richtige Mann bin!“ sagte er. „An der Zeit ist es nach meiner Meinung durchgreifend aufzutreten, entscheidet Ihr, ob es durch mich geschehen soll, oder durch einen Andern; ich werde mich Eurer Willensmeinung fügen.“

Man war außer Zweifel, daß es Gagern sein müsse.

Dazu war er aufgespart worden. Seine edle Ehrlichkeit, seine grunddeutsche liebevolle Tüchtigkeit, sein erhebender, lebensmuthiger, heitrer Ernst, seine religiöse Hingebung an die Schaffung eines nationalen deutschen Staates hatte ihm das Vertrauen aller deutschen Patrioten unerschüttert erhalten, wie sehr auch Parteitrieb und Verleumdung daran gerüttelt und genagt hatte.

Zu dem Ende mußte Raum gemacht werden in dem bisherigen Ministerium. Natürlich fiel der Blick auf Schmerling als den Oesterreicher. Wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten kann, sagte man, so ist es ja doch verkehrt, österreichische Staatsmänner in einem Ministerium zu behalten, welches diese Auseinandersetzung zu Wege bringen soll. Das hieße ja, fügte man hinzu, den Bock zum Gärtner setzen.

Diesen Angriff gegen Schmerling führten namentlich die beiden Beseler. Der jüngere im Casino, der ältere im Augsburger Hofe. Sie fanden gegen Erwartung zähen Widerstand, und zwar nicht blos von österreichisch Gesinnten. Der ganze Kern konservativer Gesinnung im Centrum erklärte sich bei Beginn dieses Angriffes für Schmerling. Es mischten sich natürlich Freiheitsmotive in den Angriff und man sprach von der Unpopularität Schmerlings. Dies war aber nicht der Boden, auf welchem er verurtheilt werden konnte vor dem Casino und dem Augsburger Hofe. Die Mehrzahl nannte dies Undankbarkeit, und eine Gesandtschaft des Augsburger

Hofes erklärte eines Abends im Casinosaale: Diese Unpopularität Herrn von Schmerlings ist unsre eigene! — Schmerling war selbst zugegen und hörte, nachlässig an die Wand gelehnt, diesen Parteiverhandlungen über seine Absetzung zu.

Dieser erste Angriff führte zu keinem Resultate. Gegen den Sinn der Leiter war er auf das Feld der Freiheitsgedanken getrieben worden durch einige Mitglieder des Landsberges. Man ließ die Sache fallen, um sie eine Woche später mit erhöhter Kraft wieder aufzunehmen. Das Bedürfniß nach energischem Verfahren wuchs von Tage zu Tage, und an Anzeichen fehlte es allerdings nicht, daß Schmerling jenes österreichische System in der deutschen Verfassungsfrage, das System des Hinhaltens, unterstütze, den Schritt und Gang des Reichsministeriums also innerlichst aufhalte.

Das ist nicht der Fall! entgegneten nun selbst Mitglieder des Reichsministeriums, deren völlige Hingebung an das Interesse des Bundesstaates gar nicht in Zweifel zu ziehen war. Bassermann schüttelte sinnend den Kopf zu dieser Austreibung Schmerlings und war zweifelhaft, ob der Zeitpunkt dafür schon gekommen sei. Mathy war ganz und gar dagegen. Als weit sehender Politiker ging er überhaupt sehr schwer und sehr vorsichtig an die scharfe Absonderung Oesterreichs. In Süddeutschland zu Hause wußte er nur zu gut, wie viel das zu bedeuten habe, welche endlosen Schwierigkeiten das bereiten werde. Seinen Fähigkeiten gemäß hätte er dies lieber fein und unscheinbar in's Werk setzen mögen, und im vor=

liegenden Falle nannte er es absolut unpolitisch: offenen Krieg zu beginnen und den Gegnern einen gewiegten Anführer geflissentlich zuzutreiben. In unserm Lager, meinte er, wird Schmerling wenig oder gar nicht schaden, ganz gewiß nicht halb so viel schaden können, als wenn er zu unsern Gegnern hinüber gesprengt, von uns selbst zu unserm Feinde erklärt wird.

Dieser Meinung ist Mathy hartnäckig verblieben. Beckerath neigte zur entgegengesetzten; Gagern verhielt sich neutral.

Die Beseler mit norddeutschen Schaaren wiederholten aber nun den Angriff mit allem Nachdruck und aller Nachhaltigkeit friesischer Naturen. Wilhelm Beseler, sonst wohl schweigsam, sprach jetzt im Augsburger Hofe halbe Stunden lang unerschöpflich in großen und kleinen Gründen für ganze Maaßregeln, für energische Schritte; und auch in der reformirten Kirche sprach er nun einmal von der Tribüne als wieder erwählter Vicepräsident in derselben Richtung für ganze Maaßregeln, für energische Schritte.

Es wurde durchgesetzt. Schmerling trat zurück. Mit ihm sein Unterstaatssekretair von Würth; es war kein Oesterreicher mehr im Reichsministerium.

Es ist dies wahrscheinlich ein Fehler gewesen. Schmerling konnte nicht viel schaden in einem Ministerium Gagern, und hätte wohl auch nicht schaden gewollt, wenn er im Amte geblieben wäre. Wie man auch von ihm denken mag — und seine eigentlich deutsche Laufbahn in Frankfurt ist für un-

fern Aristophanes ein Thema, welches nur einfach kopirt zu werden braucht für die schlagendste politische Komödie — einen starken Esprit de Corps hatte er immer, und den würde er nicht verleugnet haben für seine Collegen, wenn er im Ministerium geblieben wäre. In einem Ministerium mit so ausgesprochner Tendenz und mit so klaren Männern wie Gagern, Beckerath, Mathy, Bassermann, Robert Mohl, Widenmann war sein Verbleiben keine andre Gefahr als eine theoretische, will sagen eine eingebildete. Der gefährlichste Feind wurde durch Freundschaft, wenn auch nicht entwaffnet, doch gelähmt. Vor allen Dingen wurde er genöthigt, den einmal seit fast einem Jahre gesegelten deutschen Strich leidlich weiter zu segeln. Man mußte aber versichert sein, denn man kannte Schmerling's schneidige Natur, daß er schaden können und ganz und gar wollen werde, sobald er verdrängt würde. — Das Alles würde nicht zutreffen, wenn es sich um ein Ministerium in einem regelrechten Staate handelte. Aber ein solcher war gar nicht vorhanden, und nur in einer die Verwaltung kaum berührenden Frage, nur in der österreichisch-deutschen Verfassungsfrage war Schmerling gegenüber Mißtrauen geboten. Was hatte sie mit der speciellen Verwaltung seines Ministeriums zu thun? Was hatte sie unter einem ohnedies vollkommen aufrichtigen, vor den Augen aller Welt regierenden Minister wie Gagern zu befahren? Nichts. — Noch mehr! Es hat sich als Täuschung erwiesen, daß man durch Führung von Unterhandlungen mit Oesterreich etwas erreichen

könne. Was hat man denn erreicht? Das was durch das eigne Programm zu erreichen war: klaren Ausdruck des Möglichen und des Unmöglichen. Sonst nicht das Mindeste. Jenen Ausdruck konnte aber doch Schmerling nicht verhindern. — Dadurch, daß man ihn aus dem Ministerium sprengte, machte man ihn zum entschlossenen Feinde, gab man das Signal zur Bildung einer verfassungsfeindlichen Parteiung, gab man dieser Parteiung den erfahrnen Führer. Principiell die Oesterreicher aus dem Ministerium weisen hatte nur einen politischen Sinn, wenn man gleichzeitig die Oesterreicher aus der Paulskirche weisen konnte. Da man dies kaum wollte und jedenfalls nicht konnte, so mußte man auch Jenes zu vermeiden suchen und gewiß nicht auffallend in's Werk setzen.

Es ist müßig, von Wahrscheinlichkeiten zu sprechen, aber es ist mehr als wahrscheinlich, daß eine Koalisirung von Parteien die entgegengesetzter Principien waren und die sich um das Oesterreicherthum vereinigten — nie in solchem Maaße eingetreten wäre, wenn man die Oesterreicher nicht aus dem Ministerium ausgeschieden hätte.

Am 16. December verkündigte Gagern von der Rednerbühne in der reformirten Kirche, daß er das Präsidium der Versammlung, welches er beinahe acht Monate geführt, niederlegen müsse, daß er die Leitung des Reichsministeriums übernommen habe.

Obwohl dies mit stürmischem Beifalle aufgenommen wurde, fühlte man doch, daß jetzt die letzte große und die gefährlichste

Scheidung eintrete innerhalb dieser Versammlung, welche im Frühlinge desselben Jahres fast einstimmig hatte erscheinen können.

Je bestimmter man wirken will, desto kleiner wird die Zahl der Genossen um uns. Zu unbestimmtem Ziele geht Alles zu Hauf und jubelnd; zu fest vorgezeichnetem Ziele vereinigt sich stets nur eine geringe Anzahl, und sie schreitet um so schweigsamer darauf zu, je deutlicher sie den Weg, und also auch die Schwierigkeiten des Weges vor sich sieht. Der Jubel und die Fülle verliert sich, wenn der Zug sich dem Gipfel des Berges nähert, und der Ernst wie die Einsamkeit wächst.

Um diese Zeit im Winter hatte der Reichsverweser regelmäßig an einem Tage der Woche seine gastlichen Räume des Abends geöffnet für die Mitglieder des Parlaments und für die Notabilitäten der Diplomatie, der Stadt und der fremden Besucher. Diese großen Gesellschaften hatten nun eine eigne Färbung dadurch, daß sie gerade inmitten des letzten großen Scheideprozesses und doch gleichsam auf österreichischem Boden stattfanden. Die Heerlager, welche sich draußen in zwei großen Massen sammelten zu Welfen und Ghibellinen, hier mischten sie sich wie unter einem Waffenstillstande und versuchten gesellig über Dinge zu sprechen, welche sie gar nicht interessirten. Es kamen wohl auch Einige hin von der eigentlichen Linken, und die kriegerische Tracht der Revolution war hier verschwunden, der Frack war wieder hervorgesucht, der verstaubte, mitunter selbst die weiße Halsbinde, und doch war

der gefährlichste Krieg, der eigentlich deutsche, schlimmer heraufbeschworen als jemals. Leute gingen sich grollend aus dem Wege, die in so wilder Zeit über ein halbes Jahr lang Hand in Hand miteinander gegangen waren. — Die Gemahlin des Erzherzogs ließ sich Abgeordnete aus allen Theilen des großen Vaterlandes vorstellen, und man sprach über das Leben in den Alpen, nach denen sich die Familie des Erzherzogs herzlich zurücksehnte. Der Erzherzog selbst ging langsam durch die Säle und sprach mit den verschiedenartigsten Parteileuten, überall einen neutralen Punkt heraussuchend und findend. Das kocht und gährt, das wird sich auch wieder legen! meinte er. Mit großer Kunst einer geläuterten Regentenbildung vermied er jedes absprechende, jedes entscheidende Wort. — Damals fehlte es übrigens noch nicht an Oesterreichern in wichtiger Stellung, welche dort in den Zimmern des Reichsverwesers offen erklärten, daß Gagern's Vorschlag der richtige sei, daß ein großes deutsches Reich zweifach gegliedert werden müsse in einen Bundesstaat mit Preußen an der Spitze und in einen Staatenbund mit Oesterreich an der Spitze. Sie billigten nicht, daß man dagegen wirke. Oesterreich hatte noch so ungeheure Aufgaben zu lösen, daß es ihnen unpolitisch erschien, wenn man sich auch noch den Ausweg aus den deutschen Schwierigkeiten verschließen wolle. Indem man sich ihn verschließe, versage man sich auch den natürlichen Bundesgenossen, dessen man bald bedürfen könne, wenn auch nicht gegen Italien, so doch wahrscheinlich gegen Ungarn.

Hätten solche Aeußerungen Einfluß gewonnen und Stich gehalten, dann wäre freilich die Lösung des Knotens einfacher und leichter geworden.

Damals wurden diese Worte mit Freuden angehört. Man hielt sie für ein Symptom und durfte sie dafür halten, denn die Noten des Wiener Ministeriums lauteten immer noch einfach und logisch im Sinne des Kremsierer Programms, welches die Konstituirung des deutschen Staates ebenso unbehindert lassen wollte, wie es unbehindert die Konstituirung Oesterreichs in's Werk setzen wolle.

Nur wenige Wochen hielten jene Worte Stich. Schmerling reiste nach Wien, und die nächste Wiener Note verließ jene Logik von Kremsier, begann eine ganz andre Sprache.

Im Parlamente selbst enthüllte sich die neu ausgebrochne Gährung der Parteien in der Wahl eines Präsidenten. Die immer große Mehrheit für Gagern war nun nicht mehr vorhanden für seinen Nachfolger. In der neuen Wahl zählten sich die neuen Heerlager. Das österreichische vereinigte sich mit dem linken im — Nein. 461 Stimmen wurden abgegeben, Simson erhielt 233 Stimmen, also nur zwei Stimmen über die absolute Majorität.

Dies Widerstreben galt durchaus nicht der Fähigkeit und Tüchtigkeit Simson's, welche er bereits als Vicepräsident an den Tag gelegt, es galt dem Preußen. Man wußte bereits hinlänglich, daß er vortrefflich präsidire, ja daß er an logischer Schärfe in Fragstellungen und in all den feinen Son-

derungen, welche von einem Vorsitzenden stündlich gefordert werden, Gagern überlegen sei.

Eduard Simson von Königsberg ist ein feiner Mann in all seinen Eigenschaften, ein feiner Kunde, wie der Volksausdruck vielsinnig zu sagen pflegt. Fein an Verstand, fein an Bildung, fein in der Erscheinung und Aeußerung. Man sollte glauben, dies sei nicht eben angemessen für eine so große stürmische Versammlung. Er war es aber doch; denn es kommt nicht auf die Dicke des Taues an, welches ein gepeitschtes Schiff am Anker erhalten soll, es kommt auf die Zähigkeit und Haltbarkeit des Fadens an. Der Simsonsche Faden bestand jede Probe, die ihn zu zerreißen suchte. Das war freilich nur in einer solchen Versammlung möglich, welche trotz allen lärmenden Streites doch eine so ungemeine Fülle von Bildung in sich vereinigte. Wie arg getobt werden mochte, die zartesten Nerven von Kultur waren doch außerordentlich zahlreich in ihr vorhanden, und wer diese Nerven leise zu berühren verstand, dem fiel die Herrschaft anheim durch solche leise Berührung. Simson verstand das. Er ist nicht nur dialektisch durch und durch gebildet, er hat auch diese und andre Hilfsmittel der Bildung zu jener Harmonie und Grazie in sich verbunden, welche man nach dem römischen Ausdrucke „Urbanität“ zu nennen pflegt, weil ein umfassender deutscher Ausdruck in unsrer Sprache fehlt. Klassische Kenntniß wird durch diesen Ausdruck vorausgesetzt im Gegensatze zu blos moderner, mehr oder minder äußerlich angelernter Wissen-

schaftlichkeit und Uebung. Daher kam es, daß Simson ohne die moralische Gewalt Gagern's, ohne den unterjochenden Einfluß einer großen sittlichen Natur dennoch eine tief aufgeregte, mehr und mehr zu grimmigen Ausbrüchen der Parteiung geneigte Versammlung leiten, sänftigen, zusammenhalten konnte. Den klassisch geformten Geist hielt er ihr scharf entgegen, wenn nichts verfangen wollte, und weil diese Form ein zwar betäubtes, aber doch völlig verstandenes Anerkenntniß fand in der Versammlung, so siegte er immer über den rohen Drang zum Streite.

Zum Ersatz der etwa nicht hinreichenden moralischen Gewalt that er ein Uebriges. Er verfuhr systematisch nach einem Princip, welches in weniger geschickten Händen lebensgefährlich werden konnte: er war nicht bloß auf strenge Unparteilichkeit bedacht, er war darauf bedacht, diese täglich und stündlich zu zeigen und — auf Kosten der Seinigen zu zeigen. Er behandelte die Seinigen, wie man sie in guter Gesellschaft zu behandeln pflegt: er stellte sie in zweite Linie, so lange es sich nicht geradezu um Lebensfragen handelte. Dadurch gewann er besonders bei den Linken ein verhältnißmäßiges Zutrauen, und da er sich in das Materielle der Fragen gar nicht mischte, so erwarb er sich wirklich bald die ganze Kraft einer neutralen Stellung, die Kraft eines scheinbar gänzlich uninteressirten Obmanns.

Dazu alle äußeren Mittel eines Achtung gebietenden „Gentlemans". Ein immer schwarz gekleidetes sauberes Aeu-

ßere, ein sehr ernsthaftes, dunkel beschattetes, blasses Antlitz mit großem, klarem, treffendem Auge, ein sehr einfaches, in der Form weiches, im Inhalte festes Benehmen und ein wohlthuendes, mildes, überall hin deutlich verstandnes Organ, welches accentlos das reinste Schrift-Deutsch redete, kurz Alles was zu „nobler Repräsentation" für nöthig erachtet wird. Nicht die geringste, nicht die wichtigste Veranlassung fand ihn unvorbereitet, fand ihn unzulänglich. Des fließenden Wortes und doch vorsichtigen Ausdrucks war er allezeit mächtig, und die treffende Erwiderung versagte ihm niemals. Immer ruhig parirte er wie der geschickteste Fechter die von entgegengesetzten Seiten hageldicht fallenden Streiche, und galt bald für unnahbar, ja bald für ein gefährliches „Rühr' mich nicht an!" Denn inmitten geschloßner, ruhiger Abwehr wußte er scharfe, augenblicklich kaum sichtbare Stöße beizubringen, deren man sich erst erinnerte, wenn er schon längst Stellung gewechselt und mit überlegner Geschäftsführung auf unbestrittnen Boden der Tagesordnung übergegangen war.

Kann es verwundern, daß ein Mann mit solchen Eigenschaften die Parteianschauung bald von sich abdrängen konnte? Es kam nie wieder vor, daß er nur als Mann des preußisch-deutschen Bundesstaats bei der Präsidentenwahl angesehn und nur mit zwei Stimmen Mehrheit erwählt wurde.

Simson gehörte zum Casino und hatte nur einmal, noch in der Sommerzeit und bei nicht erheblicher Veranlassung, gesprochen. Man hatte es kaum bemerkt, daß er meisterhaft,

daß er mit klassischer Grazie sprach. Der Reichthum des Parlaments war damals noch ungezählt, und wie viele seiner Goldstücke sind auch später, sind auch bis an's Ende nicht in Umlauf gekommen. — Simson blieb schweigsam im Hintergrunde. Er hielt die Aufgabe des Parlaments für sehr schwer, ja für kaum lösbar. Man nannte dies damals „schwarz sehn". Nur zu gut wußte er, als noch die große Mehrzahl mit vollen Hoffnungssegeln dahin strich, nur zu gut wußte er dies Mißtrauen mit seinem klaren Verstande zu begründen im Privatgespräche! Den Principien nach gehörte er zur strengsten Doktrin des rechten Centrums. Maaß und Form verlangte er überall, politische Umsicht wollte er nirgends verleugnet sehn. Aus dem Stegreife dichte sich nichts Haltbares, das politische Wagniß sei das gefährlichste, und vom guten Genius oder gutem Glücke dürfe man nichts erwarten. —

Derjenige also, welcher im letzten Drittheile des Parlaments den Sitz Gagern's einnahm, hatte sie nicht, die unerschütterliche Zuversicht Gagern's; aber er legte bei jeder Gelegenheit ungemessene Achtung für Gagern an den Tag. Ungemessene. Wie er denn durchgehends da, wo er Lob ausdrückte, seine streng abgegrenzten Bahnen des Urtheils verließ, und die Uebertreibung nicht fürchtete. Vielleicht weil er sehr wenig Hoffnung hegte für das Gelingen des Ganzen, vielleicht weil er für seinen eng gezogenen formellen Kreis Entschädigung bieten zu müssen glaubte, legte er einen überschwenglichen Ausdruck in das, was er anempfehlen und loben

konnte. Er schmeichelte. Dieser Zug in ihm, ein Zug seiner Lebenskunst, verbreitete sich weithin, und ist durchgehends in ihm ausgebildet. Also auch zu diplomatischen Aufgaben wäre Simson sicherlich eines unsrer größten parlamentarischen Talente, vortrefflich ausgerüstet. Als Professor und einem Gerichtshofe in Königsberg beigegeben lebt er in ganz unabhängiger wohlhabender Stellung, und hat nur über Kränklichkeit des Körpers zu klagen. Sie überfiel ihn auch gegen Ende des Parlaments und hat ihn über die peinliche Ankündigung seines Austrittes hinweggebracht. Selbst jetzt bei dieser bestrittenen ersten Wahl am 18. December war er nicht zugegen und erschien erst mit dem neuen Jahre in seinem neuen Amte.

Heinrich von Gagern dagegen beeilte sich, an diesem 18. December sein Ministerprogramm so ausführlich, offenherzig und vorgreifend der Versammlung hinzubreiten, als sei die Diplomatie noch gar nicht erfunden, oder als befinde er sich unter lauter herzensguten Freunden, welche auch das Unwillkommne mit einem Händedrucke aufnehmen würden. In der That gehörte es zu Gagern's Eigenthümlichkeit, daß er die deutsche Reichsfrage auch darin wie eine Sache des Herzens behandelte: daß niemals und Niemandem vom Stande dieser Frage etwas verschwiegen werden dürfe. Jedes Familienglied sollte immer genau wissen was bevorstünde, und sollte nur in Vorkenntniß aller möglichen Konsequenzen seine Stimme abgeben. So sprach er denn an diesem 18. December

das gefährlichste Wort „man müsse jetzt auf gesandtschaftlichem Wege mit Oesterreich unterhandeln“ nackt und ehrlich aus, und ohne eigentliche Noth. Was seinem Sinne gemäß zu thun war das konnte geschehn, so weit es überhaupt damals möglich war, ohne so specifische Ankündigung der Form. Sein empfindliches deutsches Gewissen gestattete ihm aber in deutscher Verfassungsfrage auch nicht einmal den Hinterhalt, welcher nur von den Gegnern als Hinterhalt hätte bezeichnet werden können.

So wiederholt er denn das Programm des österreichischen Ministeriums von 27. November, das Programm von Kremsier:

1) Alle österreichischen Lande sollen in staatlicher Einheit verbunden bleiben;

2) Die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland können dann erst staatlich geordnet werden, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt sein, das heißt ihre innere Gestaltung vollendet haben werden; —

und setzt hinzu, daß dies Programm vom Reichstage in Kremsier beifällig aufgenommen worden sei und auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit in den deutsch-österreichischen Landen zu entsprechen scheine. Dies also sei die Antwort auf die Frage, welche in den Paragraphen Zwei und Drei ausgesprochen worden. Das Reichsministerium glaube nun in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehn zu müssen:

1) „Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit unsern deutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wornach es anspricht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, welche die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Landestheilen alteriren, nicht einzutreten." (Bewegung in der Versammlung.)

2) „Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein."

3) „Oesterreichs Unionsverhältniß zu Deutschland mittelst einer Unionsakte zu ordnen, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und in gesteigertem Maaße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten." (Bewegung; Aeußerungen der Mißbilligung auf der Linken.)

4) „Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits

bestehenden als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten."

5) „Die Verfassung des deutschen Bundesstaates, deren schleunige Beendigung zwar in beiderseitigem Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlungen mit Oesterreich sein."

Nachdem er das Programm verlesen, suchte er noch ausdrücklich um Ermächtigung nach für den mißlichsten Punkt, für die „gesandtschaftliche" Verbindung mit Oesterreich, und bat, die Vorlage zu schleuniger Begutachtung an einen Ausschuß zu verweisen.

Hieran erprobte sich auf der Stelle der Wirrwarr, in welchen die Reichsversammlung gerathen war mit dieser Frage: es konnte sich keine Mehrheit bilden für einen der bestehenden Ausschüsse. Die Abtheilungen mußten also zusammentreten, um einen neuen Ausschuß zu wählen.

Sie wählten vorzugsweis Linke. Recht ein Zeichen, daß man Opposition gegen das Programm wollte ohne doch einen positiven Inhalt zu wissen für diese Opposition.

Ueber den unfruchtbaren Berathungen dieses Ausschusses verstrichen die letzten Tage des Jahres 1848. Am 11. Januar 1849 kehrte die Versammlung wieder in die Paulskirche zurück, und an demselbem Tage begann auch die große Debatte, ob dem Ministerium Gagern das geforderte Vertrauensvotum zu einer sogenannten „Trennung" Deutschlands gegeben werden solle. Jedem andern Ministerium wäre es für

einen solchen, immer noch die größere Anzahl beunruhigenden Zweck nicht gegeben werden. Nur das war Manchem zweifelhaft, ob man ein Ministerium Gagern im Entstehen beseitigen dürfe, ein Ministerium desjenigen Mannes, auf welchen das Vaterland wirklich seine sichersten Hoffnungen gesetzt.

Es war nicht abzusehn, was für eine Mehrheit, was für ein Zustand aus dieser Debatte hervorgehn werde. Der große Haltpunkt bisheriger Majorität, das Casino, schien in Auflösung begriffen zu sein, so abweichend, so widersprechend erklärten sich dort zahlreiche Mitglieder, und nicht bloß Oesterreicher.

Das Majoritätsgutachten des Ausschusses, welches zwei Redner der Linken, Venedey aus Westendhall, Giskra aus dem Würtemberger Hofe, vertreten sollten, schlug folgende Beschlüsse vor:

1) Die vom Reichsministerium in dessen Erklärung vom 5. Januar c. ausgesprochene Zurückweisung eines Vereinbarungsprincips für die deutsche Reichsverfassung im vollsten Maaße anzuerkennen.

2) Die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate zur geeigneten Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Unterhandlung zu treten.

Dieser zweite Punkt rührte wahrscheinlich von Somaruga, Giskra und einem oder dem anderen Oesterreicher im Aus-

schusse her. Er ging völlig ab von dem bisherigen Organismus, insofern er das ganze Oesterreich herbeizog. Man wußte sich keinen Rath mit Deutsch-Oesterreich, und statt dafür einen Rath vorzuschlagen, brachte man in unbestimmtester Weise ganz Oesterreich in Rede, dessen Beschaffenheit wahrscheinlich den deutschen Bundesstaat mit Volksvertretung dadurch erleichtern sollte, daß es eine nichtdeutsche Mehrheit herzubeschwor. Deshalb kursirte auch damals nach Verlesung dieses Vorschlags die spaßhafte Bezeichnung solchen Gutachtens in der Paulskirche: Sprechen Sie französisch? — Nein, aber mein Bruder bläs't die Flöte.

Was war nun mit einem solchen unbestimmten Vorschlage gegenüber der eingeleiteten Frage anzufangen? Gar nichts. Das Gagernsche Ministerium konnte damit nicht bestehn, irgend ein andres aber auch nicht. Denn die Verleugnung des deutschen Bundesstaates hatte unter allen Umständen eine Majorität in der Paulskirche nicht zu erwarten. Wenn dieser zweite Punkt aber eine Bedeutung haben sollte, so hatte er die, daß er einen deutschen Bundesstaat mit Volksvertretung in's Reich der Fabel verwies.

Der erste Punkt, die Vereinbarungsfrage anlangend, bezog sich auf eine Mittheilung, welche das Reichsministerium am 5. Januar dem Ausschusse hatte zugehn lassen. Dieser Mittheilung waren zwei einander widersprechende österreichische Aktenstücke beigefügt gewesen. Zuerst die Anzeige des bisherigen österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralge-

walt, des Freiherrn von Menßhengen, daß er vom 11. December ein Schreiben des kaiserlichen Ministers im auswärtigen Amte zu Wien erhalten habe, welches alle amtlichen Beziehungen zwischen Wien und Frankfurt auf den diplomatischen Weg von einem auswärtigen Amte zum anderen verweise. Also ein direktes Eingehn auf den vorgeschlagenen Weg Gagerns, auf den Weg gesandtschaftlicher Unterhandlung. — Zweitens aber ein Schreiben des auswärtigen Amtes in Wien vom 28. December, welches ganz entgegengesetzt lautete. Herr von Schmerling, welcher unterdeß in Wien gewesen und welcher an Baron Menßhengens Stelle als österreichischer Bevollmächtigter nach Frankfurt zurückgekehrt war, hatte dies zweite Schreiben mitgebracht und unter'm 4. Januar dem Reichsministerium zugesendet. Mit diesem Schreiben verließ das österreichische Kabinet seine Stellung, welche es mit dem Programm von Kremsier Deutschland gegenüber eingenommen hatte. Es besagte dieses Schreiben, daß Oesterreich durchaus nicht ausgesprochen habe, nicht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat einzutreten. Oesterreich werde in dem neuen deutschen Staatskörper, wenn ein solcher zu Stande käme, seine Stelle zu behaupten wissen, und die „gesandtschaftliche und diplomatische Verbindung" weise es zurück. Eine gedeihliche Lösung der Frage werde nur auf dem Wege der Verständigung mit den Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnehme, zu erreichen sein.

In Bezug hierauf hatte denn Gagern in der Mittheilung

an den Ausschuß sein Programm noch einmal in neuer Fassung folgendermaaßen dargestellt:

„Es ist vom Reichsministerium nicht in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine deutsche Bundesmacht und berechtigt sei, im Bundesverhältnisse zu verbleiben.

„Das deutsche Volk in seiner Mehrheit will unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechthaltung der Selbständigkeit der Einzelnstaaten, insoweit sie damit verträglich ist, souverain verwaltet werden.

„Der Charakter dieses Bundesstaates ist deutlich in den bisher angenommenen Abschnitten der Verfassung vorgezeichnet, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die zweite Lesung diesen Charakter wesentlich ändern werde.

„Kein rein deutscher Staat wird diesem Bundesstaate beizutreten verweigern können. Oesterreich wird bei der Natur seiner Zusammensetzung mit außerdeutschen Ländern eine Sonderstellung einnehmen, es wird sie einnehmen müssen.

„Das Verhalten Oesterreichs gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt und Nationalversammlung, sowie das Programm von Kremsier haben dies auch unzweideutig ausgedrückt. Dieses Programm sagte ja: Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß.

„Die Fortdauer einer staatlichen Einheit der österreichischen Monarchie ist unvereinbar mit der Unterordnung eines

Theils *) unter einen, von der Gesammtmonarchie unabhängigen, starken, einheitlich regierten, kurz, dem Willen der Nation entsprechenden deutschen Bundesstaat.

„Was die Verständigung mit den Regierungen anlangt, so wird sie nicht zu vernachlässigen sein, wo sie zum Ziele führen kann. Das allgemeine Vereinbarungsprincip aber wird von der Nationalversammlung zurückgewiesen.

„Die Hoffnung, den starken Bundesstaat mit einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, welches dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden.

„Aber auch abgesehen von dem Verfassungswerke, der Note vom 28. December, und den Erläuterungen des neuen österreichischen Bevollmächtigten bleibt eine Verhandlung mit der österreichischen Regierung nöthig. Sowohl um das Inslebenführen der deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, daß eine gegenseitige Erklärung über das Verhältniß des nichtdeutschen Oesterreichs zu dem Gesammtdeutschlande oder eventuell eine Union des Gesammtösterreichs zu dem übrigen Deutschland vorbereitet werde; als auch zur Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt und zur Erfüllung ihrer Pflicht, welche einen Bevollmächtigten an dem Orte nothwendig macht, wo die Neugestaltung eines Reiches sich entscheidet, welches zu einem großen Theile zu

*) Deshalb schlugen die Linken schnell ganz Oesterreich vor mit Italienern, Polen, Ungarn und Kroaten.

Deutschland gehört, und wo große europäische Interessen ihren Mittelpunkt finden.

„In welcher Form die Verhandlung geführt wird ist an sich Nebensache. Indem das Reichsministerium die Ermächtigung nachsuchte, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem österreichischen Kaiserthume anknüpfen zu dürfen, geschah dies aus dem Grunde, weil die Sendung von Reichskommissarien von Seiten der Centralgewalt den Anspruch auf eine exekutive Gewalt begründet, welche ihr in Oesterreich geradezu abgesprochen worden ist.

„Das Reichsministerium wiederholt daher seinen in der Proposition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin: daß es autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs Namens der Centralgewalt über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten."

Solcherweise neu begründet und gemildert lag die Frage vor am 11. Januar, und die Minorität des Ausschusses, für welche Rüder Bericht erstattete, trug darauf an: die erbetene Ermächtigung dem Reichsministerium zu ertheilen.

Venedey begann die Verhandlung mit sentimentalen Phrasen, welche zur Lösung der schwierigen und allerdings schmerzlichen Frage nicht das Mindeste beitragen konnten. Ihm folgte sofort Heinrich von Gagern. Er sprach gleich zu Anfange den Grundgedanken der Centren aus, welches eben nicht der Grundgedanke der Linken war: das Bedürfniß einer starken

Einheit habe die deutsche Revolution zu einer Nationalversammlung in der Paulskirche geführt. Das niederdrückende Gefühl, dem deutschen Volke die ihm gebührende Rolle in Europa vorenthalten zu sehn, habe die Revolution hervorgebracht. Die Aufgabe der Paulskirche also, welche das wahre Bedürfniß Deutschlands erfüllen solle, gehe dahin: eine Verfassung zu finden, welche der Nation die gebührende Stelle in der europäischen Völkerfamilie sichert.

Dies Bedürfniß sei in Oesterreich, welches bereits ein Großstaat, am Schwächsten empfunden.

Man habe den beabsichtigten Bundesstaat einen Schulbegriff genannt. „Nenne man die künftige Verfassung Deutschlands wie man wolle, das Bedürfniß von Deutschland ist: daß eine Gesammtregierung, welche durch die Vertretung der Nation berathen und überwacht ist, die Geschicke der Nation leite und die nationalen, nothwendig einheitlichen Interessen verwalte.“ Eine solche Verfassung zu schaffen sei und bleibe deutsches Bedürfniß.

Die zu bringenden Opfer würden nicht mit einem Male gebracht werden, darüber mache er sich keine Illusionen.

Oesterreich habe eine erkennbare Aufgabe für sein Sonderleben. Es habe am Wiener Kongresse abgewiesen, die große Rolle in Deutschland, welche früher seinem Herrscherhause beschieden gewesen, wieder aufzunehmen. — Es habe seine deutschen Vorlande aufgegeben; es habe nur seinen Einfluß in Deutschland zu erhalten gesucht, seine Zwecke und

Bestrebungen aber nach dem Osten und wesentlich nach Italien gerichtet, wo es Ersatz gesucht. (Bewegung,) Das sei die neuere Geschichte Oesterreichs. Preußen dagegen sei streng auf Deutschland, Deutschland auf Preußen angewiesen. Auch die große Mehrheit einsichtsvoller Preußen sehe ein, wie Preußen nur im innigsten Zusammenhange mit und in Deutschland bestehn und darin seine Zukunft suchen müsse. (Beifall.)

Wisse man einen andern zum Ziele eines deutschen Bundesstaates führenden Weg vorzuschlagen, so sei er auf der Stelle bereit den seinigen zu verlassen. Er sei himmelweit entfernt von der Behauptung: Oesterreich dürfe nicht eintreten; er behaupte nur: Oesterrerch könne nicht, werde nicht eintreten. Und gerade, weil Dem so sei und weil er eine Trennung nicht wolle dringe er darauf, den allein möglichen Zusammenhang mit Oesterreich, den Zusammenhang im Staatenbunde bei Zeiten festzuhalten, bei Zeiten darin weiter auszubilden, worin er ausbildungsfähig sei.

In Betreff der Vereinbarungstheorie sagte er bei dieser Gelegenheit folgende wichtige Worte:

„Ich habe es stets als die Bedingung der Macht und des Einflusses der Nationalversammlung erachtet, daß nicht Machtsprüche rücksichtslos erlassen werden, sondern daß die Beschlüsse der Nationalversammlung solche seien, die der unzweifelhaften Unterstützung der öffentlichen Meinung sich zu erfreuen haben. Haben die Beschlüsse der Nationalversammlung sich dieser Zustimmung der öffentlichen Meinung zu er=

freuen, dann zweifeln Sie nicht, die Nation besitzt die Energie, diesen Beschlüssen ihre Wirksamkeit zu sichern. Es ist keine Drohung, was ich ausspreche, es ist meine Ansicht vom natürlichen Verlauf der Dinge in der Zeit und unter den Verhältnissen, in denen wir leben. Wenn auch Hindernisse bestehn die wir nicht gerade zur Seite stoßen können, sondern mit Schonung und Ueberlegung würdigen müssen, um das größere Uebel durch das kleinere zu vermeiden, so ist das ein Weg der Vereinbarung, den ich mir gefallen lasse. Dabei nehme ich nichts zurück von dem, was ich über den Beruf dieser Versammlung und über die Macht der Nation gesagt habe.“ (Beifall aus dem Centrum.) „Was wir Souverainetät nennen ist für mich nicht bloß ein Rechtsbegriff, sondern auch ein Machtbegriff; und gerade weil häufig die Macht bei dem Rechtsbegriffe fehlte, hat dann die Souverainetät den Inhaber gewechselt, und ist übergegangen an die Macht der Nation, die unwiderstehlich in dem Bewußtsein des Rechts gerechtem Wollen Geltung schließlich verschaffen wird.“ (Beifall.) „Aber wenn das der wahre Sinn der Souverainetät ist, so heißt das nicht, daß wir hier rücksichtslos beschließen dürfen, sondern daß wir denjenigen Anforderungen Rechnung tragen müssen, die den Zweck nicht vereiteln, sondern die Erfüllung leichtern und sichern. Es giebt Schwierigkeiten die man freilich zu lösen suchen muß, so lange irgend Hoffnung zur Lösung bleibt und ehe man zum Aeußersten greift: Bürgerkrieg wollen wir nicht. Haben wir uns mit den mächtigsten aller

deutschen Staaten verständigt, dann werden die minder mächtigen geneigter sein sich zu fügen. Oesterreich muß also gefragt werden über das Verhältniß, in welches es zu Deutschland treten will. Ich kann nicht voraussetzen, daß es Jemand in den Sinn kommen könnte, Oesterreich müsse gegen seinen Willen in ein bestimmtes Verhältniß zu Deutschland gezwungen werden!"

Dies war aber der Sinn der Linken, welche jetzt mit den Oesterreichern gegen ein „weiteres" Bundesverhältniß Oesterreichs stimmten. Die verschiedenartigste Meinung vereinigte sich immer in der österreichischen Frage zu gleichem Votum gegen die Bundesstaatlichen, und dies war von vornherein jener lügenhafte Keim, welcher die Konstituirung Deutschlands vergiftete.

Unmittelbar nach Gagern sprachen zwei Oesterreicher von entgegengesetzten Standpunkten gegen Gagern. Arneth, welcher die Verfassung so erweitert sehn wollte, daß Oesterreich darin Platz habe; Camillo Wagner aus Steyr in Oberösterreich, der auch jetzt noch die Paragraphen Zwei und Drei für anwendbar hielt auf Oesterreich der die Theorie unbekümmert um den nächsten Erfolg durchgeführt sehen wollte. Er gehörte zu den gebildetsten und talentvollsten Oesterreichern, und empfahl seinen Stamm durch alle die liebenswürdigen Eigenschaften der Bescheidenheit, Innigkeit und Herzlichkeit, an welchen man in der Parteiwuth so leicht irre werden konnte. Ach, es war ein tragisches Schauspiel, solche gründ-

lich deutsch gesinnte Männer hoffnungslos ringen zu sehn gegen das Unvermeidliche! Volksstämme wie in Tirol, Salzburg, Ober- wie Nieder-Oesterreich und Deutschböhmen aus der engen Gemeinschaft gewiesen zu sehn, weil ihr Staat ein Großstaat geworden und so große Ansprüche zu erheben, so viel weitere Aufgaben zu erfüllen hatte. All diese österreichischen Debatten waren eine endlose Pein.

An diesem Tage und an diesem Thema kam auch ein Redner zu Falle, welcher die Hindernisse hart, fast grausam anzufassen pflegte, Wilhelm Jordan. Er hatte seinen Vortrag zu weit angelegt in Bildlichkeit und begegnete in dieser Schwäche einer längst angelegten starken Unsitte der Linken, welche unwillkommene Redner durch systematische Unruhe zu vernichten suchte. Dies gelang ihr heute gegen den gefürchteten Renegaten vollständig, weil in seiner breiten Rede dem Centrum keine Gelegenheit geboten war, Aufmerksamkeit für dieselbe zu erzwingen. Schmerling dagegen erzwang sie für sich schon dadurch allein, daß er in solchem Augenblicke seiner Rückkehr und solcher Rückkehr auf der Rednerbühne erschien. Nie hatte es dazu einer dreisteren Stirn bedurft, nie war die öffentliche Meinung aufgeregter gegen ihn. Denn auch das Centrum und ein großer Theil der Rechten, ja selbst die Aristokratie von Frankfurt, eigentlich Oesterreich zugeneigt, war jetzt entrüstet gegen ihn. Er hatte vor seinen Wählern in Wien eine Rede gehalten, in welcher er nach dem damaligen Eindrucke stocköſterreichisch gesprochen und den ganzen deut-

schen Standpunkte, welchen er sogar officiell drei Vierteljahre vertreten, wie ein Spiel verleugnet hatte. Das war auch den österreichischen Frankfurtern zu Viel! Abseit von ihm waren sie getreten in den Gesellschaften, und gereizt von der allgemeinen Mißhandlung, welche ihm widerfuhr, hatte er, der so eben noch Reichsminister im vollen Sinne des Bundesstaates gewesen, er hatte ingrimmig geäußert: Euer Bundesstaat kommt ja doch nicht zu Stande.

Dies in den ersten Januartagen des Jahres 1849 war eine unerhörte Ketzerei, und war von solchem Manne ausgehend, welchem man die jähe Wendung des österreichischen Kabinets abseit vom Kremsierer Programme lediglich zuschrieb, eine persönliche Herausforderung ohne Gleichen. Gerächt hat er sich, schrie man, gegen die Vertreibung aus dem Ministerium, gerächt hat er sich persönlich — an der deutschen Zukunft. Es gehörte das ganze kalte Blut dieses politischen Kriegsmannes dazu, um solcher Stimmung auf der Tribune entgegen zu treten. Er leistete noch mehr. Er trat ihr auch mit der Absicht entgegen, in nichts nachzugeben, nichts zuzugeben und — doch nichts zu sagen. Und das brachte er wirklich zu Wege. Er sprach, sprach viel länger als gewöhnlich, besprach alle die wunden Stellen, verletzte sie sogar auf's Neue, indem er sagte „es giebt gar keine deutsche Geschichte!" und — sagte doch nichts. Indem er „unumwunden" und „umfassend" Alles zu erledigen versprach umwand und umwickelte er Alles so lange bis man von der ursprünglichen

Frage nichts mehr sah; ja er „faßte“ die ursprüngliche Frage so lange „um“, daß sie am Ende gar nicht mehr zu erkennen war. Und nach dieser bemerkenswerthen diplomatischen Leistung im Vortrage ging er wie ein weichmüthiger, edelsinniger Sieger sogar an superlative Versprechungen, pries seinen „hochachtbaren“ Freund Gagern, welchem er den Weg „anbahnen“ helfen wolle mit allen Kräften, und stieg unter lebhaftem Beifalle lächelnd herunter.

Woher der Beifall? Die Bedürftigen hatten den neuen Führer erkannt. Unter solcher klugen, jetzt von ministeriellen Banden freien Leitung konnten all die verschiedenartigsten Oppositionselemente gegen den beabsichtigten Bundesstaat „coalisirt“ werden. Der Instinkt einer „Coalition“ äußerte sich zum ersten Male in diesem Beifall. Von diesem Instinkte geleitet zischten diesmal die Linken nicht, und aus dem Centrum, wo man gern objektiv ästhetisch war, applaudirte Mancher mit, um die Kunstfertigkeit Schmerlings anzuerkennen.

So schloß der erste Tag dieser Programm-Debatte mit einem furchtbaren Fingerzeige für die Zukunft. Um die Fahne „Oesterreich“ wird sich das bunteste Kriegsvolk wie im dreißigjährigen Kriege, wird sich Alles sammeln, was den Bundesstaat des Centrums nicht aufkommen lassen will.

Unter solchen Umständen war es innerlich ganz unwirksam, daß Ludwig Simon am folgenden Tage alle seine Streiche gegen Schmerling richtete. Ja, es machte nur einen

geringen Eindruck als Beckerath in seiner Wendung, welche moralisch verpflichten sollte, der Versammlung mittheilte: daß Herr von Schmerling als Minister noch kurz vor dem Eintritte Gagerns demselben Programm beigestimmt habe, daß es also gar nicht überraschend sei, wenn er jetzt feierlich erkläre, die Verfassung des Bundesstaates nicht nur nicht hemmen, sondern fördern zu wollen. Für solche Feinheit der Moral waren die Herzen schon viel zu sehr verhärtet. Was Moral! den Vortheil gilt's. Ultraistisch mit dem Ideale hatte man begonnen Anno 48, ultraistisch für die hausbackene Realität schlossen Anno 49 alle diejenigen, denen die deutsche Sache ein aufzublasender Schlauch gewesen war mit eigennützigem Athem und weiter nichts.

Die bedeutendste Rede am zweiten Tage ging vom Herrn von Wydenbrugk aus. Er übertraf darin weit den „kleinen Staatsmann", welchen er bis dahin stets in unerfreulicher Opposition gezeigt hatte. Auch heute war er Opposition, aber in größerem Stile und mit so viel gutem Verstande, daß man darauf achten und seine klugen Folgerungen anerkennen mußte. Darin bestand der nicht geringe Werth seines Vortrags, daß er die wahrscheinlichen gefährlichen Folgen solch einer Absonderung Oesterreichs überzeugend auseinandersetzte. Er hatte darin ganz Recht, auch für Viele Recht, welche den großen Schritt mit Gagern zu thun entschlossen waren. Hätte er nur auch so gut vorzuschlagen gewußt, wie er zu kritisiren wußte! In dem aber was er vorschlug war nicht die

mindeste Hilfe. Was war denn, abgesehen von Oberhaupts=frage und Volkshaus, in welchen beiden Punkten die österreichische Schwierigkeit sich verpuppte, was war denn das Kapital=Hinderniß? Ein Theil Oesterreichs sollte von Wien und Frankfurt regiert werden, sollte zwei gleichberechtigten Herren angehören, sollte zweien Herren dienen und zwar zweien gleichberechtigten. „Jeder organische Körperbau kann nur einen Schwerpunkt haben; es ist nicht denkbar, daß die deutsch=österreichischen Länder zugleich nach dem Centralpunkte der deutschen Regierung gravitiren.“ So hatte es Beckerath bezeichnet. „Eine Gesammtregierung soll über den Bundesstaat herrschen“ hatte bündig Gagern den Grundgedanken ausgedrückt. Wie sollte denn das möglich sein, wenn Oesterreich seine deutschen Provinzen nicht abzweigen ließ?! Diese Provinzen konnten doch nimmermehr zugleich zwei Souverainetäten unterworfen sein! Es war ja eben mit ihnen ganz anders als mit den Provinzen andrer Staaten. Alle andern Staaten sollten sich ganz einordnen unter die deutsche Souverainetät. Sie hatten zu ihrer Einzelnregierung ein klares, einfaches Verhältniß, welches abgemessen war nach den Souverainetätsrechten des deutschen Reichs. Die deutsch=österreichischen Provinzen aber, staatlich ganz und gar verbunden bleibend mit dem souverainen österreichischen Kaiserthume, bekamen wirklich zwei Souveraine, den Kaiser von Oesterreich und das deutsche Reichsoberhaupt, und zwar den Kaiser von Oesterreich als Herrn außerdeutscher und deutscher

Länder völlig unabhängig vom deutschen Reichsoberhaupte. Das war doch in alle Wege ein Doppelleben, welches nicht nur die Verwirrung und den ewigen Streit, sondern den Tod in sich trug. Entweder der österreichische Befehl oder der deutsche Befehl mußte gelten, und damit dies möglich wäre mußte man von der naiven Voraussetzung ausgehn, sie würden einander immer gleich lauten.

Ueber dieß Kapitalhinderniß, durch welches eben Alles bedingt wurde, war Herr von Wydenbrugk hinweggeschlüpft. Was half also alle Weisheit der Opposition? Sie entwickelte uns die großen Schwierigkeiten des von Gagern vorgeschlagenen Auswegs, aber sie täuschte über die Möglichkeit eines andern Ausweges entweder geflissentlich oder leichtsinnig. In Wahrheit hatte sie keinen.

Dieses Nippen und Naschen, Tadeln und Kritteln, dieses Halbwissen und Halbwollen, welches in jeder gesetzgeberischen Versammlung vom Uebel, in einer konstituirenden aber von dreifachem Uebel ist, dies schlimmdeutsche Möchte und Könnte nahm Vincke am dritten Tage der Debatte vor und schüttelte es unbarmherzig. Von Wydenbrugk erlebte dabei eine schlimme Stunde. Er hatte sie verdient, um so mehr verdient, je deutlicher er in dieser österreichischen Frage an den Tag gelegt, daß er ein scharfer politischer Verstand und ganz wohl ausgerüstet sei, den Lebensnerv der Dinge herauszufinden, daß er aber den Parteiwendungen die Wahrheit unterordne.

Vincke's Stellung war in dieser Frage eine sehr vortheilhafte. Er hatte die konservativen Oesterreicher bei allen kritischen Fragen unterstützt, und konnte nun mit gutem Fuge sagen: jetzt bleibt bei der Stange! Ich habe, sagte er, dagegen gesprochen und ich und meine Freunde haben dagegen gestimmt, daß Oesterreich zu einer entscheidenden Antwort genöthigt werde „zu einer Zeit als Oesterreich selbst kaum wußte, wo seine Regierung sich befand. Wir haben es gethan, um der Regierung in Wien" (der revolutionairen im Oktober) „welche gern eine teutonische Maske anlegen wollte keinen Vorschub zu leisten, wir haben es gethan um Oesterreich das geeignete Wort zu lassen wenn es an der Zeit wäre, endlich auch entschieden aus dem deutschen Gesichtspunkte um für den Fall, daß in Folge der Bewegung in Wien denn doch ein Auseinanderfallen Oesterreichs statthaben möchte, die deutschen Provinzen für den Bundesstaat retten zu können. Darum haben wir früher so gestimmt. Wodurch sind wir nun genöthigt, in entschiedenerem Sinne uns auszusprechen, wodurch anders als durch Oesterreich selbst? Das verehrte Mitglied für Weimar hat uns gesagt: wir wenigstens sollten den Schnitt nicht thun. So sagte uns auch damals der Referent des Ausschusses: Wir sollten nur eine Frage richten an Oesterreich. Nun wohl. Wer hat die Antwort gegeben, wer anders als das Programm von Kremsier? Wenn Angesichts von Europa uns eine solche Antwort in's Gesicht geschleudert wird, was sollen wir thun? Sollen wir dazu in die Hände

klatschen, oder dabei weinen wie die Kinder, oder sollen wir uns einfach fragen wie es besonnenen Männern ziemt: welche Bedeutung hat das Programm für Deutschland?"

„Wir sind berufen, eine Verfassung Deutschlands zu machen, nicht eine einförmige, sondern eine solche, welche dem Interesse des Gesammtvaterlandes entspricht, und wenn wir der Ansicht sind, daß Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten kann, sondern in einem andern Verhältnisse mit uns innig und fest verbunden sein wird, wollen Sie dann die österreichischen Deputirten ausschließen, an diesem gemeinsamen Werke mitzuarbeiten? Wollen Sie den Insinuationen des verehrten Mitgliedes für Gießen" (Vogt) „denn Stoff geben, daß die ganze Frage nichts weiter heiße als die Oberhauptsfrage, die österreichischen Deputirten hinauszuärgern im Interesse von Preußen? Die Meinung ist von mir fern und wie ich überzeugt bin von allen meinen Landsleuten." (Stimmen auf der Linken: Ja, so ist es! Bravo auf der Rechten und im Centrum.)

Uebrigens hatte er, wie vor ihm Georg Beseler in seiner kräftigsten Rede, gesagt, daß einen Theil des Centralstaates Oesterreichs in den Bundesstaat aufnehmen, das Unmögliche unternehmen, und daß die Aufnahme des ganzen Oesterreich eine monströse Mißgeburt versuchen heiße. Einen deutschen Staat wenigstens könne man dies niemals nennen, und einen deutschen Staat zu schaffen sei ja doch die Nationalversammlung berufen. Kurz, er erklärte

sich mit seiner ganzen Kraft und Entschiedenheit für das Gagernsche Programm, für den engeren und weiteren Bund.

Trotz dem war nicht abzusehen, wohin sich die Waagschale senken werde. Von der Rechten gingen in solcher Frage keinesweges Alle mit Vincke. Aus dem rechten Centrum trennten sich viele von ihren bisherigen Genossen. Auf dem linken Centrum hatte man durch Wydenbrugk eine Opposition aus dem Würtemberger Hofe ankündigen hören. So nahe am eigentlichen Centrum also schon begann die Opposition. Weiter links war gar nichts zu erwarten. Und dazu kam die jetzt immer deutlicher hervorbrechende Stammeseifersucht, welche während der Debatte mancherlei giftige Nahrung erhalten hatte. Würth aus Wien, nächst Somaruga und Beda Weber zu den leidenschaftlichsten Parteigängern Oesterreichs gehörig, hatte sich verleiten lassen, von seinen besonderen Kenntnissen aus dem Unterstaatssekretariat Gebrauch zu machen auf der Rednerbühne, um zu belegen, daß Preußen ebenso wenig wie Oesterreich der Centralgewalt zu Willen gewesen, und hatte damit eine garstige Scene herbeigeführt. Vincke hatte mit Leichtigkeit nachgewiesen, welch ein Unterschied darin zu Gunsten Preußens vorliege vor Aller Augen, er hatte sich aber seinem Naturel gemäß mit dem faktischen Nachweise nicht begnügt, sondern die Abwehr ausgedehnt auf den persönlichen Unterstaatssekretair, welcher, eben aus dem Amte geschieden, seine Amtskenntniß zu solchen Verdächtigungen auf der Tribune benütze. Das sei gegen alle deutsche An-

sicht von Amtstreue, und jetzt fände er es auch begreiflich, warum man keinen Oesterreicher mehr im Ministerium wolle. Diese Verallgemeinerung eines allerdings bedenklichen Schrittes, welchen sich der Einzelne erlaubt hatte, erregte nicht nur Tumult, sondern war freilich geeignet, die gegenseitig gereizte Stimmung zu erhöhen. Vogt, welcher schadenfroh mit der Linken jubelte, daß man ohne gründliche Revolution nichts zu Stande bringen könne, warf mit gutem Bedacht diese österreichische Debatte auf die Oberhauptsfrage, und stachelte Manchen auf, welcher bis dahin unbefangen geblieben war. Wenn Oesterreich aus dem engeren Bunde hinaus ist, rief er, dann ist die Oberhauptsfrage für Preußen entschieden, und dies ist der Kern unter der ministeriellen Schale!

Unter solchem Eindrucke tief aufgeregter Eifersucht schloß man am dritten Tage gegen zwei Uhr ohne das Ende erreicht zu haben, ohne des Ausganges nach der einen oder der andern Seite sicher sein zu können. Eine Nachmittags- und Abendsitzung sollte nach Verlauf einer Stunde folgen. Gagern wollte noch einmal sprechen vor den Berichterstattern.

Die Gasflammen waren angezündet, als er zu diesem Ende auf der Rednerbühne erschien, groß und ernst, weich und mild, eine Zeitlang auch gegen die Linke, bis diese ihr zum Stil gewordenes Dreinsprechen und Schreien auch gegen ihn versuchte, und mit einigen zornigen Zurechtweisungen von seiner Seite büßte. Er war nie gewaltiger als im Zorne, weil auch der Feind nie einen Augenblick bezweifeln konnte,

daß Alles was er wollte, sagte und that auf sittlicher Grundlage ruhte, auf ehrlicher patriotischer Absicht. Wie der Jupiter wendete sich dann seine mächtige Gestalt in voller Bewegung gegen den Feind, und unter den starken zusammengezogenen Brauen hervor warf das Auge seine Blitze.

Wer hätte einst geglaubt, daß ein Ministerium Gagern jeden Fußbreit Bodens werde erkämpfen müssen zu seinem Eintritte! Es war aber jetzt so, weil Gagern erst eintrat, als die gefährlichste Arbeit zu thun übrig war.

Er begann gegen diese heraufbeschworenen Dämonen der Stammes-Eifersucht. Er wollte den Standpunkt festzuhalten suchen, der ihm „während seines ganzen Lebens der natürliche“ gewesen, „nicht irgend einem deutschen Volksstamme zu Liebe oder zu Leide“ wollte er reden, „das ganze Volk, das Vaterland wollte er im Auge behalten.“

„Wir sind noch weit von der Einheit“, rief er, „wenn solche Stimmungen sich wiederholen sollten. Sympathieen und Antipathieen müssen niedergekämpft werden, sonst ist die Lösung der Frage die uns vorliegt unmöglich.“

Dann zeichnete er deutlich die zwei Wege, welche vorgelegen für das Errichten einer deutschen Einheit: die tabula rasa der Linken, welche er nicht gewollt und nicht wolle, und die Verständigung auf dem Boden der Thatsachen, welche allerdings schwer sei. „Ich mache nicht Anspruch darauf Prophet zu sein“, fuhr er fort, „und weiß nicht, wie diese Frage endlich gelös't werden wird. Das aber halte ich für meine

und unsere Pflicht, und diese Pflicht werde ich erfüllen; daß ich vor der Nation ausspreche, was ich als die Bedingungen erachte, unter denen bei den gegebenen Verhältnissen die Einheit, der starke Bundesstaat hergestellt werden kann. Wird er so nicht hergestellt, nun denn, so sind wir für die Verwirklichung noch nicht reif; die allein praktische Idee wird sich in der öffentlichen Meinung weiter Bahn brechen, und nach uns, vielleicht nach abermaligen starken Erschütterungen wird es dann Andere geben, welche die Aufgabe zu lösen nochmals versuchen werden."

„Kann Oesterreich in den Bundesstaat treten"? fragte er mit vollem Nachdruck. „Das ist die Frage die zunächst gelös't werden muß. Ich habe mich verpflichtet — und dies war die Erweiterung, für Viele die Abschwächung seines Programmes — „dem Beweise der Möglichkeit mich nicht zu verschließen. Wenn der offene und entschiedene Wille Oesterreichs dargethan wird, mit seinen deutschen Provinzen in den Verfassungsstaat einzutreten, den wir mit den Eigenschaften des Bundesstaates zu bilden im Begriff stehn, dann würde ich eben so offen dazu die Hand bieten, und ich würde es für die beste That meines Lebens betrachten, wenn ich auch nur ein Geringes dazu beizutragen vermocht?" (Lebhaftes Bravo im Centrum und auf der Rechten. Unruhe auf der Linken.) „Was mir aber", setzte er mit schwächerer Stimme hinzu, „die Schwierigkeit, die Unwahrscheinlichkeit recht verdeutlicht, welche dem Eintreten Oesterreichs in den Bundesstaat sich

entgegen stellen, das ist auch der Umstand, daß selbst unter den Mitgliedern dieser Versammlung, die sich über diese Frage nicht etwa seit Tagen, sondern seit Monaten zu verständigen suchen, daß dennoch selbst in dieser Versammlung nicht drei Oesterreicher sind, die übereinstimmend darüber denken: wie es ermöglicht werden soll." (Hört!)

Und nun untersuchte er nochmals die beiden Formen sogenannter Möglichkeit. Entweder Oesterreich mit den deutschen Provinzen, oder Oesterreich als Ganzes. Jenes, „die früher viel verbreitete Idee, haben wohl die Meisten aufgegeben. Wenige beharren noch dabei. Ich glaube nicht daran." Es handle sich nicht bloß um Paragraph Zwei und Drei, zwanzig andere stünden entgegen. Dieses, der Eintritt ganz Oesterreichs, werde doch nur von Wenigen geglaubt und noch Wenigere wünschten es. „Ich achte alle Meinungen, auch die, welche sich in kriegerischem Ruhme gefällt, der an die Idee einer großen weltgebietenden Macht sich anschließt. Dem Ehrgeiz, einer so großen Nation anzugehören, bin ich nicht verschlossen. Aber die vorwaltende Idee unsrer Zeit, von der wir uns ungestraft nicht entfernen dürfen, ist die Entwickelung der Freiheit auf nationaler Grundlage. Mit dieser Bedingung unserer Entwickelung ist die Bildung eines solchen Gesammtstaates nicht vereinbar. Mit den Forderungen der Nationalität ist es nicht vereinbar, daß wir ein Dutzend fremder Nationen hier mit uns tagen lassen, deren Stimmenverhältniß wir kaum kennen. Mit den Bedingungen der Freiheit ist es

aber noch weit weniger vereinbar, und das scheinen doch diejenigen, welche jener Ansicht das Wort reden als eine nothwendige Folge derselben zugeben zu müssen, daß dann gar keine wahre Volksvertretung bestehe, indem Deutschland alsdann sich als Föderativstaat im weiteren Sinne konstituiren und darauf sich beschränken müßte, etwa durch Deputirte der Provinzialstände der verschiedenen föderirten Nationen die gemeinschaftlichen Interessen vertreten zu lassen. Das, meine Herren, bietet nicht die Erfüllung der Aufgabe, für deren Lösung wir hier zusammengetreten sind, die Freiheit auf der Grundlage nationaler Einheit zu begründen." (Bravo im Centrum und auf der Rechten. Unruhe auf der Linken.) „Wenn aber Oesterreich nicht mit seiner Gesammtmonarchie eintreten könnte, wenn es auch nicht bloß mit seinen deutschen Provinzen eintreten kann ohne, was es nicht will, die Gesammtmonarchie zu zerreißen — wie dann? Dann sehe ich keine andere Lösung, als daß es Oesterreichs Bestreben sein müßte, die Bildung des Bundesstaates zu verhindern zu suchen, oder nur unter so laxen Formen zuzulassen, daß er keinem Interesse genügt, und die Hoffnung unsrer nationalen Entwickelung vereitelt wird."

Bis daher gingen nun wohl Manche noch mit ihm, die sich vor der Entscheidung all dieser Fragen fürchteten, und die eigentlich der Meinung waren, Wasser und Feuer ließen sich vorsichtig an einander gebracht doch versöhnen: in warmem Wasser. Gegen Gagern zu stimmen wurde ihnen doch

gar zu schwer. Aber wie erschracken sie, als er ihnen den schützenden Nebel der Zukunft schonungslos hinwegriß, als er die Oberhauptsfrage, dies stachliche Ungethüm, resolut in die Hand nahm und blankhin sagte: er sei und bleibe für ein einheitliches, ja, wenn man es denn jetzt schon wissen wolle, für ein erbliches Oberhaupt. Stürmischer Jubel des Centrums und der Rechten überschüttete diese, wie Manche seufzten, unnöthige Aufrichtigkeit, aber dieser Jubel bedeckte nicht die Wunde, welche nun auf einmal wieder weit aufgerissen war. Ein klein wenig Balsam träufelte nur Gagerns Versicherung, daß er hiermit nicht die Minister-Meinung, sondern daß er nur seine persönliche Meinung ausspreche.

Er setzte hinzu, daß er nie anders gedacht; daß er es für einen inneren Widerspruch halte, die Monarchie in den Zweigen und die Republik im Gipfel haben zu wollen, „wo es gerade erst recht der einheitlichen Führung bedürfe". Wolle man dem republikanischen Gipfel leidlich ausweichen, so komme man auf nichts anderes als den alten Bundestag. „Von der Vernichtung dieses Zustandes aber sind wir ausgegangen, etwas Besseres an die Stelle treten zu lassen, ein Princip der einheitlichen Regierung, das betrachteten wir als die Aufgabe. Als zuerst die Idee der Vertretung der Nation am Bundestage angeregt wurde von meinem verehrten Freunde Bassermann" — (Gelächter auf der Linken, welche diesem verhaßtesten weil gefährlichsten Gegner solch einen Titel verleiden wollte) „Ja wohl, meine Herren", rief Gagern, indem er sich mit lang

vorgestrecktem Arme und furchtbar anschwellender Stimme gegen die Linke wendete, „ja wohl, von meinem verehrten Freunde Bassermann“ (Stürmischer Beifall des Centrums und der Rechten) „und es ist Keiner zu gut, der nicht durch seine Freundschaft geehrt würde“. — „Als zuerst die Frage“ (daß Welcker sie früher, Behr, Görres sie am Früheſten angeregt gab er verbindlich zu) „mir entgegentrat, da kam ich zu dem Resultate, daß eine Vertretung der Nation am Bundestage — da hier eine einheitliche, verantwortliche Regierung nicht bestehe, noch seiner Natur nach bestehen könne — nicht thunlich sei. So sehr ich von der Idee ergriffen war, so setzte ich doch die größten Zweifel in die Möglichkeit ihrer Verwirklichung. Es mußte das Vaterland in neue Phasen eintreten, um diese Idee in praktischer Weise zu verwirklichen; man mußte eine Regierung schaffen, die selbständig durch verantwortliche Minister der Volksvertretung gegenübersteht. Eine solche Regierung ist nicht möglich bei der republikanischen Spitze, welche von dem Auftrage der Staaten abhängt; sie ist zum Heile der Nation nur möglich, wenn ein einheitliches Oberhaupt an der Spitze steht.“

Alle Schwierigkeiten gab er bereitwillig zu, darauf zurückkommend, daß sie zu lösen seien, wenn man sich mit Oesterreich verständigen könne. „Glaubt man denn übrigens“ setzte er noch hinzu, „die Schwierigkeiten würden geringer sein, und es würden dann nicht die Mächte einander gegenüberstehn, wenn nicht aus der preußischen, sondern aus der österreichi-

schen Familie das Oberhaupt erwählt würde?! O nein! rief das Centrum.

Nachdem er noch das Direktorium als die Verewigung des Opfers, des Streites und der Intrigue bezeichnet hatte, ging er denn schließlich auf den „weiteren Bund" ein, welchen mit Oesterreich vorzubereiten er bevollmächtigt sein wolle.

Die Anhaltspunkte für eine solche Union böten sich sehr natürlich dar, und er müsse geradezu in Abrede stellen, daß nur von einem völkerrechtlichen Bündnisse wie mit jeder andern Macht die Rede sein könne. Ist das, fragte er, „ein bloß völkerrechtliches Bündniß, wenn wir eine gemeinschaftliche Handelspolitik und Zollgesetzgebung, wenn wir eine Schiffahrtsakte gemeinsam haben? Wäre das bloß ein völkerrechtliches Verhältniß, wenn in der Weise wie bisher zwischen den Zollvereinsstaaten die Kassen gemeinschaftlich sind? Ist das nicht ein Verhältniß, wobei die volle Selbständigkeit des betheiligten Einzelnstaates für die Wahl seiner politischen Richtung zum Voraus aufgegeben und ein Unterpfand geleistet ist, für ein Zusammenhalten bei politischen Eventualitäten? Es gibt eine Reihe von Interessen, sowohl materielle als politische, welche bei einer Union als gemeinschaftliche erklärt und geregelt werden können und welche geeignet sind, die nationalen Unionsbande zwischen den beiden Staatenkomplexen enger zu verknüpfen."

Er sah voraus, daß man nach der neusten Note Oesterreichs vom 28. December, welche Herr von Schmerling

gebracht, kein Eingehn Oesterreichs auf solche Unionsverhältnisse, oder doch wenigstens große Schwierigkeiten in den Einzelnpunkten voraussetzen müsse. Er zog also ein Aktenstück des österreichischen Handelsministeriums hervor, welches klar und überzeugend darthat, daß eine gleichmäßige Theilung der Konsulargeschäfte zwischen Oesterreich und Deutschland leicht und fördersam sei. Oesterreich werde gegen Osten und Süden als Verfechter des deutschen Handels, Deutschland solle gegen Westen als Beschützer des österreichischen Verkehrs auftreten. Beides werde in solcher Solidarität mit mehr Nachdruck und Wirkung geschehen können als den beiden Mächten jeder für sich erreichbar sein würde.

Dies mit lebhaftem Beifalle vom Centrum und der Rechten aufgenommene Aktenstück war vom — 26. Decbr. datirt.

Hiermit schloß Gagern, nachdem er noch in wenig Worten begründet hatte, warum eine solche Lebensfrage deutscher Verfassung, deren sofortige Betreibung dem Ministerium unerläßlich scheine, zur Kabinetsfrage gemacht worden sei und gemacht werden müsse. Unter anhaltendem stürmischen Beifalle trat er ab.

Der Berichterstatter der Minorität, Rüder, verzichtete nach solcher erschöpfenden Rede auf das Wort, und nur der Berichterstatter der Majorität, Giskra, sprach noch eine Stunde lang mit all der Behendigkeit seines Talentes, welche Richtiges und Mißliches zu Steigerungen aufzuhäufen und den Beifall des Augenblicks zu erringen weiß. Irgend eine

Stimme konnte solch ein Parteigänger nicht ab- und nicht zuwenden.

Es war Abend geworden und die Abstimmung erfolgte. Das Ministerium und die Minorität des Ausschusses hatten sich auf ein Amendement vereinigt, welches von der Rechten und namentlich von den Baiern Wulffen, Gombart und Genossen eingebracht worden war. Sie klammerten sich an die Zusage, daß die Unterhandlung mit Oesterreich nicht den möglichen Zutritt Oesterreichs ausschließen solle, sie klammerten sich als vermittelnde Männer daran, um nicht gegen Gagern stimmen zu müssen. Das Amendement lautete:

„Die Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. December 1848 — modificirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849 und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. desselben Monats — erbetene Ermächtigung ertheilen."

Kurz vor der Abstimmung schloß sich noch Reh von Darmstadt mit einigen Freunden an dieses Amendement, und somit waren doch einige Stimmen aus Westendhall gesichert. Die Aussicht stieg, daß eine kleine Mehrheit, eine kleine! für das Ministerium Gagern entstehn könne. Die Abstimmung war maaßgebend für den ganzen noch übrigen Haupttheil der Verfassung, und wenn hier schon, wo noch Manches in der Schwebe blieb und wo es sich persönlich für oder gegen den Hauptmann der Paulskirche handelte, wenn hier schon eine

kleine Mehrheit zweifelhaft war, wie sollte es werden in der Oberhauptsfrage?!

Mit Spannung folgte man jedem Namen. Der Buchstabe A brachte ebensoviel Nein als Ja, und als der alte Arndt sein Ja mit tapferer Stimme rief, da machte sich die künstliche Erbitterung Luft, und von der Linken schrie man dem alten Sänger spöttisch den Endreim seines Liedes entgegen: „Das ganze Deutschland soll es sein!"

Die Zeitungen verfehlten nicht zu erzählen, der Greis sei erschöpft und erschrocken über diese Verleugnung, dies Opfer und diese herbe Erinnerung hinten über gesunken. Es ist kein Wort davon wahr. Ernst Moritz Arndt ist ein so gesunder alter Knabe, daß er sich von Stichworten nicht bestechen und nicht einschüchtern läßt. Der engere und weitere Bund, sagte er Jedem der es hören wollte, ist die einzige Möglichkeit: Deutschland aus seiner politischen Nichtigkeit zum politischen Staatswesen zu erheben. Dieser engere Bund allein, setzte er hinzu, schafft aus dem literarischen Deutschland den Anfang eines politischen Deutschlands. Der engere und weitere Bund trenne Oesterreich nicht nur nicht, sondern er ziehe es näher heran als es je gewesen, während die Gegner des engeren und weiteren Bundes mit unklarer Phantasie nichts weiter zu Wege bringen würden in ihrer Feindschaft gegen organischen Anfang, nichts weiter als Verewigung des bisherigen deutschen Breies, welcher stets durch die Finger gleite, sobald

man dies Deutschland zu anderem Zwecke als zu dem eines Liedes anfassen wolle.

Mit solcher Gesinnung war er weit entfernt davon, von jenem höhnenden Zurufe peinlich berührt zu werden. Im Gegentheil machte das weiße Haupt und der immer noch rüstige Körper im blauen deutschen Rocke eine halb abschmeckende, halb zornige Bewegung gegen die Schreier, als wollte er sagen: Ihr versteht's nicht besser, und Ihr am wenigsten werdet mir mein Lied deuten! Bald darauf aber lachte er in seiner gutmüthigen Weise, welche die Meinungsverschiedenheit als zum Menschenwesen gehörig hinnimmt. Diese Milde hat ihn während der Parlamentszeit nie gehindert, sehr feste Meinungen zu haben und sehr fest zu vertreten. Er ging bei den verfänglichsten Fragen unbekümmert um Unpopularität auf die Tribüne und redete gegen den französischen Nivellirungskram hinein, daß die Fetzen flogen. Es war überall ein sicherer Verlaß auf ihn wie auf einen viel erprobten Wanders- und Kriegsmann, der Alles wohl erwogen hat und weder nach links noch nach rechts ein Blatt vor den Mund nimmt. Ein Kernmann! Der Splint mag von den Jahren schadhaft werden, und auch dieser bleibt ihm, dem täglichen Fußgeher, welchem man immer auf den Spazierwegen Frankfurts begegnete, auch dieser Splint des Leibes bleibt dem siebzigjährigen Greise wunderbar fest; der Kern aber ist nur stärker geworden seit der Opposition gegen Napoleon und gegen polizeiliche Restauration. Er war mit seiner lauten Stimme in den Gesell-

schaften ein Schrecken für alle zarten Gewebe, die nichts brauchen konnten von einem durchgreifenden Entschlusse; er war bis zum letzten Athemzuge des Parlaments einer der Entschlossensten für den parlamentarischen deutschen Bundesstaat in erster, die Union mit Oesterreich in zweiter Linie.

Ueberhaupt erwiesen sich die alten Herren der Märtyrerzeit tapfer und fest. Sylvester Jordan, der Tiroler, stimmte auch an diesem Tage wie immer mit dem Centrum, stimmte trotz des Tiroler Herzens für Gagern. Er wußte zu gut, daß seine geliebte Heimath dadurch nicht von Deutschland getrennt, daß sie aber Deutschland gefährlich würde, wenn sie zur Verneinung des Bundesstaates beitrage.

Jakob Grimm war nicht mehr da. Der schöne alte Kopf mit krausem ergrautem Haare und den schönsten blauen Augen war verschwunden vorn aus dem Mittelgange, dicht an der Rednerbühne, wo er so beredt zuzuhören wußte, beredt durch Aufmerksamkeit auch für den mittelmäßigsten Redner. Ganz wie ein Literarhistoriker, welchem jedes Buch von Wichtigkeit. Mochte er sich auch in der Periode der Grundrechte, wo er zuweilen über allgemeine Freiheitsfragen liebevoll phantasirend sprach, mochte er sich da auch mitunter gar zu hingebend an abstrakte Wünsche erwiesen haben, in den letzten Fragen um deutsche Eintheilung erwies er sich doch sehr bündig. „Wo drei Deutsche über Deutschland sprechen, da gibt es vier verschiedene Meinungen!“ Das vergaß er nicht, und in

Gotha erschien Jakob Grimm wieder auf der Bühne als ein zum Gagernschen Programm gehöriger Mann.

Das überhaupt kann man nicht leugnen, daß zu dieser Fahne die große Mehrzahl jener Notablen in Deutschland getreten ist, welche im öffentlichen Leben Uebung, Ruf und Achtung voraus hatten. In wie hohem Grade dies der Fall war, dafür sprach das Aufsehn, welches die Abwesenheit Welcker's erregte. Welcker fast allein stand von den Männern staatskundigen und patriotischen Rufes nicht bei dieser Fahne. Er stimmte auch heute gegen sie. Noch sechs Wochen lang focht er gegen den engeren Bundesstaat, dann erst ergriff er die Gelegenheit der österreichischen Verfassung, welche ein Centralreich verkündete, und wurde aus dem Saulus gegen den Bundesstaat ein Paulus für denselben.

Gegen acht Uhr des Abends am 13. Januar ergab die Abstimmung für das oben erwähnte Amendement, also für das Ministerium Gagern, 261 Stimmen. Dagegen 224.

Mit einer Mehrheit also von 37 Stimmen nur — und unter diesen 37 war wiederum die Mehrheit damals noch nur dem Charakter Gagern's anhängig, nicht aber seiner Politik in der österreichischen Frage — wurde dem Ministerium Gagern die bestrittene wie gefürchtete Aufgabe anvertraut.

Man konnte ahnen, daß unter solchen Umständen das Werk schwerlich vom ersten Parlamente vollendet werden könne. Diese Frage, die größte deutsche Frage, war ersichtlich noch nicht reif. Man schritt aus der Kirche in die Dunkelheit des

Abends hinaus, und behielt von all den Gedanken nur einen vor der Seele. Dieser eine wich und wankte nicht und hat uns nicht mehr verlassen: Es mußte endlich, wenn je ein deutscher Staat entstehen soll, in den romantischen Wirrwarr politischer Vorstellungen Deutschlands scharf eingeschnitten sein, damit ein organischer Gedankengang geweckt werde. Auf solchem Gange allein kann ein Volk zur Nation werden. In dem alten unorganischen Reichthume fortträumend verzettelt es seinen Reichthum immer mehr zu Reichthümern, welche wie Schweiz, Elsaß, Lothringen, Burgund, Schleswig, Kurland im Säckel fremder Herren liegen. Nie hat sich das deutsche Reich scharf abgliedern mögen, und darum ist es stets vermindert worden. Jetzt ist's bereits so weit, daß eigentliches Deutschland nur noch der geringere Theil genannt wird. Die abgegrenzten Staaten Oesterreich und Preußen haben es bereits überholt. Entschließt es sich auch jetzt noch nicht zu klarer, fester Form, indem es sich mit einem seiner Großstaaten völlig vereinigt, so geht sein Name und ursprünglicher Charakter rettungslos zur Neige. Diejenigen, die Alles halten wollen in einem schlotternden Brande — verlieren Alles. — Was aber in solchem öffentlichen Ringen der Geister einmal als Resultat herausgebildet worden ist vor einem zuhörenden Volke, das ist nicht mehr zu verlieren. Dies Parlament kann untergehn wegen dieser Lösung des Räthsels; die Lösung wird nie wieder vergessen. Die Mutter stirbt, das Kind wird aufwachsen.

Schmerzlich genug für uns, die wir in den Vollgenuß eines nationalen Staates und Lebens mit beiden Füßen einzutreten dachten, und die wir uns auf die langsame, vielleicht unser persönliches Leben überdauernde Erziehung eines Kindes angewiesen sehn.

6.

Nun schritt man schon in der nächsten Sitzung, am 15. Januar, zur Oberhauptsfrage.

Jetzt galt es zum letzten Male, sich klar zu machen: was sein könne, was man wollen könne. Ungefähr in folgender Weise argumentirte die immer enger zusammenschmelzende Mehrheit des Parlaments, die aber doch immer noch Mehrheit war:

Es sind zwei Großmächte in Deutschland vorhanden, eine Mittelmacht Baiern, eine mittlere Macht Hannover, zwei Königreiche, zwei Großherzogthümer und ein Kurfürstenthum, welche geschichtlich und faktisch den Anspruch mittlerer Mächte erheben. Außerdem kleinere, kleine und kleinste Staaten. Allen zu genügen scheint nur dadurch möglich, daß ein Kollegium an die Spitze gestellt werde, ein Direktorium.

Wer Allen genügen, Allen gefallen will, der pflegt charakterlos werden zu müssen und gefällt dann Niemand recht oder höchstens denjenigen, welche die geringsten Ansprüche zu machen haben.

Ein Kollegium an der Spitze wird eine neue Auflage des Bundestags, man mag sich anstellen wie man will. Eine verbesserte Auflage vielleicht dadurch, daß man das Kollegium an Zahl verringert und auf sieben, oder fünf, oder drei vereinfacht. In der Sache selbst wird nichts verbessert: es wird wie beim Bundestage nach Instruktionen regiert, man mag die Instruktionen ausschließen oder nicht. Die Direktoren haben und üben ein von den Kronen übertragenes Recht und müssen und werden zusehn, daß sie dies übertragene Recht im Sinne ihrer Verleiher ausüben. Dies wird also nun und nimmer eine selbständige Bundesregierung; es wird eine vielfach und dauernd abhängige, welche schon deshalb Mangel an Energie, schleppendes Wesen, Raum zu Intriguen mit sich bringt. Der Partikularismus ist dadurch sanktionirt und zur Intrigue herausgefordert. Des parlamentarischen Regimentes gar nicht zu gedenken, welches mit seinen verantwortlichen Ministern einer solchen zusammengesetzten, unselbständigen Spitze gegenüber entweder gelähmt oder zu republikanisch-despotischen Uebergriffen genöthigt würde. Solch ein Direktorium ist mit einem Worte eine republikanische Form ohne republikanische Konsequenz, ein Zwitter.

Wäre dies aber auch besser als es sein kann, was wird es denn im deutschen Bundesstaate für einen Erfolg haben müssen? Den Tod des parlamentarischen Bundesstaates. Ist man wirklich so naiv zu glauben, es werde sich die Großmacht Oesterreich, es werde sich die Großmacht Preußen von einem

deutschen Parlamente die Politik vorschreiben lassen, wenn jede dieser Großmächte keinen weitern Einfluß, keinen weitern Vortheil als das Mitstimmen seiner übrigens unabhängigen Abgeordneten, als das Mitstimmen seines Direktors hätte?! Auf Diskretion will man einen so künstlich zusammengesetzten Staat bauen! — Lassen wir einmal bei Seite, daß die eifersüchtigen Spaltungen zwischen Oesterreichern und Preußen, um welche sich der Norden und Süden gruppirte, permanent würden, wie wir sie in der ersten Reichsversammlung gesehn haben. Dieser nur zu tief begründete Streit würde nie ruhn, denn er ist nicht nur auf Stammesunterschiede, er ist auf Mächte gegründet, welche historisch gegen einander Mächte geworden sind. Er kann nie zum Aufgehn des einen Ganzen in das andre Ganze, er kann nur zur Zerstörung des einen oder andern Ganzen führen. Lassen wir diesen Streit, welcher das Zusammensein Oesterreichs und Preußens in einem gesetzgeberischen Staatsorganismus unmöglich macht, bei Seite. Es ist nur zu viel Anderes übrig, welches die Abhängigkeit Oesterreichs und Preußens von einem gesetzgeberischen deutschen Parlamente zur Chimäre macht. Jede dieser Großmächte für sich ist stärker als das übrige Deutschland. Jede würde ausdrücklich oder thatsächlich Nein sagen, wenn ein Beschluß des Parlaments ihr unerwünscht wäre. Denn im täglichen politischen Leben ist das schöne großdeutsche Wort ein leerer Schall; der Vortheil und das Machtverhältniß entscheidet. Was dann? Dann soll wohl das vielberufene Gleich-

gewicht zur Wirksamkeit kommen und die eine Großmacht mit dem übrigen Deutschland soll die rebellische andre Großmacht zum Gehorsam zwingen? Dieses Mittel zur Herstellung des Gleichgewichtes ist eine andere Chimäre. Es hilft nur allenfalls, um ein unwillkommnes Drittes abzutödten durch gegenseitiges Zögern und Hinhalten, es hilft nur zum Gleichgewichte des Bundestages, das heißt dahin: daß nichts geschehe. Es hilft aber nimmermehr dazu, daß ein unwillkommnes Drittes, ein Beschluß des deutschen Parlaments lebendig gemacht werde. Oder glaubt man, Oesterreich werde gegen Preußen, Preußen werde gegen Oesterreich die Exekution des Parlamentsbeschlusses übernehmen und nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand durchführen? Aber Oesterreich, welches heute diese Exekution übernähme gegen Preußen, weiß sehr gut, daß es morgen in dem Falle sein kann, einen andern Parlamentsbeschluß bei sich nicht einzuführen, und daß also morgen Preußen das Exekutionsheer gegen Oesterreich marschiren ließe. Glaubt man wirklich, die beiden Großmächte würden in einen solchen immerwährenden Kriegsstand eintreten zum Besten eines schwächeren Dritten?

Summa: das deutsche Parlament geht zu Grunde oder wird ein verächtliches Schattenbild unter einem solchen Direktorium. Denn keine Großmacht hat ein Interesse, es zu respektiren.

Oesterreich hatte damals noch nicht ausgesprochen, daß es kein Volkshaus wolle. Jedem Unbefangenen war es aber

längst klar, daß es keins wollen könne. Wenn es den Worten nach etwas zulasse, was es der That nach nicht zulassen kann, so heiße dies nur: den Kindern ihren Willen thun, um langsam abzutödten was man nicht schnell beseitigen will.

Wie verhielt sich denn nun aber das Direktorium, wenn Oesterreich nicht in den engeren Bundesstaat gehörte, und die Großmacht Preußen allein darin blieb? Nicht viel besser. Der Mangel einer selbständigen Regierung bleibt derselbe, und die Unterwerfung Preußens unter die Parlamentsbeschlüsse bleibt eben auch für Preußen eine Sache der Diskretion. Als europäische Großmacht, die allein stärker ist als das aus dreißig Theilen zusammengezogene übrige Deutschland, soll es sich diesem Konglomerate von kleinen Staaten ganz gleich stellen lassen? Das ist eine ideale Forderung, welcher die Praxis eben nicht entsprechen wird. Seine auswärtige Vertretung als preußischer Großstaat wird es eben nicht aufgeben ohne Entschädigung, und wenn man ihm diese Entschädigung in der deutschen Oberhauptsfrage nicht gewährt, so wird es sein großstaatliches Preußenthum eben nicht aufgeben, das deutsche Parlament mag sagen was es will. Den Schaden wird wieder nur das deutsche Parlament haben, dessen Beschlüsse von Preußen nicht befolgt werden, sobald sie ihm nicht gefallen. Wenn die gegenseitigen Interessen nicht ausgeglichen werden, so kommt keine Wahrheit in solch einen Bundesstaat. Abgesehen von allen Uebelständen welche eine übertragene vielköpfige Exekutivgewalt an sich hat ist ein

Direktorium überhaupt nur lebensfähig unter vereinigten Staaten, wenn diese Staaten keinen so unverhältnißmäßigen Unterschied an Macht besitzen. Sobald ein Staat, welcher alle anderen besiegen kann, hineingezogen werden soll, dann ist die absolute Gleichheit der Ansprüche und Befugnisse eine thörichte, weil unhaltbare Forderung.

Dies sahen nun wohl diejenigen ein, welche von der Praxis der Dinge etwas verstanden, und ihr Studium trachtete nach einem anderen Auswege. Die fatale Perspektive auf einen neuen Bundestag, welche mit dem Direktorium so deutlich eröffnet war, wollten sie gern vermeiden. Besonders Welcker flüchtete also zum sogenannten Turnus. Nach diesem Auskunftsmittel sollten Oesterreich und Preußen abwechselnd auf eine Reihe von Jahren, am Liebsten auf sechs Jahre, an die Spitze gestellt werden. So sei eine selbständige Bundesregierung gewonnen, und das Unvermeidliche sei gewährt: es sei den beiden Großmächten Rechnung getragen. Dies Auskunftsmittel konnte sich aber noch weniger Gunst erwerben, selbst nicht bei den Gegnern des eng geschlossenen Bundesstaates. Von den Bundesstaatlichen wurde es geradezu verspottet. Dies wäre, riefen diese, das immerwährende Provisorium, das „fortgesetzte Reichsvikariat", innerhalb dessen nie ein Reich, viel weniger ein Staat entstehen kann. Dies heißt Deutschland den Großmächten wie eine Domaine überliefern ohne irgend einen organischen Keim der Gestaltung. Die beste Aussicht dieses Auskunftsmittels ist noch die üble

Aussicht, daß Deutschland mit der Zeit wirklich getheilt werde zwischen Oesterreich und Preußen. Wie wird sich denn zunächst Oesterreich verhalten während der sechs Jahre preußischer Herrschaft? Um nichts besser, wahrscheinlich um etwas schlechter als unter der provisorischen Centralgewalt, welche nicht den geringsten Einfluß ausübte in Oesterreich, obwohl ihr Inhaber ein österreichischer Erzherzog war. Nun soll gar der König von Preußen die Beschlüsse eines deutschen Parlamentes in Wien durchsetzen! Wer glaubt daran! Und während der sechs Jahre österreichischer Herrschaft soll Preußen aufhören, ein europäischer Staat zu sein und vom Kaiser von Oesterreich befehligt werden! Wer hält das für möglich?!

Soll eine deutsche Regierung entstehn, fuhr man fort, so muß eine Großmacht allein an die Spitze gestellt werden, und sie muß ihr Interesse darin finden, im deutschen Staate aufzugehn. Oesterreich ist an sich ein großes Reich, welches nur in zweiter Linie Deutschlands bedarf. Es braucht also auch nur im weiteren Bunde mit Deutschland vereinigt zu sein. Preußen aber ist auf Deutschland angewiesen; es steht und fällt mit Deutschland. Preußen nur kann, nachdem der kleine polnische Antheil abgezweigt ist, in Deutschland aufgehn, denn es ist nur deutsch und hat nur deutsche Interessen.

Nun wohl, sagten Diejenigen, welche nicht chimärisch großdeutsch sein wollten, stellt Preußen auf sechs Jahre, auf zwölf Jahre oder auf die Lebenszeit des jetzt regierenden Kö-

nigs an die Spitze. Dann wollen wir zustimmen, weil wir Eure Gründe richtig finden, und weil wir durch eine solche Oberherrschaft auf Zeit nicht die Zukunft vergeben für Oesterreich!

Das können wir nicht, riefen die Bundesstaatlichen, weil mit einer Oberherrschaft auf Zeit der Dualismus wie ein Schwert über Deutschland hängen bleibt, weil unter dieser Drohung kein Bestand gewonnen wird, weil mit so bedrohter Oberherrschaft Preußen sich nicht hingeben kann an Deutschland. Letzteres muß geschehen, weil ein deutscher Staat entstehen soll, und es kann nur geschehen wenn Preußen seine ganze Zukunft rückhaltlos mit der deutschen vereinigen kann. Bei einer Oberherrschaft auf Zeit wird Preußen seine Aufgabe wie eine Pachtung behandeln. Es wird Deutschland auszubeuten suchen, und wird sich für das Ende seiner Herrschaft sicher stellen. Auch darin sicher stellen, daß es sein preußisches Parlament in leidlicher Kraft zu erhalten trachtet neben dem deutschen Parlamente, um gegen Ablauf des Termins einen Widerpart zu haben gegen dies deutsche Parlament. Es wird wie zur Wahlzeit der deutschen Kaiser naturgemäß seine Hausmacht pflegen und im Auge behalten, und der deutsche Staat wird zu keiner Wahrheit gedeihen. Um dies zu vermeiden soll es erblich an die Spitze gebracht werden. Dann erst kann es naturgemäß und nicht redensartlich in Deutschland aufgehn; denn alsdann ist wie durch Eigenthum und Familie sein Interesse ein deutsches.

So nur, setzten sie hinzu, durch engeren, preußisch erbkaiserlich abgeschlossenen Bund einerseits, und durch weiteren, in organischen Formen sich entwickelnden weiteren Bund mit Oesterreich werden die Großmächte, auf welche am letzten Ende doch Alles ankommt, der Art zu Deutschland gestellt, daß ein deutscher Staat und ein deutscher Bund möglich wird.

In Betreff des weiteren Bundes mit Oesterreich war übrigens unter den Erbkaiserlichen eine Verschiedenheit vorhanden, die nicht laut zur Sprache gekommen ist, weil in erster Lesung die Opposition gegen das Erbkaiserthum siegte. Dieses Sieges wegen ließen die näher um Gagern Gruppirten zunächst die Rücksichten für Oesterreich fallen, welche aus dem entworfenen „weiteren Bunde" entnommen werden sollten. Beim dritten Paragraphen des Abschnittes vom „Reichsoberhaupte" wird diese unbekannt gebliebene Schattirung in Rede kommen.

Die Debatte über den ersten Paragraphen „die Würde des Reichs-Oberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen" dauerte vier Tage, den 15. 16. 18. und 19. Januar. Sie wurde eröffnet durch den republikanisch gesinnten Professor Schüler aus Jena, von dessen Beweisführung zwei Sätze einen Eindruck machten. Er meinte, die Einführung der republikanischen Spitze leide „höchstens an einer äußeren Unmöglichkeit", und da ihm dies geringfügig erschien, und da er Preußen gerade darum nicht an die

Spitze wollte, „weil ihm eine große materielle Macht zur Seite stehe“, so empfahl er ein „leichtes, bewegliches Laubdach.“ Jeder Deutsche sollte wählbar sein, und der Erwählte sollte sechs Jahre lang das bewegliche Laubdach vorstellen. Dies wurde ein gefährliches Stichwort, besonders da ja in unserm Klima die Hälfte des Jahres hindurch das Laub fehlt.

Von dieser Seite, von dem Standpunkte dessen was „höchstens“ unmöglich sei sprachen die Linken in ihrer Opposition gegen den Paragraphen. Noch dazu Schwätzer auf Schwätzer in dieser für sie hoffnungslosen Frage. Nur Eisenstuck aus Chemnitz fand hie und da im Centrum Gehör, weil er von allem Ersinnlichen und noch einigem Anderen zu sprechen pflegte. Man war nicht ohne Wohlwollen für ihn, weil er selbst in den Ausschüssen für wohlwollend und für so gewiß „koulant“ gehalten wurde, auf der Rednerbühne auch eine nicht geringe Flüssigkeit und Wortfülle hatte, welche Manchen über die Schwammigkeit des Inhalts täuschte. Seine politische Wissenschaft ging aus von Kattun und Schutzzöllen und Radikalismus, und kam hinaus auf konfuse Radikalveränderung, auf höchste Schutzzölle und theuren Kattun. Davon mußte er denn auch bei Gelegenheit des entstehenden Kaisers ein Langes und Breites sprechen, weil der Kaiser nicht hinlänglich eingenommen sein würde für Kattun. Immerhin war aber dieser Chemnitzer Industrielle beobachtenswerth mit den Talenten und der beneidenswerthen Sicherheit einer halben Bildung, mit dem warmen und ehrlichen

Ausdrucke der Bürgerliebe und mit dem hitzigen Hasse gegen Tyrannei. Er ist ein Typus für eine lehrreiche und belehrungsfähige Mittelgattung des industriellen Radikalismus. Sein Zorn gegen das alte Regiment war so ächt, daß sein rothes Gesicht beim Vorparlamente blau geworden und man in Besorgniß vor einem Schlagflusse gewesen war, als er durch innerlichsten Ausdruck seiner Wuth die vielen Vorredner überbieten zu müssen geglaubt hatte. Das vergaß man nicht, wie unangenehm auch der Eindruck gewesen. Zorn und Wuth eines sonst milden Bürgers nimmt man gern hin für ein Zeugniß redlichen Glaubens. Der ehrliche Ausdruck und der redliche Glaube hielt ihn aber doch nicht ab, später eine Mission Gagerns nach der aufständischen Pfalz anzunehmen, welche seinen Ansichten nicht entsprach und welche er denn auch seinen Ansichten gemäß, nicht aber seinem Auftrage gemäß ausführte. Dieser moralische Widerspruch, oder um es deutlicher zu sagen dies unmoralische Facit guter Einzelnposten ist nicht unwichtig in einer Zeit, welche der talentvollen, aber halben Bildung so viel Einfluß gewährt hat.

Bei allem Schreien und Pochen fehlt dieser Gattung des industriellen Radikalismus denn doch auch die ächte Energie. Als Herr Eisenstuck jetzt bei der letzten Frage der Verfassung wiederum Stunden lang in den Vermuthungen hoher Schutzzölle herumfuhr, gerieth man im müßigen Spiel der Gedanken auf die Frage: ob mit dieser streng materiellen Richtung nicht dennoch etwas Großes anzufangen gewesen wäre für die

deutsche Einheit? So wie sie verfuhren diese Zollkämpen, diese Herren Eisenstuck, Moritz Mohl, und oft auch von Reden und Genossen, so schöpften sie in ein Sieb wenn sie mitten in den Verfassungsfragen immer und immer wieder die beiläufige Erledigung der Handelsfragen versuchten. Das ging nun doch einmal nicht so beiher und ehe man die Form eines Reiches hatte. Wie aber, fragte man sich, um die Zeit der müßigen Rede auszufüllen, wenn sie gleich zu Anfange des Parlamentes die Frage der Zolleinigung als eine präjudicielle erhoben und die Beantwortung derselben durchgesetzt hätten? Wäre das nicht eine ächte, wäre das vielleicht eine fruchtbare Energie gewesen? Der Beginn des ganzen Werkes mit einer solchen ganzen Maaßregel hatte wohl etwas Scheinbares. Wenn man bei Eröffnung des ersten Parlamentes die Zolleinheit über alles deutsche Land ausgesprochen, so war dies allerdings eine ganze, eine ungeheure Maaßregel für die Einheit Deutschlands. Ein Jahr lang wären die Deutschen materiell verbunden gewesen bis es zur Entscheidung über die Einheits-Verfassung kam, und es wäre nicht so leicht gewesen sie wieder zu trennen! Während ohne solch ein Band, ohne solch ein materielles, für Jedermann fühlbares Band die Rückkehr zum Alten unsern Landsleuten nur vorkommen mag wie das Ende eines Traumes!

Aber welch ein Wagniß! Man hätte sich nur darauf einlassen können, wenn man der redlichsten Vaterlandsliebe und der gewiegtesten Bildung sicher sein durfte. Zunächst hätte

die Einigung über das Princip der Zolleinheit nicht viel weniger Zeit in Anspruch genommen als die Debatte über Grundrechte, und diese Debatte über Grundrechte wäre nicht erspart, wäre nur noch radikaler geworden. Wie sehr ferner wäre Wildheit, Wüstheit, Rand- und Bandlosigkeit gesteigert, wie sehr wären die auflösenden Elemente gefördert worden bei einer so plötzlichen allgemeinen Entfesselung auf einem Gebiete, wo Besitz und Vermögen von Millionen in die Lüfte geschleudert wurden wie man eine Hand umkehrt!

Es war ein mittelbarer, aber ein unfehlbarer Weg zu voller Revolution, und zu welch einer Revolution! da die Lenkseile des Volks in den Händen von Demokraten unbedachtester Art, von socialistischen Träumern und wohl gar von Kommunisten waren.

So stößt man bei jeder Spekulation um ganze Maaßregeln für die Einheit Deutschlands immer wieder auf dasselbe Hinderniß, auf dieselbe Gefahr: auf die unreife Uebertreibung der Linken, welcher nichts anvertraut, nichts überlassen werden konnte.

Nebenher zur Charakteristik sei hierbei erwähnt, daß jener sächsische Redner im Vorparlamente, welcher sich so abschmeckend gegen die Oesterreicher verhielt und ihre zahlreichere Zuziehung in den Funfziger Ausschuß aus den nichtigsten Formgründen abwies, derselbe Herr Eisenstuck war, der jetzt äußerst großdeutsch gar nicht begreifen konnte, wie es einen deutschen Staat ohne Oesterreich geben könne. Wie ist der

Begriff Oesterreich zu unvereinbaren Parteizwecken und Vorwänden ausgebeutet worden! Heute für die nivellirenden Linken, morgen für die partikularistischen Rechten, übermorgen für jeden gedankenlosen, zukunftlosen Stammesneid, der die großdeutsche Maske vornimmt um sein neidisches Antlitz zu verbergen und unerkannt gegen jede mögliche Einheit des Vaterlandes stimmen zu können. Kuranda hatte ganz Recht, als er um jene Zeit zu Wien selbst in seiner Ostdeutschen Post rief: Es ist wahr, Oesterreich ist der böse Genius deutscher Einheit.

Niemand konnte Welcker solcher parteiischen Schwenkungen zeihn. Er wurde also der moralische Mittelpunkt einer österreichischen Opposition in der Oberhauptsfrage, als er gegen den ersten Paragraphen in einer Stunden langen leidenschaftlichen Rede auftrat. Man mußte sich erinnern, daß er stets den Vorversammlungen bei Gagern fern geblieben, man mußte sich eingestehn, daß er guten Glaubens, redlichen Willens und mit manchem guten Grunde eiferte gegen dies ganze System eines engeren und weiteren Bundes. Er eiferte heftiger, ausgiebiger denn je. Aus allen Winkeln politischer Geschichte Deutschlands holte er in seiner unerschöpflichen Improvisation Beweisstücke gegen seine Gegner. Aber dennoch wirkte diese wichtigste Oppositionsrede auf seine Gegner gar nicht. Er beging den Fehler, zu Viel beweisen zu wollen. Wenn er gesagt hätte: Ja, es ist wahr, der Bundesstaat ist kaum in Ganz zu setzen mit Einordnung Oesterreichs, welches

sich nicht einordnen lassen kann, aber dieser Uebelstand ist geringer als der Ausschluß Oesterreichs — wenn er so gesprochen hätte, so wäre das Nachdenken von Neuem geweckt, so wäre ein Eingehn auf seine tieferen Gründe möglich gewesen. So sprach er aber nicht, sondern er bewies tobend, daß Oesterreich eigentlich in gar keiner andern Lage sei als irgend ein anderer Staat, daß es sich überall einordnen könne in den Bundesstaat, daß nur ein gemachtes, absichtlich aufgebautes Vorurtheil behaupte, Oesterreich könne in solche Formen eines Bundesstaates nicht eintreten.

Das war nicht wahr, und die Versammlung war nicht von der Beschaffenheit, sich etwas Unrichtiges einreden zu lassen. Er machte den Eindruck eines Streitenden, der seine Beweise dadurch zu verstärken sucht, daß er sie schreit und daß er dem Gegner die Ohren betäubt. Der Verstand eines Unsicheren oder Furchtsamen mag dadurch mit betäubt werden, der Verstand einer großen politischen Partei, welche diese Sachen zehnmal reiflich erwogen hatte, blieb davon unberührt. Gerade weil er Unrichtiges beweisen wollte gewann er auch diejenigen nicht, welche immer noch geneigt waren, einem Auskunftsmittel für Oesterreich zuzustimmen. Und, wunderlich genug! weil er ganz ehrlich und patriotisch und nur über die Richtigkeit des Weges andrer Meinung war, blieb er in dieser hochwichtigen Frage trotz seiner mächtigen Persönlichkeit, trotz seiner aufregenden Reden jetzt und später ganz allein. Jetzt wie später als er zu den Erbkaiserlichen überging. Einsam und allein blieb

er hier wie dort ohne Proselyten, weil es nur ein Prozeß seines Kopfes und weil es nicht der Prozeß einer größeren organischen Vorstellung war. Jetzt rief er unter stürmischem Zujauchzen, er werde eventuell jedem Amendement zustimmen, welches nur den preußischen Erbkaiser abwenden könne, und er setzte in demselben Athem hinzu: „Wenn aber Oesterreich ausscheidet oder zustimmt, dann sage ich mit vollem Herzen: Es lebe der preußische Kaiser hoch!" Diese Wendung fand nicht ein Bravo, sie machte nur Sensation. Sie verrieth, daß er zu keiner Partei gehöre, und daß ihm Niemand nachgehe, sie verrieth, daß er patriotischer Partisan, aber kein Führer sei. Für seinen Charakter, welcher beim späteren jähen Uebertritt zu den Erbkaiserlichen in Frage kam, für seine persönliche Berechtigung zu solchem Uebertritt ist diese Aeußerung allerdings wichtig. So wie sie ihn jetzt wirkungslos machte und ein Symptom seiner Wirkungslosigkeit war, so bewies sie später, daß er zur totalen Aenderung seines Rathes innerlich berechtigt war.

Es war freilich auch noch ein andres Symptom, daß diese Aeußerung kein Echo fand. Wie Viele sagten nicht, daß sie bloß wegen Oesterreichs kein Kaiserthum wollten, und jetzt schwiegen sie doch, als Welcker rief: Es lebe der preußische Kaiser, wenn Oesterreich zustimmt! Durften sie schweigen, wenn Oesterreich ihr wahrer Grund war? Nein. Ihr Schweigen verrieth also, daß Oesterreich ihnen zum Vorwand diente.

Reichensperger, ebenfalls Opposition gegen ein einheit=

liches Oberhaupt, sagte denn auch mit eigenthümlicher Offenherzigkeit, daß ein protestantischer Kaiser nicht zu wünschen sei, und daß man der österreichischen Katholiken nicht entbehren könne zur Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Konfessionen. Es wurde dies Heraufbeschwören traurigen Angedenkens, diese Geringschätzung der eben erst beschlossenen Grundrechte, in welchen also ohne Dank dem katholischen Priesterthume die bedenkliche Unabhängigkeit vom Staate uneingeschränkt gewahrt worden war, es wurde dies merkwürdige Wort wenig bemerkt, weil Reichenspergers fein gefädelter Vortrag leicht für langweilig gehalten wurde und keine besondere Aufmerksamkeit fand. Auf diejenigen aber, welche dieser Rede folgten machte es einen tief niederschlagenden Eindruck. Weiter also waren wir in Deutschland noch nicht! Jetzt noch konnte von einem fein gebildeten Manne der Religionsunterschied auf der ersten Rednerbühne des Vaterlandes so betont werden, daß er ein Hinderniß sei für ein einheitliches Oberhaupt!

Von Seite der Erbkaiserlichen war man bedacht gewesen, nichtpreußische Redner aufzustellen. Der Augsburger Hof also schickte die zahlreichsten Redner in's Treffen. Biedermann, Stahl, Barth, Falck, Wernher und im gleich darauf folgenden Erblichkeitsparagraphen Rümelin den Schwaben. Unter ihnen war nur Falck ein Preuße. Von ihm, der einst zu Westendhall gehört, die Empfehlung des Erbkaiserthums einleiten zu hören schien den Linken unerträglich zu sein. Sie versuch-

ten es, ihn durch Unruhe zu „dämpfen“, wie sie's kürzlich mit gutem Erfolge an Wilhelm Jordan gethan. Falck aber holte nicht weit aus mit seinen Reden, und konnte deshalb rascher abtrumpfen. Das Reden war überhaupt unter solchen Umständen ein Kunststück geworden. Wie bei verwirrtem Treibjagen man Schuß und Treffer geschickt anbringen muß, so in der Paulskirche eine Rede, falls man nicht zur Linken gehörte. Die Linken wurden höflicher behandelt und wurden von einem unübertrefflichen Korpsgeiste gestützt. Alles was aus ihrer Mitte kam wurde applaudirt und auf jede ersinnliche Weise gefördert. Selbst der albernste Antrag blieb, des Korpsgeistes wegen, nie ohne Unterstützung.

Mit besondrer Theilnahme hörte man in dieser wichtigsten Frage die Baiern Stahl und Barth. Es war männiglich bekannt, daß ein deutsches Kaiserthum dem stärksten Widerwillen begegnen werde an der Isar. Nicht bloß ein Kaiserthum der Hohenzollern, wenn man auch so betonte. Ein Kaiserthum der Habsburger nicht minder, wenn man auch zunächst nicht so sagt, weil es nicht in Rede steht. Eine solche Mittelmacht ist übel daran. Uebel für sich, übel für das Ganze. Jenes sogenannte Gleichgewichthalten besteht darin, daß auseinander gehalten, nicht aber darin, daß unter abwägender Vermittelung zusammengebracht wird. Zertheilen wohl, nicht aber vereinigen. Solche negative Aufgabe mitten in einer Nation ist ein herbes Loos. Das konnte man recht erkennen, wenn man die Aeußerungen über Baiern anhörte.. Nicht

bloß im Centrum, nein links und rechts. Ueberall wurde das Bitterste über Baiern geäußert, weil Baiern jeder gedeihlichen Kombination im Wege zu stehen schien. Heftig entrollte man die deutsche Geschichte und wies nach, daß es stets ein Zusammengehn Deutschlands gehindert und vorzugsweise den Reichsfeind herbeigerufen habe, um seine schwache, auf's Zertheilen angewiesene Stellung zu stärken. Solche heftige Gegner schalten denn auch lebhaft, daß man, offenbar nur Baierns halber, einen Reichsrath an die Oberhauptsfrage geklebt, ein fünftes Rad an den Wagen. „Baiern wollt Ihr dadurch versöhnen mit dem Kaiserthume", riefen sie, „und täuscht Euch völlig. Es thut nur was es muß. Jede Ausgleichung ist ihm zuwider, denn jede ist ihm zu gering. Es sucht seinen Vortheil lediglich darin, daß nichts Mächtiges entstehe, damit es selbst verhältnißmäßig mächtig erscheine. Das ist Tradition, das ist seine Lage. Wie mögt Ihr ihm beikommen wollen dadurch, daß Ihr guten Willen zeigt, daß Ihr einem Rechenexempel gegenüber sentimental werdet!"

So steht's in unserm Vaterlande. An dem einen Staate haßt man die Macht, an dem andern den Neid, an dem dritten die Schwäche. Die Leute hatten wohl Recht, welche von vornherein behaupteten, es müsse ein Wunder geschehn, wenn Deutschland mit einem Male einig werden sollte. Nun, sagte man im Centrum darauf, deshalb versuchen wir's auch nicht sogleich in ein und derselben Form mit vierzig Millionen, sondern zunächst nur mit dreißig.

Stahl sprach sich überraschend dahin aus, daß auch das Volkshaus stets partikularistisch sein werde. Die nächsten Wochen, welche aus partikularistischen Entstehungsgründen eine Coalition in der Paulskirche zeigten, gaben ihm überraschend schnell Recht. Da nun das Staatenhaus principiell den Partikularismus darstelle, so müsse ein strenges Einheitsorgan an die Spitze gestellt werden. Wenn auch Oesterreich fehle, der Süden Deutschlands sei deshalb nicht zu schwach gegen den Norden. Baiern, Würtemberg und Baden zusammen hätten allein schon nach dem neuen Vorschlage des Verfassungsausschusses so viel Stimmen im Staatenhause als Preußen. — Er glaubt nicht nur nicht daß Baiern unterdrückt werden könne in dieser neuen Stellung, er glaubt vielmehr, daß es eine Stelle einnehmen werde, die es noch nicht gehabt. Baiern sei bisher nichts gewesen in deutscher Politik; es habe Oesterreich und Preußen nachgehn müssen. Jetzt werde es der Sammelpunkt für alle kleineren Staaten werden, die unter seiner Führung oppositionell gegen Preußen politischen Einfluß ausüben würden.

Die immer vorgehaltenen materiellen Interessen, welche in Süddeutschland bedroht sein sollten durch einen preußischen Kaiser, brächten ihn dahin, eine Erbmonarchie zu wünschen. Nichts sei Nordamerika so nachtheilig als der alle vier Jahr drohende Wechsel im Handelsprincip. Damit lasse sich nichts Gründliches erfahren, darauf lasse sich kein solides Geschäftsleben gründen. Man möge die Schutzzölle so hoch nehmen

wie man wolle, damit schaffe man in einem wandelbaren Reiche keine Industrie. Und das süddeutsche Schutzzollgeschrei gegen Preußen sei ein ganz unklares. In Preußen sei ja das Fabrikleben größer als in Süddeutschland, und sei überwiegend. Bei dem Kongresse in Berlin 1845 haben sich die dort versammelten Preußen entschieden für das Schutzzollsystem erklärt. Man solle doch abwarten, wie sich das gestalte im nun erst begonnenen parlamentarischen Wege. Ein Gegensatz zwischen Preußen und Süddeutschland bestehe darin gar nicht. Sogar in Sachen der „Gewerbfreiheit", womit man in Baiern so geflissentlich die Unvereinbarkeit mit dem Bundesstaate und Preußen zu beweisen suche, übertreibe man ohne Kenntniß der Dinge. Gerade in Preußen gehe die neu entworfene provisorische Gewerbeordnung jetzt von engerem Principe aus als in Baiern, und was die Aussicht auf materielle Verbindung mit Oesterreich betreffe, von der man neuerdings rede, so wies er nach, daß dies eine Fata morgana sei „Baiern war nächst Würtemberg", schloß er, „der Staat, welcher sich zuletzt dem deutschen Bunde mit Widerstreben anschloß." Und doch sei dadurch allein seine Existenz gesichert worden. Es werde eben so zum Bundesstaate treten müssen.

Barth von Kaufbeuern erinnerte an Elisabeth, welche den ihr unangenehmen Stuart zu ihrem Nachfolger eingesetzt, damit das Reich zusammengehalten werde, und setzte hinzu: der Mächtigste sei Kaiser! „Um der Nation die Freiheit zu sichern, müssen wir sie umgeben mit Macht." Macht sei aber nicht jene

ideale Einheit, welche sich als loses Band um eine große Ländermasse schlingt, sondern eine organische, eine wahre, eine praktische Einheit allein sei Macht.

Nichts war den Gegnern des Kaiserthums lästiger als diese erbkaiserlichen Baiern, deren lautere Gesinnung und gute Einsicht nicht anzuzweifeln war. Es fehlte zum Leidwesen nur noch, daß ein künstlicher Baier gegen das Kaiserthum sprach, und das that Herr Phillips, ein aus Preußen in München eingewanderter ultramontaner Politikus.

Den Paragraphen des Verfassungsausschusses vertraten im Allgemeinen und ohne näheren Bezug auf Landsmannschaften ausführlich Biedermann und wie immer eindringlich Bassermann. Ob sich aber wirklich eine Mehrheit dafür ergeben werde, wußte man nicht mit Sicherheit vorher, wenigstens durfte man nur auf eine geringe Mehrheit hoffen. Die Anhänger des Direktoriums und des Turnus namentlich waren nicht genau zu berechnen. Darüber war kein Zweifel, daß jedes kollegiale Oberhaupt in sehr tiefem Mißkredit stand und den Anforderungen deutscher Nation an einen parlamentarischen Staat nicht entspreche da es den Charakter desselben untergrabe und gefährde. Aber trotzdem mußte man gewärtigen, es werde aus partikularistischen Gründen oder aus Besorgniß vor aufreizender Hegemonie Preußens Mancher für ein Direktorium stimmen, welcher diese Oberhauptsform für schlecht halte.

Die Spannung war also groß, als diese Form bei der Abstimmung zuerst an die Reihe kam. In Gestalt eines Amen=

dements des Herrn von Rotenhan kam das Direktorium zur namentlichen Abstimmung, und es fand — nur 98 Stimmen. 360 stimmten dagegen. Unter jenen 98 Stimmen waren 90 nur aus Baiern, Oesterreichern und Ultramontanen zusammengesetzt.

Darauf folgte Welckers Turnus. Nur des Anstandes halber, damit er nicht mit einer lächerlichen Minorität abfalle, stimmten Manche dafür, da er doch nicht die geringste Aussicht auf Annahme hatte. So sammelten sich 80 Stimmen für ihn von 457.

„Wählbar ist jeder Deutsche", dies republikanische Minoritätserachten des „Laubdaches", erhielt 122 Stimmen von 461.

Der Antrag des Verfassungsausschusses: „Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen" kam zuletzt daran, und wurde mit 258 gegen 221 Stimmen angenommen. (Stürmischer, anhaltender Beifall auf der Rechten und im Centrum. Zischen auf der Linken.) In der nächsten Sitzung gab es von den Gegnern dieses Beschlusses Zahleneinwendungen gegen das Protokoll, und es wurde behauptet, der Paragraph sei nur mit 252 gegen 214 angenommen. Item er war angenommen und die monarchische Form hiermit festgestellt.

Alles drängte nun zur näheren Bezeichnung dieser monarchischen Oberhauptswürde. Erblich oder nicht? Diese Frage war so bestritten, daß selbst im Verfassungsausschusse keine Mehrheit zu erreichen gewesen war für einen Vorschlag.

Waitz zum Beispiele war gegen alles Erwarten für einen zwölfjährigen Kaiser. Mittermaier war für einen lebenslänglichen, und der sechsjährige hatte zahlreiche Gnade gefunden, als Auskunftsmittel sogar bei Herrn Detmold und Wigard, welche sich hiefür zum ersten und letzten Male die Hand reichten. Solche Allianz war wohl geeignet, die Ragout-Qualität eines sechsjährigen Kaisers zu empfehlen. Der Vorschlag der Erblichkeit mußte als Minoritätserachten §. 1a eingebracht werden. Später für die zweite Lesung fand er auch im Verfassungsausschusse die Majorität. Jetzt war er von zehn Männern unterschrieben: von Dahlmann, Beseler, von Soiron, Droysen, Briegleb, Deiters, Max von Gagern, Hergenhahn, Tellkampf, Scheller.

Montag den 22. Januar kam die Erblichkeitsfrage, welche schon seit Monaten allen Wendungen zum Grunde gelegen, direkt zur Debatte. Man widmete ihr zwei Tage, und unter den Gegnern that sich hervor Edel von Würzburg, Uhland, Beda Weber und Fröbel. Unter den Vertheidigern, Dahlmann, Vincke, Grumbrecht, Rümelin, machte dieser letztere durch einfachen und wahrhaftigen Vortrag den tiefsten Eindruck.

Daß ein Schwabe so sprach für das erbliche Kaiserthum und ersichtlich seinem innersten Gewissen nach so sprechen zu müssen glaubte, das war von unabweisbarer Gewalt.

Rümelin sagte: „Ich bekenne mich offen zu denjenigen, welche den Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat

wie wir ihn nöthig haben für unmöglich, welche die Lösung unsrer Aufgabe nur in der Gründung von zwei selbständig neben einander stehenden, durch Sympathieen, Interessen und unauflösliche Verträge an einander gebundenen Bundesstaaten für erreichbar halten. Ich will in dem engeren deutschen Bundesstaate den wir hier zu gründen berufen sind den König von Preußen als erblichen König der Deutschen." — „Ich habe in dieser Frage nur das Wort erbeten, weil ich einer der wenigen Süddeutschen bin, welche entschieden auf dieser Seite stehn, und weil ich wünsche, daß auch aus meinem engeren Vaterlande ein Zeugniß dafür abgelegt würde, daß es auch dort an solchen nicht fehlt, die sich in das Unvermeidliche fügen, die bereit sind mancherlei Sympathieen und Interessen um den Preis eines großen Vaterlandes hinzugeben. (Bravo.) Ich bedaure, daß es einem andern Manne aus meinem Vaterlande nicht gegönnt ist dieses Zeugniß hier abzulegen, daß Paul Pfizer verhindert ist, in diesen Tagen auf dieser Tribüne zu stehen (Hört! hört!) und für eine Idee zu sprechen, welche er ein Recht hat sein Eigenthum zu nennen, und worin er schon vor Jahren mit staatsmännischer Voraussicht die künftige Form der deutschen Einigung gefunden hat. (Bravo.) Allein so sehr wir ihn alle hier vermissen, so wünschte ich doch nicht, daß gar keine Stimme aus meiner Heimath in diesem Sinne sich vernehmen ließe."

„Es ist gegenüber einer bestimmten, so schwierigen Frage wie die über das Oberhaupt schwer von einer öffentlichen

Meinung zu sprechen, zumal in einem Lande wo das politische Urtheil sich selbst noch erst aus einer trüben und verworrenen Gährung herauszuarbeiten hat. Ich weiß sehr wohl, daß auch bei uns die demokratischen Vereine gegen jede monarchische Spitze sind. Ich weiß und begreife es vollkommen, daß diejenigen Theile von Würtemberg, welche in den letzten Kriegsjahren mit uns verbunden wurden und bis heute noch nicht zu einem rechten Ganzen zusammengewachsen sind, theils im Hinblick auf geschichtliche Erinnerungen, theils aus konfessionellen Rücksichten nicht für ein preußisches Kaiserthum sein können, ich muthe es ihnen auch nicht im allermindesten zu. Ich gebe ferner zu, daß, wenn es uns gelingen sollte diesen Plan durchzuführen, er bei uns nicht mit Jubel begrüßt werden dürfte, daß das Volk lange Zeit dazu brauchen würde, ehe es sich hineinfinden könnte. Ich muß aber auch die Ueberzeugung aussprechen, daß diese Idee in unserm Lande bei ihrer Ausführung wenigstens nicht auf wesentliche und unübersteigliche Hindernisse stoßen, und daß das Urtheil des Volks vorzüglich von der Stellung abhängen wird, welche die Regierung gegenüber dieser Frage einnehmen wird."

„Meine Herren! Wir Bewohner des südwestlichen Deutschland befinden uns dieser Oberhauptsfrage gegenüber in einer eigenthümlichen und peinlichen Stellung. Es hat Niemand, kein deutscher Stamm ein größeres Interesse an der deutschen Einheit als wir, aber keiner hat auch das so schwer zu empfinden wenn Deutschland entweder nicht einig oder kein

Ganzes werden wird. Wir Schwaben haben den Fluch der Zerstückelung und Schwäche Deutschlands schwerer getragen als irgend ein anderes Volk —" „das können Sie also glauben, uns ist es Ernst damit, daß es ein starkes Deutschland gebe. Wir sind zu jedem Opfer bereit. Wir treten nicht mit Ansprüchen auf eine selbständige Stellung wie unsre östlichen Nachbarn auf; wir stehen zurück; wir sind die Flehenden, die Hilfe Heischenden bei den mächtigen Freunden. Allein es ist wahr, wenn man nun den Süddeutschen sagt, die deutsche Einheit sei ein preußisches Erbkaiserthum, so ist das eine harte Lehre. Wer mag sie hören!"

Was also die Sympathieen betreffe, so lasse sich nicht leugnen, daß diese nicht dafür seien. Was die materiellen Interessen betreffe, so werde übertrieben. Er stehe ganz auf süddeutschem Standpunkte und wünsche eine „kurze, vorübergehende, mäßige Nachhilfe, damit dem verarmenden Volke neue Erwerbszweige geschaffen werden", allein darin liege kein Hinderniß für die Gründung eines starken Deutschlands. Er glaubt mit Stahl, daß hierin Süddeutschland gar nicht in der Minorität sein werde, und daß es sich überhaupt hierbei nicht um einen Gegensatz zwischen Norden und Süden handle. Er verlange auch nicht, daß zwischen Schutzzöllen und Freihandel ein Extrem siege. Eine Verständigung solle und werde erreicht werden, sobald einmal alle Interessen sich hören lassen können. Die Frage über Zoll und Handelseinigung mit Oesterreich, die er sehnlich wünsche, bleibe doch

jedenfalls eine Sache für sich, und hänge von Unterhandlungen ab, es möge mit der deutschen Verfassung werden wie es wolle. Nicht die heutige Abstimmung, sondern was die Interessen beider Länder gebieten sei hierin bestimmend. Denn diese Interessen seien mächtiger als alle politischen Rücksichten des Augenblicks. Werde denn auch eine Zollunion verzögert durch die Entscheidung in der Oberhauptsfrage, so könne man von einer solchen Verzögerung doch niemals die „Auferstehung eines starken Deutschlands abhängig machen."

Dann berührte er in bescheidner Aeußerung den militairischen Gesichtspunkt. Er will nicht daran erinnern, wie denn in der Kriegsgeschichte Süddeutschland immer beschützt worden sei durch Oesterreich. So, daß es immer der Tummelplatz der Feinde geworden. Auch nicht, wie neuerdings durch die Anlage von Ulm, welches ja h i n t e r Würtemberg liege, und eine bairische oder österreichische Festung sei. Würtemberg sei dadurch wiederum zum Voraus dem Feinde als Beute bezeichnet und überlassen. „Wir können", fuhr er fort, „nur recht geschützt werden dadurch, daß wir mit einem starken Norddeutschland verbunden sind, daß am mittleren Rheine Norddeutschland eine eben so starke und drohende Stellung an der schwachen Seite Frankreichs hat, wie Frankreich am Oberrheine gegen die schwachen Seiten Deutschlands. Der Schutz Oesterreichs bleibe ja sicher, da dies nicht einen neuen Rheinbund an seinen Grenzen entstehen lassen könne, und wenn der Kriegsschauplatz zwischen dem mittleren Rheine und

der Maas sei, dann werde „ein Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich entweder in Deutschland gar nicht geführt werden können, oder es wird zugleich ein Krieg gegen Deutschland sein. Dieser Bund macht nicht nur uns sicher, sondern er schützt und stärkt zugleich Oesterreich. Oesterreich ist um Vieles stärker, wenn es diese Vorlande nicht mehr zu schützen hat, wenn ein starkes Deutschland zwischen ihm und Frankreich steht. Es kann dann um so viel stärker nach andern Richtungen hin wirken, in welchen es seine geschichtliche Aufgabe hat, und in denen es bisher so wenig gethan hat."

Wäre aber auch dies Alles falsch, er wolle lieber auf einem verlassenen, preisgegebenen Vorposten eines deutschen Reiches stehn, er und die Seinen wollten „lieber die Stiefsöhne eines deutschen Vaterlandes sein, als gar kein Vaterland haben." (Bravo.)

So werde es aber mit allen anderen Anträgen in der Oberhauptsfrage. Sie seien, wie Dahlmann einmal gesagt, alle gleich viel werth, sie seien alle gar nichts werth.

„Es handelt sich bei Allem darum, ob Sie einen Bundesstaat mit zwei Großmächten haben wollen, von denen die eine noch eine Stellung außerhalb Deutschlands hat. Wenn Sie zwei Großmächte haben, so haben Sie auch 30 kleine Staaten, das hängt auf's Innigste zusammen. (Sehr gut!) Die beiden Großmächte werden entweder mit einander gehn und auf die Kleinen drücken, und sie werden dies besonders dann thun, wenn es sich darum handelt, die politische Ent-

wickelung zu retardiren, oder sie werden nicht zusammengehn — und das wird in allen großen politischen Fragen sein — dann werden sie sich gegenseitig neutralisiren und gegeneinander intriguiren, und die Folge wird sein, daß es weder vor unserm Volke noch in den Augen des Auslandes ein großes Deutschland geben wird.“ (Lebhafter Beifall vom Centrum und der Rechten.) „Dem können Sie nicht entgehn, mag Herr Welcker sagen was er will — es sind alle die großen Gebrechen des alten Bundestages!“ (Sehr richtig.)

Einleuchtend wies er nach, daß kein Parlament dabei helfen oder bestehen könne, daß es ein Spielball Preußens und Oesterreichs werden müsse. Was Welcker in Bezug auf abgesonderte auswärtige Vertretung Oesterreichs, auf österreichisches Heer und dergleichen „Kinderei“ genannt, das sei „das Wesen der Sache!“ (Sehr gut!) „Wenn in Petersburg, London und Paris neben dem deutschen Gesandten ein Gesandter für Ungarn ist, so wird man wohl wissen, daß hinter diesem Gesandten die 600000 österreichische Bajonette stehn. Die Folge würde dann sein, daß Preußen seine europäische Stellung aufgiebt, nur eine Stellung in Deutschland hat und hier seinen gesetzmäßigen Drittelseinfluß ausübt, während Oesterreich innerhalb Deutschland ganz dieselbe Berechtigung mit Preußen, daneben aber seine europäische Stellung beibehält.“ Dies sei das Direktorium, und wer möge denn glauben, daß sich Preußen dies jemals zumuthen ließe!

„Die Gegner unsrer Ansicht“ fuhr er fort mit seiner ruhi-

gen Stimme, welche im Folgenden wahre Rührung athmete, „die Gegner sind in Einem sehr stark, nämlich darin, uns die Mängel unsers Planes vorzuführen. Sie können das, und machen auch redlichen Gebrauch davon. Sie können Alles das was uns das Herz schwer gemacht hat bis wir zu diesem Entschluß kamen wieder an uns vorüberführen, sie können die Wunde jeden Tag wieder aufreißen, und ich meinerseits gestehe Ihnen, daß so oft sie mir die Worte zurufen: das ganze Deutschland soll es sein! wenn ich auch Alles weiß was sich gegen diesen Vorwurf einer Theilung sagen läßt, es mich doch jedesmal wieder trifft. Sie können unsre Sache schlecht machen, Eins aber können sie nicht: sie sind nicht im Stande, ihr etwas Größeres, etwas gleich Großes, ja sie sind nicht im Stande, ihr nur irgend Etwas entgegenzustellen, was dem Auslande und dem Volke gegenüber einen kleinen Grad von Verständlichkeit, von Lebensfähigkeit hat." (Lebhaftes Bravo vom Centrum und der Rechten.) „Unser Gedanke ist offen und klar, seine Mängel liegen zu Tage, Niemand kann sie verdecken. Aber es ist ein klarer durchschneidender Gedanke der Einheit und der Macht, und er ist allem dem Halben und Verworrenen das Sie ihm gegenüberstellen weit überlegen. Ich gebe nicht zu, daß man das eine Zerstückelung, eine Theilung von Deutschland nennen darf, was gegenüber den früheren Zuständen nur eine noch unvollkommene, nicht für Alle gleichmäßige, aber jedenfalls weit größere Einigung von Deutschland ist. Allein selbst wenn Sie

Recht hätten, wenn es eine Verstümmelung von Deutschland wäre, so sage ich Ihnen: ich würde mir lieber einen Arm abhauen lassen und einarmig durch die Welt gehn, als zwei gesunde Arme haben, wovon der eine auch noch einer zweiten Person angewachsen ist, welche das gleiche Recht hätte sich desselben zu bedienen wie ich." Es sei keine Theilung, keine Trennung. Es sei zunächst wie mit den griechischen Kolonieen, welche dem Mutterlande eng verbunden blieben. Und hier liege kein Meer dazwischen, und es seien alle Bedingungen vorhanden, die eine innige, dauernde Verbindung möglich machen. (Bravo.) Die Namen Groß- und Kleindeutschland betreffend wüßte er nicht, daß man das kleine Griechenland mit Athen, Sparta, Corinth und Argos jemals herabgesetzt hätte gegen Großgriechenland in Italien. (Bravo.) „Sie reizen nur mit Ihrem großen Deutschland und spiegeln uns einen Traum von einem einheitlichen unermeßlichen Koloß von 70 Millionen vor, der zu gründen sei. Ich muß gegenüber von solchen Unmöglichkeiten sagen, mir ist dies Kleindeutschland von dem Sie so verächtlich reden immer noch lieber als gar keins." (Sehr gut.)

Auf die angezweifelte Union mit Oesterreich übergehend erinnerte er, daß gerade die acht Millionen Süddeutscher im Bundesstaate eine Bürgschaft für Oesterreich seien, daß keine preußische, antiösterreichische Politik im neuen Deutschland gelten werde. „Schon in Preußen selbst hat das eigentliche Preußenthum kaum eine Mehrheit; wie soll es sie haben im

übrigen Deutschland, wo das Gewicht aller kleinen Staaten dazu kommt, welche zusammen größer sind als Preußen! Wenn man ferner sagt, Oesterreich werde dann auf Deutschland keinen Einfluß mehr haben, so muß ich Ihnen gestehn: ich fürchte eher, daß der Einfluß Oesterreichs zu groß als zu klein sein wird."

„Was zum Schluß die Erblichkeit betrifft, so möchte ich dafür nur einen Grund anführen, der für mich ein entscheidender ist. Wir wollen uns ganz hingeben, aber wir verlangen das Gleiche auch von Preußen. Wir verlangen, daß es seinen staatlichen Organismus als ein fügsames Glied in die deutsche Verfassung einreihe, daß es uns in Berlin nicht ein Parlament als den Doppelgänger eines Reichstags hinstelle, daß es nicht die Stellung und Gliederung einer Großmacht fortbehalte, daß der Unterschied unter den deutschen Staaten kein andrer werde als der zwischen mittelbaren und unmittelbaren Reichslanden. Diese Forderung können wir aber nur dann stellen, wenn die Verbindung keine zeitliche, sondern eine unauflösliche ist. Wir können nicht erwarten, daß Preußen, wenn es nach sechs Jahren wieder abzutreten hat, seine gesammte Staatsverfassung so lange suspendire. Es muß bleiben was es ist, und wir kommen aus dem Gegensatz von großen und kleinen Staaten nie heraus, denn wenn Preußen seine selbständige Stellung behält, so werden es die Andern auch thun. Ein vollkommenes Zusammenwachsen ist nur unter dieser einen Bedingung möglich."

Rümelin stieg unter dem lebhaftesten Beifalle des Centrums und der Rechten von der Rednerbühne herab. Er hatte schlicht und tüchtig Alles gesagt, was zu sagen war, und weil er ein Schwabe, so wurde dies aus seinem Munde das Herzblatt der ganzen Verhandlung. Kein Norddeutscher, auch nicht Dahlmann, nicht Vincke konnten in dieser Frage so überzeugend sprechen, wenn auch Vincke die Gegenanträge schlagender züchtigen, das „bewegliche Laubdach" und „den Picknick" (Turnus), „die Anarchie nacheinander" schärfer geißeln, das Direktorium aber, „die Anarchie nebeneinander" witziger bekämpfen konnte. Das erbliche Kaiserthum blieb am ergreifendsten empfohlen durch den ruhigen Lehrer aus Nürtingen, welcher offen gestand, daß ihm der Entschluß schwer und schmerzlich gereift sei.

Neben diesem rührenden, tief erwogenen, gründlich patriotischen Ernste Rümelin's nahm sich Inhalt und Form Beda Weber's übel aus. Er hielt einen lustigen Ton für angemessen solcher Frage und eine lustige Verleugnung all seiner Grundsätze. Er, der zur strengen Rechten gehörte, empfahl heute die Volkssouverainetät, Urwahlen für den Kaiser, und wenn das nicht möglich, einen Präsidenten. Dahlmann selbst, welcher sich sonst so wenig um die Reden andrer Leute bekümmerte, bemerkte zum Eingange, daß ein so tief ernster Gegenstand nicht mit mannigfaltigen Späßen zu überschütten sei. Die Späße mögen dahingestellt bleiben, aber derlei unlautere Wendungen entschlüpfen nie dem öffentlichen Gewissen und

fallen wie Mehlthau auf die Sache, welcher sie dienen sollen. Sie hätten hier doch gute Dienste geleistet, meint man? Diese Berufung auf Volkssouverainetät und einen Präsidenten hätte ja die glückliche Coalition mit der Linken so fruchtbar eingeleitet? Ach ja, die Lüge hilft wohl von einem Tage zum andern.

Auch Frater Lassaulx wollte hierbei nicht zurückbleiben und ließ sich sehn mit seinen hölzernen Figuren, ließ sich spüren mit dem Moschusgeruche seiner Ingredienzien. Seine Weisheit hat so etwas von abgestandner Brühe, die vom Abhub aller möglichen Tafeln zusammengegossen worden. Von Epikurs, von des Horazius Flaccus, von des heiligen Augustins, von König Ludwigs Tafel. Der Neuling nennt diesen Brodem pikant, der alte Kunde gebraucht das grobe Wort „ranzig“ dafür. Frater Lassaulx servirt heute mit der bekannten Bescheidenheit eines Kellners, der nicht auf Trinkgelder, sondern auf festen Gehalt angewiesen ist. Morgen putzt er seine hölzernen Figuren auf und läßt sie mit den Sprüchen des Gymnasiums aufmarschiren. Rhetorische Heerschau; Sentenz auf Sentenz von der Lebensdauer der Staaten, von Rom und Byzanz, das ganze hundertfach zerknickte, also unter hundertfachem Gesichtspunkte darzustellende Schema der schöngeistigen Aphorismen kam daher und producirte seine Kunststückchen an der deutschen Oberhauptsfrage. Das Herz leitet die Wahl, pflegt man zu sagen. Da dieser Frater sententiosus nun aber für unsre vaterländische Sache kein Herz hat, so widerfuhr

ihm das Unglück, daß er in ein falsches Fach seines Figuren- und Sentenzenkastens gegriffen und alle Beweise für die mächtige Einherrschaft eines Großreichs hervorgelangt hatte, um — schließlich ein Direktorium zu empfehlen.

Wenn man auf nichts weiter gestellt ist als auf Klugheit, so muß man doch wenigstens klug sein. Wie mag man erwarten, daß durch solche ersichtliche Spiegelfechterei Jemand getäuscht werde. Noch klang uns das Mühlfeldtsche Minoritätserachten zu den Paragraphen Zwei und Drei in den Ohren, welches bündig erklärte, daß Oesterreich nicht in einen deutschen Bundesstaat eintreten, sondern nur ein völkerrechtliches Bündniß mit Deutschland schließen könne. Dies hatte auch Herr von Lassaulx unterschrieben, und jetzt empfahl er uns die Direktorialregierung des deutschen Bundesstaats und in diesem Direktorium Oesterreich. Vor wenig Monaten also, als die Meisten noch im Rausche auf ein bundesstaatliches Zusammengehn mit Oesterreich hofften, waren solche Leute nüchtern genug, die Unmöglichkeit des deutschen Bundesstaats mit Oesterreich einzusehn, und jetzt spielten sie die Trunkenen, welche den Ernüchterten sententiös vorwarfen, daß sie Oesterreich nicht einreihen wollten in den engen Kreis! — In einer Herzensangelegenheit, wie die Konstituirung des Vaterlandes ist, erfüllt uns doch nichts mit größerem Ekel als die Frechheit egoistischer Willkühr, als das Komödiantenwesen, welches mit unsern theuersten Interessen ernsthaftes Possenspiel treibt. Frater Lassaulx hier, Bruder Vogt dort.

Darum war es eine rechte Herzstärkung, Dahlmann in dieser Frage auftreten zu sehn und mit ihm wieder sittliche Zuversicht zu gewinnen.

Die Erblichkeit zu vertheidigen komme ihm vor, sagte er unter Oh! Oh! der Linken, als solle er eine Lobrede auf das Einmaleins halten. Dem lasse sich nichts Scharfsinniges oder gar Liebenswürdiges nachsagen, es sei nur einfach richtig und es lasse sich ohne dasselbe nicht auskommen in Haus und Hof. Dennoch habe das System der Erbherrschaft neben seinen Herbigkeiten auch seine zarte und in das innere Wesen der Menschheit dringende Seite. Nachdem es vor allen Dingen den Staat festgestellt, „denn der Staat muß in alle Wege die Hauptsache bleiben", führe es in das Staatswesen die Wärme der Familie ein, indem es die Herrschaft an ein regierendes Haupt knüpfe.

„Ja, meine Herren, nehmen Sie den Völkern, nehmen Sie dem Volksleben seine tieferen Anhänglichkeiten, die sich wohl beobachten aber keineswegs modeln lassen, ich gehe weiter: nehmen Sie selbst den Einzelnen ihre edleren Täuschungen, so nehmen Sie das Leben selbst, Sie tödten das Leben ab. Sie verwandeln damit in eine Wahrheit den melancholischen Ausspruch eines großen Dichters, der in der Wiege des Menschen nur den umgekehrten Sarg erblickt, und selbst Ihr Freiheitsjubel, von solchen Täuschungen — nennen Sie es immer so — nicht getragen, verwandelt sich in eine leere Chimäre."

Nun pries er, daß man ein Haupt beschlossen; denn in der Einheit Deutschlands sei die Zukunft Deutschlands enthalten, und ging darauf ein, daß er als Unitarier verschrieen sei. Er sei dies nicht aus Theorieen der Schule geworden, sondern durch eine Kette bitterer vaterländischer Erfahrungen in einem langen Leben. Hierbei schilderte er die Hauptzüge seines Lebens. In Wismar sei er geboren und aufgewachsen, als diese gute deutsche Stadt schwedisch gewesen. Dann sei er in Kiel Professor gewesen und habe nicht in den Krieg gegen Napoleon gedurft, denn Kiel war dänisch und Dänemark war Napoleon's Verbündeter. Solle er noch Hannovers gedenken? Man möge ja glauben, daß er erfahren, was uns fehle, man möge die rechte Zeit der Heilung ja nicht vorüber lassen! „Einer einheitlichen Gewalt bedürfen wir, einer Einheit, welcher das Ganze des Vaterlandes Eins und Alles ist. Alles was ich früher in Deutschland erblickte, alle jene sogenannten kleinen Ganzen, die waren nur da, um das große deutsche Ganze gründlich todtzuschlagen. Uns thut ein Herrscherhaus noth, welches gänzlich sich unserm Deutschland widmet, gänzlich in Deutschland lebt und in nichts Anderem. Ein solches Herrscherhaus kann uns Oesterreich nicht sein, es kann es nicht, denn es hängen diesem Oesterreich, bei all seinem verdienten Ruhme, zu viele außerdeutsche Sorgen an. Oesterreich krankt an seiner Stärke ebenso sehr wie andere Staaten an ihrer Schwäche. Die schwersten Sorgen Oester-

reichs werden erst dann beginnen, wenn es den langen Lauf seiner Siege vollendet hat."

Er bezweifelt, daß die Unterhandlung mit Oesterreich zu einem praktischen Ziele führen werde „in einer langen Dauer der Zeiten". — „An den Hohenzollern Preußens können wir ein solches Herrscherhaus nicht nur haben, sondern mit dem schlechtesten und dem besten Willen kann es kein Sterblicher dahin bringen, daß wir es nicht hätten. Es ist gar keine Zukunft für Deutschland möglich ohne Preußen. Hier kommt es also durchaus nicht darauf an, eine Wahl zu treffen, sondern uns dieses Hauses von Anfang an dergestalt zu versichern (Gelächter auf der Linken. Von der Rechten: Ruhe!) daß wir die Gewißheit haben, es widme sich gänzlich dem deutschen Vaterlande, alle seine Kraft und Sorge, nicht bloß als Nebengeschäft. Das ist aber keineswegs so leicht, wie Viele unter uns glauben wollen!"

Folgte eine Schilderung des specifischen Preußenthums, welches nicht begreife, daß seine Stellung mit dem Ende des absoluten Königthums eine ganz andre geworden. Die Anarchie werde nie mehr gedämpft, wenn nicht durch die Einheit der deutschen Volkskraft eine Bahn eröffnet sei, die zur Macht führe. „Denn es ist nicht bloß die Freiheit, es ist zur größern Hälfte die Macht, die ihm bisher versagte, nach welcher es den Deutschen gelüstet. Deutschland muß als solches endlich eintreten in die Reihe der politischen Großmächte des Welttheils. Das kann nur durch Preußen geschehn und weder

Preußen kann ohne Deutschland noch Deutschland ohne Preußen genesen. Und so komme ich denn doch am Ende wieder auf das zurück, was ich das Einmaleins nannte. Denn das ist denn doch wohl ein ganz Einfaches, daß eine Macht wie Preußen nicht auf die Probe berufen werden kann. Man kann einen Theil seines Wesens allenfalls hingeben an ein anderes, man kann allenfalls mithelfen zur Herrschaft, man kann das politische Pfuscherwerk einer Trias oder eines Turnus mit aufputzen helfen; allein sein ganzes Wesen das gibt man nicht für drei, sechs oder zwölf Jahre hin, sein ganzes Wesen gibt man nur hin, um in ein höheres Wesen für alle Dauer der Zeiten überzugehn. (Bravo!) Meine Herren! Ich verdamme Niemands Abstimmung (Bravo!), allein was mich persönlich angeht, ich würde glauben gebrochen zu haben mit Allem, was mir vaterländisch theuer und heilig ist, gebrochen zu haben mit meinem Vaterlande, wenn ich anders meine Stimme abgäbe als für die Einheit Deutschlands (Bravo!), für die erbliche Krone meines deutschen Vaterlandes (Bravo! Zischen auf der Linken.). So bin ich gesonnen und werde so gesonnen bleiben und bis an mein Ende den Glauben festhalten, daß eine unbegreifliche Barmherzigkeit des Himmels uns vielgeprüften Deutschen endlich die Rettungsbahn eröffnet hat, die wir einschlagen müssen, wenn wir das Heil des Vaterlandes finden wollen." (Lebhafter Beifall im Centrum und der Rechten. Zischen von der Linken.)

Neben diesem klaren Einsehn und klarem Wollen wie

staubig und trübe nahm sich Fröbel's Wollen aus! Er meinte es ehrlich und gut und sanft, er war wirklich ein Demokrat. Aber welche Träumerei! Mückenschwarm auf Mückenschwarm, wo Alles sich begatten und doch Alles ruhelos weiter will. Nicht einmal Zeit und Kraft zur neuen Mückenzeugung. Jeglicher Glaube an irgend eine Autorität sei dahin und der absolute Unglaube herrsche. Dies sei die Hauptbedingung der Demokratie. Die freie Selbstbestimmung müsse also in allen Dingen eintreten, und auch nicht das aus allgemeinem Wahlrechte hervorgegangene Parlament, sondern das ganze Volk habe das Reichsoberhaupt und zwar auf die kürzeste Zeit zu wählen. Eine solche Oberhaupts-Autorität wie vorgeschlagen, sei übrigens auch gegen Paragraph Sieben der Grundrechte, wornach jedes Amt für jeden dazu Befähigten zugänglich und jeder bevorrechtete Stand abgeschafft sei. War jetzt Zeit zum Mückenseihen im deutschen Vaterlande! Vincke nahm sich die Mühe darauf zu erwidern, daß nach solcher „Gleichheit vor dem Gesetz" Niemand ein Amt annehmen dürfe, weil der Beamte eine andre Stellung habe als derjenige, welcher ihm untergeordnet ist. Die Gleichheit vor dem Gesetze, die doch nur eine ideale, sei nur so zu verstehn, daß Jeder Anspruch auf gleiche Behandlung vor dem Richter, nicht daß er auch dieselbe Lebensstellung haben solle. Uebrigens benützte er die günstige Stellung Preußens zu dieser Frage dahin, daß er ebenfalls idealisirte, und der Konsequenz wegen noch einmal wie früher versicherte: er würde für das Haus Oesterreich

sprechen, wenn Oesterreich nicht noch andere Interessen zu vertreten hätte als rein deutsche. Das war nicht ohne Künstlichkeit und Gemachtheit und gewiß nicht von so reinem Quellwasser wie Dahlmann's Wort. Keinen Zweifel, daß Vincke sich selbst beim Worte gehalten hätte, wenn über Nacht Oesterreich sich aller nicht deutschen Lande entäußert hätte. Und wie dann? Um sein Wort zu halten, wäre er gegen seinen ganzen politischen Kreis von Gedanken und Wünschen, wäre er gegen seine ganze eigene Welt in die Schranken getreten. Die Spitzfindigkeit ist unter allen Umständen eine Gefahr in der Politik. Allerdings verschaffte ihm seine Konsequenz in dieser Frage glänzende Vortheile auf der Rednerbühne. Nachdem er links und rechts die Gegner niedergeworfen hatte wie ein Herkules, der mit der Faust Stiere erschlägt und dabei noch nebenher mit einem Finger giftige Schlangen erdrückt, welche die Peterskirche in die Paulskirche einschleppten, konnte er allerdings rufen: Wer ist denn damals verlacht worden mit den 34 deutschen Nationen? Ich war's, der unsre Misere so bezeichnete als eine Misere, welcher ein Ende gemacht werden müsse. „Jetzt, wo wir nach acht Monaten fast am Ende unserer Aufgabe uns befinden, bin ich mir bewußt, treu geblieben zu sein; ich höre aber jetzt viele Stimmen in diesem Hause, die eben nichts Anderes wollen als die 34 Nationen! (Großer Beifall.) Ich habe hier kein anderes Interesse als die Zukunft Deutschlands. (Allseitiger lebhafter Beifall.) Wenn die Geschichte unsre Namen aufzeichnet, woran man

uns hier so oft erinnert hat, so wird man hoffentlich unsere Namen alle auf die Seite Derjenigen stellen, welche ein einiges Deutschland wollten. (Lebhafter Beifall.) Die Namen der Gegner aber wird man in allen Winkeln Deutschlands suchen müssen: da wo man die Republik will und nur jetzt noch nicht ausführen kann, da wo man die katholische Kirche gefährdet glaubt und man für einen erblichen Kaiser nicht stimmt, weil unser König einmal das Unglück hat Protestant zu sein, und da wo man nur deshalb nicht für den Erbkaiser ist, weil es nicht der österreichische ist; zu einer solchen Ansicht werden wir Preußen uns niemals herablassen." (Stürmisches Bravo und anhaltendes Händeklatschen in der ganzen Versammlung — sagt sogar der stenographische Bericht.)

Das heißt die günstige Stellung ausbeuten. Der nächste Redner, Edel von Würzburg, suchte die ungünstige auszubeuten. Er behandelte Nord- und Süddeutschland wie berechtigte staatliche Gegensätze, und diejenige Einheit war ihm ein Unrecht, in welcher Süddeutschland schwächer vertreten sei als Norddeutschland. Er pochte geradezu auf den Partikularismus als so und so großen Komplex, und erklärte diese Oberhauptsfrage für eine Existenzfrage Süddeutschlands. Da war im Drange gar kein idealer Schleier mehr übrig geblieben, und er verlangte ganz zuversichtlich diejenige Form, welche unser Vaterland ruinirt hat, das Wahlkaiserthum! „Damit kein deutscher Stamm", wollte sagen damit nicht Baiern, bleibend „vom Reichsregimente ausgeschlossen" werde.

Ein nordischer schwarzer Bart folgte dem südlichen schwarzen Barte, ein Hannoveraner dem Baier, und Grumbrecht erklärte nach solchem Vorgange denn doch auch jetzt am Ende des Werkes noch feierlich, daß er nicht wie Edel im Namen Baierns im Namen Hannovers sprechen wolle, sondern als Deutscher, obwohl den Hannoveranern das partikulare Gefühl ebenso nahe gelegt sei wie den Baiern. Ihm und den Seinigen sei wahrlich das preußische Kaiserthum etwas sehr Unerwünschtes, und auch in den materiellen Interessen stünden ihnen nur Opfer, große Opfer bevor. „Er persönlich habe gehofft, es würden die Großstaaten zu Grunde gehn in einer deutschen Bewegung, und er habe deshalb mit der Linken gestimmt — aber er könne sich nicht mehr verhehlen, daß die Mehrheit dieses Hauses Deutschland richtiger beurtheilt habe, und so müßten denn, um das Ziel zu erreichen, auch die schwersten Opfer gebracht werden. Er stimme mit schwerem Herzen, aber er stimme für ein erbliches Oberhaupt. Dies nur könne, wie die Lage der Dinge in Deutschland sei, Macht nach außen, Freiheit im Innern verbürgen.

Dieser ehrliche Sinn Grumbrechts mußte nach Herrn Edels Rede einen erhebenden Eindruck machen. Denn die nackte Berufung auf ein selbständiges Süddeutschland oder Baiern, diese Berufung nach achtmonatlicher principieller Einheit wirkte damals noch empörend. Süddeutschland hatte ja vorzugsweise nach deutscher Einheit gerufen; Preußen hatte dies nicht gethan. Nun war man am Abschlusse, und weil

das Verhältniß in der Paulskirche, hat Treu und Glauben so sehr vergiftet als solch Betragen.

Mit Freude und Zuneigung hörte man daneben einen Süddeutschen wie Uhland an, obwohl er nichts Besseres wollte als ein Wahlreich. Aber er war ächt im Princip, treu in seinem Worte. Die Wurzel des neuen deutschen Staates sei eine demokratische; der Gipfel schieße nicht von den Zweigen empor, sondern von der Wurzel: „das wäre dem natürlichen Wachsthum der neu entstehenden deutschen Eiche nicht gemäß, wenn wir in ihrem Gipfel ein Brutnest erblicher Reichsadler aufpflanzen wollten". Ja als er damit schloß: es werde kein Haupt über Deutschland leuchten, welches nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt sei, da rief Mancher dem Dichter Beifall zu, Mancher, der gar nicht einverstanden war mit dem luftigen Gedankenzuge des Schwaben. Es war aber eine deutsche und poetische Ganzheit. —

Der Worte sind genug gewechselt! hieß es denn am zweiten Tage, am 23. Januar, bekehrt wird Niemand mehr durch Reden, stimmen wir ab!

Man durfte nicht sicher auf einen Sieg der Erblichkeit rechnen. Das Centrum selbst hatte starken Abfall zu erwarten, wie sich schon bei Edel und Genossen an den Tag gelegt hatte. Die Rechte ging voraussichtlich nur in geringer Zahl mit Vincke, denn alle Baiern und Oesterreicher dort wollten keine Erblichkeit — für den Hohenzollern. Vom Würtemberger Hofe

waren wohl, wie Grumbrechts Rede verheißen, einige Stimmen zu erwarten. Aber Grumbrecht selbst gehörte zur rechten Seite des Würtemberger Hofes und war nur darum nicht zum Augsburger übergegangen, weil er in zweifelhaften Fragen die Meinung des Centrums im Würtemberger Hofe vertreten wollte.

Ein Sieg der Erblichkeit war unwahrscheinlich, war jedenfalls nur denn möglich, wenn die Frage um Erblichkeit zuletzt an die Reihe kam. Leute wie Waitz, Zachariä und Aehnliche, welche sich hierin vom Centrum absonderten, mochten wohl zum Votum für Erblichkeit sich entschließen, wenn alle anderen Bestimmungen keine Majorität erlangten, und mancher Andere war ebenso entschlossen, damit ein Beschluß zu Stande käme. Aber in erster Linie wollten Viele nicht für Erblichkeit stimmen, die sich allenfalls dazu entschließen wollten, wenn keine andre Wahl mehr übrig bliebe.

Das Schicksal der Erblichkeit hing also von der Fragstellung ab, und die Abstimmung über die Folge der Fragen fiel nicht zu Gunsten der Erblichkeit aus. Vierundzwanzig Stimmen Mehrheit bestimmten, daß zuerst über Erblichkeit votirt werden solle.

Zu dieser Mehrheit hatte sich ziemlich Alles vereinigt, was nicht durchaus für Erblichkeit gesinnt war. Auch diejenigen, welche der partikularistischen und demokratischen Opposition keinen Vorwand lassen, und die Zeit bis zur zweiten Lesung

für Oesterreich frei lassen wollten, welche also deshalb erst bei der zweiten Lesung ihr letztes Wort abgeben wollten.

Das erbkaiserliche Centrum verzichtete also nach diesem Ergebnisse auf einen absoluten Sieg. Es spannte seine Aufmerksamkeit nur dahin, ob die Erblichkeit einen relativen Sieg erringen werde, das heißt, ob sie heute die zahlreichste Minderzahl aufweisen könne. Auf alle andern Formen, das wußte man, vereinigen sich die verschiedenartigsten Elemente, für den sechsjährigen Kaiser namentlich sogar der gemäßigte Theil der Linken; um die Erblichkeit aber schaart sich nur ein geschlossenes Princip.

211 Stimmen vereinigten sich für die Erblichkeit gegen 263. Die Minderheit betrug also nur 52 Stimmen. Von zwanzig Stimmen ungefähr wußte man jetzt schon, daß sie in zweiter Instanz für Erblichkeit stimmen wollten. Es blieb also ein Minus von 12 Stimmen zu gewinnen für die endliche Entscheidung:

Die Wahl des Kaisers auf Lebenszeit erhielt nur 39 Simmen von 452.

Die Wahl des Kaisers auf zwölf Jahre erhielt gar nur 14 Stimmen von 456.

Nun ging es an das sechsjährige Reichsoberhaupt, wofür sich Republikaner, die einen solchen Präsidenten hofften, Süddeutsche, Oesterreicher, Rechte und fast alle Feinde des Erbkaisers vereinigten. Herr von Bothmer neben Vogt, Römer

neben Giskra stimmten dafür. Dennoch brachten sie's nur auf 196 Stimmen gegen 264.

Das Reichsoberhaupt auf drei Jahre erhielt 120, fast nur linke Stimmen.

So war denn keine Bestimmung über die Dauer des Reichsoberhauptes durchgegangen. Die Erblichkeit hatte aber eine relative und zwar principiell einige Mehrheit. Die definitive Entscheidung blieb der zweiten Lesung überlassen.

7.

Hiermit war der Gedankenkreis einer neuen deutschen Verfassung erschöpft. Es blieben in der Oberhauptsfrage nur die gewöhnlichen Konsequenzen der konstitutionellen Monarchie übrig. Dann war der „Reichsrath", sicher gestellt durch das Zugeständniß des Centrums, es war ein Abschnitt „Gewähr der Verfassung" zu votiren, und es war endlich ein Wahlgesetz festzustellen. Letzteres sollte nicht integrirender Theil der Verfassung werden, und man wollte erst nach zweiter Lesung der Verfassung an die dornige Lösung solch einer Aufgabe schreiten, welche doch gewiß nur dann passend gelös't werden konnte, wenn man vollständig übersah, für welchen Staat, also für welche Vorbedingungen die Wahlen anzuordnen wären.

Dies hoffte man und dies war im Laufe eines Monats, also bis gegen die Mitte des Februar, zu erledigen. Unterdeß

konnten die Bemerkungen und Einwendungen der Staaten über und gegen die Verfassung eingegangen und vom Verfassungsausschusse für die Vorlage zur zweiten Lesung berücksichtigt sein. Auf diesem Wege sollte die „Verständigung" zwischen Reichsversammlung und Einzelnstaaten stattfinden. Preußen selbst hatte dies mildere Wort „Verständigung" vorgeschlagen und hatte den technischen Ausdruck „Vereinbarung", welcher so viel Widerstreben fand, absichtlich vermieden. Darauf einzugehn war die Mehrheit der Paulskirche bereit. Die endgültige Entscheidung nur sollte in ihr als der Vertreterin eines deutschen Ganzen gegenüber den deutschen Bestandtheilen beruhn und sich bethätigen.

Die Entwickelung schien also nun doch endlich ihrem Ziele glücklich zu nahen. Bis zur Wiederkehr des Märzes konnte die Konstituirung des Vaterlandes vollendet sein. Ach, „zwischen Lippe und Bechersrand" findet noch alles mögliche Verderben Raum. Bis zur zweiten Lesung sollten diejenigen deutschen Elemente, welche sich über Gebühr benachtheiligt glaubten, den Boden dergestalt aufwühlen, daß kaum ein endlicher Beschluß entstehen, dieser endliche Beschluß aber vergiftet werden könne.

Innerhalb dieses Monats vor dem wiederkehrenden März bildete sich eine Coalition aus, welche nichts weiter gemeinschaftlich hatte als: Hinderung und Zerstörung der deutschen Reichsverfassung.

Ehe dies näher dargestellt wird ist aus dem Abschnitte der

Oberhauptsfrage noch dasjenige zu erwähnen, was früher schon angedeutet worden ist als etwas, was nicht zur Verhandlung gekommen sei. Es betraf etwas scheinbar Aeußerliches, den Titel des Reichsoberhauptes. Der Verfassungsausschuß hatte den Kaisertitel vorgeschlagen. Dagegen war von einigen Mitgliedern des Centrums ein Amendement vorbereitet worden, welches den Titel „König der Deutschen" vorschlug. Es stützte sich auf folgende Erwägung:

Der Kaisertitel erweckt Gedanken, Erinnerungen und Ansprüche, welche gar nicht beabsichtigt werden. Er war der Ausdruck eines ganz andern Reichsverhältnisses, als das heutige sein kann und sein soll. Er betraf den Zusammenhang mit Rom, er war aus dem Süden geholt für ein heilig-römisch-deutsches Reich. An solch einen Zusammenhang des modernen deutschen Reiches denkt Niemand. Wozu also etwas Lebloses mit einem Namen heraufbeschwören, welcher nur Anlaß giebt zu Mißdeutungen? König der Deutschen war der heimathliche deutsche Titel, für welchen es keines Römerzugs, keiner päbstlichen Weihe bedurfte. Im eigentlichen Sinne des Wortes war er der nationale Titel.

Oesterreich ferner wird schon um des bloßen Kaisertitels willen doppelte Schwierigkeiten erheben. Wir Menschen sind nun einmal so, daß wir an Unwesentlichem mit besonderer Hartnäckigkeit haften.

Ja, auch eine große Anzahl katholischer oder süddeutscher Stimmen, für welche die Tradition des Kaiserthums noch

eine ganz bestimmte religiöse oder poetische Bedeutung hat, werden eher mit ihrer Opposition verstummen, wenn der für sie bedeutungsvolle Titel vermieden wird. Das Neue mit neutralem Namen wird eher eine neutrale Stimmung gewinnen bei seinen Widersachern.

Für den engeren und weiteren Bund endlich ist ein zwiefacher Titel angemessen. Soll und kann eine Architektonik erstrebt werden, innerhalb welcher der österreichische Kaiser dem weiteren Bunde präsidire als mächtiger Herr all seiner Lande, dann möge ihm auch allein der Kaisertitel verbleiben. Jedenfalls wird durch den „König der Deutschen" der organische Verband mit Oesterreich im weiteren Bunde erleichtert.

Dagegen sprach nur, daß sich das Volk bereits des großen faßlichen Kaisertitels bemächtigt habe, und daß er besonders in Norddeutschland, wenn auch nicht unter dem demokratischen Parteibegriffe „Volk", doch unter Bürgern und Bauern bereits populär sei. Es sei nicht gut daran wieder zu rütteln. Das war ein gegründeter Einwand. Er hätte aber doch untergeordnet werden müssen, wenn wirklich für die Befriedigung des Ganzen durch solchen Wechsel des Titels etwas zu erreichen war. Daß Norddeutschland übrigens, wo ja die Eifersucht gegen Preußen noch größer ist als in Süddeutschland, seinen Widerwillen gegen ein preußisches Kaiserthum so heroisch niederkämpfte, das hing allerdings zusammen mit religiöser und poetischer Tradition wie sie hier zu Hause. Man mag sich noch so sehr hüten es auszusprechen, verleugnen kann man

nirgends ganz, daß der protestantische Sinn, wenn auch den Meisten unbewußt, in all diesen Fragen seinen Einfluß übte. Mochten nun auch hier die norddeutschen Protestanten ihr Opfer bringen zum Gedeihen des Ganzen, indem sie auf einen stolzen Titel verzichteten!

Sie wendeten ein, es werde ja dieser deutsche Königstitel gar so unbequem und verwirrend werden, weil man noch vier kleine Könige behalte. — Die verwirrenden Titel, welche über die Macht täuschen sollen — wurde darauf erwidert — haben diejenigen nicht zu kümmern, welche für entsprechende Macht den Namen zu wählen haben. Es ist von ihnen dafür zu sorgen, daß ein deutsches Königthum entsteht, und daß andrerseits die Einzelnstaaten nicht weiter in ihren Herrlichkeiten verkürzt werden als zum Bestehn eines mächtigen Ganzen nöthig ist. Wie weit den Einzelnstaaten eines vereinigten Reiches der königliche Name und Prunk, zumeist eine Errungenschaft Napoleons in Deutschland, unerläßlich sei, das werde die Sitte von selbst verfügen.

Dieser letztere Gesichtspunkt galt indessen für Nebensache. Die Erleichterung für Oesterreich, die Versinnlichung eines sich abzweigenden engeren und weiteren Bundes war der Grund dieser Titelfrage.

Um den Königstitel gruppirten sich zunächst diejenigen, welche zwar den Bundesstaat in ganzer Konsequenz aber auch die organische Betheiligung Oesterreichs wollten. Die Folge wird lehren, daß in dieser engeren Gruppe, welche sich um

Gagern gebildet hatte, nicht nur warme Theilnahme für Oesterreich, sondern auch klare Erkenntniß der auf friedlichem Wege erreichbaren Formen lebendig war. Heinrich von Gagern erklärte sich für dieses Amendement des Königstitels, und die Mehrzahl des Centrums schien einzuwilligen. Es begann eben die Runde zu machen für Unterschriften — da kam jene Entscheidung gegen die Erblichkeit. Jetzt war es nicht mehr an der Zeit, das Oberhaupt noch weiter abzuschwächen. Man legte das Amendement zurück für die zweite Lesung. Es war nicht vorauszusehn, daß diese zweite Lesung so sturm- und drangvoll vor sich gehn, und daß sie keinen Raum gestatten werde für eine solche feine Abstufung.

Der Kaisertitel selbst war nur mit einer Mehrheit von 9 Stimmen durchgegangen. Viele die so eben für einen sechsjährigen Kaiser gestimmt, ja Manche die später für einen erblichen Kaiser stimmten, hatten jetzt gegen den Titel votirt mit den Linken, den Ultramontanen, den Baiern und den Oesterreichern, welche letzten drei Kategorieen ein römisch-deutsches Kaiserthum votirt hätten, wenn Aussicht vorhanden gewesen wäre, einen Habsburger erwählt zu sehn.

Solche Parteiung gegen dieselben Staatsformen, welche man selber wollte, welche man aber des unwillkommenen Eigenthümers wegen jetzt verleugnete, führte nun nach der ersten Lesung zur berüchtigten Coalition. Nachdem auch die „Gewähr der Verfassung“ und die verschobenen Paragraphen der Grundrechte votirt, nachdem die Einwendungen der

Staaten eingegangen waren und als man nur noch den letzten Berg, die entscheidende zweite Lesung vor sich hatte, da vereinigten sich zu bloß negativem Zwecke Parteien, welche über Form und Inhalt entgegengesetzter Ansicht waren. Was da Princip! Was da deutscher Staat und deutsche Einheit klein oder groß! Es sollte Nichts zu Stande kommen, weil Das nicht zu Stande kam was — sie wollten? O nein. Wenn sie noch gewußt hätten was sie wollten! Wenn sie nur eine Form hätten bezeichnen können! Sie wußten nur was sie nicht wollten. Sie konnten also nur zerstören, und deshalb war unter ihnen eine lügenhafte und unmoralische Coalition möglich. Lügenhaft und unmoralisch dadurch, daß sie einander zu Gefallen, namentlich die Rechten den Linken zu Gefallen, für Sätze stimmten, welche ihrem Princip und sonstigen Wunsche direkt widersprachen. Sie wollten diese Sätze nicht, sie stimmten nur dafür als für Zerstörungsmittel.

Dies wurde schreiend offenbar beim Wahlgesetze, welches sie nun vor der zweiten Lesung herauszutreiben suchten. Die Besseren thaten dies um noch einige Zeit zu gewinnen bis zu der gefürchteten abschließenden zweiten Lesung. Die Schlimmeren drängten das Wahlgesetz dazwischen, weil sie wohl wußten, wie nackt hierbei nochmals die Gegensätze zwischen Rechts und Links hervorspringen, die Leidenschaft reizen, die Einigung zu einer Verfassung erschweren müßten. Es war dies vorzeitige Heranbringen des Wahlgesetzes selbst das erste Zugeständniß, welches sie den Linken machten. Diesen lag

nicht das Mindeste am Fertigwerden solcher konstitutionell-monarchischen Verfassung; „im Gegentheile!“ hatte der schwatzhafte Herr Vogt gesagt; es lag ihnen in dem ganzen, durch Mäßigung einmal doch verpfuschten Parlamente nur an den Grundrechten und an einem Wahlgesetze mit unbeschränktem Wahlrechte. Diesen Hebel noch wünschten sie zu erlangen, dann wollten sie in Zukunft das Verfassungswerk schon in die Lüfte sprengen. Ist aber erst die Verfassung auch in zweiter Lesung beschlossen — berechnete man — dann tritt ein Genügen ein, welches einem weit greifenden Wahlgesetze ungünstig ist, dann will man das Fertiggewordene konserviren, dann wird also auch das Wahlgesetz konservativ. Jetzt aber, riefen die Linken, jetzt wo die Ungewißheit noch so vortrefflich gährt, jetzt an das Wahlgesetz! Wollt Ihr Unzufriedenen mit uns zusammengehn, so gebt ein Pfand, und helft uns zum und beim Wahlgesetze!

Dies geschah. Es erschienen südliche Figuren auf der Rednerbühne die man nie gesehn. Lange dunkle Röcke mit hohen Glanzstiefeln! Singend fanden sie 's unbegreiflich, daß man mit dem wichtigsten Gesetze zögern könne. Das Volk, das Volk! das ganze Volk lag ihnen, die bisher im Hintergrunde der Rechten ganz verborgen gewesen waren, so sehr am Herzen, das ganze Volk sei zur Wahl berufen. Wie Herr Beda Weber angekündigt: die Volkssouverainetät war plötzlich unter sie gefahren.

Ein nicht unwichtiger Bundesgenosse für die Malkonten-

ten war seit Kurzem in Frankfurt wieder eingekehrt. Heckscher, welcher zur Vertretung der Centralgewalt nach Italien, nach Turin, gesandt worden war, da er als Mitglied des Ministeriums fernerhin für unmöglich gegolten und man ihm doch eine Aufmerksamkeit erweisen gewollt hatte. Schwer verdrießlich sah dieser ehrgeizige Mann jetzt drein, daß die Entwickelung tiefe, feste Bahnen gewonnen hatte, und seiner nicht bedurfte. Er war der advokatische Mann, dem Gagernschen Wesen nicht bloß die ewige Verneinung, sondern wenigstens scheinbar positive Punkte entgegenzustellen. Anonym ward eine Einladung erlassen zu einer Zusammenkunft in Schröders Hôtel. Er selbst, die beiden Oesterreicher von Würth und Somaruga, Welcker und der weiland Ministerkandidat kuriosen Angedenkens, von Hermann, traten zusammen, und griffen es am richtigen Ende an: es sollte eine andere Verfassung der bisher beschlossenen entgegengestellt werden. Dagegen war gewiß nichts einzuwenden. Wenn es möglich war, die unerläßlichen Grundbedingungen: Volkshaus und Bundesstaat, auf anderem, Oesterreich einschließenden Wege zu erreichen, so konnte diese Gegenverfassung sicher darauf rechnen, die Mehrheit in der Paulskirche, selbst ohne die Linke, zu gewinnen. Denn die jetzigen Bundesstaatlichen, die Kaiserlichen genannt. würden in großer Anzahl bereit gewesen sein sich eines Besseren belehren zu lassen. Es war ihnen gar nicht um den Ausschluß Oesterreichs zu thun, wenn mit Oesterreich das Ziel erreicht werden konnte.

Für dieses großdeutsche Verfassungsprojekt wurde im Hôtel Schröder eine Commission von neun Mitgliedern ernannt, und während sie innerlich an's Werk ging, schritt man äußerlich zur Anknüpfung mit der Linken.

Es wurde eine Coalition sogar offen und geräuschvoll in's Werk gesetzt. Auf der Mainlust war eine Versammlung versucht worden, in welcher man sich öffentlich über Allianz-Bedingungen einigen wollte. Das war aber doch nicht ohne skandalösen Anstrich abgegangen. Die Frivolität der Linken hatte es nicht lassen können, ihre Späße zu machen über die großdeutschen Pharisäer, und man mußte versuchen, die Loosungsworte in kleineren Zirkeln vorzubereiten. Selbst manchem gewissenhaften Manne von der Linken war der Schacher zuwider, war die Aeußerung Vogts, „er sei allerdings käuflich für vermehrte Volksrechte" ein Gräuel, und der bessere Mann von der Linken hielt sich fern. Positiven Vortheil konnten dabei übrigens unter allen Umständen nur die Linken haben, da eigentlich von ihnen gar kein artikulirtes Zugeständniß gefordert, sondern nur ein Beharren auf jeweilig vorkommenden, völlig vagen großdeutschen Sätzen verlangt wurde. Das war ein Verlangen, welches den Linken von selbst entsprach: vage Redensarten mit dem Paukentone eines ganzen großen Deutschland, damit konnten sie aufwarten. Und übrigens Opposition gegen die verhaßten Bundesstaats-Centren, Opposition in alle Wege, Verzögerung, Vernichtung, heidi! was konnte Leuten wie Vogt Erwünschteres kommen?!

Die Stifter der Liga mochten wohl wissen, daß Dem so sei, und daß für sie keinerlei positives Resultat dabei erzielt werden könne. Wie vorsichtig und täuschsam auch die Verfasser einer Gegenverfassung unter Heckschers Leitung die Sätze drehen und verdrehen mochten, sie blieben doch aus Mangel an Schöpfungskraft am Zuschnitt der bisherigen Verfassung haften, und schnitten nur hie und da Löcher, welche den Linken gerade nichts weniger als erwünscht sein konnten. Die Absicht einer neuen Verfassung also, welche sich langsam und flickweise zu bethätigen suchte, konnte auch nicht über den lügenhaften Begriff einer aus feindlichen Elementen zusammen getriebenen Coalition hinaus bringen. Ein positives Ergebniß mit den Linken noch weniger. Man wollte nur eine Zeitlang zusammen marschiren, um stärker auszusehn. Es drängt sich also die Frage auf: warum dann nicht lieber das Aufsehn vermeiden, welches ihnen in der sittlichen Meinung so unauslöschlichen Schaden brachte? Warum dann nicht einfach geschehen lassen was von selbst geschah wenn man mit den Linken stimmte?

Einmal hatte man doch wohl nicht vorausgesehn, daß die Linken so gar prahlerisch und hochmüthig sein würden, und zweitens bedurfte es doch immerhin einer genauen Verständigung, um gegenüber dem kompakten Centrum die Fragen über Tagesordnung und Abstimmung genau so zu stellen und zu vereinbaren, daß ein Erfolg möglich war. Wenn irgend möglich, mußten diese Fragen doch einen Schimmer

von Entschuldigung und Berechtigung mit sich führen, sonst schämten sich doch Manche, die gern mitgegangen wären. Und um die Mehrheit zu erlangen, die auch im günstigsten Falle nur eine ganz geringe werden konnte, mußte die Verabredung sehr fein gefädelt sein. Das Wahlgesetz war dafür unschätzbar. Da mußte Piepmeyer hie und da erwachen, da war Unerfahrenheit auszubeuten, da war Vereinigung auf beschränkende Punkte so ungemein schwer in dem zwanzigfach verschiedenartigen Deutschland, und da konnten die zwei oder drei soufflirenden Coalitionsführer unbekümmert in's Ungemessene laufen lassen oder auch treiben. Es war ja doch nicht daran zu denken, daß Oesterreich jemals zu einem solchen gesetzgeberischen Volkshause wählen ließ, am Wenigsten daß es nach einem so nivellirenden Gesetze wählen ließ, mochte dies nun ein Quentchen mehr oder ein Quentchen weniger laxativ sein.

Hierbei wurde es zum ersten Male deutlich und wurde es bitter ausgesprochen: daß eine so große Anzahl Stimmen über Form und Wesen eines Bundesstaates entscheiden sollten, dem sie doch sicherlich nicht zugehören würden. Alle übrigen Regierungen hatten zur sogenannten „Verständigung" ihre Noten eingereicht, in welchen das bezeichnet war was sie in der zweiten Lesung geändert sehn wollten an der Verfassung. Oesterreich allein hatte vom 4. Februar eine wiederum ganz allgemein gehaltene Note gesendet, in welcher es sich gegen das Gagernsche Programm erklärte, und übrigens nur

hinzusetzte: daß ihm ein einiges, mächtiges, Deutschland „vorschwebe.“

Dies Wort an solcher Stelle sagte Alles. Selbst Diejenigen, welche noch allenfalls einen bestimmten Fingerzeig erwartet, gestanden jetzt, daß gar nichts von dort zu erwarten sei für einen deutschen Bundesstaat, und zum ersten Male mußte man die bittersten Ausdrücke hören: daß in dieser Note immer das dritte Wort Oesterreich die „erste deutsche Macht“ nenne, daß es aber die erste fremde Macht in Deutschland sei. Der Aerger und die Animosität gegen Oesterreich stieg jetzt nach dieser „hochfahrend“ genannten Note und bei Abstimmung über das Wahlgesetz zu beunruhigender Höhe. Als ein übrigens unbekannter Schwarzrock am 13. Februar mit unverkennbarem Dialekte plötzlich zum ersten Male auf der Tribüne erschien und in gezogenen, schleimigen Wendungen zu beweisen suchte, daß die Vornahme des Wahlgesetzes jetzt, und gerade jetzt an der Zeit und dem Ganzen höchst förderlich sei, da erhob sich eine so eigenthümliche Unruhe im Hause, daß man einen bisher noch niemals verlauteten Widerwillen erkennen mußte. Die Versammlung gerieth in ein letztes Stadium der Gereiztheit, welches die ärgsten Ausbrüche befürchten ließ.

An demselben Tage wurde übrigens, nachdem auch Herr von Hermann aus ministeriellen Gründen — so hartnäckig interessirte er sich für's Ministerium! — die Vornahme des Wahlgesetzes bevorwortet hatte, es wurde trotz wirklich mi-

nisteriellen Widerspruches von Seiten Beckeraths die Diskussion des Wahlgesetzes auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Man wußte nicht, woher die Mehrheit kam; aber hierbei fand man auch rechts hinreichenden „Schimmer von Entschuldigung und Berechtigung." Es war unscheinbar Verzögerung und ein Zankapfel zu gewinnen.

Die Vorberathungen des Wahlgesetzes in den Klubbs des Centrums verhießen kein günstiges Resultat für diejenigen, welche das unbeschränkte Wahlrecht für unverträglich hielten mit einem geordneten Staatsleben. Theils war ein Klubb, der Landsberg, nicht dahin zu bringen, daß er sich ganz oder auch nur in großer Mehrzahl dem Principe einer nothwendigen Beschränkung angeschlossen hätte Es war einer Anzahl dieser Abgeordneten nicht glaublich zu machen, daß weder eine monarchische noch eine republikanische Staatsordnung zu irgend einer Stätigkeit gelangen könne, wenn die Entscheidung aller politischen Fragen in die Hände der unberechenbaren, links und rechts verführbaren Masse gelegt werde. Theils erkannte man mit Schrecken, wie groß die Verschiedenheit der Lebensverhältnisse, der Steuerverhältnisse, ja der Gemeindeverbände in Deutschland sei. Letztere, auf die man sich stützen wollte, fehlen in vielen Landschaften noch ganz, und erstere ruhen auf so verschiedenartigen Kriterien, daß es unmöglich schien: sich auf gewisse Punkte der Beschränkung

im weiten deutschen Reiche zu einigen. Kaum hatte man endlich einen Punkt aufgefunden, welchem eine große Anzahl Landschaften zustimmen konnten, so erhob sich ein Mecklenburger und sagte: bei uns ist dieser Punkt ganz unbekannt! Und ging man davon ab, so erhob sich ein Rheinhesse, oder ein Baier gegen den neuen Vereinigungspunkt. Der Vorschlag des Verfassungsausschusses bot keine Hilfe. Er wollte Kategorieen ausgeschlossen sehn: Dienstboten, Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner. Das gefiel nicht. Man wollte nicht einen Ausschuß nach Klassen. Man wollte ein allgemeines Kriterium finden.

Gegen das unbeschränkte Wahlrecht war man einig im Augsburger Hofe, im Casino, im Café Milani. Im Augsburger Hofe, welcher doch am Weitesten links stand von diesen Fraktionen war nur etwa ein Mitglied für dasselbe. Ein anderes sagte geradezu: das unbeschränkte allgemeine Wahlrecht ist im Vergleich zu den galoppirenden kommunistischen Schriftstellern der Kommunismus im Schritt. Die große Mehrzahl der Einwohner ist besitzlos. Giebt man ihnen den Staat preis, so bringt es die Konsequenz und die Natur des Menschen mit sich, daß sie über das ihnen fehlende Eigenthum zu ihren Gunsten verfügen, wenn auch nicht in plötzlichen Maaßregeln.

Hier im Augsburger Hofe vereinigte man sich allmählig zu der geringen Beschränkung, daß nur derjenige ausgeschlossen sei, „welcher nicht einen eigenen Hausstand und nicht ein

volles Jahr lang unmittelbar vor der Wahl zu Gemeindelasten beigetragen oder wo es noch keine Gemeindeverbände gebe irgend eine direkte Steuer entrichtet habe, oder endlich der, welcher nicht ein Einkommen von 350 Gulden (200 Thaler) nachzuweisen vermöge." Dies Amendement trug Biedermanns Namen.

Im Casino vereinigte Georg Beseler eine Anzahl um einen niedrigen Census: Wer nicht mindestens entweder 5 Gulden 15 Kreuzer Rheinisch (3 Thaler pr.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichte oder ein jährliches Einkommen von 350 Gulden (200 Thaler) nachweisen könne, solle nicht wählen dürfen.

Daneben schaarte sich eine Anzahl um einen Vorschlag von Veit, Plathner, Graf Keller und Genossen, welcher den Höchstbesteuerten die Hälfte der Wahlstimmen beilegte.

Dieser Vorschlag entzog dem Beselerschen Stimmen, wie dieser jenem, wenn Mancher auch eventuell für diesen und jenen stimmen wollte. Der einfache Census im Beselerschen schreckte durch seinen nackten Namen manchen Piepmeyer ab, und trieb ihn zu diesem anderen Vorschlage, welcher Reich und Arm zuließ, aber den ganz Reichen grell bevorzugte vor dem Bemittelten, indem letzterer der großen Masse zugeschoben wurde.

Nun war aber auch das Casino schon außerdem geschwächt durch den Austritt der österreichisch Gesinnten, welche im „Pariser Hofe" einen eigenen Klubb gebildet hatten unter Welcker, Jürgens, Reichensperger, Edel. Hier gab es wohl man-

chen ehrenhaften Mann, von dem man nicht fürchten durfte, daß er auf mögliche Zerstörung des Ganzen hin, oder den Linken zu Gefallen ein hochwichtiges Gesetz verstümmeln helfen werde. Aber es war nicht zu hoffen, daß dieser Klubb sich als solcher einer vorgeschlagenen Beschränkung anschließen werde, es war im Gegentheil zu fürchten, daß er die Zersplitterung vermehren, ja daß Dieser und Jener aus ihm dem Coalitionsstile des „Nein und Nein“ sich anschließen werde.

Vom Café Milani endlich brachte von Wulffen einen Vorschlag, nach welchem „Jeder auf eignem Heerd oder durch Grundbesitz, Gewerbe oder öffentliches Amt ansässige, unbescholtene“ 25jährige Deutsche wahlberechtigt sei. Dies war sehr zerfließend und unbestimmt; einen Sammelpunkt konnte man auch darin nicht vermuthen.

Kurz, man ging ziemlich hoffnungslos in die Debatte eines so tief greifenden Gesetzes. Und doch ahnte man noch nicht, daß die Coalition sich hier am Wohlfeilsten und Sichersten bethätigen könne dadurch, daß der Einzelne eben immer Nein sage zu jeder Beschränkung. Gerade diese oder jene Beschränkung gefiel ihm nun eben nicht. Die ihm zusagende ist ausgeblieben! und daß auf solchem Wege eben gar keine Beschränkung, sondern das allgemeine Wahlrecht der Linken beschlossen werde, ja, das sei ein Schicksal! Deshalb könne Niemand angeklagt werden!

Die Debatte selbst, welche am 15. Februar begann, war an Kraft des Vortrags und Kraft der Gründe eine der mäch-

tigsten, welche das Centrum je geführt hat. Die Reden Bassermanns, Beckeraths, Wernhers von Niernstein, Friedrichs von Raumer, Mathys, Gagerns beweisen dem In- und Auslande, daß man iu Deutschland von keiner Blendung bethört sei über Volk und Staat, und daß eine gediegene, reife politische Bildung in Deutschland zu finden sei. Jene Männer und ihnen zunächst Scheller als Berichterstatter, Matthies von Greifswald und Plathner sprachen sämmtlich für die unpopuläre Beschränkung.

Welcher Menschenfreund hätte nicht für allgemeines Stimmrecht geschwärmt und nur mit Widerstreben solch ein Ideal aufgegeben! Es war also diesmal ein historischer Vortrag über dieses Thema auch in einer politischen Versammlung von Interesse, und Friedrich von Raumer, welcher sich mit geschichtlicher Erforschung politischer Formen anhaltend beschäftigt hat, wurde mit Aufmerksamkeit angehört. Der politische Professor also, gerade als solcher war einmal allen Parteien willkommen, denn Jedermann mochte eine rasche Uebersicht der menschlichen Bestrebungen in dieser Grundfrage des Staates hinnehmen von Solon bis Schlöffel.

Der Gedanke Solons sei gewesen: daß allerdings die Person frei werden solle, daß aber zu der Person ein Besitz gehöre. „Er theilte seine Athener, mit ihrer Zustimmung, in vier Klassen, und gab den höheren Klassen größere Rechte, aber, wohlgemerkt! auch größere Pflichten. Und zwar namentlich in Bezug auf Steuer und Kriegsdienst.

Nach den Perserkriegen ließen sich die niederen Klassen dies System nicht mehr gefallen, und es wurde durch Aristides allgemeine gleiche politische Berechtigung eingeführt.

Perikles nach Art eines konstitutionellen Monarchen sei noch in großem Stile damit zurecht gekommen, bald aber „reihte sich der Verfall Athens zur Zeit des Gerbers Kleon" und anderer Demagogen „an dieses allgemeine Stimmrecht und diese unbedingte Gleichstellung." —

Servius Tullius, der wichtigste politische Gesetzgeber in Rom, stufte die politischen Rechte nach dem Eigenthume ab, nicht nach den Einnahmen. Er verband mit der Eintheilung in Klassen noch die Eintheilung in Centurien, „das heißt, er gab den Reicheren außerordentlich viel größere Rechte, und gründete dadurch eine lang dauernde Aristokratie, welche die niedrigste Klasse wie von den Rechten so auch von den Lasten ausschloß."

Dies Bevorzugungssystem brach man durch Einführung der Tribus. „In den Tribus fragte kein Mensch nach dem Gelde; aber es fand dessenungeachtet keineswegs ein allgemeines Stimmrecht statt, so wie es in unsern Tagen verstanden wird. Jede Tribus — durchschnittlich 35 — bildete nämlich eine Corporation mit einer Stimme. Es waren aber nicht gleich viel Personen in einer Tribus, sondern der zahlreiche Stadtpöbel Roms ward zusammengenommen in wenige städtische Tribus, und minder viel Personen bildeten eine ländliche Tribus."

Man sage in Amerika sei kein Census. Das ist falsch. In einigen Staaten muß Vermögen nachgewiesen werden, in fast allen Staaten muß der Wählende Steuern bezahlt haben; und in allen Staaten muß er ansässig sein, womit immer die Pflicht des Steuerzahlens verbunden ist. „Sie ist die Bedingung, ohne welche Niemand zur Wahl kommt."

Jefferson, der berühmte demokratische Präsident in Amerika sage positiv: für die bevölkerten, eingeengten Länder Europas passe durchaus nur eine ganz andere Regierung als in den amerikanischen Staaten. In diesen sei Jeder durch sein Eigenthum für Aufrechthaltung von Gesetz und Ordnung wesentlich interessirt. Solchen Männern sei Aufsicht über die öffentlichen Angelegenheiten anzuvertrauen, eine Aufsicht und Kontrole, „welche in den Händen des Gesindels der europäischen Staaten sogleich gemißbraucht werden würde zum Niederreißen und Zerstören aller öffentlichen bürgerlichen Rechte und Güter."

Robespierre sogar habe gesagt, es sei eine Ehre Steuer zu zahlen. In Amerika aber würde man sich schämen zu wählen, wenn man nicht zum allgemeinen Besten seinen Steuerbeitrag entrichtet hätte.

Dies Alles sprach also doch für den Census, oder für die Eintheilungen in Tribus.

Die Uebereinkunft für eine Beschränkung wurde aber den Centren noch dadurch erschwert, daß die große Mehrzahl für direkte Wahlen und öffentliche Stimmgebung eingenommen

war. Wollte man sich zu indirekten Wahlen entschließen, sagte Mathy, dann bedürfe es nur geringer oder gar keiner Beschränkung. Das wollte man aber nicht, und die Erfahrung in Sachsen und Preußen sprach nicht so sehr für mäßigende Sicherheit in indirekten Wahlen. — Geistvoll hatte Gagern als hessischer Minister die indirekte Wahl darum vorgezogen, weil sie freie Erörterung und Verständigung möglich mache. Darin bestehe wesentlich die Freiheit. Er hielt jetzt noch das System für das verderblichste, welches unmöglich macht, den wahrhaften Ausdruck der Volksgesinnung kennen zu lernen. Und das herrsche bei direkten Wahlen, „wobei in einem großen Wahlbezirke, ohne Versammlung und Verständigung der Wähler, in jeder Gemeinde des Wahlbezirkes, ohne daß die eine weiß was die andere thut oder beabsichtigt, von den dort stimmfähigen Bürgern ein Abgeordneter gewählt würde."

Bei indirekter Wahl können sich die Urwähler, die einen Wahlmann zu wählen haben, verständigen, weil sie eben in mäßiger Zahl und in verwandten Kreisen zusammentreten. Die erwählten Wahlmänner können dies ebenfalls unter sich und mit den Kandidaten. Da kann sich ein freies Urtheil bilden.

Er will auf die indirekte Wahl verzichten, wenn das Stimmrecht kein allgemeines ist. Er will einen mäßigen Census. Die Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechtes, welche doch scheinbar die Mehrheit für sich hatten, kamen selbst in ihren besseren Rednern wie Löwe von Kalbe und Simon von

Trier nicht über die allgemeinen Behauptungen zweifelhaften Werthes hinaus, und machten keinen bestimmenden Eindruck. Was sie von den Ansprüchen der „Arbeiter“ und Arbeit überhaupt sagten wurde in seiner grellen Einseitigkeit von Bassermann aufgedeckt und vernichtet. „Was Sie Arbeit nennen“ sagte Bassermann, „das ist ja immer nur das gehässige Gegenüberstellen von der rohen Handarbeit der Tagelöhner und Handwerksgehilfen gegen alle edlere geistige Arbeit des Kaufmanns, Fabrikherrn, der Professoren und Staatsbeamten, der sogenannten Bourgeoisie, wie Sie diese Klassen nennen. Das hängt damit zusammen, daß man die Sache nach der untersten Stufe benennt, auf welcher sie erst recht beginnt, und nicht nach der, auf welcher sie sich veredelt hat. Es erinnert mich dies an den widerlichen Gegensatz, welchen die Socialisten unsrer Tage gleicherweise zwischen Volk und Bourgeoisie aufstellen“ (Heiterkeit auf der Linken.) „Sonst suchte man den Begriff des Volkes in dessen Kern, gerade in dem Bürgerthume, im Mittelstande, den man jetzt nachäffend Bourgeoisie nennt“ — „aber jetzt ist es für diese Herren zweifelhaft, ob sie den Bürger, welcher durch Talent, Fleiß und Mäßigkeit sich ein Besitzthum erworben, dessen Bestreben dahin geht sein Errungenes für seine Kinder, für seine Familie zu erhalteu, ob sie einen solchen Bürger zum Volke rechnen sollen. Daß aber Derjenige, welcher sich nicht anstrengt, welcher verschuldet oder unverschuldet in Ungebildetheit verblieben ist, welcher seine ganze Weisheit aus irgend welcher Phrase,

oder irgend einem Lokalblättchen schöpft, zum Volke gerechnet werden müsse.“ (Auf der Rechten: Bravo! Sehr gut! Auf der Linken Heiterkeit.) „Ich glaube, sowie wir diesen herabziehenden Begriff von der Arbeit verwerfen müssen, wenn wir nicht die niedrigste Stufe für das eigentliche Wesen halten wollen, so müssen wir auch diesen Begriff des Volkes verwerfen. Denn was hat der deutschen Nation von je ihre Zierde und ihren Stolz gegeben? Sind es nicht jene Männer, die nach Ihren Begriffen nicht zu den Arbeitern, die nach Ihren Begriffen nicht zum Volke gehören?“ (Von der Linken: Das ist nicht wahr!) „Es war doch Herder ein Geistlicher, es war doch Goethe ein Minister und es war doch Schiller einer der geschmähten Professoren!“ (Gelächter auf der Linken. Bravo auf der Rechten. Unruhe.)

Und nun fragte Bassermann mit seiner so gefürchteten Beweisführung auf den Mann: wer denn die Freiheitskriege gemacht? Ob sie nicht von den Universitäten, von den Professoren, von der gebildeten Klasse ausgegangen? Wer denn Fichte gewesen sei? Wer denn neuerdings so lange Bresche geschossen ohne allgemeines Stimmrecht, bis ein Umschwung von 1848 möglich geworden? Etwa die Arbeiter im Sinne der Linken? „Nein, meine Herren, die Weltordnung wird nicht anders, es wird doch immer verschiedene Schichten in der menschlichen Gesellschaft geben. Und Solche wird es geben müssen, welche das Banner der Intelligenz vorantragen müssen und die Führung haben; und es wird immer eine Masse

bleiben, welche statt selbst zu führen den Führern zu folgen hat." Und deshalb sei es der größte Frevel an der Zukunft des Vaterlandes, den niederen Ständen zuzurufen, daß die intelligenteren, die höheren ihre natürlichen Feinde seien, die sie auf Tod und Leben bekämpfen müßten statt ihnen zu folgen.

Jeder dieser Stöße traf und erregte Schrei und Unruhe. Die Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechtes hatten nur ein wirksames Wort für das Centrum, und für das eine war man empfindlich: daß ja die Nationalversammlung kraft allgemeinen Stimmrechtes entstanden sei, und daß sie jetzt ihren Ursprung verleugnen wolle. Dies veranlaßte auch den gewissenhaften Riesser zu folgender Aeußerung:

„Ich nehme keinen Anstand das Bekenntniß abzulegen, daß ich mit Vielen, die sich für jenen einstimmigen Beschluß des Vorparlamentes, welcher jeden Census ausschloß, erhoben haben, mir darüber nicht klar gewesen bin, daß durch die flüchtige Debatte die jenem Beschlusse voranging die Frage über das absolute allgemeine Wahlrecht für alle Zeiten entschieden sei. Vielmehr schien es uns ein sehr verschiedener Fall zu sein, ob die politische Gesellschaft in einem Momente des regsten politischen Bewußtseins, um sich in ihrer Grundlage neu zu konstituiren, auf den Urquell aller Macht im Staate, auf die Gesammtheit des Volkes zurückkomme, oder ob es sich darum handle, die bleibende, regelmäßige Gewalt für alle Zeiten zu organisiren, also auch für solche Zeiten, in welchen nach der Ansicht Vieler das völlig schrankenlose direkte

Wahlrecht der Freiheit mehr noch als der Ordnung gefährlich werden könnte. Ich nehme keinen Anstand, dieses Bekenntniß vor Ihnen, vor dem Vaterlande und vor meinen Wählern abzulegen."

Es half bei Manchem nicht, daß man ihn aufmerksam machte: nach seiner Theorie wäre es ja nimmer möglich, ein Wahlgesetz zu ändern. Denn diejenigen, welche ändern, müßten ja immer die Form ihres Ursprungs durch solche Aenderung verleugnen. Es war dies bei Furchtsamen und Beschränkten ein förmlicher Ehrenpunkt geworden, und gerade sie litten am tiefsten unter Bassermann's Rede, welche die Gefahren des Vaterlandes solch einer pedantischen, persönlichen Befriedigung dergestalt gegenüber stellte, daß man hinsehn mußte. Diese unmittelbare Sprache, dies Freisein von jeglicher, aber jeglicher! Phrase, dies wundärztliche Anfassen der gesunden und kranken Glieder verlieh Bassermann die bewunderte und gehaßte Macht des Vortrages. Kein Versteck, kein Ausweg blieb übrig ihm gegenüber. Man mußte Rede stehn und sich entscheiden.

Hoffen Sie wirklich, fragte er schneidend, daß allgemeines Stimmrecht die politischen Probleme löse? Unbedachtsame nur konnten Ja sagen, während er sie an Frankreich erinnerte, während er auseinandersetzte, daß vor Allem Dauer einem Staatswesen noththue, am allermeisten einem Staatswesen, auf welches die armen arbeitenden, gerade in Frankreich durch Experimente der Art erst recht unglücklich gemachten Klassen

hoffen sollten. Wo solle Dauer herkommen, wenn man den Staat an die ungebildeten Massen überantworte. Absolutismus höchstens als Hilfe in der Noth komme dann. Auf Napoleon schelte man mit Recht als auf den Vernichter der Freiheit, wer habe denn Napoleon zum erblichen Kaiser gestempelt? Das allgemeine Stimmrecht. Jetzt habe es den jungen Napoleon berufen als Präsidenten, und wer wisse denn, ob es nicht das nächste Mal Monarchisten und durch sie einen Monarchen bringe! „Dann werde ich Sie wieder fragen, ob das Ihr vernünftiger Volkswille ist.“ (Vogt: Nein, dann ist er es nicht!) „Sie sagen, dann ist er es nicht! Damit geben Sie zu, daß es mit dem Subtrahiren und Addiren der Stimmen noch nicht gethan ist. Das ist der einzige Beweispunkt, den ich haben will, und womit ich Ihre ganze Theorie aus den Angeln hebe.“ (Bravo.) „Aber wenn es nun kein Zweifel mehr ist, daß es zweierlei Volkswillen giebt, und daß man sich auf den vernünftigen allein stützen muß und darf, so ist zu fragen: wie findet man diesen?“ Und nun berief er sich auf die freien Länder, auf England, das 10 Pfund Census habe, auf Nordamerika mit seinen Wahlschranken, auf das glückliche Belgien, welches ebenfalls Census habe. (Auf der Linken: Aber in Norwegen?!) Darnach gerade hatte er die Angel geworfen, und da der Fisch anbiß, so war er zur Hand und zog. „In der Norwegischen Verfassung“, sagte er lächelnd, „heißt es so: Stimmberechtigt sind nur norwegische Bürger, welche 25 Jahre zurückgelegt haben, im Lande fünf

Jahre wohnhaft gewesen sind, sich daselbst aufhalten und entweder 1) Beamte sind oder gewesen sind. 2) Landbesitz haben oder länger als fünf Jahre matrikulirtes Land gebaut haben. 3) Bürger in Handelsstädten sind oder in einer Kauf- oder Landstadt einen Grundbesitz haben, dessen Werth wenigstens 300 Rthlr. beträgt; und dies sind nicht Wähler, sondern erst Urwähler, welche erst Wahlmänner zu wählen haben."

Diese prompten Data waren äußerst unangenehm für die idealistische Unwissenheit. Noch mehr! Gerade weil man das, wofür er stimme, ein konservatives Wahlgesetz nenne, gerade darum sei es empfehlenswerth. Wolle man denn die so eben unter dem Odem der größten Freiheit beschlossene Verfassung nicht konserviren? Die Linken freilich hätten kein Interesse daran, daß die Verfassung erhalten werde (Unterbrechung), „„Im Gegentheile““, sagte ja damals Herr Vogt! Sie sind ganz konsequent, aber alle übrigen Fraktionen sollten daraus die Lehre nehmen, daß sie gerade nicht das allgemeine Wahlrecht adoptiren dürfen."

„Hätte ich den populärsten Namen in Deutschland", schloß er unter stürmischem Beifall, „und wüßte ich, daß ich durch das Votum gegen allgemeines Stimmrecht ihn in Fluch verwandelte, ich würde dennoch so stimmen, um nicht die Zukunft meines Vaterlandes preiszugeben."

„Ich bin ein Bauer", sagte Wernher von Nierstein, „ich ehre das Volk, ich liebe alle Klassen desselben, ich habe mein Leben zum größten Theile mit den untersten Klassen zugebracht

und an deren Seite mit Hand angelegt. Ich habe, als ich hierher kam, die Schwielen noch mitgebracht von der Arbeit, und ich habe in dem Volke eine Masse häuslicher Tugenden kennen gelernt — aber zwischen der häuslichen Tugend und der politischen Einsicht ist noch ein großer Unterschied. — Ich behaupte nach meiner getreuen Erfahrung, daß zur Beurtheilung der Bedürfnisse eines großen Staates die untersten Klassen nicht geeignet sind."

„Das allgemeine Wahlrecht ist nur ein Rahmen und noch kein Wahlgesetz. Es hat keinen Inhalt. Es paßt für den Naturzustand der Völker, oder es ist der Vorbote und Weg zu ihrem politischen Tode." — Bei Romulus und Remus in der Kindheit des römischen Staates sei es gewesen und — kurz ehe die Cäsaren mit ihren Prätorianern Herren von Rom geworden.

In Italien sei es immer Vorbote der Tyrannei gewesen, und als dort in den Republiken das allgemeine Wahlrecht eingeführt worden, da seien die Condottieri's gekommen, die de la Scala, die Bentivoglio's, Visconti, Sforza und sogar die Medizis. So und dort sei auch der Polizeistaat entstanden.

Es gebe und werde immer geben ein physisches Volk, wozu Alles bis auf den Säugling gehöre, und ein politisches Volk. Dies hätten früher die Waffenfähigen gebildet, jetzt bilden es die Besitzenden.

Weil er das Volk liebe, wolle er es nicht gemißbraucht sehn. Es würde nur gemißbraucht durch Zutheilung eines

Rechtes, das es nicht üben könne. Er wolle es nicht bestochen und verführt sehn von Aristokraten und Demokraten. Letztere werden dem Volke noch den letzten Glauben an die Treue nehmen.

„Lassen wir dies allgemeine Wahlrecht gelten, so handeln wir wie ein Arzt, der bei einem hitzigen Fieber statt besänftigender Mittel noch Spirituosa giebt. Ich mag nicht zu diesen Aerzten gehören, und wenn der Kranke in seinem Delirium selbst nach Spirituosen schreit.“ (Bravo.)

Alles dies ward in den Wind gesprochen! Wir brauchen keine Weisheit! hatte man in der klassischen Demokratenkammer zu Dresden gesagt.

Die Abstimmung über den Beselerschen Vorschlag eines niedrigen Census fand nur 117 Stimmen für sich unter 449. Unter diesen 117 Stimmen war ein einziger Oesterreicher, ein alter, etwas schwerhöriger Jurist aus Kärnthen.

Also ein Census von etwa vier Gulden Conventionsmünze war zu viel für die tief ausgebildeten konstitutionellen Verhältnisse im Staate Oesterreich! Wer zahlt denn nicht vier Gulden Steuern! Oder wer hat denn nicht 300 Gulden Einnahme, dessen Ausschluß vom Wählen wirklich zu beklagen wäre in Oesterreich?

Nicht doch! sagt man vielleicht, den vierzig bis funfzig konservativen Oesterreichern war der Satz zu niedrig! — Ei, es konnte ja Jeder von ihnen einen höheren vorschlagen, wa=

rum thaten sie dies nicht, wenn ihnen an einem brauchbaren Wahlgesetze gelegen war?

Es war ihnen so wenig um das Eine wie um das Andere zu thun, so wenig, daß sich für den nächsten Vorschlag, den Biedermannschen, welcher für noch etwas billiger galt als der Beselersche, doch etwa ein Dutzend entschloß. Unter 204 Stimmen doch eine kleine Anzahl österreichischer.

Auch dieser Antrag fiel gegen 248. Ein dritter, von Hofmann aus Friedberg, der noch etwas billiger war, und nur im Allgemeinsten Grundbesitz oder eignen Haushalt oder Gemeindebürgerrecht verlangte, ja der zur Wahl zuließ, wenn man Staats-, Kirchen- oder Gemeindediener sei, der also, und mit Recht, den Nachtwächter nicht ausschloß, gewann wenigstens einige zwanzig Oesterreicher. Ein Zeichen, daß sie höchstens abwärts mitzugehn geneigt waren. Konservativste Mitglieder unter ihnen stimmten konsequent Nein gegen jede Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts.

Auch dieser Hofmannsche Antrag fiel mit 239 gegen 209. Nur 24 Stimmen mehr für den Biedermannschen, nur 20 mehr für den Hofmannschen und das Wahlgesetz war begrenzt. Diese karge Zahl wurde von konservativen Abgeordneten versagt. Mußte dies nicht aufregen und zu garstigem Nachdenken reizen?

Der Veit-Plathner-Kellersche wich bei solcher Aussicht auf Nichterfolg einem ähnlichen Antrage von Lette, welcher den Censuszahlenden im Beselerschen Satze unmittelbare Wahl,

allen Uebrigen aber mittelbare Wahl beilegte. Je zehn solcher Urwähler sollten einen Wahlmann wählen.

Auch dieser Antrag fiel gegen eine noch viel größere Majorität, welche Nein sagte. Vier Oesterreicher hatten sich dafür entschlossen.

Kurz, das ganze Wahlgesetz wurde durch dies Zusammenstimmen verschiedenartigster Töne, durch solche vollständige Katzenmusik der Prinzipien im Sinne der Linken entschieden. Alle Schranken wurden beseitigt und die direkten Wahlen blieben, die geheime Abstimmung blieb. Die Abstimmung über dies Ganze gab noch eine Mehrheit von 62 Stimmen. Unter diesen Leute des rechten Centrums und der Rechten, wie Edel, Reichensperger und Beda Weber. Auch Herr von Wydenbrugk bekannte sich zu solchem Wahlgesetze, wenn auch nicht zu solchem Machwerke.

Die Bestürzung in der Bundesstaatspartei war sehr groß. Es besteht kein gesellschaftliches Leben ohne Treu und Glauben, es besteht keine politische Versammlung ohne festen Boden von Principien. Weicht und wankt dieser dergestalt, so erschreckt dies wie ein Erdbeben. Nichts ist mehr sicher, am wenigsten irgend eine Bildung. Man flieht in's freie Feld, man flieht dahin, wo Nichts ist. Auf das Nichts wurden die Blicke hingezwungen.

In jenen Tagen mußte die erneute Mittheilung eines Briefes, welchen man früher kaum verstanden hatte, einen krampfhaften Eindruck machen. Der Leser möge sich erinnern,

daß eines Briefes gedacht worden ist, in welchem Schmerling der Dupe Preußens genannt wurde. Das konnte sich auf den Kaiserentwurf der Siebzehner beziehen, welchen Schmerling im damaligen noch so unklaren Werden mit angenommen hatte. Jetzt aber trat eine ganz andre Partie dieses Briefes in gelbes Licht. Man glaubte sich in eine Schicksalstragödie versetzt, deren verhängnißvolles Wort „Coalition" heißt, und jetzt sei dieses Wort jählings zur That geworden.

Jener Brief eines österreichischen Abgeordneten, welcher durch ein unaufgeklärtes Versehn des Briefstellers unter die Akten des Reichsministeriums gerathen war, datirte vom Sommer 1848, und berechnete die Reichsversammlung in denjenigen Kategorieen, welche jenseits aller sonstigen Parteiunterschiede um Oesterreich zu sammeln und für Oesterreich zu verwenden seien gegen Preußen. Solche Berechnung war zu einer Zeit angestellt, da Niemand in deutschen Landen an solch eine Partikular-Taxirung großen Stiles dachte, weil Alles noch im idealen Rausche eines einigen deutschen Ganzen wandelte. Und solche Berechnung — zeigte dieselben Gruppen, welche jetzt coalitionsmäßig stimmten.

Das war eine so bemerkenswerthe Strategik, daß man von ihr die Unbefangenheit eines deutschen Einheitsstrebens gar nicht erwarten konnte. Daneben waren die Bundesstaatlichen bis zum letzten Augenblicke gedankenlose Freiwillige.

Man schrieb selbst jetzt diese Führung der Coalition nicht eigentlich den Oesterreichern zu, wenn man auch einige von

ihnen tief betheiligt glaubte. Man würdigte immer die peinliche Lage so vieler gut und deutsch Gesinnten unter ihnen, die keinen Rath mehr sahen für volle Betheiligung ihres Heimathsstaates am neuen deutschen Staate, und die nun in halber Verzweiflung mitstimmten zu Verzögerung und scheinbarer Aenderung, wie einzelne Landsleute den Ton angaben. Man hatte auch immer noch außer den Zwei oder Drei zu Gagern haltenden einzelne Oesterreicher vor sich, wie Andrian, Arneth, Heyden, welche sich nie zu einem zweideutigen Votum bewegen ließen.

Allerdings aber wurde gegen das Dasein der Oesterreicher die Stimmung von nun an immer entschiedener. Ihre Existenz in der Paulskirche wurde verwünscht, und man war wiederholt auf dem Punkte darauf anzutragen, daß sie ausscheiden sollten. „Nimmermehr", hieß es, „tritt Oesterreich in den Bundesstaat, wie können seine Abgeordneten einen Bundesstaat bestimmen helfen, an welchem sie nicht Theil nehmen werden!" Und wenn dieser Ausschluß nicht durchzusetzen ist, setzte man hinzu, so solle man dieser nur durch Verneinung zusammenhängenden Coalition die Paulskirche überlassen, und solle nach Kassel gehn, um ein Bundesstaatsparlament zu bilden. Es würde sich bald zeigen, daß eine solche Paulskirche das blanke Nichts sei, welches binnen acht Tagen als solches erkannt und der eignen Auflösung verfallen sei.

Die Führer widersprachen standhaft solch einer äußersten,

die Zerspaltung Deutschlands faktisch beginnenden Maaßregel. Werde dennoch, sagten sie — und man müsse die Hoffnung nicht aufgeben — eine Verfassung fertig, werde sie selbst nur mit Mehrheit einer Stimme fertig unter Mitwirkung der Oesterreicher, dann sei sie durch Vertretung aller Staaten des deutschen Bundes zu Stande gekommen und habe hierdurch einen rechtlichen und moralischen Boden, den nichts ersetzen könne, den irgend eine reaktionaire oder kriegerische Wendung vielleicht erschüttern könne, der aber in der zukünftigen deutschen Geschichte ein immer wiederkehrender Angelpunkt bleiben werde. Solch eines Angelpunktes, solch einer fertigen Form habe Deutschland bisher immer entbehrt, und deshalb seien alle Bestrebungen staatlicher Reform immer in's Vielfache wirkungslos auseinandergegangen. Nach dieser fertigen Form müsse gerungen werden unter Betheiligung aller deutschen Staaten bis zum letzten Odemzuge. Was jetzt dem Partikularisten vortheilhaft erscheine für Zerstörung eines deutschen Staates, die Hilfe der verneinenden Oesterreicher, das werde einst, wenn dennoch eine Verfassung beschlossen werde, ein Rechtsboden von unzerstörbarer Kraft. Darum sei denn auch der zerstörende Gedanke einer Coalition ein so furchtbarer. Gegen ihn müsse Stand halten bis auf den letzten Mann, wer ein wirkliches Deutschland, wer einen deutschen Staat wolle, und die Oesterreicher selbst, setzte besonders Gagern in unerschütterlicher Billigkeit hinzu, solle man

am Wenigsten im Zorn die lebensgefährliche Lage des Vaterlandes entgelten lassen.

Aber die Hetzer, die Geschäftsträger zur Zerstörung wurden mit einem nicht verhehlten Hasse angesehn. Für solche galten die Ultramontanen. Man sah ihnen zu wie den Leitern eines Intriguenspiels, und glaubte bewundern zu dürfen, wie geschickt sie sich vertheilten, und nur in Hauptsachen wie die „geheime Abstimmung" bei den Wahlen zusammen trafen. Da erschienen sie von Döllinger in allen Abstufungen herab wie ein Mann, und nur der Widerlichste von ihnen wollte auch hier über die Solidarität ihrer Ansichten beruhigen und sonderte sich ab. Dieser Herr Buß aus Freiburg, ein Knabengesicht mit grauen Haaren, genoß von allen Seiten einer Geringschätzung, welche nur e r zu bestehen wußte mit einem vollständigen Sanskulottenthum der Gesinnung. Mancher ehrliche Mann fluchte bei seinem Anblicke: er werde an die Dirne erinnert, welche sich zu Allem herbeilasse und dabei doch in gute Gesellschaft sich dränge. Hier lasse sie wiederum Alles über sich ergehn, und lächle auch zum Unangenehmsten, aber sie weiche nicht. Sie wisse, daß man in guter Gesellschaft nicht leicht Jemand aus der Thüre hinauswirft.

Die Stimmung nach dem dritten März wurde von Tage zu Tage ingrimmiger. Es waren die meisten Erklärungen der Einzelnstaaten über die vorliegende Verfassung eingegangen, es gingen in den nächsten Tagen die noch rückständigen ein,

man wollte, wollte zum Abschlusse, wollte an die zweite Lesung. Und täglich erhoben die coalitionsmäßig Gesinnten neue Gründe und Mittel zum neuen Aufschube. Als sich gar nichts mehr auftreiben ließ zu diesem Zwecke, da sollte nun gar dies saubere Wahlgesetz unter so günstigem Winde für dasselbe in zweiter Lesung durchgetrieben werden, ehe man an zweite Lesung der Verfassung ginge. Die Bundesstaatlichen waren empört über diese Zumuthung, welche von Herrn Vogt ausging, und welche Herr Eisenstuck wiederholte, aber sie mußten jeden Tag gewärtig sein, daß die verfälschte Majorität sich dafür erkläre. Mußte man sich nicht Dessen versehn, wenn ein Mann wie Edel so eben in ganz achtungswerther Weise für einen noch kurzen Aufschub Oesterreichs halber gesprochen hatte, und eine Viertelstunde später für vorhergehende zweite Lesung des Wahlgesetzes stimmte? Er wollte nur noch „acht oder zehn Tage" Aufschub und schlug selbst zur Ausfüllung dieser Zeit die zweite Lesung der noch nicht publicirten Grundrechte vor. Dies wurde, weil er es so loyal motivirte, angenommen, und dennoch stimmte er augenblicklich nach Eroberung des verlangten Aufschubs für darauf folgende zweite Lesung des Wahlgesetzes, welche voraussichtlich bei dem Stande der Parteien nicht nur verzweiflungsvolle Kämpfe bringen, sondern auch eben deswegen sehr viel Zeit in Anspruch nehmen mußte.

Wie er übrigens damals in Betreff Oesterreichs sprach, das verdient zur Erinnerung vermerkt zu werden.

„Ich habe mit vielen meiner Gesinnungsgenossen", sagte er, „bisher offen und redlich dafür gekämpft, Deutschland ganz und Oesterreich bei Deutschland zu erhalten. In diesem Sinne werden wir ausharren, so lange noch eine Hoffnung des Erfolges möglich ist. Allein, meine Herren, wir wollen nicht Oesterreich um jeden Preis, sondern wir wollen Oesterreich um den Preis, daß es sich dem deutschen Bundesstaate einordne, und sich jene Bestimmungen gefallen läßt, die für das Wesen eines Bundesstaates unerläßlich sind." (Hört! Hört! Vielseitiges Bravo.) — „Ist das äußerste Maaß von Nachsicht, von billigem Entgegenkommen gegen Oesterreich erschöpft, und hat Oesterreich seine Schuldigkeit nicht gethan, dann werden wir dieselbe Entschiedenheit auf das kleine Deutschland koncentriren. (Sehr gut!) Denn wir wollen lieber ein kleines Deutschland, als keines. (Lebhafte Zustimmung von vielen Seiten.)

Er sagte also den Welckerschen Antrag voraus. Hat er ihm später zugestimmt? O Nein. Oder hat er doch etwas Aehnliches befördert, was obigen Worten irgend entspräche! O nein! Hat Baiern, für welches er sich so recht mit Nachdruck als wohlbefugter Sprecher erklärte, ihm zugestimmt? O nein.

Die tiefer Sehenden sagten dies wörtlich voraus, sie nannten dies unwahre Baiern- und Oesterreicherthum nach Soiron's Worte die „Metternichsche Rechte." Es ist Alles Lug und Trug, riefen sie in Entrüstung, was diese Leute

vorspiegeln vom deutschen Bundesstaate; sobald es angeht acceptiren sie auch einen erneuten Bundestag! Betrachten wir doch genauer, was es mit diesem verbesserten Verfassungsplane für eine Bewandtniß hat, welcher jetzt nach Ollmütz gebracht wird!

In der That war dieser Plan unter der bescheidenen Form „vorläufige Verbesserungsanträge“ in der Paulskirche vertheilt worden, und Heckscher, Somaruga, von Hermann waren nach Ollmütz abgegangen, um für solche Verbesserungen Oesterreichs Zustimmung einzuholen.

Für die Linke war darin zunächst die Versicherung, daß es keine Civilliste geben solle. Welch ein armseliger Punkt, da jeder halbwegs Kundige doch nur zu gut wußte, daß die „Wohlfeilheit der deutschen Kaiser dem deutschen Reiche sehr theuer zu stehen gekommen“ war. Ferner die Versicherung, daß es beim suspensiven Veto bleiben solle. Man glaubte sich dieses Punktes, welcher bei der ersten Lesung durchgegangen war, nicht so recht sicher auf der Linken. Unter den Kaiserlichen glaubte man die Zahl derer die ein absolutes Veto wollten sehr groß, und in dem Abschnitte „Gewähr der Verfassung“ war denn auch, was sich von selbst verstand, für das absolute Veto in Verfassungsfragen eine große Mehrheit erreicht worden.

So viel für die Linke. Für Oesterreich aber war das Zugeständniß eines siebenköpfigen Direktoriums, dem ein Reichsstatthalter vorsitzen solle. Ferner statt der verlangten

Personalunion der unbestimmte Ausdruck: es solle die „politische Verbindung eines außerdeutschen mit einem deutschen Lande“ keinen Eintrag thun in Durchführung der Reichsgesetzgebung. In Betreff des Heerwesens und der Vertretung nach außen ferner waren die Sätze so geschmeidig als möglich um Oesterreich Spielraum zu verschaffen, und es wurde darüber standhaft auf spätere Gesetzgebung verwiesen, auf eine Gesetzgebung unter siebenköpfigem Direktorium, welche ein aufschiebendes Veto im partikularistischen Sinne so leicht zu Stande bringen konnte. Dies war das Wesentliche des Flickwerks, welches als etwas Positives, als Gegenverfassung angekündigt war. Daß damit kein geschlossener Bundesstaat, daß damit sicherlich kein gesetzgebendes Parlament bestehen könne nach konstitutionellem Sinne Deutschlands, das war schon so hundertfach dargethan worden! „Noch mehr!“ riefen die Führer der Kaiserlichen, „auch Oesterreich kann selbst auf diese Form nicht eingehn*). Es schweigt schon jetzt vom Volkshause, es wird damit endigen, daß es ein Volkshaus nicht zugeben kann, und es hat in seinem Sinne und Interesse ganz Recht darin: es kann nicht einem deutschen Volkshause gesetzgeberische Rechte auf Oesterreich einräumen. Dies ganze neue Flickwerk geht also auf nichts hinaus als auf neue Täuschung und Hinhaltung, und wir werden innen und

---

*) Dies hat sich bald bestätigt. Die Deputation fand kein Gehör und kehrte kleinlaut zurück.

außen durch alle diese Schritte nur der Vernichtung eines deutschen Bundesstaates immer näher gebracht."

Dies Alles und namentlich die Gefahr in Sachen des Wahlgesetzes hatte nicht nur den Zorn zur äußersten Höhe gesteigert, es hatte nun auch die Klubbs der Centren zu einer noch kompakteren Parteibildung getrieben. Als bundesstaatliche, als kaiserliche Partei vereinigte sich nun Alles im Saale des Weidenbusches, was von der Rechten bis hart an die eigentliche Linke in der Hauptfrage zusammenging. Die Einheitsfrage in Form des Bundesstaates mit erblichem Kaiser war das Panier, welches im Weidenbusche aufgepflanzt wurde. „Insbesondere betrachten wir," hieß es im Programm, „die Bestimmungen der Paragraphen Zwei und Drei vom Reiche, des Paragraphen Eins vom Reichstage" (Staatenhaus und Volkshaus) „und des Paragraphen Eins vom Reichsoberhaupte" (ein regierender deutscher Fürst an der Spitze) als solche, welche für den deutschen Bundesstaat nicht aufgegeben werden dürfen."

Diese 221 Männer im Weidenbusche standen zusammen von Vincke aus dem Café Milani bis zu Reh aus Westendhall. Letzterer sagte geradezu: Alles was unsere Fraktionen bisher auseinander gegliedert hat, beruht seinem Princip nach auf einem sekundairen Interesse. Ueber die Abstufungen in der Freiheit haben wir uns gesondert, während wir die Freiheit alle wollen. Jetzt kommen wir an die Einheitsfrage, welche an Bedeutung die Freiheitsfrage weit überwiegt. Die

Hauptaufgabe der Nationalversammlung liegt noch vor uns und sie sei es denn, welche fortan die patriotisch Gesinnten aus den engen Kreisen bisheriger Parteigesellung zu einer neuen großen Gemeinde zusammen führt. — Vincke desgleichen läßt seine schweren Fußgänger auf der äußersten Rechten hinter sich, und mit ihm kommen die noch rüstigen Männer des Café Milani nach dem Weidenbusche. Er selbst freilich ist im Begriffe nach Berlin in die dortige neue Kammer abzugehn, und kann nur seinen Beitritt zum Weidenbusche erklären. Sein tüchtiges Herz für Deutschland fühlt, daß es jetzt gilt die Unterscheidungen aufzugeben soweit sie nicht unmittelbar und schreiend zur Sprache kommen: er läßt das Vereinbarungsprincip auf sich beruhn. Vielleicht ist es ja auch durch Entgegenkommen der Regierungen, vielleicht ist es durch bloße Verständigung zu umgehn. In der preußischen Kammer will er deshalb für das deutsche Princip sprechen. — Er hat es gethan; er hat sich dem deutschen Staate oft eigensinnig und deshalb störsam, oft herbe, aber treu bewährt, treu wie Gold. Dank und Ehre diesem Ajax von Hagen, Dank und Ehre vom deutschen Parlamente!

Mit tiefer Wehmuth sah man ihn scheiden. Ein so tapfrer Führer weniger in so bedrängter Lage, ein so ehrlicher Mann. Und gegenüber — o, es ist nicht zu beschreiben, wie diese Stimmung war! Je mehr man sich zusammenschloß mit Aufopferung von trennenden Nüancen, je deutlicher man sich bewußt wurde, daß man zusammengehöre, je klarer man

einsah, daß jetzt das ganze Schicksal von Deutschlands Neugestaltung auf der Spitze schwebte, desto grimmiger wurde diese Stimmung gegen Widersacher, welche nichts Gemeinschaftliches aufzuweisen hatten — Alles nahm Partei wie zur wildesten Zeit der Welfen und Ghibellinen; man mußte jeden Tag einer Katastrophe in der Paulskirche gewärtig sein.

8.

Diese Katastrophe erfolgte. Aber ganz anders als man sie erwartet hatte.

Eben so unerwartet kam der Anstoß dazu von außen.

Nicht durch die Presse, nicht durch die Erklärungen der Staaten, welche damals noch im Zuge waren.

Die Presse war bei kritischen Perioden zurückgeblieben hinter der Haltung des Parlamentes, oder war hitzig voraus gesprengt, oder war sonstwie anderen Weges gegangen. Namentlich während der gefährlichen preußischen Krisis war sie großentheils mit fortgerissen worden in die strudelnde Bewegung, und das Parlament war eine Zeit lang verlassen gewesen. Immer indessen hatte sich diese Reiterei wieder eingefunden beim großen Heerkörper, und im Ganzen durfte man anerkennen, daß die deutsche Presse außerhalb der professionsmäßigen Linken stattliche Kraft, Bildung und Haltung entwickelte. Jetzt hielt sie sich eng und nachdrücklich zum Parlamente, und je näher die Aufgabe ihrem Ende zugerückt

wurde, desto nachdrücklicher vertrat die Presse das Bedürfniß einer geschlossenen Form. Die wichtigsten Blätter gingen mit dem Centrum, und nur wenige sprangen ab, als Coalition und Weidenbusch einander gegenüber traten. Dasjenige wichtige Blatt freilich, auf welches Deutschland immer stolz zu sein Ursache hatte auch zur Zeit politischer Erniedrigung, dasjenige, welches unsre Nation im weitesten Umkreise vertritt, die Allgemeine Zeitung in Augsburg, wurde schwankend von dem Augenblicke an wo das Gagernsche Programm in den Vordergrund trat. Von seinen drei Redaktoren hielten Mebold und Altenhöfer fest an der Bundesstaatspartei, der dritte aber, welcher speciell den deutschen Theil des Blattes mit feiner Bildung leitet, Gustav Kolb, war mit all seinen Sympathieen eines Schwaben bei Süddeutschland und Oesterreich, und das geforderte Opfer für einen Bundesstaat schien ihm zu groß. Er ging wohl einen Schritt weiter als die Gegner in der Paulskirche, die eben nur wußten was sie nicht wollten. Er bezeichnete richtig den Punkt, auf welchen es für Seinesgleichen ankam: die verfassungsmäßige Union mit Oesterreich, den Organismus eines weiteren Bundes. Umsonst wurde ihm entgegnet, daß nur Eins nach dem Anderen entstehen könne, daß besonders unter der zehnfach sich durchkreuzenden Ansicht in der Paulskirche und bei der hartnäckig unpraktischen Haltung der meisten Oestreicher absolut nur Eins *nach* dem Anderen, und nicht Eins *neben* dem Anderen entstehen könne. Umsonst wurde ihm entgegnet, daß

Gagern mit einem reiflich erwogenen Plane hervortreten werde, sobald das Eine, der Bundesstaat festgestellt sei. Als erfahrener Politiker beurtheilte er ganz richtig, daß der entscheidende Punkt, die Vertretung nach außen, kaum zu lösen sein werde, und die hastige Lösung, welche später eine preußische Note nach Wien durch einfache Gesammtvertretung improvisirt hat, ist ganz geeignet gewesen ihn zu bestärken in seinem ungläubigen Bedenken. Solch eine unbedingt gemeinsame Vertretung des engeren und weiteren Bundes, welche merkwürdigerweise von Oesterreich nicht der Erwägung werth erachtet worden ist, würde von den streng Bundesstaatlichen, würde von denen nicht hingenommen werden, welche zuerst und zuletzt einen nach außen eigenen deutschen Staat wollen. Die Gagernsche Lösung war nicht so rund. Aber die Verwirrung hat gar nicht gestattet, sie officiell in Rede zu bringen, und der Bundesstaat, welchen Kolb mit aufrichtiger Seele wollte und will, hat solcherweise die einhellige Unterstützung eines so wichtigen Blattes in den Tagen, Wochen und Monaten der Krisis nicht gefunden. Möge dem patriotischen Herzen Kolb's die traurige Erfahrung erspart werden, daß ein Bundesstaat überhaupt nur auf dem eingeschlagenen Wege des Parlamentes zu erringen war.

Auch im weiteren Süden waren die größeren und älteren Blätter dem geschlossenen Bundesstaate nicht feindlich. In den Großherzogthümern Hessen und Baden zum Theil entschieden günstig. Auch im bairischen Franken hielt die Sehn-

sucht nach einem deutschen Staate der Abneigung gegen einen Erbkaiser fast die Wage. Der Nürnberger Korrespondent brachte Manches zur Unterstützung gegen die Coalition, und der Schwäbische Merkur desgleichen aus Stuttgart. Wie denn diese schwäbische Zeitung überhaupt eine sehr achtungswerthe Fülle von politischer Kraft und von politischem Takte entwickelte in verworrener Zeit.

Nordwärts von Frankfurt waren alle größeren Organe für den Weidenbusch, die einflußreiche Kölner Zeitung an der Spitze. Die Weserzeitung in Bremen, wirksam neben ihr an der Nordküste und in Hannover. Die deutsche Reichszeitung in Braunschweig war heiß und dringend von Andree geführt für den kaiserlichen Bundesstaat, und von Wochenschriften zeichneten sich die „Grenzboten", von Freitag und Julian Schmidt geleitet, in der langen wirren Zeit des Interims auf das Rühmlichste aus durch besonnene, kräftige, tapfre Haltung gegen all den brausenden Unverstand, durch verständig begründeten Anschluß an Centrum und Weidenbusch bis zur äußersten Konsequenz.

Die Presse der großen Städte, namentlich auch Hamburgs und Berlins, that sich nicht hervor durch sichtbaren Einfluß. Es schlug da zu Vielerlei gegen einander; ein größeres Prinzip mit vollem Athem für die deutsche Sache kam da nicht zu Einfluß, und wo es in Berlin einmal der Entwicklung nahe schien, da wurde es durch irgend eine heimathliche Wendung der zu nahe liegenden Staatspolitik Preußens immer

wieder unterbrochen. Auch eben darum, weil es aus der preußischen Hauptstadt kam, gestattete man ihm nicht unbefangen den Einfluß den es verdienen mochte. Aehnlich war es mit Wien, dessen Organe in Deutschland wenig gesehn blieben, und wohl in der Paulskirche selbst, wo täglich alle Blätter des großen Vaterlandes bei den Abgeordneten zu finden waren, noch am Vollständigsten gelesen wurden. Sie waren alle gegen den Bundesstaat des Centrums, und zum Theil mit so fremdartigen, in Deutschland unerhörten Motiven, daß sie vorzugsweise zur Polemik gegen österreichische Redner benützt wurden. Diese vermieden natürlich gern Gesichtspunkte, welche zum Bilde eines einigen Deutschland nicht paßten; die Blätter aber in Wien, im Mittelpunkte eines Großstaates geschrieben, der noch viel dringendere Interessen hatte als die deutschen, sie nahmen solche Rücksicht nicht auf das Ideal. Sie zeichneten Vedutten, welche in der frei komponirenden Paulskirche äußerst befremden mußten.

In diese Zeit fällt aber der ungemeine Einfluß, welcher die nach Frankfurt selbst verlegte „Deutsche Zeitung" an sich riß. Sie vertrat den erbkaiserlichen engsten Bundesstaat mit der größten Energie. Tag für Tag wurde in ihr dafür gefochten, daß Funken und Fetzen stoben. So unmittelbar in den Kampfesreihen einer Entscheidungsschlacht, so jäh im Gebrauche der Waffen, so begabt in Führung derselben, so ungestüm und reich an Wendungen die alle nach ein und demselben Ziele führten, war nie ein deutsches Blatt gesehen wor=

den seit dem Rheinischen Merkur von Görres. Und dieser blieb weit hinter ihr zurück in enger und einseitiger Anschauung. Hier in der Deutschen Zeitung wurde der deutsche Staat gefordert mit all seinen Konsequenzen und mit vollem Bewußtsein all dieser Konsequenzen. In brennender Sprache, schonungslos nach links und rechts. Besonders schonungslos gegen Oesterreich. Gervinus welcher nicht mehr Redakteur aber Hauptmitarbeiter war von Heidelberg aus, focht hier in täglichen Artikeln „vom Rhein" wie ein Percy Heißsporn, alle Bildung, allen Muth, alle Thatkraft aushauchend. Nie ist der Gegensatz deutschen Bedürfnisses zu Oesterreichs Geschichte und Oesterreichs Aufgaben furchtbarer dargestellt worden, nie ist eindringlicher, ja wie mit Peitschenhieben empfindlich getrieben worden: rücksichtslos den Bundesstaat, den strengsten Bundesstaat und nur den Bundesstaat ohne Oesterreich durchzusetzen, wenn jemals noch von einer politischen Existenz Deutschlands die Rede sein solle.

Dies Blatt entflammte denn auch zu Thatkraft auf der einen, zu Haß auf der andern Seite. In jenen ersten Märztagen 1849 konnte man wohl glauben, es werde einen Ausbruch der Feindschaft unter den Abgeordneten zur Folge haben, wenn des Morgens das Hauptblatt der Deutschen Zeitung in die Paulskirche kam, und darin täglich die fortdauernde Anwesenheit der Oesterreicher, deren Regierung eigentlich ein deutsches Parlament gar nicht kenne, mit den stärksten Ausdrücken bezeichnet wurde.

Von dieser Seite kam indeß die Katastrophe nicht, wenn auch dies nie ruhende Drängen und Treiben sie herbeiführen half. In jedem andern Lande wäre sie hierdurch schon unmittelbar entstanden. Nur Deutsche konnten eine solche Spannung ertragen, konnten einen Ausbruch niederhalten unter Berufung auf gesetzliche Formen. Die Ungestümsten im Weidenbusche ließen sich beschwichtigen durch den Hinweis auf den deutschen Bund, welcher die Oesterreicher immerhin formell berechtige zur Theilnahme. Sie tobten dagegen, sie behaupteten, der Bund sei eine Fiktion geworden, sei in die Centralgewalt übergegangen, und diese werde mißachtet von Oesterreich, Oesterreich weise alle Verpflichtungen die in der Form lägen weit von sich ab, und nehme doch alle Vortheile derselben willkührlich in Anspruch, Oesterreich verleugne gar nicht mehr, daß es diese Verfassung niemals beachten werde, und doch hetze es jetzt förmlich die Seinigen, sie machen und verderben zu helfen — Das müsse ein Ende nehmen, Dem müsse, da der moralische Trieb nicht verfange, gewaltsam ein Ende gemacht werden. —

So hörte man sie täglich toben, und Einzelne, wie Kerst, warfen bereits Bruchstücke solchen Raisonnements von der Rednerbühne. Das kann nicht mehr länger zusammenhalten! sagte in der zweiten Märzwoche selbst der unbefangene Zuschauer, wenn es noch einen solchen gab.

Jetzt wurden auch nach und nach alle die Einwendungen kund, welche von den Staaten ankamen gegen die Verfassung.

An jedem Punkte war gerüttelt; — es bleibt kaum etwas Verfassungsähnliches übrig, hieß es, wenn jede dieser Forderungen der 38 Staaten bedacht sein soll!

Man durfte glauben, daß hierbei die Ungeduld, ja die Verzweiflung zum Ausbruch kommen würde.

Gagern war dabei unermüdlich beflissen, die Vermittelung mit den Einzelnregierungen in weiche Formen zu bringen. Er versammelte, was sonst nie geschehen war, die Bevollmächtigten kollegialisch im Taxisschen Palais auf der Eschenheimer Gasse, dem einstigen Bundestagshause, welches jetzt das Haus des Reichsministeriums war. Dort berichtete jeder einzelne Staat über die Ansicht seiner Regierung, und schon dadurch, daß die Einwendungen so unmittelbar, so persönlich neben einander und vor die Oeffentlichkeit traten, wurde unter damaliger Atmossphäre die Störsamkeit der Einzelnstaaterei bis auf einen gewissen Grad gedrückt, wenn nicht beschämt. Es mochte auch nicht außer Berechnung geblieben sein, daß sich Schmerling charakteristisch ausnahm, wenn er allein unter allen für seinen Staat — gar nichts einzuwenden hatte, weil eben Oesterreich gar nicht auf die Verfassung einging.

Preußen hingegen zeigte, daß es ihm voller Ernst sei mit der Verständigung, und sammelte die meisten der kleineren Staaten um sich, für sie und sich selbst gleichzeitig eine Collektiv-Erklärung abgebend. Die Königreiche kamen ebenfalls herzu. Baiern und Hannover zögernd. Natürlich widerspra-

chen sich die Forderungen ganz direkt. Die einen wollten ein Direktorium, die andern wollten ein erbliches Oberhaupt. Den günstigsten Eindruck hatte Baden gemacht, dessen Fürst sich zu jedem Opfer bereit erklärte, und dessen Bevollmächtigter Welcker schnurstracks gegen seine Ansicht als Abgeordneter zur Ueberreichung der zustimmendsten Erklärung genöthigt wurde.

Die Einen waren vollkommen zufrieden mit dem auf drei Sessionen sich erstreckenden Suspensiv-Veto nach Vorbild des Norwegischen, wie es in erster Lesung angenommen war. Dem Bundesstaate, hieß es damals von vielen Seiten und nicht ohne eine gewisse Berechtigung, entspricht das Suspensiv-Veto. Das absolute Veto gebührt dem monarchischen Einheitsstaate. Mit größerem Rechte hatten die Vertheidiger des absoluten Veto in lebhafter Diskussion geltend gemacht, daß ein absolutes Veto unzertrennlich sei von jeder monarchischen Form, sei diese Einheits- oder Bundesstaat. Jede konstitutionelle Monarchie verliere den moralischen Halt, verliere die ideale Grundlage eines Gleichgewichts unter den Staatsgewalten, wenn der Exekutive das absolute Veto genommen werde. Gerade damit es Jahrhunderte lang ruhen könne, müsse es absolut sein. Wie wunderlich nahm es sich nun aus, wenn Sachsen und Baiern den bequemsten, weil allgemeinsten Vorwurf Oesterreichs aufnahmen, und erklärten: das Parlament habe nicht einen Bundesstaat, sondern einen Einheitsstaat votirt, und doch in derselben Erklärung hinzusetzten: aber das absolute Veto fehle! Sie müßten für den neuen

deutschen Staat durchaus das absolute Veto verlangen! Für den Bundesstaat, welchen sie übrigens so locker als möglich wollten!? Ach nein. Besonders in der bairischen Erklärung sah man recht deutlich, wofür sie das absolute Veto wollten. Für Sicherstellung des absoluten Veto im bairischen Staate. Es hieß also eigentlich: Euer Einheitsstaat ist nicht Einheitsstaat genug, um unserm Partikularstaate volle Souverainetät zu sichern; wir können aber nicht zutreten, weil er ein Einheitsstaat ist.

Eins hob das Andere auf. Einzugehn in diese Vorwürfe und Forderungen war nur im Abschnitte von der „Reichsgewalt." Hier waren viele Punkte, über welche sich mit gutem Fuge vom Partikularstandpunkte streiten ließ auch bei gutem Willen für das Zustandekommen eines Bundesstaats. Hier war auch die feine Linie, welche immer zickzack durch's Centrum gegangen war, und hier konnte der Verfassungsausschuß an den Punkten nachgeben, welche nicht die Exekutivkraft des Bundesstaates gefährlich auf's Spiel setzten, welche also nicht leicht dahin führten, daß man wiederum ein schlotterndes, verschiedenartigem Einzelnwillen ausgesetztes deutsches Staatswesen schaffe.

Das that auch der Verfassungsausschuß mit redlichem gutem Willen. Er war immer froh, wenn er bei der Redaktion zur zweiten Lesung der Forderung eines Einzelnstaates nachgeben konnte ohne das Ganze zu gefährden. Der schwierigste Punkt war und wird immer bleiben: die Geldkraft des Bundesstaates sicher zu stellen. Sie auf bloße Matrikularbeiträge

anzuweisen ist der schreienden Erfahrung gemäß lebensgefährlich. Dies wünschten aber die kleineren Königreiche. Einwand und Sorge von ihrer Seite drängte sich am Engsten darum zusammen: daß die Reichsgewalt sich nicht im voraus durch die Zolleinnahmen ihr Bedürfniß decken dürfe, so wie um die Paragraphen 35 bis 37 der „Reichsgewalt." Hierbei schloß sich auch Baden aus süddeutscher Zollbesorgniß an Baiern und Würtemberg. Daß die Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über die gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchsteuern haben, daß sie bestimmen solle, welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftlich sein sollten; daß sie bestimmen solle: auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten solche Steuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen und unter welchen Bedingungen und Beschränkungen — dies wurde als ein zu tiefer Eingriff in die Rechte und in den finanziellen Haushalt der Einzelnstaaten bezeichnet.

Nach reiflichster Ueberlegung beharrte der Ausschuß auf den Paragraphen, und begründete dies wie folgt:

„Bisher erfolgte die Ausgleichung der verschiedenen Interessen der Zollvereinsstaaten durch Verträge; in Zukunft muß die Gesetzgebung die Ausgleichung bewirken. Eine solche Gesetzgebung kann nur auf die sorgfältige Prüfung der Sachverständigen der verschiedenen Länder gebaut werden. Unverkennbar wirken die Produktionssteuern so tief auf den ganzen Wohlstand einer Gegend und die Industrie ein, daß eine

unvorsichtige Behandlung und Centralisirung des Steuersy=stems empfindliche Folgen für einzelne Staaten haben und den nothwendigen Schutz der Arbeit empfindlich gefährden könnten. Es läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß eine Ausgleichung der Interessen von Norden und Süden bei der Zolleinigung nothwendig ist, und dann eine Zollgemeinschaft auch eine gewisse Gemeinschaft der Produktionssteuern erfor=dert. Die Mehrheit des Ausschusses, der nicht unbeachtet las=sen darf, daß manche über das Verhältniß des Nordens und Südens geltend gemachten Ansichten auf Mißverständnissen beruhn, fand es aber nicht für nothwendig einen Zusatz des=wegen in §. 35 aufzunehmen, weil wir voraussetzen, daß die Gesetzgebung, welche in geeigneten Uebergängen vermittelnd einwirken muß, durch die Vertreter der verschiedenen Staaten genöthigt werden wird, allen Interessen, vorzüglich auch de=nen des Südens, Rechnung zu tragen" — „und weil ein Zusatz wegen seiner Allgemeinheit und Unbestimmtheit doch keinen erheblichen Werth haben könnte."

„Wenn der Ertrag der Zölle und der gemeinschaftlichen Produktionssteuern folgerichtig nach dem Grundsatze der Zoll=einheit als Gegenstand zu betrachten ist, aus welchem die Ausgaben des Reichs bestritten werden sollen, so rechtfertigt es sich auch, wenn die Reichsgewalt sogleich und zunächst an diesen Gegenstand sich hält, das Zahlungsmittel benützt, und nur den Rest an die Einzelnstaaten vertheilt. Wir schlagen jetzt aber vor, das ordentliche Budget, also das auf dem

Reichstag in Beziehung auf die ständigen Ausgaben festgestellte Budget als Grundlage anzunehmen, wobei eine annähernd angenommene Summe in das Budget eingetragen wird, und die Einzelnstaaten nach dem Theilungsmaaßstab ebenso annähernd auf die sie treffenden Summen rechnen können."

Aber nicht nur ein solches Verhältniß wurde bestritten. Auch die Münzeinheit wurde angegriffen, Eisenbahn und Post, welche in eine Hand kommen sollten. Baiern wünschte selbst „die Verpflichtung deutscher Truppen specieller Vereinbarung" vorbehalten, ja sogar die Ertheilung von Patenten, wofür eine Gesammtbehörde von Jedermann als Segen erachtet wird, den Einzelnstaaten belassen zu sehn. Besondere Vertretungen nach Außen, dieser schlimmste Feind der Einheit, wurden unter verschiedenen Vorwänden und Formen angestrebt, und auch die Rechtseinheit, meinte Sachsen, müsse im Civilrechte Partikularformen zulassen.

Nochmals, was wäre wohl übrig geblieben für die Einheit, wenn der Ausschuß — wie er es that bei der zahlreichern Vertretung der süddeutschen Staaten im Staatenhause — an allen Ecken und Enden hätte nachgeben wollen?! Er schloß ganz richtig gegen den Vorwurf eines Einheitsstaates mit folgenden Worten:

„Der Bundesstaat erfordert eine Gesammtregierung, eine einheitliche Vertretung gegen Außen, eine einheitliche Vertretung im Innern in allen Gesammtangelegenheiten der Nation.

Er beschränkt deshalb die Bundesglieder und muß sie beschränken, insofern diese den verfassungsmäßigen Beschlüssen der Bundesgewalt Gehorsam zu leisten verpflichtet sind. So sahen schon die vereinigten Fürsten und freien Städte im Jahre 1815 die Sache an, als sie auf dem Congresse zu Wien erklärten:

„„Die deutsche Verfassung würde ihren festesten Bestand erst alsdann behaupten können, wenn ein gemeinsames Oberhaupt an der Spitze der deutschen Verbindung dem von den Ständen des Bundes gemeinsam Beschlossenen die unverbrüchliche Vollziehung sichere, die Säumigen und Weigernden ohne Unterschied mit Nachdruck zur Erfüllung des Bundesvertrages anhalte, der Bundesjustiz schnelle und vollkommene Folge verschaffe, die Kriegsmacht des Bundes leite und so im Innern und gegen Außen allen Staaten desselben, auch dem mächtigsten, als Beschützer, erster Repräsentant der deutschen Nation, der Verfassung als kräftigster Gerant, als deutscher Freiheit Aegide sich darstelle.““

„Man wird nicht behaupten können, daß die Fürsten damals, so wenig wie jetzt die meisten Regierungen, einen unitarischen Staat angestrebt hätten.“

„Unter Zugrundlage unsers Verfassungsentwurfes bleibt den Einzelnstaaten noch selbständiges Leben genug, um sehr bald zu erkennen, daß sich die Verfassung unsers Bundesstaates sehr weit von der Verfassung eines Einheitsstaates unter-

scheidet. Daß sie aber einen Theil ihrer Hoheitsrechte opfern müssen, das müssen die Regierungen anerkennen, wenn es ihnen um die Einheit, Macht und Größe Deutschlands Ernst ist."

Diese gesunde Haltung des Verfassungsausschusses mochte den Ausbruch des Grimmes zurückdämmen in der Paulskirche. Man tröstete sich: solche Vernunft müsse doch siegen. Desgleichen tröstete und hielt vom Aeußersten ab die immer deutlicher hervortretende Haltung der Nation. Was hatte die wortführende Demokratie im Frühjahre 48 gespottet über das Kaiserthum des Siebzehner-Entwurfs! Wie hatte sie es als etwas der Nation Wildfremdes nachgewiesen mit Zeugnissen, die Manches für sich zu haben schienen! Jetzt konnte kaum noch Jemand leugnen, daß ein solches Kaiserthum trotz allen demokratischen und partikularistischen Tobens Boden und Stätte gefunden. Jetzt kam Zeugniß auf Zeugniß, daß sich das Volk dafür erwärme, daß man's aller Orten im Norden wünsche, ja daß man sich auch im Süden dafür erkläre. Wer dies bezweifelt, der sehe das Verzeichniß der Petitionen und Adressen an, welches vom Abgeordneten Tafel zusammengestellt ist und zu großer Ueberraschung aus Baiern die verhältnißmäßig größte Anzahl Unterschriften nachweist für die endlich beschlossene Reichsverfassung*). Man spürte an Luft und

*) 426 Eingaben aus Baiern neben 369 aus Preußen. 14014 Unterschriften aus Berlin, 12000 aus München.

Boden, daß die Zeit erfüllt, daß ein Abschluß allgemeines Bedürfniß, daß solchem Drange nicht mehr zu widerstehn sei. Das Wort wollte Fleisch werden. Aber wie? Wann? Wo? In der Paulskirche?

In der Paulskirche, wo sich die Parteischaaren in fast gleicher Anzahl mit gezückten Schwertern gegenüber standen? Wo die uralte Eifersucht der deutschen Stämme gegeneinander ärger denn je, ja bis zum brutalen Drange nach gegenseitiger Vernichtung aufgewühlt war? Wo der Freund den Freund nicht mehr kannte, wo eine Majorität nicht mehr zu finden war für etwas Positives? In dieser als Tempel des einigen Vaterlandes vor einem Jahre begrüßten und jetzt zum geöffneten Janustempel verwandelten, mit Zorn und Fluch erfüllten Paulskirche konnte doch das Wort nicht mehr Fleisch werden! Hier war ja jedes einst theure Wort in Hader und Streit verkehrt. Und wenn nicht hier, wo sonst?

Hier in derselben Paulskirche, wo keine Majorität mehr zu finden war, ereignete sich am Morgen des 12. März die unvermeidliche Katastrophe dahin: daß für die Dringlichkeit eines Antrags über drei Viertheile des Parlamentes sich erhoben, eines Antrags, welcher nicht mehr und nicht weniger wollte als: — Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen und Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an den regierenden König von Preußen.

Schreiber Dieses kam an jenem Tage gegen 10 Uhr in die Kirche, sah Welcker auf der Tribüne, sah, daß eine unge-

wöhnlich gewordne Aufmerksamkeit und Spannung im ganzen Hause herrschte, und fragte den Nächsten, an dem er vorüber kam: was ist? — Welcker spricht für den preußischen Kaiser! erwiderte dieser unter erzwungenem Lachen. Ich war an einen Ultramontanen gerathen.

So war es. Unter diesen eigenthümlichen Umständen erschien der Welckersche Antrag, welcher durch ganz Deutschland eine beispiellose Aufregung und Spannung und — Theilnahme hervorrief. Er betäubte; auch die Gegner.

Am Tage zuvor, am 11. März, war die Kunde nach Frankfurt gekommen: der Reichstag zu Kremsier ist aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt für die österreichische Gesammt-, monarchie! Für die Gesammtmonarchie, für einen centralisirten Staat Oesterreich, für eine „freie, selbständige, untheilbare und unauflösbare konstitutionelle österreichische Erbmonarchie!“

Da war also das Programm von Kremsier in vollem Maaße erfüllt, die Hoffnung der deutsch-österreichisch Gesinnten auf einen Föderativstaat, welcher seine deutschen Bundeslande in irgend einer besondern Verbindung mit Deutschland erhalten könne, war mit einem Streiche zu Boden geschlagen, ja sogar eine Grundbedingung der Bundesakte, auf welche man sich eben noch berufen hatte, verletzt durch solche unterschiedslose Vereinigung der deutschen Erblande mit den übrigen Provinzen.

Der Schlag traf dergestalt in Frankfurt, daß selbst

Schmerling, der kaltblütige Diplomat, an demselben Tage seine Entlassung einreichte als österreichischer Bevollmächtigter. Man erwartete den Austritt der österreichischen Abgeordneten. Im „Pariser Hofe“ war die Bestürzung so groß, daß man sich nun erst recht verstecken zu müssen behauptete und jeden dringlichen Antrag abweisen wollte, wie Vogel Strauß den Feind nicht sehn will und deshalb erwartet, der Feind werde auch ihn nicht sehn. Welcker allein in dieser Gesellschaft, wo nur Prediger Jürgens, ein Braunschweiger von edler Bildung und hypochondrischer Furcht vor jedem energischen Plane, ihm nicht eigentlich fremd war, Welcker allein war tief und aufrichtig betroffen. Es ist nichts, rief er sich zu, es ist blinder Zeitungslärm, und ich will gegen die Kaiserlichen sprechen morgen, wenn sie dies Ereigniß benützen sollten.

Die Verfassung selbst aber stand in den Zeitungen; so viel pflegen sie doch nicht zu erfinden. Auf dem Heimwege vom Klubb soll Welcker darauf aufmerksam gemacht worden und dann mit tiefem Athemzuge in die Worte ausgebrochen sein: Dann ist Oesterreichs Ausschluß fertig, dann muß jeder Patriot in der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an die Krone Preußen die Rettung des Vaterlandes suchen.

Daheim habe er Zeitungen mit dem österreichischen Verfassungstexte gefunden und in der Nacht seinen Antrag aufgesetzt. Er lautete ganz so wie Welcker's stoßweise erfolgende Rede. Simson las ihn:

„Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung,

in Erwägung der dringlichen Lage der vaterländischen Verhältnisse, beschließt:

1) Angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu beschließende Verfassung, gegen solche Eingriffe Auswärtiger*) in das heiligste Urrecht freier Völker ihre Entrüstung, gegen jeden Deutschen aber, sei er Fürst oder Bürger, welcher landesverrätherisch solche Eingriffe hervorrufen möchte, den tiefsten Abscheu und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die deutsche Nation wie ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweisen werde.

2) Die gesammte deutsche Reichsverfassung, sowie sie jetzt nach der ersten Lesung mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen von dem Verfassungsausschusse redigirt vorliegt, wird durch einen einzigen Gesammtbeschluß der Nationalversammlung angenommen und jede etwa heilsame Verbesserung den nächsten verfassungsmäßigen Reichstagen vorbehalten.

3) Die in der Verfassung festgestellte erbliche**) Kaiserwürde wird Sr. Majestät dem Könige von Preußen übertragen.

4) Die sämmtlichen deutschen Fürsten werden eingeladen,

---

*) Sie lagen, außer dem herkömmlichen Gerüchte über eine russische Note, gar nicht vor; es war nur der gewaltsame Versuch zu einem einleitenden Uebergange.

**) Sie hatte jetzt, wie schon erwähnt, die Mehrheit erhalten im Verfassungsausschusse.

großherzig und patriotisch mit diesem Beschlusse übereinzustimmen und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern.

5) Es wird eine große Deputation der Nationalversammlung abgesendet, um Sr. Majestät dem Könige von Preußen die Wahl zum deutschen Erbkaiser anzuzeigen.

6) Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich als Fürst der deutsch-österreichischen Lande und die sämmtlichen Bruderstämme in diesen Landen, einzeln und vereint, sind zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat und seiner Verfassung jetzt und zu aller Zeit eingeladen und aufgefordert.

7) Die deutsche Nationalversammlung legt gegen ein etwa von der Regierung der deutsch-österreichischen Lande oder von diesem Lande selbst beanspruchtes Recht, von dem deutschen Vaterlande und aus der von seinem Gesammtwillen beschlossenen Verfassung auszuscheiden, für alle Zeiten feierlichen Protest ein.

8) Sie ist aber bereit, so lange einer definitiven Verwirklichung des völligen Eintritts der deutsch-österreichischen Lande in die deutsche Reichsverfassung noch Schwierigkeiten im Wege stehn sollten, die bestehenden nationalen brüderlichen Verhältnisse, jedoch unbeschadet der Selbständigkeit der deutschen Reichsverfassung, zu erhalten."

Dies zu vertheidigen war der kleine gedrungene Mann auf der Rednerbühne erschienen. Sein geröthetes Antlitz mit dem kurzen grauen Haar sah aus dem lichtblauen Auge auf die unbeschreiblich erstaunte Versammlung herab, ohne von

der eigentlichen Seelenstimmung etwas zu verrathen. Dafür sind ihm in ewigen Kämpfen die Züge erstarrt, und der leicht geöffnete Mund mit englischer Kiefer- und Zahnbildung verkündigt Nichts, bis er die Worte, auf einen harten Satz zusammengekeilt, hervorgestoßen hat.

„Meine Abneigung gegen das Erbkaiserthum", rief er jetzt — denn er „rief" Dergleichen immer — „ging weder von einer Abneigung gegen Preußen, noch von einer Vorliebe für Oesterreich aus". — „Ich habe entschieden abwarten wollen, bis ich nicht nach subjektiven Wahrscheinlichkeitsgründen, sondern nach objektiven Gründen die Ueberzeugung hätte, daß Oesterreich jetzt nicht eintreten wolle in den Bundesstaat". — „Jetzt glaube ich, die Mittel sind erschöpft" — „jetzt glaube ich, daß die Zeit drängt, das übrige Deutschland desto fester, desto stärker, desto inniger zu vereinigen". (Lebhaftes Bravo im Centrum und der Rechten.)

„Wenn ich hier hinblicke auf meine alten Freunde, so werde ich vielleicht einem kleinen Triumphe in ihrem Herzen, wenn auch nicht in ihren Mienen begegnen, daß sie schon vor Wochen und Monaten und ich erst so spät das Richtige erkannt hätte. Seien Sie stolz darauf, wenn Sie wollen, aber vergeben Sie mir, auch ich bin — obwohl jetzt mit traurigem Herzen — stolz darauf, daß ich, soviel wie möglich war, nach allen Kräften eine Verzögerung der Trennung bewirkte." Die Schuld treffe nun allein das österreichische Kabinet. — Nun denn, jetzt gelte es, als ein einziger gemeinschaftlicher,

wohlgerüsteter Körper dazustehn. „Die Gelüste in den Kabinetten wachsen, die Einheit wird täglich mehr gefährdet". — „Lassen Sie keine Verfassung oktroyiren; wir wollen die Verfassung selbst machen mit Anerkennung der Rechte von Jedermann. Ich sage Ihnen, das Vaterland ist in Gefahr. Wir können nicht mehr mit Oesterreich unterhandeln. Es wird die Aufgabe des Königs von Preußen sein, durch ein Ultimatum seinen Beschluß zu bedingen. — Ist es möglich, daß Oesterreich eintritt, so ist dann nichts verloren. Ist es nicht möglich, so wollen wir gerüstet sein gegen die Gefahren, welche dieser Bruch herbeiführen wird." „Ich sage nichts weiter als: das Vaterland ist in Gefahr! Retten Sie das Vaterland!" (Stürmischer Beifall vom Centrum und der Rechten.)

Die Aufregung war ungeheuer. Welcker selbst hatte keine ungewöhnliche Eile verlangt für die Erledigung seines Antrags, er hatte von acht Tagen gesprochen. Mehrere der Bundesstaatlichen meinten, es müsse sofort, wenigstens so schnell als irgend möglich daran gegangen werden, sonst verrauche das endlich entzündete Feuer wieder, oder werde erstickt durch die Partikularisten. Sie eilten nach den vordersten Bänken zu Bassermann, zu Mathy, zu Gagern und forderten diese auf, irgend ein beschleunigtes Verfahren von der Rednerbühne vorzuschlagen. Aber es gab keine Form dafür. Solch ein Antrag, welcher die ganze Verfassung betraf, mußte an den Verfassungsausschuß, und was nicht heute, spätestens binnen vierundzwanzig Stunden geschah, verfiel eben der Zeit. Es

war kein verwegner Feldherr vorhanden. Die Führer alle waren so gewissenhaft, daß sie keine Ueberrumpelung der Nation wollten mit dem Grundgesetze der Nation.

So viel ist wahrscheinlich: konnte am 12. März über den Welckerschen Antrag abgestimmt werden, so wurde er angenommen.

Die Ungeduld war so groß, daß man sich nicht mit der Tagesordnung, Verhandlung über das Reichsgericht, beschäftigen konnte, sondern daß man schon vor elf Uhr die Sitzung schloß.

Die bestürzten Parteiungen fanden Zeit, sich wieder zu fassen und zu schaaren. Nur etwa diesen Tag lang war die Meinung allgemein, das Parlament sei am Ziele. Diese Meinung ging hinaus in alle Lande und erregte die Nation von einem Ende bis zum andern. Ueberall stieg die Zustimmung siegreich auf, der Widerspruch schwieg. Von allen Gegenden strömten Patrioten nach Frankfurt, um diesem großen Abschlusse beizuwohnen.

An jenem Abende erschien auch Radowitz zum ersten Male im Weidenbusche. Auch er also hielt das nun für reif, was er bisher immer nur sehr bedingungsweise anerkannt hatte. Er war jetzt für den vorgeschlagenen Abschluß und wollte nur die definitive Ernennung des Königs von Preußen nicht eingeschlossen sehn.

Die natürlich vorliegende Frage war das Wahlgesetz. Welcker hatte es nicht erwähnt, und doch war es nöthig, wenn

die ganze Verfassungsfrage mit einer Abstimmung erledigt sein sollte. Wenn es auch kein integrirender Theil der Verfassung war, so war es doch die unmittelbare Zukunft derselben, der Schlüssel zum nächsten Reichstage.

Die Hinnehmung dieses Wahlgesetzes und des suspensiven Veto's in der Gesetzgebung von Seiten der Weidenbuschpartei hat man gern in Parallele bringen wollen mit der Kuppelei entgegengesetzter Principien innerhalb der Coalition. Sehr mit Unrecht. Dies Wahlgesetz und jenes Veto waren ja nicht nur vorliegende Beschlüsse der Reichsversammlung, die als solche gegründeten Anspruch auf erneute Annahme hatten, wenn die Annahme der Vorlage in Bausch und Bogen einen einfachen Sinn haben, wenn sie nicht zum Kriegsmittel für eine Minorität in diesen Fragen gemacht werden sollte. Dies Wahlgesetz und jenes Veto hatten ja auch zahlreiche Stimmen im Weidenbusche selbst. Sie bildeten ja einen integrirenden Theil der Ansichten, welche sich zur Kaiserpartei vereinigt hatten. Das Wahlgesetz hatte aus dem Landsberge zahlreiche Stimmen erhalten, und wenn nun ein Theil des Würtemberger Hofes, ja einige Mitglieder der Westendhalle (Neuwestendhalle) zum Weidenbusche getreten waren im Interesse der Einheit, so erklärten sich dieselben doch nicht bereit, diese Fragen der Freiheit ohne Noth opfern zu wollen. Sie selbst, Zell an der Spitze, verlangten jetzt zuerst innerhalb des Weidenbusches, daß bei einer Abstimmung in Bausch und Bogen diesen einmal angenommenen Freiheitsbestim=

mungen Rechnung getragen werde. Der erste Andrang darnach kam nicht von außen, und am Wenigsten von einer principiell entgegenstehenden Partei, sondern aus dem Schooße des Weidenbusches. Dabei ist also eine versuchte Parallele mit dem Treiben der Coalition unberechtigt und unwahr. Denn auch die Veto-Frage in der Gesetzgebung — nicht zu verwechseln mit der in Verfassungsfragen, welche später wirklich der Coalition verfiel — war ja auf einen Antrag des Centrums, war auf den Fallatischen Antrag im Sinne des Norwegischen Veto's beschlossen worden.

Zell verlangte schon am Abende des zwölften März, daß man sich für Hinzunahme des Wahlgesetzes erklären solle. Dies fand strengen Widerspruch namentlich von Seiten Bassermann's und Soiron's, und die Mehrheit des Weidenbusches schien dagegen zu sein. Am nächsten Tage erst errang dies Verlangen eine sehr wichtige und wie immer entscheidende Zustimmung; der Verfassungsausschuß erklärte sich dafür. Er bestand nur auf der „öffentlichen" Abstimmung bei den Wahlen. Mit vierzehn Stimmen gegen sechs hatte sich dieser konservative Körper dafür erklärt. Paris lohnt eine Messe! hatte Heinrich der Vierte gerufen. Das Zustandekommen des Ganzen lohnt ein Opfer! hatten konservative Männer gerufen, denn die Verfassung und das Vaterland sei wirklich in Gefahr.

An diesem dreizehnten März war wirklich eine österreichische Note vom neunten eingetroffen, in welcher zum er-

sten Male das längst Befürchtete klar ausgesprochen war: Oesterreich wolle kein Volkshaus, sondern nur ein Staatenhaus. Zu diesem Ende wolle es mit seiner Gesammtmonarchie eintreten.

Einer der verunglückten Missionaire, welche mit Heckscher nach Ollmütz gegangen waren, ergänzte diesen Antrag dahin, daß auf jede Million eine Stimme, für Oesterreich also 38 Stimmen gefordert würden neben den 31 Stimmen des übrigen Deutschland.

Dies erhöhte den Drang für den Welckerschen Antrag. Man nannte dies einen Hohn auf deutsche Einheit, in welcher Deutschland gegen nichtdeutsche Völkerschaften in der Minderheit und österreichisch wäre. Wäre noch in der Nacht vom Dreizehnten zum Vierzehnten abgestimmt worden, so wäre an einer Majorität für den Welckerschen Antrag nicht zu zweifeln gewesen. Aber erst am Siebzehnten begann die Diskussion, und den 21. März erst erfolgte die Abstimmung, also am neunten Tage erst, am entscheidenden erst in allen Krankheitskrisen, erfolgte die Abstimmung.

Welcker begann auch die Diskussion. Ob er selbst gestiegen oder gefallen sei im Ansehn durch die jähe Wendung? Weder das Eine noch das Andere. An seinem uneigennützigen, redlichen Willen hatten auch seine Gegner nie gezweifelt. Steif, schwerfällig, eigensinnig hatte man ihn genannt. Man nannte es auch jetzt wohl faselhaft, daß er sich über die Natur der Dinge so habe verblenden können, daß er ein seit

dem Programme von Kremsier so deutlich angekündigtes Edikt habe erleben und wirklich betasten müssen, um daran zu glauben. Ein staatsmännischer Kopf, sagte man, kann nicht dergestalt vom Faktischen überrascht werden, wenn die tiefere Nothwendigkeit längst, ja immer ersichtlich gewesen. Daher auch der Unterschied, daß die alten Bundesstaatlichen nie so scheltsam und heftig gegen Oesterreich aufgetreten sind als Welcker jetzt in seiner Rede auftrat. Sie hatten eben nie verkannt und daher stammten ihre Folgerungen: daß Oesterreich noch ganz andere Interessen habe als der deutsche Bundesstaat und den deutschen Bundesstaat. Sie beklagten und tadelten wohl auch, daß die österreichischen Staatsmänner sich nicht zu der Anschauung erheben konnten: es diene ihnen wie Deutschland, im deutschen Bundesstaate den natürlichen Bundesgenossen anzuerkennen, und sich ihn um so stärker zu verpflichten und zu verbinden, je aufrichtiger man ihn fördere, je aufrichtiger man die möglichen Verbindungspunkte hervorhebe statt der täuschenden Redensarten über unmögliche, welche nur hinhalten sollten. Sie bezweifelten niemals, daß Letzteres nur geschehe um bei günstigeren Zeitumständen den hegemonischen Einfluß Oesterreichs über Deutschland wieder zu gewinnen; sie bezweifelten aber daß dies politische Trachten, welches Deutschlands Verfassung zerstöre und Deutschlands Feindschaft herausfordere, im höheren Sinne politisch sei. Oesterreichs Entwickelung hänge eng zusammen mit der deutschen. Diese letztere neuen Stürmen

aussetzen, heiße Oesterreich aussetzen, und verweise Oesterreich im Falle der Noth auf Allianzen, welche größere politische Opfer kosten würden als das Opfer einer Hegemonie in Deutschland. Soweit diese Hegemonie schöpferisch sein könne, werde sie nie und nirgends durch einen „weiteren Bund" behindert werden. Man hindere nicht eine Macht von 38 Millionen durch aufgeschriebene Sätze. Eine solche Macht wirke schon durch ihre Schwere allein. Soweit jene Hegemonie aber auch fernerhin nur durch Hemmen und Verneinen sich bethätigen wolle, werde sie Oesterreich nicht minder schaden als Deutschland, denn sie werde Oesterreich schwächen in ungetheilter Entwickelung seiner Kräfte. Die Freiheitsgefahren würden nur durch Deutschland selbst beseitigt, indem man seinen Einheitstrieb befriedige. Aus dieser Befriedigung nur wüchse konservativer Sinn, und dieser sei in Deutschland viel reichlicher vorhanden als in Oesterreich, wo es erst aller ungetheilten Kräfte für Entfaltung der Vortheile im Gesammtstaate bedürfen werde, um so viel einleuchtende Vortheile eines Gesammtstaates darzustellen, daß ein konservativer Sinn allgemein entstehen könne.

Man sieht, dies Raisonnement war so bedingt, daß ein so greller Angriff auf Oesterreich, wie er jetzt von Welcker ausging gar nicht damit verträglich war. Welcker aber schalt so, weil er sich für getäuscht ausgab oder auch wirklich getäuscht war, wenigstens sich selbst wirklich getäuscht hatte.

Ja, rief er um dieses Oesterreichs willen habe ich bisher

meinen eigenen Lieblingsgedanken verleugnet. Anno 1814 schon habe ich den Staatsmännern eine Rede übergeben, welche eine nationale Repräsentation, welche einen deutschen Kaiser wollte, welche damit schloß:

„Es ende nach langem verderblichen Streit
Die kaiserlose, die schreckliche Zeit!“

„Ich habe diesen Gedanken als den herrlichsten für die deutsche Verfassung nie aufgegeben.“ Nur um Oesterreichs willen habe ich „für die schlechteste Form, ich gestehe es, für das Direktorium gestimmt.“

Jetzt höre das auf, denn es sei nunmehr klar und entschieden, daß Oesterreich nicht zu gewinnen sei für den Bundesstaat. „Sind wir Männer oder sind wir Träumer? Ist für Männer deutlich geschrieben die österreichische Verfassung und die damit übereinstimmende letzte Note Oesterreichs und, ich setze hinzu, der damit übereinstimmende Bericht unsrer Abgesandten nach Wien? Klar und entschieden wie der Tag liegt vor, daß Oesterreich nicht eintreten will in den Bundesstaat, nein, daß es gar nicht mehr kann! Des Kaisers Wort steht im Wege, eine von ihm feierlich verkündete, großentheils angenommene Verfassung steht im Wege. Meine Herren! Spielen die Kaiser und die Regierungen Vexierspiele wie man uns zumuthet zu glauben? Dürfen wir glauben, daß in einigen Tagen sie das zurücknehmen werden und andre neue Erklärungen geben werden als das neue kaiserliche Wort, vor seinem Volke und in Europa verkündet?“

Kein Bundesstaat, kein Volkshaus mit Oesterreich mehr, aber Kroaten, Magyaren, Italiener, Galizier — „wo finde ich denn nun den Mann in diesen Räumen der unsre Versammlung und die deutsche Nation bankbrüchig erklären will? Wie, Sie wollen das heilige Mandat des Volkes ein deutsches Parlament zu schaffen wegwerfen? Sie wollen es zu Füßen legen diesen Kabinetsbeschlüssen, wenn Sie noch daran denken, mit Oesterreich in Verbindung zu sein im Bundesstaat?!"

Und nun donnerte er gegen diese Anerbietung des ganzen Oesterreich, welches „Schamröthe und Empörung" errege. Achtunddreißig Millionen Oesterreicher, die zu fünf Sechstheilen aus Feinden der Deutschen zusammengesetzt seien, sollten Deutschland regieren! Ja, „uns übrigen Deutschen soll es verwehrt sein uns ebenso zu einigen wie die 38 Millionen Oesterreicher geeinigt sind? (Hört! Hört!) Sie sind einig durch einen Erbkaiser, und uns will man ihn nicht gönnen? Sie sind geeinigt durch ein Volkshaus und wir sollen es nicht haben?" Dort verschiedenartige Völker geeinigt, hier lauter Deutsche, die sich soweit nicht einigen dürften! „Ist das ein ehrenwerther Antrag an eine ehrenwerthe Nation oder ist es nicht vielmehr eine Löwengesellschaft?" (Große Bewegung in der Versammlung.)

Nein, darauf sei nicht einzugehn. In Oesterreich seien nicht Knaben, sondern Männer am Ruder und ein Fürst, die

ihr Wort halten. Jetzt müsse man auch hier seines eigenen Weges gehn.

Oesterreich, indem es unser Recht zum Bundesstaat ohne Oesterreich bestreitet, berufe sich auf die Bundesgesetzgebung. Wie? „Wer ist es denn, der diesen alten Bund völlig gebrochen? Oesterreich durch seine definitive Verfassung. Die deutschen Länder in der großen Minderheit den andern außerdeutschen Nationen untergeordnet im Reichsparlamente", wie könne da von den deutschen Bundesbeschlüssen noch die Rede sein? „Die österreichische Verfassung steht mit dürren Buchstaben entgegen. Mit keinem Sterbensworte ist der deutschen Bundesgrundgesetze gedacht; der Bund ist ganz aufgelös't! Ich will nicht mehr davon sprechen, ich könnte Verletzungen auf Verletzungen häufen. — Aber noch Eines! Ein Gesammtbeschluß war nöthig, um in den deutschen Bund neue Glieder aufzunehmen. Oesterreich mit seiner Verschmelzung ladet uns zugleich die Gemeinschaft mit seinen außerdeutschen Ländern, die Garantie für Ungarn und Italien und ihre mit den deutschen Provinzen gemeinschaftlichen Kriegsbeschlüsse auf. Und dann ruft es die europäischen Mächte für diese von ihm verletzten Verträge von 1815 auf! So also ist das Verhalten von Oesterreich! Verlassen Sie die Paulskirche, werfen Sie ihre Verfassung zu Boden, geben Sie Ihr Mandat in die Hände des betrogenen Volkes zurück, oder sagen Sie sich los von dem unseligen Gedanken in ein Bundesstaats-

verhältniß mit Oesterreich trotz seiner neuen Verfassung einzutreten."

Dann wendete er sich, nachdem er die Nothwendigkeit der Eile dargethan, an die Republikaner. Er bewies ihnen, daß sie dafür sorgen helfen müßten, aus der Paulskirche eine Verfassung hervorgehn zu sehn. Gelänge dies nicht, dann wären alle Parlamente, auch die, welche einst Republik wollen könnten, entwerthet und unmöglich. Es könne eine Zeit kommen, wo er und Seinesgleichen die Republik wollen könne, wenn man des Vaterlandes ehren- und kraftvolle Gestaltung ferner verhindere. Keiner Form und keinem Fürsten auf Erden habe er seine Ueberzeugung verschrieben. Der starken Form des Vaterlandes werde er, wenn es nicht mehr anders ginge, jede Form unterordnen. Jetzt hätten die Republikaner auf die Zustimmung der Nation nicht zu rechnen. Die Nation stehe zum Königthum. Trotz dem aber könne es zur Republik kommen, wenn das Königthum sich in der deutschen Frage vernichte, wenn die Zeiten wiederkehrten von denen Hinkmar von Rheims geschrieben „„die Oberen des Reichs fangen an sich um die Ehren zu zanken"" — „wenn die deutschen Fürsten selbst das Vaterland Preis geben, wenn sie nicht zusammenstimmen in dem was dem Vaterlande Noth thut, wenn kein Glaube mehr ist an die deutschen Fürsten, wenn auf diese Weise Männer, die bisher nicht auf der linken Seite saßen, sagen werden: „„„Es ist keine Rettung mehr

als durch die Republik!" dann wird sie siegen in Deutschland" —

Endlich richtete er sich an die Oesterreicher, und berief sich darauf, wie treu er zu ihnen gehalten, so lange noch Aussicht vorhanden gewesen. „Sie sind in der fürchterlichsten Lage, in welche Menschen gesetzt werden können. Sie wünschen mit Deutschland zusammen zu sein, und vielleicht bestimmt sie dieser Wunsch zu thun was Sie vor Gott und dem Vaterlande nicht verantworten können. (Linke: Oho!) Sie sind jetzt in Oesterreich geeinigt, 38 Millionen unter einem einzigen fürstlichen Hause. Sie haben ein Volkshaus, und uns will man es versagen?! Wollen Sie uns verderben?! Wollen Sie uns entgegentreten und uns hindern das zu erringen was Sie haben?! Wollen Sie uns trösten mit armseligen, jämmerlichen Hoffnungen, die nur Kinder täuschen können?! Wollen Sie uns entgegentreten in einem Augenblicke, wo wir das Vaterland retten wollen, dasselbe Vaterland das noch Ihr Vaterland ist und es, will es Gott, bleiben soll bei einer neuen Entwickelung der Verhältnisse?! Wollen Sie diesem Vaterlande verwehren sich zu retten auf dem einzigen Wege, auf dem die jetzige Mehrheit, wenn Sie abgesondert sind, überzeugt ist, daß sie die Rettung des Vaterlandes finden wird? Stehen Sie gegen uns?! — Aber Das sage ich Ihnen: Sie knüpfen damit kein Band zwischen diesen Ländern! — Das innerste Gefühl der Entrüstung über diese Missethat wird in Deutschland herrschen und re-

gieren" — „wir stehen vor Gott, dem Vaterlande und der Geschichte; sie wird die Namen aufzeichnen, die Namen derer, welche das Vaterland retteten, und derer, welche es verdarben!" (Stürmischer, anhaltender Beifall bis in die Linke hinein. Zischen von mehreren Seiten auf der Linken.)

Zwei Oesterreicher zeigten am folgenden Tage in Berufung auf die österreichische Reichsverfassung ihren Austritt an; von Würth und Arneth. „Meine Hoffnung und mein Wunsch", hieß es in der Austrittserklärung, „liegt darin, daß die künftigen Beziehungen zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland so innig als irgend möglich geregelt werden mögen. Dafür in Oesterreich zu wirken soll mir stets eine heilige Pflicht sein."

Dies wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Man erwartete zuversichtlich, daß dieser Schritt zahlreiche Nachfolge finden werde. Er fand sie nicht. So wie man bei Welckers Uebertritt gesagt hatte: es ist nur eine Stimme weniger! so sagte man jetzt: nun sind drei Stimmen weniger. Keine Rede verfing mehr.

Auf Welcker folgte von Radowitz. Er rieth zur Annahme des Welckerschen Antrages. Das verjüngte Oesterreich stehe da; man solle ihm ein verjüngtes Deutschland an die Seite stellen. Sogar für Einschluß des Wahlgesetzes nach Vorschlag des Verfassungsausschusses hatte sich diese Rechte des Weidenbusches mit Radowitz an der Spitze entschlossen. Das war außerordentlich und machte großen Eindruck. Nur die na-

mentliche Bestimmung des Kaisers wollte diese Partei nicht eingeschlossen haben. „Nach eingegangener Erklärung", besagte ihr Amendement, „sämmtlicher Regierungen über ihren Beitritt wird die Wahl des Reichsoberhauptes erfolgen."

„Wir müssen erst zu größerer Uebereinstimmnng unter uns selbst gelangen", sagte er in Bezug hierauf, „ehe wir auf eine zweifelhafte Ziffer gestützt einen Namen hinausgeben in das deutsche Volk, und diesen Namen jetzt in die verderblichste und peinlichste Alternative drängen. Ich glaube, daß, wenn nicht Alles täuscht, eine solche Frist die Wege nicht erschweren, sondern ebnen wird, was man auch dagegen sagen möge. Wenn die österreichische Monarchie dem engeren Bunde nicht beizutreten vermag, so werden deren Abgeordnete aus dieser Versammlung scheiden wollen, wenn auch zum unvergänglichen Schmerze aller Theile." (Bewegung. Beistimmung.) „Die mittlern Staaten, wenn sie die Grundlage des Bundesstaates angenommen haben, werden ihre Ansichten über die Mittel, welche zum vorgesteckten Ziele führen, ändern müssen. Während Preußen jetzt dasteht, gerufen von den Einen und zurückgewiesen von den Anderen, welches das Eine nicht gesucht, das Andere nicht verdient hat, (Beifall) so wird es dann seine natürliche Stellung da finden, wohin es durch eine schwankende Majorität dieses Hauses allein nicht gewiesen werden kann."

Solcher Vorschlag konnte dem Könige von Preußen die Stellung wesentlich erleichtern, und wäre deshalb Manchem

auch im Centrum erwünscht gewesen. Für die Reichsversamm-lung war er nicht mehr annehmbar. Ganz abgesehn von der einmal angenommenen und standhaft behaupteten Position in Sachen der deutschen Souverainetät, eine Position, die in der zwölften Stunde nicht ohne Lebensgefahr von der Versammlung gewechselt werden konnte, worauf stützte sich die Aussicht auf Erfolg in dem Radowitzschen Vorschlage? Auf den Austritt der Oesterreicher, auf die Zustimmung Oesterreichs zum Bundesstaate. Jenes erwies sich nachgerade als sehr unwahrscheinlich; dieses stand nach allen Vorgängen nicht zu erwarten. Traten aber die Oesterreicher nicht aus, so änderte sich das Stimmenverhältniß nicht, und das Parlament lastete sich die unlösbare Verwickelung auf: mit einer unentschiedenen Mehrheit durch unabsehbare diplomatische Verhandlungen noch wer weiß wie lange zu laviren, und in vereinzelten Schiffbrüchen sich jämmerlich ohne irgend einen abschließenden Akt zu Grunde zu richten. Während es jetzt wenigstens einen abschließenden Akt gewinnen konnte. Was ist er werth?! rufen spöttisch die Gegner. Unermeßlich Viel! heißt hierauf die Antwort. Diese Gegner haben ihn noch lange nicht ermessen, wenn sie ihn auch Jahre lang mit faktischem Erfolge leugnen können.

Uebrigens muß Radowitz zur Ehre nachgesagt werden, daß er sich nicht nur mit fein abgemessenen logischen Schritten diesem der Majorität so nahen Ausgangspunkte genähert, und sich also in die Lage gebracht hatte ein Mögliches zu unter-

stützen, sondern daß er auch, einmal auf diesen Punkt gelangt, dies Mögliche von nun an standhaft, fein, ruhig vertreten, und in den gefährlichsten Augenblicken gerettet hat — bis jetzt *). Die Zukunft wird lehren, ob der deutsche Bundesstaat ihm großen Dank schuldig ist.

Ich muß das Zeugniß ablegen, daß er früher schon, ehe noch die allein mögliche Form so klar herausgearbeitet war, diesen abweichenden Punkt, auf welchem er jetzt beim Welckerschen Antrage beharrte, im Privatgespräche unerschütterlich betonte. Während einer der erwähnten Soiréen beim Reichsverweser, wo er in ordensfeindlicher Zeit stolz mit seinem strahlenden Ordenssterne zu erscheinen pflegte, gab er sich die Mühe, mir mit einer an ihm ungewöhnlichen Lebhaftigkeit auseinander zu setzen: daß der König von Preußen niemals auf einen solchen einfachen Beschluß der Paulskirche eintreten könne und werde. „Das würde ich Verwegenheit von Seiten der Paulskirche nennen", sagte er damals wie heute, und er setzte sogar heute öffentlich hinzu: „um kein anderes Wort zu gebrauchen."

Was er außerdem in jener letzten Rede — es waren die letzten beachteten Reden! — aussprach, das verdient festgehalten zu werden: „Der Verfassungsentwurf ist auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommen, er hat in den wesentlichsten Theilen vielseitige Zustimmung gefunden, er kann nie

*) Herbst 1849.

direkt oder indirekt beseitigt, oder durch Machtsprüche ersetzt werden. Wer für den Ausgang unsrer Wirren einen solchen Gedanken hegte, dessen Vermessenheit könnte nicht tief genug beklagt werden.“ —

Was war denn nun solchen Rednern, an die sich Waitz, Beseler von Schleswig, jetzt in letzter Stunde auch Herr von Wydenbrugk und von noch weiter links Reh von Darmstadt anschlossen, an die sich ferner Bauer von Bamberg in wohlthuender Einfachheit, Zittel aus Baden mit dem körnigen, tief wahrhaftigen Ausdrucke der Ueberzeugung und Nothwendigkeit anreihten, für welche zuletzt noch Gagern und Riesser mit der ganzen Hingebung ihrer edlen Naturen eintraten, was war ihnen denn entgegen zu halten? So wenig, daß man sich immer und immer verwundern muß, wie auf solche Motivirung hin Jemand Nein sagen konnte, Die Motivirung that es eben nicht mehr. Es war gleichgültig was Herr Vogt, Eisenmann, Raveaux, Moritz Mohl schwatzten. Sie schwatzten Alle nach allen Richtungen, da die scharf gestellte Frage ihnen unbequem war. Sogar Ludwig Simon erging sich nur in Rekriminationen, die zu gar nichts helfen konnten, und Herr Berger versicherte zum hundertsten Male: es sei ja absolut gleichgültig was die österreichische Regierung sage oder thue. Er und die Seinigen seien Oesterreich. Herr von Hermann nur, welcher so eben glorreich von Wien zurückgekommen war, blieb konsequent im Unglaublichen und behauptete wie bei Malmoe: ei, es geht auch so! Und nun entwickelte

er zum Trost derer, welche frühstücken gehn wollten, die Zolleinheit mit Oesterreich. Damit nichts fehle sprach auch Herr Buß gegen den Welckerschen Antrag.

Die Unwirksamkeit dieser Reden, die durchgreifende, fortreißende, um und um siegreiche Wirkung dagegen aller derer, welche für den Welckerschen Antrag sprachen, war schlagend. Ich glaube, sie wurde auch von den Gegnern des Welckerschen Antrags nicht bezweifelt. Natürlich war es also, daß man sich mit der Sage trug: die von Gagern oft angekündigte allgemeine Erhebung der Versammlung zu einem der Einmüthigkeit nahe kommenden Entschlusse werde hierbei noch zu Stande kommen, wie es einst annähernd bei der Abstimmung über die provisorische Centralgewalt geschehen; die Linke namentlich werde sich in ihren besseren Elementen dazu ermannen, und ein großer Theil der Oesterreicher werde sich der Abstimmung enthalten. Das war eine Illusion. Die Sorge für das Ganze war in den Parteileidenschaften zu tief untergegangen. Die Bundesstaatlichen waren in solchen Erwartungen zu sanguinisch, weil in ihnen der Drang nach einer geschlossenen Einheit am Stärksten, ihnen also auch der Gedanke am Nächsten lag: daß man für irgend eine geschlossene Einheit die größten Opfer, auch das Opfer des Lieblingsgedankens bringen könne. In diesem Sinne wurde unter ihnen im kleineren Kreise mehrmals während gefährlicher Zeitpunkte, während der Zeitpunkte, wo für Nichts eine Mehrheit erreichbar schien, sorgenvoll erörtert: ob es nicht Pflicht sei,

die Gegner nur zu irgend einem festen Vorschlage zu veranlassen und dann diesem Vorschlage beizutreten. In solcher Folgerung blieb der Gedanke immer ein müßiger, weil er ein bloß sentimentaler war, weil er ein Verrath an Dem war, was man für richtig hielt, und was ja eben ein ganz positiver Plan war, nicht bloß eine Verneinung. Ganz gewiß wäre es ein Verrath gewesen so lange eben nicht der Fall eintrat, daß der positive Plan zur absoluten Unmöglichkeit geworden. Das Sentimentale hierin aber ist ein Fingerzeig: daß der Drang nach Einheit in dieser Partei über Alles stark, edel und uneigennützig war, und daß die Mehrheit dieser Partei sich unzweifelhaft für Oesterreich erklärt hätte, wenn Oesterreich in der Lage Preußens gewesen wäre eine geschlossene Einheit für Deutschland zu ermöglichen, und wenn ein Welckerscher Antrag unter den vorliegenden Umständen für die Berufung Oesterreichs zur deutschen Kaiserkrone eingebracht worden wäre.

Himmelweit entfernt von diesem Standpunkte waren die zusammen gewürfelten Gegner. Der Weidenbusch hoffte zum Beispiele, es werde ein Führer der Westendhalle, Heinrich Simon, in diesem entscheidenden Augenblicke sich der einzigen Möglichkeit eines Abschlusses anschließen mit seinen Genossen. Nicht weil er ein Preuße war, nein, das war man gewohnt, daß eine Anzahl Preußen hartnäckig gegen das preußische Kaiserthum stand. Aber weil er doch von Hause aus zu dem liberalen Gedankenkreise der Bundesstaatlichen gehört hatte,

und nur im Parlamente, wahrscheinlich um eine Führerschaft im kleineren Zirkel zu gewinnen, weiter links gegangen war. Er stürzte auch eiligst herbei von Berlin, wo er bei Einbringung des Welckerschen Antrags gewesen, er stürzte herbei — um sich wichtig zu machen, um zu feilschen und zu schachern bei solcher Gelegenheit, welche er wie einen Ausverkauf ansah. Eiligst und vollständig setzte er zu, was er etwa noch zuzusetzen hatte an Reputation eines beachtenswerthen politischen Charakters. Mit Ekel wird die Geschichte des ersten deutschen Parlamentes hinweisen auf solches Schacherwesen in großartig mahnender Stunde des Vaterlandes. Er hatte die Dreistigkeit, mit zehn Stimmen hinter sich, der Weidenbuschpartei am 19. März des Abends schriftlich folgende Transaktion anzusinnen: 150 Mitglieder des Weidenbusches sollten schriftlich erklären, das Anerbieten der deutschen Krone an Preußen sei als ein definitives zu betrachten, als ein unabänderliches. Wenigstens dürfte von Modifikationen oder Zugeständnissen, die etwa später noch verlangt würden, ohne sie, das heißt ohne Zustimmung dieser Simonischen Zehnmänner, nicht die Rede sein. Paragraph Eins ferner sollte hergestellt werden, wie er in erster Lesung bestimmt worden, so daß Deutschlands Recht auf die deutsch-österreichischen Provinzen ausgesprochen bleibe. Das absolute Veto ferner, welches der Verfassungsausschuß für diese zweite Lesung wiederum vorgeschlagen hatte, sollte wiederum wie bei der ersten Lesung in's suspensive verwandelt werden. — Statt der öffentlichen Abstimmung endlich bei

den Wahlen sollte die geheime Stimmabgebung, wie in erster Lesung des Wahlgesetzes bestimmt worden sei, wiederhergestellt werden (Hierfür hatte sich auch Welcker auf der Tribune erklärt.)

Es brach nach dieser Mittheilung im Weidenbuschsaale lebhafte Entrüstung aus, und man ging über diese Vorschläge einer Transaktion ohne Diskussion zur Tagesordnung über.

Die Stimmen dieser venetianischen Zehnmänner verblieben somit den zehnerlei Fraktionen der Verneinung. Es sollte ihnen der Ruhm bleiben, auch nicht die dürrste Abstraktion der so unerhört schweren Lebendigwerdung eines deutschen Bundesstaates geopfert zu haben.

Stand es so mit dem dürren Holze der Linken, was durfte vom grünen erwartet werden! Man hat es beklagt, daß Gagern gerade bei dieser letzten großen Rede so grimmige Keulenschläge gegen die Linke gerichtet, und dadurch vielleicht Stimmen abgewendet habe. Das ist schwächlich gedacht und irrig vorausgesetzt. Wenn auch die Freieren unter den Linken wie Löwe von Kalbe sich lebhaft beklagten nach der Gagernschen Rede, sie hätten auch nach einer sanften Rede nicht anders gestimmt. Sie waren völlig unzugängliche Doktrinairs geworden mit riesengroßen Scheuledern an beiden Augen. Das Vaterland lag gar nicht mehr in ihrem Gesichtskreise. Gagern hatte gar keinen weiteren Einfluß mehr auf sie als den der Züchtigung. Diese verdienten sie überhaupt, denn sie hatten in erster Linie das erwartete Werk des Parlamentes unter-

graben. Diese verdienten sie in diesem Augenblicke durch freches Betragen, welches auch die Feierlichkeit des wichtigsten vaterländischen Momentes nicht mehr verschonen konnte. Es war von größerer sitllicher Wirkung, daß dieser rohe Unpatriotismus im feierlichen letzten Augenblicke noch mit Schlägen der Entrüstung zur Seite und in den Winkel geworfen wurde wohin er gehörte, als daß ihm geschmeichelt worden wäre. Das stärkt die Seele, auch in der Niederlage.

Gagern rechnete ab mit den Linken und mit den Partikularisten, indem er auf die Zeiten vor dem Vorparlamente zurückging. Wie habe es denn da gelautet in Süddeutschland, als die „Wühlereien" noch nicht eingetreten waren? Wie habe es gelautet zu Heppenheim und zu Heidelberg? Es hätten sich allerdings abweichende Ansichten geltend gemacht. „Es waren darunter Solche, die sich damals schon zur Staatsform der Republik offen bekannten. Andere, welche die Monarchie und zwar das Erbkaiserthum wollten, und damals schon das Bedürfniß der Lösung" (Preußen an der Spitze) voraussahen, wie es jetzt vorliegt. Man vereinigte sich; und Diejenigen, die ihrer Ueberzeugung nach die republikanische Form für die vorzüglichere hielten, in jener Versammlung kamen sie damals mit den Anderen überein: daß sie diese ihre Ueberzeugung dem von ihnen als überwiegend anerkannten entgegenstehenden Willen der Mehrheit des Volkes unterzuordnen hätten" — „Jenes Wort ist nicht gehalten worden!" (Unruhe auf der

Linken: Von wem nicht?) „Von allen denen nicht, die seitdem offen für die Republik wirken!"

Die Linke gerieth außer sich, und wollte Namen hören. Der Name Heckers wurde ihr sogleich gewährt.

Damals, fuhr Gagern fort, habe die später erst gemachte Antipathie gegen ein preußisches Kaiserthum nicht bestanden, und wenn man sich immer auf die Märzbewegung berufe, so solle man sich fein hieran erinnern lassen. Er las nun das Programm vor, welches damals sein Bruder Max den süddeutschen Regierungen vorgelegt, und welches deren Zustimmung erhalten. Auch die der würtembergischen und des Königs von Würtemberg. Auch der König von Würtemberg habe dem Könige von Preußen die oberste Leitung zu übergeben sich entschlossen, vorausgesetzt, daß Preußen eine konstitutionelle Verfassung wie die süddeutschen Staaten erhalte.

Warum es jetzt so anders klinge? Er wies alle vorgeschützten Erklärungsgründe in ihrer Blöße nach, und in Betreff der konfessionellen sagte er unter donnerndem Beifalle des Hauses: „Ich achte den religiösen Sinn in jedem Volke; ich bin aber durchdrungen davon, daß die große Masse des Volkes in Deutschland, dessen vorzügliche Tugend in Toleranz besteht, von keinerlei religiöser Antipathie beseelt ist, und daß, wenn solche Antipathieen aufgestachelt werden, es gewiß mehr das Produkt der Thätigkeit Gebildeter ist, welche sich damit abgeben und abmühen". Aus dem rauschenden Beifall drang der Ruf hervor: Wo ist denn Herr Buß?

Nein, sagte Gagern, es ist der Partikularismus, welcher sich jetzt auflehne gegen den Bundesstaat mit erblichem Oberhaupte. Wie sei es denn auf dem Wiener Kongresse gewesen? Alle kleineren Staaten hätten wie jetzt das erbliche Kaiserthum gefordert. Die Mittelreiche und Oesterreich, obwohl es selbst damals zur Oberhauptswürde berufen worden, hätten widerstrebt und abgelehnt. Diejenigen Mittelreiche — nicht Preußen! — haben widerstrebt, welche auch heute widerstreben unter Vorschützung aller möglichen Gründe, die mittleren Reiche, deren heutige Größe und Bedeutung aus der Auflösung des deutschen Kaiserreichs hervorgegangen ist.

Ach, was half der Nachweis, was halfen Beweise auf Beweise, wo man überführt werden konnte und doch nicht nachgeben wollte. Wie sprach Riesser zum Schluß als Berichterstatter des Ausschusses! Unerschöpflich, stundenlang, jeden Widerspruch erörternd und auflösend, jeden Widerspruch versöhnend! So war gar noch nicht gesprochen worden als in dieser Rede, welche denn auch die letzte Rede des Parlamentes sein sollte. Die Thränen stürzten uns aus den Augen, als er an den Schluß kam zu seiner urchristlichen, hinreißenden Entsagung, welche den Barbaren beschämen mußte, als er mit seiner rührenden Stimme zu den Oesterreichern sprach: sie möchten uns den deutschen Staat nicht zerstören, unsertwegen und ihretwegen nicht zerstören! als er fragte: was denn zu thun sei, wenn wiederum das Nein siege, wenn wiederum dem deutschen Patrioten die letzte Hoffnung verneint

würde? Was zu thun sei? Und als er sich fassend ruhig antwortete: Nicht verzweifeln! „Die Behaglichkeit mit der jetzt manchmal Buben am Geschicke des Vaterlandes verzweifeln gehört zu den widrigsten Erscheinungen der Gegenwart. — Nein, wir wollen nicht ermüden, wie sehr auch unsere Hoffnungen gesunken sein mögen, Paragraph für Paragraph mit treuer Arbeit wie Sandkorn auf Sandkorn nach dem Worte des Dichters zu dem Bau der Ewigkeiten zu tragen. Wir werden, wenn der Stein, den wir dem Gipfel nahe glaubten, sich abermals herabwälzt, und mit „Donnergepolter" zu unsern Füßen niederfällt, wir werden ihn immer von Neuem heben und emporzuwälzen suchen und in duldender Arbeit beharren bis der erwachende Genius des Vaterlandes die Fessel bricht, und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlös't". Es war ein Sturm von Beifall, der unter Thränen hervorbrach. Wie Viele weinten heiße Thränen! Wie Viele und darunter die besten Männer eilten dem herabsteigenden Riesser entgegen und stürzten ihm in die Arme, und herzten und drückten ihn.

Alles wirkungslos auf die Gegner. Auf der Linken war man so roh, so herzlos für die Sache, daß man auch diese Rede, diese Rede Riessers durch Schlußrufen unterbrach und zu schwächen suchte. Es war keine Gemeinschaftlichkeit, kein gemeinschaftliches Ziel möglich mit dieser entseelten Parteiung.

Dennoch herrschte der allgemeine Glaube, auch bei den Gegnern, die Abstimmung müsse für den Welckerschen Antrag ausfallen. So groß war der moralische Eindruck, daß

Niemand mehr an dem Siege des Bundesstaates zu zweifeln wagte. Auch Radowitz erklärte, daß er auf sein Amendement verzichten und für den Ausschußantrag stimmen werde.

Welch ein Schlag, als der Antrag der Gegner auf Uebergang zur Tagesordnung nur mit fünf Stimmen abgelehnt wurde. Dies Resultat brachte die überfüllte, bis dahin todtenstille Kirche in fiebernde Bewegung auf welche wieder plötzliche Stille folgte. Diese fünf Stimmen waren ein furchtbares Anzeichen. Fünfhundertneununddreißig Abgeordnete! Welch eine Zahl! Wie viel Vergessene waren da aus vergessenen Winkeln herzugekommen! Und wenn so viele für das Aergste, für Uebergang zur Tagesordnung bei einem solchen Antrage stimmen konnten, da mußte alle Hoffnung sinken.

Eine Stunde später war jede Hoffnung vernichtet. 252 hatten für den Antrag, 283 gegen ihn gestimmt. Er war mit 31 Stimmen Mehrheit verworfen.

Dies geschah in der dritten Stunde Nachmittags Mittwoch den 21. März.

9.

Jener große Saal im Weidenbusche, welcher die Bundesstaatlichen zu versammeln pflegte, wie er zur Zeit des Vorparlamentes die erste allgemeine Zusammenkunft und dann vorzugsweise die Zusammenkunft der Nichtrepublikanischen

gesehen hatte, er sah an jenem Mittwoch-Abende die traurigste Gesellschaft. Sie glich einem geschlagenen Heere, welches eine Niederlage nicht erwartet hat und nicht dulden will. Ohnedies war dieser weite leere Raum, ungenügend beleuchtet und nur mit den dürftigsten Mitteln für eine parlamentarische Gesellschaft versehen, ziemlich wüst und unbehaglich.

An jenem Abende gruppirte man sich im verschiedenartigsten Sinne, wie es bei drohendem Eintritte einer Auflösung zu geschehen pflegt. Die Verzweiflung wollten zwar nur Wenige eingestehn und doch saß sie am Herzen einer Partei, welche nur das Verlangen eines starken Bundesstaates gemeinschaftlich hatte, über die Mittel zur Herbeiführung aber und über die Bestandtheile desselben von verschiedenartiger Anschauung geleitet war. Das gemeinschaftliche Ziel schien der Coalition gegenüber unmöglich, was sollte, was konnte nun geschehn? Wozu die Verhandlung fortsetzen in einem Parlamente, riefen Einige, welches kein positives Ergebniß haben kann! Von mehr denn hundert Oesterreichern wird doch zur Lüge gemacht, es mag beschlossen werden was da will. Denn wem darüber noch ein Zweifel bestanden hat, ob Oesterreich sich unsern Verfassungsparagraphen bequemen könne, dem ist er ja doch jetzt seit Verleihung der österreichischen Centralverfassung benommen worden. Wozu also solch eine auf Nichts hinauslaufende Votirung fortsetzen!

Besonders Henkel von Kassel drang darauf, jetzt müsse die Trennung durchgesetzt werden. Er hatte schon in der Kam-

mer des Kurfürstenthums Hessen auf Entfernung der Oesterreicher aus der deutschen Reichsversammlung gedrungen. Jetzt wies er unter vielfacher Zustimmung nach, wie Recht er gehabt und wie unerläßlich dieser Schritt geworden.

Unterdeß war auch die Nachricht gekommen, daß das Ministerium Gagern seine Entlassung eingereicht habe, und man setzte hinzu, der Erzherzog Reichsverweser werde sie als österreichischer Prinz bereitwillig annehmen und ein dem deutschkaiserlichen Bundesstaate feindliches Ministerium einsetzen. Wozu, rief der kleine, strenge Scheller, das Mitglied des Verfassungsausschusses, wozu weiter berathen, weiter verhandeln!? Die, welche ein Positives wollen, werden immer und immer wieder überstimmt werden, und wir werden obenein auf der Ministerbank ein österreichisches Ministerium haben. Machen wir ein Ende! Ich sehe nur noch Heil in der Gründung eines norddeutschen Bundesstaates unter Preußens Aegide.

Bravo! Bravo! riefen Einige; Nein! Nein! riefen Andere.

Ich weiß ja, fuhr Scheller fort, was sich dagegen sagen läßt! Mir selbst blutet das Herz, wenn ich an die Nothwendigkeit solch einer Trennung denke Aber für jetzt und unter solchen Umständen müssen wir die Süddeutschen gehen lassen. Sie werden sich, so Gott will, wieder zu uns finden. Jetzt und zuerst muß das Sichere und das Mögliche ergriffen werden. Ein ganzes einiges Deutschland ist jetzt unmöglich. So

möge denn statt dessen ein starkes Preußen den Kern eines norddeutschen Bundesstaates bilden!

Da war also das gefürchtete Wort zum ersten Male von erhöhtem Orte bei voller Versammlung ausgesprochen in grimmiger Stunde der Noth, als das Ideal der That nach längst schon besudelt und zerrissen war.

Die Aufregung schlug nun ein Wort gegen das andere, wie die Welle gegen die Welle, als ob Ebbe und Fluth gleichzeitig eingetreten wäre. Rede auf Rede zerschellte gegen solchen Vorschlag, welcher die sofortige Möglichkeit eines deutschen Staates allerdings für sich hatte. Da erschien Gagern auf dem erhöhten Rednerplatze und sprach dagegen.

Allerdings habe das Ministerium seine Entlassung eingereicht. Es sei nöthig gewesen, da sich bei dem partikularistischen Egoismus der meisten mittleren Staaten die Centralgewalt fast ausschließlich auf Preußen habe stützen müssen, Preußen aber nach dem heutigen Beschlusse schwerlich geneigt bleiben werde, die Centralgewalt fernerhin zu halten. Ein neues Ministerium möge zusehn, ob es etwa mit österreichischer oder bairischer Hilfe regieren könne. Das bisherige Ministerium könne nach dem heutigen Beschlusse sein Programm nicht inne halten, und habe auch deswegen zurücktreten müssen.

Das Wichtigste von alle dem aber ist, fuhr er fort, daß wir unser Werk, die Einheit Deutschlands zu schaffen, dennoch nicht aufgeben. Dies wäre ein unermeßliches Unglück für die Nation. Man irre sich auch in der Voraussetzung: es

könne Preußen in Zukunft für sich und ohne Deutschland fortbestehn. Wir Alle sind schwach, wenn wir nicht zusammenhalten. Ich beschwöre Sie, wenden Sie Ihren ganzen Einfluß auf, daß Keiner seinen Platz verlasse. Lassen Sie uns zusammenhalten bis unwiderleglich die Ueberzeugung eintritt, daß nichts mehr zu erreichen ist.

Noch sei es nicht so weit, und die Nation werde jetzt treiben. Man solle auch dem unwillkommenen Ministerium den Gehorsam nicht versagen, man solle es unterstützen, so weit es die Regierung im wahren Interesse des Vaterlandes führen könne und wolle. Man muß nicht verzweifeln, schloß er, bei augenblicklichen Unglücksfällen! Das wäre nicht politisch, nicht patriotisch. Halten wir fest, halten wir geschlossener zusammen als je!

Ebenso mahnte Welcker, ebenso Beseler, der eine vorgeschlagene Ansprache an die Nation bekämpfte. Diese weiß, rief er, was vorgeht. Nicht Worte erwartet sie, sondern Handlung. Bleiben wir, handeln wir nach Kräften.

So faßte man sich, und kam auf Riessers Wort zurück, unverdrossen Paragraph auf Paragraph, Sandkorn auf Sandkorn wiederum zum Bau der Ewigkeiten zu tragen. Unter den Gegenanträgen zum Welckerschen Antrage, welche noch zur Abstimmung vorlagen, waren in der jetzigen Lage zwei von Bedeutung.

Einer von Heckscher mit dem siebenköpfigen Direktorium bildete während dieser Scenen im Weidenbusche bei der Coa-

litionspartei die Aussicht auf morgen. Auf diesen Vorschlag suchte man sich dort zu einigen. Man machte also in derselben Bahn wie vor einigen Wochen den Versuch ein Positives zu gewinnen, obwohl man bereits genau wußte, daß auch Dies von Oesterreich abgelehnt würde. Natürlich riß sogleich das Coalitionsband, und einige Mitglieder der Linken traten sofort zurück. Es war aber doch nicht unmöglich, daß man eine Majorität zusammenbrächte, um nur endlich einmal den schweren Vorwurf bloßer Verneinungsfähigkeit los zu werden.

Diesen Plan erfuhr man im Weidenbusche, und hier vereinigte man sich auf einen ganz formellen Gegenantrag, welchen die Linke unter dem Namen Eisenstucks dem Welckerschen Antrage entgegen gestellt hatte. Er enthielt nur ein sehr wirksames Abkürzungsverfahren für die zweite Lesung. Eigentlich mußte ja doch die Linke morgen für ihn stimmen, und wenn der ganze Weidenbusch dazu trat mit seinen 250 Stimmen, so war ihm die Mehrheit sicher, und es war alsdann wenigstens die so lange bestrittene zweite Lesung und zwar in abgekürztester Form errungen troß der Niederlage des Welckerschen Antrages. Das Ganze war nicht gewonnen, aber ein kurzer Weg zum Ganzen. Man wäre alsdann doch im Verhältniß zur Lage vor dem Welckerschen Antrage ungemein vorwärts gekommen.

So standen die Dinge, als die Sitzung am 22. März begann. Die Stimmung wird am Deutlichsten bezeichnet durch

eine Erklärung, welche an diesem Tage der Abgeordnete Wiethaus einreichte. Sie lautete folgendermaaßen:

„Abgesehn von allen ausdrücklich gegebenen, wie stillschweigends mit Pulver und Blei vollzogenen, die Neugestaltung Deutschlands gänzlich desavouirenden früheren Erklärungen der österreichischen Regierung, hat dieselbe den gesammten österreichischen Landen nunmehr eine einheitliche Verfassung in der Art gegeben, daß dadurch die deutsch-österreichischen Lande von aller Theilnahme an der Neugestaltung Deutschlands ausgeschlossen sind. — So lange diese Verfassung besteht, so lange sie namentlich von dem Volke der deutsch-österreichischen Lande ausdrücklich oder stillschweigends anerkannt bleibt, so lange ist und bleibt auch das von dem Volke der deutsch-österreichischen Lande zur deutschen Reichsversammlung unter andern Umständen und unter andern Voraussetzungen ertheilte Mandat stillschweigends erloschen.

„In Erwägung nun, daß die österreichische Verfassung von dem österreichischen Volke bis jetzt stillschweigends anerkannt ist, die Oesterreicher, Herr von Schmerling und dessen Consorten aber bei ebenso stillschweigend als selbstredend erloschenem Mandate des Volks dennoch und wider Erwarten an der Abstimmung über den Welckerschen Antrag Theil genommen haben;

„In Erwägung, daß dieß unlegitimirt rechtswidrig geschehen ist;

„In Erwägung, daß nach Abzug der rechtswidrig abge-

gebenen 102 österreichischrn Stimmen dem Hause Hohenzollern die deutsche Kaiserwürde mit 252 gegen 181 Stimmen, also mit einer absoluten Majorität von 71 Stimmen erblich bereits wirklich übertragen ist;

„In Erwägung, daß dieser Beschluß alle und jede weitere Abstimmung über eventuelle Anträge ausschließt;

„In Erwägung, daß die hohe Versammlung aber dennoch zu solcher überzugehn beschlossen und dadurch die Abänderung jenes Beschlusses in die Hände der mit von Schmerling und dessen Consorten verbundenen Minorität gelegt hat:

„protestirt der Unterzeichnete seinerseits gegen alle weitere Abstimmung über die gedachten eventuellen Anträge, und erklärt, daß er sich aller und jeder Theilnahme an denjenigen Verhandlungen enthalten wird, die nicht auf die Ausführung des Beschlusses gerichtet sind, der dem Hause Hohenzollern die erbliche Kaiserwürde übertragen hat, und daß er endlich zu diesem Behufe und so lange sein Mandat niederlegt."

Andere, zum Beispiele Kerst, waren mit ähnlichen Erklärungen unterwegs und nahmen sie nur in Folge des gestrigen Beschlusses im Weidenbusche zurück. Die Ironie der Verhältnisse wurde hierbei dadurch recht offenbar, daß die Bundesstaatlichen solchergestalt noch eine Stimme verloren, weil Wiethaus für die nun eintretende weitere Verhandlung sein Mandat niedergelegt.

Damit denn auch über die stillschweigende und selbstredende Anerkennung der österreichischen Verfassung kein Zwei-

fel übrig bleibe wurde in dieser Sitzung noch eine Abstimmung vollzogen, ob diese Verfassung unverbindlich sei für die deutsch-österreichischen Lande und deren Verhältniß zum deutschen Reiche. An funfzig Oesterreicher stimmten mit Nein, erklärten also: die österreichische Verfassung ist verbindlich für uns — und dennoch wollt Ihr, rief man jetzt mit erneuter Heftigkeit, über einen deutschen Bundesstaat bestimmen, von welchem Ihr Euch selbst hiermit für ausgeschlossen erklärt?! Wollt bestimmen, setzten die Heftigsten hinzu, über Neugestaltung deutscher Bundesverhältnisse überhaupt, während Ihr einräumt, daß selbst die alte Bundesakte keine Bedeutung für Euch habe. Denn diese alte Bundesakte sogar ist ja aufgelös't durch Eure neue heimathliche Verfassung, welche Ihr so eben anerkannt habt. Aber in welcher nicht bloß moralischen, in welcher rechtlichen Stellung seid denn wenigstens Ihr Fünfzig noch hier?!

All das war erschöpft; die Nerven dafür waren abgestumpft, da doch ein Beschluß in dieser Frage nicht herausgefordert werden konnte. Die coalisirten Parteien würden hierbei die Mehrheit behauptet und die Oesterreicher gehalten haben, weil sie selbst ohne dieselben in grelle Minderheit gesunken wären

Die lebendige Frage des Augenblicks war der Heckschersche Antrag und der Eisenstucksche. — Letzteren ließ der Antragsteller fallen, um jenem behilflich zu sein. Heckscher selbst, der so lang Verschollene, versuchte wieder einmal von der

Rednerbühne unter advokatischen Quergängen seinen Antrag an die Reihe zu bringen, fand aber in der viel größeren dialektischen Kraft Simsons einen furchtbaren Gegner, der ihn so schneidend und schlagend beseitigte, daß kein weiterer Widerspruch aufzutauchen wagte. Der verdrießliche Exminister war nur von Neuem aufgetreten, um Augenblicks von Neuem unter einem kläglichen Fiasko zu verschwinden. Der, von der Weidenbuschpartei wieder aufgenommene, Abkürzungsantrag des Herrn Eisenstuck erhielt eine Majorität von 36 Stimmen, und so war man über Leichen und Trümmer hinweg dennoch so weit gelangt, daß auf die Tagesordnung gesetzt wurde: Zweite Lesung der Verfassung!

Man hatte dafür Sitzung an jedem Tage, doppelte Sitzung an jedem Tage, und ein so summarisches Abkürzungsverfahren gewonnen, daß man binnen einer Woche am letzten Paragraphen anlangen zu können hoffen durfte. Im Vergleich zu früher hatte man also dennoch außerordentlich gewonnen durch den Welckerschen Antrag, denn nur in dessen drängendem Gefolge waren all solche Zugeständnisse auf beschleunigten Abschluß erobert worden.

Noch mehr war gewonnen. Die Nation war aufgeweckt worden von Neuem für die Paulskirche. Die endlich nahe gebrachte Vollendung des langen, ermüdenden Werkes hatte tausend schweigsam Gewordene wieder zum Reden gebracht. Von allerwärts her kam Zuruf und Ermunterung. Die Niederlage war nun plötzlich wieder ein gemeinschaftliches Un-

glück. Die Standhaftigkeit des Weidenbusches flößte erneutes Vertrauen ein auf diese so fest geschlossene Phalanx für einen deutschen Staat, ja in Frankfurt selbst, in der süddeutschen Stadt, wo doch die süddeutschen Gäste immer in Mehrzahl einkehrten, ging die öffentliche Stimme ganz mit den Bundesstaatlichen, und die Zuhörerräume waren jetzt vorzugsweise von Solchen eingenommen, welche zu den Neu-Kaiserlichen hielten. Das große Kontingent der Linken auch der oberen Galerie war gelichtet und unsicher, und die verneinende Coalition als solche fand nirgends Sympathie.

Im Einzelnen wieder gewinnen was im Ganzen nicht hat erreicht werden können! wurde die Loosung. Zu 252 sicheren Stimmen ist die Partei angewachsen. Langsam aber sicher ist sie fortwährend gewachsen. Nur sechzehn Stimmen fehlen ihr noch zur Mehrheit, und die Reste von Westendhalle, welche ihren Genossen bis jetzt nicht hatten folgen mögen in den Weidenbusch, sie standen ja doch principiell in der Einheitsfrage auf demselben Boden wie der Weidenbusch. Sie wollten ebenfalls kein Fürstendirektorium, wollten ebenfalls ein positives Resultat der Reichsversammlung. Sie konnten ja die Mehrheit schaffen! Mehrere von der vereinigten Linken waren bei jener momentanen Vereinigung auf Heckschers Direktorium ganz zurückgetreten von der Coalition, und waren jetzt in den „Braunfels“ gekommen, wo sich die Reste der Westendhalle versammelten. Diese neuste kleine Fraktion hatte den Ausschlag in Händen, und sie bekundete

jetzt den besten Willen, in der Hauptsache mit dem Weiden-busche zu gehn. Der Weidenbusch selbst war nur in der Einheitsfrage eine geschlossene Partei. Das war ja doch klar genug geworden, als selbst die starren Rechten unter herzlichem Beifall erklärt hatten, das Wahlgesetz bei dem Welckerschen Antrage mit in den Kauf zu nehmen; das machte man endlich zum Programme, welches nur ein erbliches, einheitliches Oberhaupt als unerschütterliche Parteifrage feststellte, welches aber in allem Uebrigen freie Bahn ließ. Für diese Partei war es ja doch eigentlich leicht, die fehlenden Stimmen zu erlangen. Wenn man ihr von der Gegnerschaft zuletzt auch „Transaktion" nachgesagt, um in diesem Vorwurfe eine kleine Entschädigung zu haben für den Vorwurf unmoralischer Coalition, so ist diese Nachrede doch gar sehr auf das richtige Maaß zurückzudrängen. Uebergang unter verwandten Parteien, Ausgleichung unter denen, welche ein gemeinschaftliches Ziel haben ist ja der unerläßliche Hergang in allen Parlamenten, welche durchschnittlich ohne solche Ausgleichung zu gar keinen positiven Mehrheitsbeschlüssen kämen. Hier im vorliegenden Falle war es aber nicht einmal eine Ausgleichung unter Parteien. Als Einheits-Partei durfte der Weidenbusch die Leute im Braunfels zu sich rechnen; sie gehörten in der Einheitsfrage zu seinem Programm. Nur in Freiheitsfragen, namentlich das Veto und Wahlgesetz betreffend, stimmten sie mit vielen Männern des Weidenbusches nicht überein. Mit vielen andern Männern des Weidenbusches

stimmten sie aber gerade in der Veto- und Wahlgesetzfrage überein, und diese letzteren waren durch nichts verpflichtet, mit den Konservativen des Weidenbusches zu votiren. Sie waren ungebunden. Bei dieser Lage der Dinge — nicht bloß nach dem Vorgange der Rechten mit Annahme des Wahlgesetzes zum Welckerschen Antrage — war es nie zweifelhaft: daß suspensives Veto in der Gesetzgebung und daß das vorliegende Wahlgesetz die Mehrheit bei der zweiten Lesung finden werde, und es ist eine Tücke der Gegner, dies Resultat Transaktionen des Weidenbusches zuzuschreiben. Dies Resultat entstand von selbst, weil beide Fragen von Hause aus zahlreiche Stimmen im Weidenbusche hatten. Hätte der Weidenbusch darin konservativere Bestimmungen vorschreiben wollen, so hätte er sich selbst sprengen müssen.

So ging es denn erneuten Muthes am 23. März an die zweite Lesung. Das Gagernsche Ministerium mußte interimistisch bestehen bleiben, da sich für den endlich und mühsam versuchten positiven Satz, für das Heckscherſche Amendement, keine Mehrheit hatte bilden lassen, sich also auch kein Ministerium bilden ließ.

Gleich an diesem ersten Vormittage aber erleiden die Bundesstaatlichen eine solche Niederlage, daß sie bestürzt vor der Frage stehn: ist es denn überhaupt unter solchen Umständen, ist es bei einer gründlich verstümmelten Verfassung noch ein Vortheil, eine Verfassung votirt zu sehn? In den ersten Paragraphen wollten sie nach dem Hauptsatze: „Das deutsche

Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes" die Worte aufgenommen haben: „Die Theilnahme der österreichischen Bundeslande an den verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten bleibt vorbehalten", und — wurden mit funfzig Stimmen überstimmt. Dies der Eingang. Sie konnten die Lücke allenfalls verschmerzen. Nun kam aber mit Paragraph Zwei und Drei die Grundlage ihres ganzen Bundesstaatssystems. Man erinnert sich, mit welcher außerordentlichen Majorität diese Paragraphen als unerläßliche Grundsteine bei der ersten Lesung votirt worden waren. Damals gab es nur 76 Stimmen gegen die Paragraphen, und unter diesen noch solche, welche wie Mühlfeld unumwunden zugestanden, die Paragraphen seien einem Bundesstaate unentbehrlich. Heute wuchsen diese 76 zu 266. Für Paragraph Zwei gab es nur noch 265. Also eine Stimme Mehrheit gegen diesen Paragraphen!

Diese winzige Mehrheit ward gebildet durch drei Abgeordnete aus Welsch-Tirol, welche eine Stunde vorher öffentlich und feierlich erklärt hatten, daß Welsch-Tirol nicht zum deutschen Reiche gehöre und daß sie die Rechte Welsch-Tirols verwahren müßten gegen Paragraph Eins. Nichts destoweniger hatten sie tapfer gegen Paragraph Zwei gestimmt, der sie doch eher noch um einen Schritt entfernte von der Verpflichtung an's neue deutsche Reich.

Solchen Stimmen erliegen zu sollen, welche sich eben feierlich vom Reiche losgesagt, das ging über menschliche Ge-

duld, und Reh eilte auf die Tribüne, um gegen die Gültigkeit des ganzen Votums Protest einzulegen, da diese drei Abgeordneten nicht mehr befugt seien ihre Stimmen abzugeben. Dieser Protest erfolgte unter donnerndem Zurufe der Bundesstaatlichen, unter heftiger Opposition der Oesterreicher, Linken, Ultramontanen und Partikularisten. Die Aufregung war so furchtbar, daß Simson die Mittagsstunde zum Vorwande nahm, die Sitzung auf der Stelle zu schließen. Simson selbst, sonst so kühl und gefaßt in Entscheidung formell rechtlicher Fragen, war von dem Eindrucke des moralischen Unrechts in solch einer Abstimmung dergestalt betroffen, daß er Reh's Protest nicht zurückwies, und das Resultat der Abstimmung von dem Entscheide abhängig erklärte, welchen die Versammlung über diese Präjudicialfrage fällen werde.

Unter tobendem Lärmen trennte man sich, und hier auf dem Heimwege setzte Simson bereits seinen Begleitern auseinander, daß, sowie diese formellen Rechtsfragen einmal lägen in der Paulskirche, der Reh'sche Protest keinen Einfluß üben könne, die Verwerfung des Paragraphen für gültig erklärt werden müsse.

Die Bundesstaatlichen eilen in den Weidenbusch, um dieselbe Frage zu erörtern. Auch hier beweisen die Führer unter sichtlichem Schmerze, aber mit voller Ueberwindung ihrer Wünsche, daß formellen Rechtes die Abstimmung jener Welsch-Tiroler nicht umzustoßen,. der wichtige Paragraph also gültig beseitigt sei.

Unter solcher Entsagung von Seiten des Weidenbusches beginnt um vier Uhr die Nachmittagssitzung. Reh erklärt von der Tribüne, daß er eingestehen müsse, die Welsch-Tiroler wären eben in derselben Lage wie alle Oesterreicher. Der Widerstreit ihrer Pflichten, welche sie für ihr specielles Vaterland hätten, mit der Pflicht gegen das gemeinsame deutsche Vaterland müsse ihrem Gewissen überlassen bleiben. Er erkennt an, daß sein Protest auf einem Irrthum beruhe; „aber", setzt er hinzu, „ich schäme mich des Gefühls nicht, das ihn hervorgerufen. Es war das Gefühl tiefsten Schmerzes um mein Vaterland."

Man ging an Paragraph Drei. Auch dieser fiel gegen eine Mehrheit von 18 Stimmen.

Ich erinnere mich nicht, eine so herzzerschneidende Trauer unter den Patrioten in der Paulskirche gesehen zu haben. Die bravsten Männer sprachen mit Niemand mehr. Sie hatten entweder den Kopf in die Hände auf dem Pulte gedrückt, oder waren hinten hinauf gegangen auf die dünn besetzten Bänke des Berges am rechten Centrum. Mancher bekämpfte mühsam die hervorquellende Thräne. Dort hinten hinauf war auch Gagern gegangen. Die Qual duldete ihn nicht mehr vorn auf der Ministerbank. Den Kopf tief rückwärts an eine Säule lehnend starrte sein Auge ohne Blick in's Leere. „O es ist zum Sterben!" sagte ein langsam vorüberschleichender Freund. „„Ich bin schon gestorben,"" erwiderte

Gagern mit tiefer tonloser Stimme, ohne das trostlos irrende Auge zu wenden.

Man sah diesen Anfang der zweiten Lesung an, und man mußte ihn ansehn: für die hereinbrechende Vernichtung des ganzen Werkes. Auf irgend ein Princip konnte man bei diesen willkührlich gemischten Gegnern nirgends rechnen. Die ganze Verfassung würde also, das sah man vor sich, ein unlogischer Haufe von Paragraphen, eine verstümmelte Lebensunfähigkeit werden.

Inmitten dieser Pein begann, fast unbeachtet, die Abstimmung über ein Minoritätserachten zu den verworfenen Paragraphen, welches die Personal-Union in deutscher Umschreibung gab. Es konnte nach solchem Vorgange keine Aussicht auf Annahme haben, und dennoch hörte man hier und dort von unerwarteter Stelle Ja! und Ja!

Man wachte auf aus der Erstarrung. Man fragte wieder; es kam wieder Leben in dies gebeugte Centrum, und ehe man sich zurecht gefunden, verkündigte der Präsident, daß dies Minoritätserachten mit 50 Stimmen Mehrheit angenommen sei.

So war mit einem Schlage Alles geändert; das bereits verlorene Verfassungsprincip war gerettet.

Unter solchen drohenden Wechselfällen ging nun Tag für Tag, immer sieben bis acht Stunden lang die Abstimmung weiter, dem Ende immer näher. Rastlos, oft lautlos, mochte hier ein erwünschter Paragraph fallen, dort gegen Erwarten

stehen bleiben. Man war wie auf gefährlicher Reise und durfte es nicht genau nehmen, wenn auf der oder jener Station ein kleines Eigenthum vermißt wurde.

So ging es bis zum 27. März, einem Dienstage, welcher die Oberhauptsfrage, die gefürchtete, an die Reihe bringen sollte. Man war im bundesstaatlichen Lager guten Muthes geblieben, denn es waren bis daher fast alle Punkte wie in der ersten Lesung errungen worden. Zwar auch die Vetofrage nach der Norwegischen Fassung als aufschiebend durch drei Sessionen. Aber das war nicht anders erwartet worden. Die halben Freunde aus dem Braunfels, mit denen ja doch eine große Anzahl im Weidenbusche hierüber gleicher Ansicht waren, hatten nun auch für die Erblichkeit zu stimmen versprochen. Man war guten Muthes, denn auch von außen kamen ermunternde Zuschriften. Sogar aus Schwaben, aus Stuttgart selbst kam eine solche in den Weidenbusch. Getrost ging man Dienstag Vormittags an die letzten Paragraphen, welche noch der Oberhauptsfrage in dem Abschnitte „Gewähr der Verfassung" vorausgehen sollten. Da brach unerwartet eine principielle Niederlage tief in die Verfassung ein. Das Veto in Verfassungs-Fragen kam zur namentlichen Abstimmung. Niemand im Weidenbusche hatte je dies Veto, welches eine Aenderung in der Verfassung abzuwehren hat, mit dem Veto in der Gesetzgebung verwechselt, Niemand im Weidenbusche war je zweifelhaft gewesen, daß daran nicht gerüttelt

werden dürfe, denn man wollte ja doch die Verfassung nicht mit unsichrer, bedrohter Lebensdauer der Nation überliefern. Niemand hatte geahnt, daß konservative Männer aus Oesterreich, Baiern, ja aus Hannover den unsaubern Streich im Schilde führen könnten, in solcher kapitalen Principfrage gemeinschaftliche Sache mit den Republikanern zu machen. Die Republikaner mochten wünschen, die monarchische Form mit dem Krankheitsstoffe zu behaften, daß sie durch ein dreimaliges Veto des Reichstages todt gemacht werden könne, aber was konnte konservative Monarchisten von der Rechten zu solchem Verrath an ihrem Principe treiben?! Der gemeinste Neid, die unwürdigste Mißgunst. Sie sahen mit steigendem Aerger, daß trotz allen Intriguirens dagegen doch eine Verfassung zu Stande kam, jetzt wollten sie, recht staatsmännisch! ihr hinterrücks eine eiternde Wunde versetzen, daß sie vielleicht um dieser Eiterstelle wegen nicht angenommen werden könne von dem verhaßten Kaiser. Sie wollten, wie der Franzose sagt, den Widersachern wenigstens in die Suppe spucken, um sie den Essenden zu verderben.

Diese Handlungsweise ist ein ewiger Schandfleck in unsrer Geschichte. Jede Opposition mag ihre Berechtigung haben, nur die nicht, welche sich in ihrer Schwäche am Vaterlande zu rächen sucht.

Zu allgemeinem Erstaunen vernahm man bei der namentlichen Abstimmung, daß der Bevollmächtigte des Königreichs

Hannover Herr von Bothmer in dieser Handlungsweise den Baiern und Oesterreichern von der Rechten vorausging. Er that, was er nicht lassen konnte. Ich vermag nicht zu beschreiben, welch einen peinlichen Eindruck der Unsittlichkeit dies machte, in welchen Abgrund unsers Vaterlandes voll giftigen Stammes- und Staatenneides dies den Blick nöthigte. Ihm folgten einige Baiern von der Rechten, unter ihnen Herr Edel; bei Herrn von Lassaulx verstand sich's wohl von selbst. Die Ultramontanen mochten bei so was nicht fehlen; sogar Herr Reichensperger konnte sich's nicht versagen. Mit Freude indessen nahm man wahr, daß die Baiern in geringer Zahl sich dazu herbeiließen. Heckscher freilich durfte nicht ausbleiben, er hatte eine systematisch klingende Formel dafür zugestutzt, und von Schmerling mit fast allen Oesterreichern warf die Entscheidung in die Wagschale. Was da Princip! Princip ist ein Ding wie ein andres. Man kann's nicht alle Tage brauchen. Wir sagen Nein, weil diese uns mißfällige Verfassung vergiftet werden soll. Das ist auch ein Princip, wenigstens eine Waffe. Wir wären Narren, sie nicht zu brauchen.

Während und nach dieser Abstimmung — sie warf mit 29 Stimmen das absolute Veto zu Boden — stieg die Erbitterung in der Paulskirche zur äußersten Höhe. Nicht der Art, daß ein allgemeiner Zornesausbruch zu fürchten gewesen wäre, nein, über den Zorn war man weit hinaus. Es war viel schlimmer. Zahlreiche, mit gewöhnlicher Stimme mitten

unter den Gegnern hingeworfene Aeußerungen bekundeten, daß die nothwendigste persönliche Achtung nicht mehr eingeräumt wurde.

Deshalb auch nur, um solchen inneren moralischen Grundes willen nur, war nach dieser Vormittagssitzung die Trostlosigkeit im Weidenbusche so erschreckend und verzweiflungsvoll, wie man sie nie gesehn. In der That war die Niederlage mit diesem Veto, wenn auch ein Schandfleck für die Verfassung, doch nicht von so unmittelbarer Bedeutung, daß man deshalb hätte verzweifeln müssen. Der nächste Reichstag brauchte nur halbwegs besonnen zu sein, so brachte er nicht nur die nöthige Zweidrittel-Majorität, um diesen Makel auszulöschen, welcher ja doch nur ein theoretischer war, er brachte eine Dreiviertheil-Majorität. Denn welches gesunde Volk wird sich denn in seiner Verfassung bloß für heut und morgen einrichten wie ein lüderlicher Miethsmann! Es war also eigentlich nicht die Sache, welche zur Verzweiflung stimmte, es war das Kennzeichen, welches so grenzenlos bestürzte. Man glaubte sich jeder Tücke und Unehrlichkeit ausgesetzt, man hielt es jetzt eigentlich dicht am Ziele zum ersten Male für ganz unmöglich, mit dieser Versammlung an ein gedeihliches Ende zu kommen. Noch für diesen Nachmittag stand die Oberhauptsfrage an der Tagesordnung, und man meinte, sie sei nun nicht mehr zu lösen. Das Unerhörteste glaubte man befahren zu müssen. Es waren diese Mittagstunden im Weidenbusch-

saale unwidersprechlich die traurigsten Stunden, welche von diesen dritthalbhundert Mitgliedern des Parlaments während des verflossenen Jahres erlebt worden waren. Die Ehre ist dahin, Alles dahin! rief der Eine. Ich reise ab, hier duldet's mich nicht mehr! rief der Zweite. Wir stimmen nicht mehr mit einer Partei, die sich solche Felonie gefallen läßt! rief ein Dritter, Vierter und Fünfter. Wirklich schien die Partei auseinanderzugehn. Man sammelte sich in Trupps und beredete Einzeln-Maaßregeln, Austrittserklärungen, Proteste. Protest! Um dies Wort sammelten sich allmählig größere und größere Gruppen. Der Protest gegen die Oesterreicher gewann die Oberhand. Er wurde aufgesetzt, er wurde verlesen, es wurde zur allgemeinen Unterschrift aufgefordert. Dies allein sei noch übrig! Die Paulskirche befreien oder selber gehn.

In diesem Augenblicke einer entsetzlich drohenden Auflösung erscheint Georg Beseler auf dem Rednerplatze und bittet um Gehör. — Man schwieg; man hörte ihn.

Er leugnete nicht, daß Grund vorhanden sei zu tiefster Trauer um das Vaterland. Aber — muthlos solle nie eine Schaar von dritthalbhundert deutschen Männern sein! Der endliche Sieg sei nicht unmöglich. Der Flecken von heute Morgen werde auch Manchen außerhalb des Weidenbusches dahin bringen, daß er nun für die Erblichkeit stimme. Durch einen Protest, der doch nicht formell begründet werden könne, sei nichts zu erreichen. Er brächte nichts zu Wege als den

Austritt des Weidenbusches und Alles lasse man in den Händen der Gegner. Nein, schloß er, wenn die Erblichkeit fällt, so lassen Sie uns für Lebenslänglichkeit, ja für Zwölfjährigkeit stimmen, damit die Nation sieht: nicht wir sind Schuld an Vereitlung jeder Hoffnung!

Dies wirkte günstig. Man hörte, Gagern sei da und habe sich zum Wort gemeldet. Gagern! Gagern! rief man von allen Seiten. Er trat hinauf und schloß sich an die Worte Beseler's an. Protest und Austritt sei nur der Ausdruck einer freilich gerechten Indignation über solch Verhalten — hier brauchte auch er zum ersten und letzten Male ein bittres und schweres Wort gegen das Verhalten der Oesterreicher, denn auch sein Herz floß über von sittlicher Entrüstung — eine rechtliche Folge würde weder Protest noch Austritt haben. Letzterer könne aber die deutsche Nationalversammlung zerstören und eine zweite werde schwerlich so bald wieder zusammenkommen. „Der Austritt ist eine neue Revolution, und wir sind doch berufen, die Revolution zu schließen. Wir sind berufen, bis zur letzten Möglichkeit festzuhalten an der Versammlung, von welcher die deutsche Nation ihre Einigung erwartet. Wir dürfen uns auch nicht selbst untreu werden!"

Auch der immer wieder erregten Hoffnung auf ein von Preußen allein selbständig ausgehendes Staatsleben, welchem man sich anschließen könne, gedachte er nochmals, und nochmals in warnendem Sinne. Man möge sich und Preußen

darüber nicht verblenden. Dieses dort verjüngte Staatsleben könne nur in inniger Verschmelzung mit Deutschland gedeihn.

Durch diese Männer und diese Reden wurde dicht vor der letzten Schanze eine Auflösung abgewendet, die schlimmer gewesen wäre denn Alles. Nur wenig Hände erhoben sich noch für den Protest von Seiten derjenigen, welche nicht mit Unrecht sagten: Was ist dann ein Protest und was sind wir dann, nachdem wir in den nächsten Stunden in der Oberhauptsfrage überstimmt sind?! — Diese blieben vereinzelt, und auch sie fügten sich dem Beschlusse der Mehrheit. Es schlug Vier Uhr, und in langem Zuge ging die ganze bundesstaatliche Schaar zur letzten entscheidenden Sitzung nach der Katharinenpforte zu in die Paulskirche.

Dicht vor der letzten Schanze hatten Einige den Rücken wenden wollen. Diese Nachmittagsitzung überlieferte ihnen die Festung.

Die Uebertragung der Oberhauptswürde an einen deutschen Fürsten erhielt die Mehrheit, und das Direktorium, auf welches sich die Gegner zu vereinigen drohten, war somit erdrückt. Allerdings war es nur eine Mehrheit von 24 Stimmen — auf die Hälfte also zusammengeschmolzen seit der ersten Lesung — und es war anzunehmen, daß hierbei noch Mancher sein dürfte, der einen lebenslänglichen, einen zwölfjährigen oder sechsjährigen Kaiser wollte. Zwölf solcher brauchten in dieser Mehrheit zu sein, und die nun zur Ent-

scheidung kommende Erblichkeit war nicht erreichbar! Was wurde damals gerechnet Tag für Tag von den statistischen Talenten? Und nie war mit Gewißheit etwas vorauszusagen, weil man immer nicht unerwartete Ankömmlinge einrechnen konnte und der Anwesenheitsstand täglich wechselte. Um zwölf Stimmen im glücklichsten Falle schätzte man die Kaiserlichen vermehrt seit dem Votum über den Welckerschen Antrag, also 264 Stimmen hoch. Die Gegner, und bei dieser Frage war Jeder Gegner, der nicht entschlossener Freund war, mußte man ungefähr ebenso schätzen. Ein oder zwei Stimmen also mußten den Ausschlag geben, mit ihrem Plus oder Minus hierhin oder dorthin eine Mehrheit von zwei oder vier Stimmen bildend. Kein Mensch konnte es voraussagen. Nach Alba's Worten griff man wie in einen Loostopf unter dem tiefsten Schweigen der überfüllten Kirche.

Simsom verkündigte endlich, daß 263 gegen, 267 für den erblichen Kaiser gestimmt. Das Ziel der Bundesstaatlichen war erreicht, und eine ungeheure Bewegung wie eine haushohe Meereswelle wogte durch die Versammlung.

Zwei Deutsche aus dem nördlichen Böhmen, Makowiczka und Rößler, sagte man, hatten durch ihr Ja die Mehrheit erzielt. So einfach war es nun wohl nicht. Neun von der gemäßigten Linken, welche alle principmäßig Nein gesagt haben würden, hatten sich der Abstimmung enthalten, um nicht dennoch am letzten Ende die Oberhauptsfrage dem Fürsten-

direktorium überliefert zu sehn. Dies war ja doch eigentlich allen Linken noch viel mehr zuwider als ein erblicher Kaiser, und es war demnach geradezu unbegreiflich, daß sie den Direktorialen so lange zu Willen gewesen waren. Sie waren auch sichtbar wie von einem Alpdruck befreit nach diesem Votum, und alle Bessern und Gemäßigten strömten in's Centrum zu den Kaiserlichen herüber, um diesen auszudrücken, daß ihnen der Sieg des Centrums denn doch noch lieber sei als ein Sieg ihrer unnatürlichen Bundesgenossen.

Sie hatten nun aber auch Unterstützung zu suchen bei den Centren für die noch bevorstehende Durchsetzung ihres Wahlgesetzes. Hier im linken Centrum saßen ja diejenigen, welche principiell immer mit ihnen gegangen waren in dieser Frage, und auf welche sie doch im Grunde viel mehr Vertrauen setzten als auf ihre coalisirten Baiern, Ultramontanen und Oesterreicher von der Rechten.

Bei den Kaiserlichen war dies offene Frage, und in der Freude über den großen Sieg machte hier Niemand Schwierigkeit, daß auch das Wahlgesetz noch an diesem Abende erledigt werden solle. Alle weitern Bestimmungen des Oberhaupts, Kaisertitel zum Beispiel und Civilliste, wurden ohne Aufenthalt durch Aufstehn und Sitzenbleiben votirt. Nur der „Reichsrath" stieß plötzlich auf das Verlangen namentlicher Abstimmung und — blieb gleich in seiner ersten Bestimmung in der Minorität. Unerwartet, wie des Morgens für das suspensive

Veto in Verfassungsfragen, hatten hier die ärgsten Partikularisten, wiederum Herr von Bothmer und Herr Edel vorauf, gegen ein Institut gestimmt, welches gerade eine tröstliche Ausgleichung für den Partikularsinn sein sollte. Wiederum um das Ganze unannehmlich zu machen für die mittlern Staaten — eine wahrlich nicht beneidenswerthe Rolle im Streben nach deutscher Einheit.

Eine Mehrheit von 24 Stimmen beseitigte den ganzen Reichsrath, und wie über eine Leiche schritt man unverweilt zur Abstimmung über das Wahlgesetz, so wie es aus erster Lesung hervorgegangen war. Die große Mehrzahl der Versammlung erhob sich dafür; es war angenommen, und nur die Kaiserwahl und die Bekanntmachung der Verfassung blieben übrig.

Es wurde dem Verfassungsausschusse aufgetragen, darüber morgenden Tages Vorlage zu machen. Hiermit schloß die folgenschwere Sitzung des 27. März Abends gegen acht Uhr.

Gagern hatte einen Augenblick Bedenken gezeigt, ob nicht die Verfassung durch die Centralgewalt bekannt gemacht werden müsse. Er beharrte aber nicht darauf, und auch der Verfassungsausschuß schlug am folgenden Morgen, Mittwoch den 28. März, einfach vor:

„Die Verfassung wird von dem Bureau und den Mitgliedern unterzeichnet. — Sie wird von der Nationalver-

sammlung verkündigt und zwar in folgender Form: Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung: Verfassung des deutschen Reichs u. s. w. Der Schluß soll lauten: Zur Beurkundung. (Ort.) (Zeit.)

Dies wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eine kleine Anzahl Stimmen nur von der Rechten, darunter Radowitz, Naumann, von Selchow, von Rotenhan, verlangte, daß die Verfassungsurkunde den Regierungsbevollmächtigten zugestellt werde mit dem Ersuchen, dieselbe ihren Regierungen behufs deren Zustimmung vorzulegen.

Die Wahl des Kaisers betreffend, schlug der Verfassungsausschuß vor, sie sofort zu vollziehn und zwar durch absolute Stimmenmehrheit. Jeder namentlich aufgerufene Abgeordnete habe den Fürsten zu nennen, welchen er zum Kaiser erklärt sehn wolle. Die erfolgte Wahl solle sofort Namens der Nationalversammlung durch den Präsidenten derselben öffentlich verkündet werden. Der erwählte Kaiser solle durch eine Deputation der Nationalversammlung eingeladen werden, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichsverfassung anzunehmen. Endlich schloß die Vorlage mit dem Satze aus dem Welckerschen Antrage:

„Die Nationalversammlung spricht das feste Vertrauen aus, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der National-

versammlung die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beschlüsse fördern werden."

Dies Alles wurde ohne Einwand rund beschlossen, und der Namensaufruf zur Wahl begann. 248 Abgeordnete, Oesterreicher, Baiern, Ultramontane, Linke, riefen: Ich wähle nicht! Oder auch: Ich wähle keinen Fürsten; ich wähle keinen erblichen Kaiser; oder auch wie Trützschler: Ich wähle kein Oberhaupt; oder auch wie ein anderer Linker zu noch lauterer Heiterkeit der Versammlung stecken bleibend nur zu Gehör brachte: Ich wähle kein Erbliches —. Einige Wenige sagten: Ich enthalte mich der Wahl. Einer rief: Ich habe kein Mandat, einen erblichen Kaiser zu wählen. Ein schwäbischer Fürst, welcher, Orleans-Egalité widrigen Andenkens kopirend, absolut zur äußersten Linken gehören wollte, that sich durch den Witz hervor: Ich bin kein Kurfürst! was man freilich auch ohne seine Versicherung wußte.

290 antworteten: Friedrich Wilhelm, König von Preußen, oder nur König von Preußen, oder auch „den regierenden König von Preußen".

Der Akt wurde in würdiger Haltung vollzogen, und Präsident Simson schloß ihn mit folgenden Worten:

„Die 290 abgegebenen Stimmen haben sich sämmtlich auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., vereinigt. 248 Mitglieder haben sich der Wahl enthalten. — Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat also

in ihrer 196sten öffentlichen Sitzung, Mittwoch den 28. März des Jahres 1849, auf den Grund der von ihr beschlossenen, angenommenen und verkündigten Reichsverfassung die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., übertragen. — Möge der deutsche Fürst, der wiederholt und öffentlich in unvergessenen Worten den warmen Herzschlag für die deutsche Sache sein kostbares mütterliches Erbe genannt hat, sich nun als Schutz und Schirm der Einheit, der Freiheit, der Größe unsers Vaterlandes bewähren, nachdem eine Versammlung, aus dem Gesammtwillen der Nation hervorgegangen, wie keine, die je auf deutschem Boden tagte, ihn an deren Spitze gerufen hat."

„An unserm edlen Volke aber möge, wenn es auf die Erhebung des Jahres 1848 und auf ihr nun erreichtes Ziel zurückblickt, der Ausspruch des Dichters zur Wahrheit werden, dessen Wiege vor jetzt fast einem Jahrhundert in dieser alten Kaiserstadt gestanden hat:

„Nicht den Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Ziellos fortzuleiten, zu schwanken hierhin und dorthin.
Dies ist unser; so laßt uns sprechen und fest es behalten."

Gott sei mit Deutschland und seinem neugewählten Kaiser!"

In der Paulskirche erhob sich nach diesen Worten ein dreimaliges stürmisches Hoch; auf ihrem Thurme und nach

ihm von allen übrigen Thürmen Frankfurt's läuteten die Glocken, und die Kanonen donnerten in den Glockenklang.

So war denn der deutsche Staat, es war eine großartige geschichtliche Aufgabe in die Hand des Königs von Preußen gelegt. Wird er dieser Aufgabe entsprechen?

IV.

Das Rest- und Rumpfparlament.

Das deutsche Parlament war jetzt am Ziele Dessen was es vermochte. Versagte das Ziel den Haltpunkt, welchen man von ihm erwarten durfte und mußte, dann war das erste deutsche Parlament faktisch am Ende seiner Wirksamkeit. So wie es zusammengesetzt war mit Einschluß der österreichischen Abgeordneten, so wie es sich — nur zu herkömmlich und natürlich unter Deutschen! — in Parteien gruppirt hatte, so war es unfähig noch einen wirksamen Schritt zu thun, sobald der König von Preußen nicht mit der Kraft seines Reiches eintrat in die Aufgabe, welche ihm dargeboten wurde.

Das wußten die Führer der Kaiserlichen, das wußten alle Kaiserlichen, das mußte man in Preußen wissen.

In diesem Betracht hat man lebhafte Vorwürfe dagegen erhoben, daß am 26., also am Tage vor der entscheidenden Abstimmung, die Weidenbuschpartei der Fraktion im Braunfels das schriftliche Versprechen ausgestellt habe: „für irgend wesentliche Abänderungen der Verfassung nicht stimmen zu wollen" nach Annahme der Verfassung von Seiten der Reichs-

versammlung. Dies Versprechen ist zunächst nicht von der Weidenbuschpartei ausgestellt worden. Diese ist als solche ein für allemal über die Transaktions-Anträge der Herren Heinreich Simon und Genossen zur Tagesordnung übergegangen. Den einzelnen Mitgliedern war hierin aber dem Programm gemäß volle Freiheit gelassen, und so hatten achtzig Mitglieder, unter ihnen Gagern, für ihre Person eine Zusage geleistet, welche ihrer Ansicht vom allein möglichen Zustandekommen einer Verfassung entsprach. Sie wußten eben, daß mit der Paulskirche, wie sie einmal war jeder Versuch einer Vereinbarung scheitern müsse, und zwar in gefährlichster Art scheitern müsse. Sie versprachen also nur etwas, was sich für sie von selbst verstand. Gagern sagte öffentlich darüber: er habe es nicht gethan, weil alle Bestimmungen der Verfassung seiner politischen Ueberzeugung zusagten, sondern weil in der damaligen Lage des Verfassungswerkes Jeder Opfer seiner Ueberzeugung bringen gemußt, wenn etwas von dieser Nationalversammlung geschaffen werden sollte. Mit solcher Zusage die letzten nöthigen Stimmen für das monarchische erbliche Oberhaupt zu gewinnen sei überwiegend wichtig gewesen, und übrigens bleibe er nach wie vor der Ueberzeugung, daß in der verkündigten Reichsverfassung nichts Wesentliches anders verändert werden könne als auf dem Wege, welchen die Verfassung selbst zeige.

Man kann den Vorgang mit ungünstigem Auge ansehn, man kann es patriotisch aber unpolitisch finden, wenn für das

Zustandekommen einer Verfassung die nächste Zukunft ganz verpfändet wird, man kann daneben jenen immer wiederkehrenden Schachertrieb der Herren Simon und Genossen widerwärtig, garstig und unwürdig finden — in der Lage der Dinge machte jene Zusage nach verkündigter Verfassung keinen Unterschied. Auch nicht die Weidenbuschpartei, welche ja in höchster Steigerung um einige Stimmen unter der Mehrheit in der Versammlung blieb, auch sie hielt nicht 24 Stunden zusammen, sobald eine Vereinbarung mit den Regierungen versucht worden, sobald von wesentlicher Aenderung der Verfassung die Frage gewesen wäre. Die Versammlung mußte alsdann in unzusammenhängende Fraktionen zerstieben, denen kein Mehrheitsbeschluß erreichbar gewesen wäre; oder sie mußte den Alles verneinenden Elementen verfallen. Diese konnten vielleicht Alles wieder auftrennen und auflösen und das erste deutsche Parlament dem Spott und Hohne von Mit- und Nachwelt überliefern. Das allein war noch möglich, wenn man jetzt noch, nachdem die letzte Stunde wirklich geschlagen, zur Vereinbarung übergehn wollte.

Betrachte man doch auch die Regierungen, die sich Anno 49 zu vereinbaren Anstalt zu treffen schienen! Zeigen sie sich geeignet, soll nur heißen geeinigt zur Vereinbarung? Sind sie nicht um einen starken Grad gespaltener als die Paulskirche war? Von welch himmlischer Geduld und Nichtigkeit müßte das Parlament sein, welches mit solchem Gegenüber eine deutsche Verfassung zu Stande brächte! Und diese Ge-

duld und Nichtigkeit hätte man von jener National- und Reichsversammlung, welche wir als erstes deutsches Parlament kennen gelernt, erwarten dürfen, auch nur annähernd erwarten dürfen?!

Nein, unter allen Umständen war dies Parlament mit Ende März 1849 am Ziele Dessen was es vermochte. Die Krone Preußen mußte vollenden. Hatte sie nicht den Willen oder nicht die Einsicht oder nicht die Energie dazu, dann war das Werk nicht zu vollenden.

Unter solchen Gedanken sah man die vom Bureau erwählte Kaiserdeputation am 30. März von Frankfurt abreisen. Den Rhein hinab; durch Westphalen, Hannover, Braunschweig ging ihr Weg nach Berlin, Sie bestand außer ihrem Führer, dem Präsidenten Simson, aus 33 Abgeordneten, welche allen Stämmen und Zweigen Deutschlands entnommen waren. Für den Süden namentlich Rümelin, Barth, Bauer, Krafft, Federer (ein sehr geschätzter milder Mann aus Stuttgart), Reh, Soiron. Unter den aus dem Norden Erwählten war der alte Arndt, Dahlmann, Riesser, Biedermann, Briegleb, Löwe von Calbe, Rüder, Zell, Zachariä.

Es ist Mode geworden zu fragen: ob man sich denn des Erfolgs einigermaaßen versichert gehabt habe. Die Leute können nicht los von dem Herkommen, daß Alles in politischer Welt diplomatisch „gemacht" sein müsse. Auch das was von innerer Nothwendigkeit gefordert wird. Diese Nothwendigkeit war so stark, daß der König von Preußen an die Spitze des

deutschen Bundesstaates mit Volkshaus und einheitlicher Gesammtregierung gerufen werden mußte, auch wenn man gewußt hätte, daß er persönlich diese Berufung abweisen wolle. Nicht dem eben regierenden, dem Könige von Preußen überhaupt galt es. Wie die Concilien von einem Nein sagenden Pabste sich auf den „besser zu unterrichtenden" Pabst beriefen, so mußte man sich hier auf das Königthum in Preußen berufen.

Das Verhältniß zu dem preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt war immer ein kühles gewesen. Vielleicht nicht bloß weil der Niederrheinländer Camphausen ein kühles, an den Holländer gemahnendes Wesen hatte. Der Hauch der Zeit brachte ja überhaupt keine Innigkeit mit sich für die Vertreter der Einzelnstaaten. Idealismus und Uneigennützigkeit trieben auch noch dazu, selbst den Schein einer Annäherung zu vermeiden. Geschmeidigkeit und Entgegenkommen sind auf der andern Seite wohl nicht vorherrschende Eigenschaften preußischer Staatsmänner. Es ging so weit, daß die Zeitungen in Frankfurt, welche für die sogenannte preußische Partei Tag für Tag arbeiteten, auch nicht die dürftigsten officiellen Nachrichten oder Notizen von den preußischen Beamten in Frankfurt erhalten konnten. Die Redaktoren waren oft außer sich über solche Steifheit.

Trotz alle dem war man in der letzten Zeit ziemlich sicher gestellt, daß Preußen in den Beruf, welcher ihm zufallen mußte, eintreten werde. Nur die letzte Woche, welche durch

die coalisirten Gegner garstige Makel in die Verfassung gebracht, wirkte ganz so störend wie die Coalition beabsichtigt hatte. Camphausen zeigte sich sehr verdrießlich, und wollte für nichts mehr stehn. Was den König persönlich betraf, so meinte Jedermann zu wissen, daß darüber gar nichts vorauszusagen sei.

Natürlich wurde in jenen Tagen zu Frankfurt, dessen Paulskirche auf acht Tage geschlossen war, nur dies Thema „Annehmen oder Ablehnen" erörtert. Die große Mehrzahl der Kaiserlichen erwartete weder eine unbedingte Annahme, noch eine unbedingte Ablehnung. So durchdrungen sie von der Nothwendigkeit war, daß, wenn je eine volle Verfassung für Deutschland gewonnen werden solle, dies nur durch endgültigen Beschluß der Nationalversammlung geschehen könne, so überzeugt war sie auch, daß die Partikularsouverainetät eine formelle Genugthuung beanspruchen werde, und insoweit erhalten könne als das Zustandekommen des Ganzen davon ungefährdet bleibe. Man erwartete also eigentlich in der Antwort des Königs eine solche formelle Wendung, welche den Vereinbarungs-Grundsatz berühren werde ohne das faktische Gelingen des Bundesstaates Preis zu geben. Man erwartete den von Preußen bereits glücklich gefundenen Ausdruck „Verständigung" wiederholt, und nun auch mit den Regierungen praktisch in Anwendung gebracht zu sehn. Solch ein Satz wurde wohl zehnfach damals in Frankfurt redigirt, und es war für den Bedürftigen die interessanteste Auswahl vorhanden.

Wenig Glauben fanden Diejenigen, welche Ablehnung gerade darum fürchteten: weil die Verfassung vom sogenannten Volke komme, und weil sie Suspensiv-Veto's und ein solches Wahlgesetz mit sich bringe.

Sie deshalb abzulehnen, weil sie vom ganzen Volke komme, das wäre ja doch — sagte man — eine klägliche Manierirtheit. Man könne darüber streiten, wie der abstrakte Machtbegriff eines Staates schulmäßig zu bestimmen und einzutheilen sei. Wer aber, der nicht krankhaft verbildet, könne leugnen, daß das Ganze denn doch immer und ewig mehr sei als ein Theil, wenn auch dieser Theil nach irgend einem Schulbegriffe das Ganze darstellen solle. Weil das Ganze nicht immer sprechen könne, so verleihe es allerdings in dieser und jener Form seinen Machtbegriff. So der Priester im alten Testamente, welcher einen König wählen lasse. Das Verhältniß also zwischen dem ursprünglichen und dem übertragenen Machtbegriffe werde immer, je nach dem Geiste der Zeit, wechselvoll und streitig sein. Die Volkssouverainetät werde der Masse empfohlen werden durch rohe Deutung, und der Monarchismus im Gegensatze davon habe die Erschlaffung der Volks- und Staatsorgane zum heilig gesprochenen Absolutismus benützt. Aber was sei all dieser Dogmenstreit in dem Augenblicke, wo ein Volk bei großer Krisis wirklich in seiner Ganzheit, wirklich durch Urwahlen aller erwachsenen Bewohner einen Ausdruck von sich als Ganzem neu geschaffen habe; wo man über alle bisherigen Dogmen hinweg einmal

zum Ursprunge aller Herrschberechtigung zurückgegangen sei?! Was bedeute es, den Beschluß einer ganzen National-vertretung gerade darum abzuweisen, weil er Beschluß der ganzen Vertretung sei? Einen erkünstelten Sektengeist bedeute es.

Davor sind wir nicht sicher! rief man. Nun denn, antwortete man, vor Krankheit ist kein Mensch sicher. Es werde sich wohl ein Arzt finden. Die interessanteste Berufung jenes Sektengeistes bestehe in der Berufung auf göttliches Recht. Dies benütze der Tyrann und dies verwirre den Frommen. Letzterer werde doch dem Votum einer ganzen Nation gegenüber den Quell aller Offenbarung prüfen. Die Berufung auf göttliches Recht könne gerade dadurch irreligiös gemacht werden, daß sie sich unter allen Umständen für religiös ausgebe. Sie nehme eine unmittelbare Offenbarung in Anspruch. Was sei denn eine unmittelbare Offenbarung, wenn sie nicht geglaubt werde? Sie sei keine Offenbarung. Sie habe wiederum nur den Werth eines Sektengeistes. Bedürfe es einer Frage, ob der Geist jetziger deutscher Nation für solches Dogma unmittelbar geoffenbarten göttlichen Königsrechtes sei? Oder ob er als Geist für konstitutionelles Königthum spreche? Nun also! Sei denn nicht der Geist einer Nation der zunächst erkennbare Gottestrieb einer Nation? Was heiße es denn also, diesen Geist leugnen? Heiße dies nicht Sektiren? Heiße es nicht dem erkennbaren religiösen Momente eines Volkes Gewalt anthun, indem man ihm ein überlebtes, nicht

mehr geglaubtes Dogma aufdrängen wolle? Das gelingt entweder, und dann entstehe statt Religion Heuchelei, oder es gelingt nicht, und dann gerathe die nothwendige höchste Auctorität des Staates in immerwährenden Streit mit allen übrigen Organen des Staates, sich und den Staat und den wahrhaftigen Zusammenhang zwischen beiden unaufhörlich beschädigend. Manierirtheit sei also das gelindeste Wort dafür, wenn eine Verfassung darum abgelehnt würde, weil sie aus dem ganzen Volke entsprungen sei.

Wird die Verfassung, setzte man hinzu, aus solchem Grunde abgelehnt, dann ist die fernere Verfassungslosigkeit Deutschlands vielleicht noch ein geringeres Unglück, als wenn der erste Kaiser sie unter solchen Gründen der Ablehnung annehmen wollte. Zweierlei Sinn in Haupt und Gliedern bringt unfehlbar Verderben. Furchtbar verhängnißvoll wäre es freilich, verhängnißvoll für Deutschland wie für den monarchischen Gedanken, wenn die endlich errungene Bildung eines deutschen Staates daran scheitern sollte, daß der einzig mögliche Monarch nicht möglich wäre.

Nie ist Friedrich der Große eifriger heraufbeschworen worden! Wo gab's einen Zweifel, wenn die Kaiserdeputation zu ihm nach Sanssouci gekommen wäre! Welch eine heitere Scene, wenn ihm ein Schriftgelehrter zugeflüstert: Majestät, es geht doch wohl nicht, weil — !

Was die Suspensiv-Veto's und das Wahlgesetz betraf, so war die konservative Partei der Kaiserlichen keineswegs erbaut

von dieser „Knochenzulage zum Fleische“, aber sie hätte es für unbeschreiblich kleinlich und verzagt gehalten, deshalb eine deutsche Verfassung und Krone abzuweisen. Ueber das Schicksal der Wahlen hatte man so deutliche Lehren vor sich! Am letzten Ende giebt bei Wahlen immer die vorherrschende Stimmung den Ausschlag. Ein unzufriedenes Volk wird Oppositionsmänner wählen, man mag noch so viel Beschränkungen der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit häufen. Ein befriedigtes Volk wird mäßige Leute wählen, wenn auch alle Welt mitstimmt bei der Wahl. Von Tag zu Tag breitete sich die Befriedigung weiter aus in Deutschland, daß man endlich eine große feste Form für das Vaterland errungen; es gab bald nichts Populäreres als die deutsche Reichsverfassung, und sogar die Linken mußten gute Miene machen zum unerwünschten Ausgange. Sie verloren sonst allen Boden. Die Reichsverfassung hatte ihnen nie gefallen, sie gefiel ihnen auch jetzt nicht, und sie wären bei den neuen Wahlen gefährlich bedroht gewesen. Die Verfassung war ja gegen sie zu Stande gekommen, der nächste und natürlichste Gedanke der befriedigten Nation wäre ja gewesen, die Verfasser des Grundgesetzes, die große Centrumpartei wieder zu erwählen. Das Ausmerzen jenes Veto's, die Feststellung eines dauerhaften Wahlgesetzes wäre von einem unter solcher Stimmung erwählten Reichstage mit Leichtigkeit bewerkstelligt worden. Man verwechs'le nur nicht, daß der Ruf für die Reichsverfassung einen ganz andern Sinn erst dann erhielt, als sie nicht angenommen werden

sollte. Dann erst, als die Fürsten sich gegen sie erklärten, wurde sie Schlachtpanier für die verschiedenartigsten Parteien, und in Ermangelung eines anderen auch für die ultrademokratische Partei. Diese Partei haßte die Verfassung trotz Wahlgesetz und Veto, haßte sie so lange als sie der Einführung nahe war. Sie jubelte, als von Köln die Nachricht kam: der Pöbel, oder nach ihrem Ausdrucke das Volk, habe die Deputation mit einer Katzenmusik versehn. Sie spottete, als aus Westphalen, aus Hannover, aus Braunschweig Botschaft an Botschaft sich drängte: die Deputation werde mit Enthusiasmus aufgenommen. Sie erhob sich erst für die Verfassung, und dann auch sogleich nicht mehr für die ganze Verfassung, als die Deputation in Berlin die für alle Anhänger der Verfassung erschreckende Antwort des Königs erhalten hatte. Dies war die Theilnahme der Demokraten für die Verfassung! Und diese Theilnahme erschreckte die in Preußen bis zur Krankhaftigkeit gestiegene Furcht vor Demokratie!

Die Deputation war am 2. April des Abends nach Berlin gekommen. An demselben Tage hatte der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg in der ersten Kammer erklärt; „die Regierung erkennt in diesem Beschlusse" (welchen die Deputation zu überbringen hatte) „einen wesentlichen Fortschritt auf der Bahn der Entwickelung der deutschen Verhältnisse. Sie wird Alles aufbieten, daß das erstrebte, jetzt nahe gerückte Ziel bald ganz erreicht werde. Aber sie hat des-

halb ihren früheren Standpunkt nicht aufgegeben. (Dies war der einer Verständigung.) Sie hält also dafür, daß dieser Beschluß nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbindlich ist, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen, und die Regierung wird ihrerseits nichts unversucht lassen, ein Einverständniß darüber zu fördern."

Das war für Jeden der hören konnte im Wesentlichen: Annahme. Solchen Sinnes äußerte sich Graf Brandenburg gegen die Deputationsmitglieder Beseler und Riesser, welche ihn noch am Abende ihrer Ankunft officiell sprachen, und solchen Sinnes verhieß er die Antwort des Königs. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Antwort des Königs am folgenden Tage wesentlich anders lautete als das Ministerium erwarten mußte. Hierbei wird nebenher auch die vielfach erhobene Meinung berichtigt: der König sei immer entschlossen gewesen, abzulehnen. Er ist nach allen officiellen Zeugnissen bis zum Tage vor der Entscheidung Willens gewesen, unter obiger Form anzunehmen.

Was ihn zuletzt noch umgestimmt hat das haben verschiedenartige Sagen zu erklären versucht. Unter ihnen auch die: daß die specifisch-preußische und fromme Partei noch am zweiten April dem österreichischen Gesandten Prokesch von Osten eine Unterredung mit dem Könige bewerkstelligt habe. Dies sind eben Sagen, die durch Einfluß von außen etwas zu erklären suchen, was seinen hauptsächlichen Grund doch nur in dem Charakter des Königs selber hat. In Bezug auf

die hier in Rede kommenden Fragen ist dieser Charakter immer dogmatisch gewesen. Nicht wie die Dinge sind, fragen zuerst dogmatische Charaktere, sondern wie sie ihrer Ansicht nach sein sollen.

Den dritten April Mittags um zwölf Uhr fand der Empfang der Deputation statt im Rittersaale des königlichen Schlosses. Präsident Simson sprach Folgendes:

„Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinstimmenden Willen der Fürsten und Volksstämme Deutschlands berufen, das Werk der deutschen Verfassung zu Stande zu bringen, hat am Mittwoch den 28 März 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Lesung beschlossenen deutschen Reichsverfassung, die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf Seine königliche Majestät von Preußen übertragen. — Sie hat dabei das feste Vertrauen ausgesprochen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung dieser von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden. Sie hat endlich den Beschluß gefaßt, den erwählten Kaiser durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung anzunehmen. — In der Vollziehung dieses Auftrags stehen vor Eurer königlichen Majestät der Präsident der Reichsversammlung und zwei und dreißig ihrer Mitglieder in der ehrfurchtsvollen Zuversicht, daß Eure

Majestät geruhen werden, die begeisterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Eure Majestät als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reichs erkoren hat, durch einen gesegneten Entschluß zu glücklicher Erfüllung zu führen."

Der König antwortete:

„Meine Herren! Die Botschaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen sind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche mir als dem Könige meines Volks und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß."

„In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie, meine Herren, mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volks. Dieser Ruf giebt mir ein Anrecht, dessen Werth ich zu schätzen weiß; er fordert wenn ich ihm folge unermeßliche Opfer von mir; er legt mir die schwersten Pflichten auf.

„Die deutsche Nationalversammlung hat auf mich vor Allen gezählt wo es gilt Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen, sprechen Sie ihr meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.

„Aber, meine Herren, ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherung ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben muß.

„An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt; ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten, und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.

„Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und Das, meine Herren, verkündigen Sie in allen deutschen Gauen: bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere und innere Feinde, so werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen; ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volks gehn, den Weg der deutschen Ehre und Treue.“

Nach diesen Worten war das so unendlich mühsame, mit so schweren Opfern bis zum Schlußsteine gefügte Werk gesprengt und zerstört. Die Geschichte wird darüber richten.

So schroff war in diese Antwort die Vereinbarung hineingetragen, daß die Reichsverfassung nur noch ein Entwurf blieb. Die Hoffnung deutscher Patrioten, daß der in deutscher Geschichte endlich einmal vorhandene Moment bei der fliegenden Locke ergriffen werde — sie war dahin.

Als diese Antwort in der zweiten preußischen Kammer verlesen wurde — beide Kammern hatten sich bereits für Annahme erklärt — da fuhr Vincke jählings von seinem Sitze auf, als ob ihn ein Schuß getroffen. Sie war nicht die Antwort des Ministeriums.

Trat dies nun ab? Nein. Es hat vom Könige, wird versichert, seine Entlassung verlangt als der Zwiespalt zu Tage getreten ist. Der König hat sie verweigert, und hinzugesetzt, daß er abdanken wolle, wenn er seinen Weg nicht gehen könne. Ein Abgeordneter hat später Herrn von Manteuffel gefragt: warum er diesem patriotischen Opfer in den Weg getreten sei? Es war allerdings die Meinung verbreitet: der Prinz von Preußen werde den Beruf erhalten, die neue, große Aufgabe Preußens mit Entschlossenheit durchzuführen. Diese Sage stützte sich auch auf die Erblichkeit der dargebrachten Kaiserkrone. Weil sie erblich, betreffe sie das ganze Haus der Hohenzollern. Man erinnerte sich an das bekannt gewordene Wort, welches ausgerufen worden war als der König die drohende Märzbewegung nicht verhindern gewollt durch Proklamirung einer konstitutionellen Verfassung. „Er hat ja keine Kinder!“ hatte das Wort gelautet. Nun denn,

sagten die Sanguinischen, jetzt kommen ja die Erben des preußischen Thrones unmittelbar in Rede: es wird ja auch für sie die deutsche Krone angenommen oder abgelehnt. Diese Sanguiniker vergaßen, oder wußten nicht: daß im Hause Hohenzollern der regierende Herr traditionell unbestritten über Alles verfügt, und daß die Familie in sich selbst einen strengen Monarchismus immer dargestellt hatte, und auch jetzt widerspruchslos und in voller Familieneinheit darstellte. — Die Deputation, die verzweiflungsvolle Sorge um das Vaterland im Herzen, hatte jetzt noch einer Einladung zur Tafel nach Charlottenburg zu folgen. Auch was hier in einzelner Unterredung sich entwickelte war nicht geeignet, den schmerzlichen Eindruck himmelweit verschiedener Anschauungsweise zu verwischen. Selbst Männer aus der Umgebung des Throns, welche sichtlich voll Wohlwollen waren für die Botschaft und die Boten, legten durch ihre Auffassung der königlichen Antwort an den Tag: daß sie von den Schwierigkeiten und Gefahren, daß sie von den feinen Fäden und Nerven des deutschen Organismus keine Vorstellung hatten. Sie wunderten sich naiv, daß die Deputation nicht zufrieden schiene mit der Antwort.

Dienstag Abends und Mittwoch Morgens vereinigte sich die Deputation über die Erklärung, welche solche Antwort von ihrer Seite erforderte. Dahlmann, Riesser und Biedermann hatten daran gedacht, durch eine vorsichtige Aeußerung Zeit zu gewinnen und zu geben für eine günstigere Wendung.

Nur Wenige traten ihnen bei. Die große Mehrzahl war für sofortige kategorische Erklärung von Seiten der Deputation. Es war natürlich, daß diese Erklärung einer Verwahrung gleichkommen mußte. Der sonst so vorsichtige und diplomatische Simson ging rein juristischen Schrittes noch weiter als manchem Mitgliede der Deputation angemessen schien: er trat ausführlich in den Inhalt der Frage ein und setzte auseinander, wie nicht von einem Theile der Verfassung die Rede sein könne, wenn die ganze Verfassung als bloßer Entwurf bezeichnet werde; er erklärte, daß der König abgelehnt habe. Solcherweise fiel die Erklärung aus.

Dies war mehr als der Deputation zustand, und dies hätte schaden können, wenn hierbei überhaupt noch auf weitere Auseinandersetzung zu hoffen war. In der Paulskirche wurde auch dieser Gang nur von der Linken und dem linken Centrum mit Beifall aufgenommen Die große Mehrheit der Kaiserlichen billigte ihn nicht, und versagte auch später einer ausdrücklichen Gutheißung dieses Schrittes ihre Stimmen, so daß eine solche ausdrückliche Gutheißung bei förmlicher Abstimmung darüber die Mehrheit in der Paulskirche nicht fand.

Ohne Zögern hatte übrigens die Deputation Berlin verlassen und war nach Frankfurt zurückgekehrt. Das einzig Tröstliche was sie zu erzählen wußte, betraf das Haus des Prinzen von Preußen. Dort war Sinn und Wärme für den deutschen Bundesstaat der Reichsversammlung zu finden ge-

wesen. Der einfache, offene Ton des Prinzen, hatte Jedermann wohl gethan, und die Prinzessin hatte Aller Herzen eingenommen durch geistvolle und wahrhaftige Theilnahme für die Sache des Vaterlandes.

Uebrigens herrschte von nun an in Frankfurt unsägliche Traurigkeit. Zweierlei wußte man nur zu gewiß. Erstens, daß auch mit den Regierungen kein voller Bundesstaat Deutschlands von Berlin aus vereinbart werden könne. Man wußte, daß die Hoffnung hierauf nichts weiter sei als die irrige Voraussetzung des irrigen Dogmas; man wußte daß Preußen seinen diplomatischen Einfluß ebenso überschätzte wie es seinen kriegerischen Einfluß, seine wirkliche Macht in Deutschland unterschätzt.

Zweitens wußte man, daß dem Parlamente jetzt nur noch eine schmerzliche Agonie bevorstehe, wenn es nicht die Nation aufrufen wolle zur Revolution gegen die Einzelnstaaten.

Letzteres lag nicht im Charakter der bundesstaatlichen Partei. Nicht auf dem Wege der Gewalt und des Bürgerkrieges erhoffte sie den deutschen Staat. Sie mußte also ohne Vertheidigung sterben wie Cäsar, welcher sich schweigend in seine Toga hüllte.

Unmittelbar nach Abschluß der Verfassung hatte die österreichische Regierung am 5. April die Deputirten Oesterreichs abgerufen aus der Paulskirche. Eiliger als ihr selbst später erwünscht sein mochte. Dieser Abberufung leistete am 13.

April eine große Anzahl Oesterreicher Folge, und diese Anzahl wuchs von Tage zu Tage. Nur ein Theil der österreichischen Linken erklärte durch Giskra: „vom österreichischen Ministerium sei ihnen das Mandat zur Nationalversammlung nicht gegeben worden, sondern von ihren Wählern — das Ministerium könne ihnen daher auch rechtlich das Mandat nicht nehmen."

Jetzt also vielleicht, nachdem eine so große Zahl Widersacher des engeren Bundesstaates ausgeschieden, jetzt vielleicht, mögen Manche meinen, sei die Gagernsche Zusage doch zum wirklichen Unheil geworden, denn jetzt sei doch wohl eine Mehrheit erreichbar gewesen für wesentliche Zugeständnisse an die Regierungen. — Keineswegs. Zahlreiche Mitglieder des Weidenbusches waren ohne alle Rücksicht auf irgend eine Zusage gegen jedes wesentliche Zugeständniß, und selbst die große Mehrzahl Derer, welche von Herzen gern eine Verständigung ermöglicht hätten, mußten zugestehn: daß die Schritte Preußens jegliche Verständigung unmöglich machten. Preußen hatte nicht nur in Folge des Widerspruchs in der deutschen Frage seine vereinbarende Kammer zum zweiten Male aufgelöſ't, es erklärte auch am 28. April in einem Schreiben an Camphausen: daß der König wirklich abgelehnt habe und ablehne. Dasselbe Ministerium, welches die „Verständigung" vorgeschlagen und welches noch am 2. April darin die Erreichung des Zieles gesehn, behauptete jetzt, stets die Verein-

barung gefordert zu haben, und forderte sie jetzt in ausgedehnter strenger Form.

Abgesehn also von aller Parteiung, welche irgend ein wesentliches Zugeständniß möglich oder unmöglich mache in der Paulskirche, erklärten nun auch konservative, durch keinerlei Zusage gebundene Mitglieder: daß auf diesem Wege die deutsche Einheit im Bundesstaate nicht zu erreichen sei. Besonders Welcker, der immer standhaft an der Vertragstheorie gehalten, erhob sich mit stärksten Worten gegen solche Anwendung des Vertragsrechtes. „Die große Mehrheit der deutschen Regierungen und alle Ständeversammlungen, so weit sie sprechen konnten, haben sich für diese Verfassung erklärt," rief er, die Mehrheit der Einzelnstaaten sei ermittelt wie die Mehrheit der Nationalvertretung. Was verlange man nun? Die Einstimmigkeit aller einzelnen deutschen Fürsten, die Zustimmung auch des letzten, selbst zur Oberhauptsfrage. Der Gesammtwille einer ganzen gesitteten, freien Nation solle sich beugen dem Veto eines einzigen Fürsten — das sei Anarchie, sei das anarchische liberum veto des polnischen Reichstages. Und wie betreibe man solche unmögliche Vereinbarung? Man schicke die Stände nach Hause; die fürstlichen Regierungen allein wollten sprechen. Das sei ein Rückfall in das sogenannte göttliche Staatsrecht, das sei hier, wo es sich um einen Vertrag zwischen Stämmen und Staaten und nicht bloß zwischen Fürsten handle, der Bruch jedes möglichen Vertrags.

So sprachen diejenigen, welche Recht und Nothwendig-

keit einer Vereinbarung nie geleugnet hatten, wie war da an irgend eine Ausgleichung noch zu denken?!

Der Versammlung, welche nur eine ideale Centralgewalt für sich hatte, blieb nichts übrig, als zu appelliren an die Nation. Dies ist ein weiter, vieldeutiger Ausdruck. Das ehemalige Centrum verstand darunter: einhellige und maaßvolle Anwendung aller gesetzlichen Mittel zur Durchführung der Reichsverfassung. Die Linke verstand darunter: Aufruf zur Revolution. Es war vorauszusehn, daß das gröbere Mittel das feinere beseitigen werde. War das deutsche Volk etwa geübt und geschult, die gesetzlichen Mittel taktvoll abzuwägen? Nein. Vor der Erhebung des Jahres 48 war ihm der Antheil an der Regierung versagt oder doch verkümmert worden. Nach der Erhebung war dieser Antheil ausgeweitet worden zu absoluter Massenherrschaft. Der gesetzliche Sinn war entsetzlich verwirrt. Alle Wahrscheinlichkeit war vorhanden, daß jetzt die Demagogen die Aufgabe der Nation an sich reißen und verderben würden. In der Paulskirche konnte man die Zukunft verkündigt sehn in dem Wiederaufwachen der Linken, welche nun zum zweiten Male ihre Zeit gekommen glaubte. Die Raveaux, Vogt, Ludwig Simon wurden die Vorsprecher des Tages. Im Frühjahre 48 war diese Sorte unreifer Most gewesen, im Frühjahre 49 war sie verdorbener Essig. Von solcher Nahrung konnte nimmermehr Lebenskraft für eine Nation kommen, welche eine Verfassung vermittelst gesetzlichen Widerstandes durchsetzen sollte. Dessen

lachten sie auch, die Linken! Einmal in Bewegung gesetzt, wollten sie schon mit dieser Verfassung abfahren wie der Sturmwind mit dürren Blättern. Erst Bürgerkrieg und dann findet sich das Weitere! Als Gagern gegen diese frechen Gedanken ausrief: wenn die Waffen gezogen würden zwischen Bruderstämmen, so würde er sich im letzten Augenblicke noch dazwischen werfen — da lachten sie auf der Linken hell auf. „Buben lachen darüber!" schrie Gagern außer sich über solche Frechheit des Unpatriotismus, und ließ den Ordnungsruf über sich ergehen. Er bat den Präsidenten und das Haus um Verzeihung für den Ausdruck, aber es sei doch gar zu empfindlich: „wenn man sich bewußt ist sein Vaterland zu lieben, und für diese Liebe und Hingebung noch verhöhnt wird."

Die Einsichtigen wußten alle, daß mit solchen Elementen ein Gelingen kaum möglich sei. Mancher von ihnen schied jetzt schon aus, um nicht das unvermeidliche Todesringen des Parlamentes in all seinen peinlichen Stadien persönlich erleben zu müssen. Man hatte daran gedacht eine Vertagung des Parlamentes durchzusetzen, um in dem bevorstehenden Gewirr diesen nationalen Körper unbeschädigt zu erhalten. Das schien nicht erreichbar. Ein Dreißiger-Ausschuß war eingesetzt worden, um den Wolkenbruch von dringlichen Anträgen zur Durchführung der Verfassung zu zertheilen und zu bewältigen, und dieser Ausschuß brachte denn folgenden wichtigen Punkt zur Annahme:

„Die Nationalversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelnstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.“

Sie bestimmt den 15. Juli zum Beginn der Wahlen, den 22. August zum Beginn des ersten Reichstages.

Mit zwei Stimmen Mehrheit war dieser kritische Beschluß am 5. Mai gefaßt worden gegen die der Reichsverfassung widerstrebenden Autoritäten. Das unersetzliche und deshalb immer noch bestehende Ministerium Gagerns wollte es auch jetzt noch versuchen, die schmale Linie solcher Durchführung zu finden und einzuhalten. Beckerath war der Erste, welcher sich eingestand, daß auf solcher schmalen Linie nicht zu gehen, die Revolution nicht zu vermeidem sei. Er war der erste wichtige Mann, welcher austrat. Die Linken bestritten dem Ministerium die Möglichkeit solcher Durchführung, und — der Reichsverweser ebenfalls. Nach Abschluß der Verfassung hatte dieser schon zurücktreten wollen, und es war kaum zu erwarten, daß er solch ein neues Programm des Ministeriums zur Durchführung einer ihm unerwünschten Verfassung billigen werde.

Unterdeß hatten sich die Thatsachen drohend angehäuft. Die Rheinpfalz hatte sich erhoben für die Verfassung, der Aufstand in Dresden war ausgebrochen und hatte ebenfalls die Fahne der Reichsverfassung ausgesteckt, obwohl es den

Führern dort um ganz andere Dinge als die Reichsverfassung zu thun war. Nach der Pfalz hatte Gagern auf dringendes Verlangen der Pfälzer einen Abgeordneten der Linken, Eisenstuck, als Reichskommissarius gesendet, und dieser hatte denn auch richtig das Gegentheil von dem gethan, was ihm seine Instruktion vorschrieb. Statt den gesetzlichen Weg der Erhebung herzustellen, hatte er den revolutionairen legalisirt; ja die Truppen, welche der Reichskriegsminister der schwer bedrängten Reichsfestung Landau, einer Grenzfestung! zugeschickt, waren vom Reichskommissar mit kurzer, volksthümlicher Hand zurückgeschickt worden. So nahe am Ausflusse der Reichsgewalt, war der gesetzliche Weg nicht inne zu halten gewesen, und durch den Aufstand in Dresden wurde die Verwirrung der Begriffe noch ärger gesteigert. Dort entwickelte sich's gleich nach den ersten Tagen des Ausbruchs schreiend, daß die Reichsverfassung nur äußerlicher Vorwand war für völlige Revolution, bei welcher Ausländer äußerster Gattung wie Bakunin das Wort und den Befehl führten. Dort brachte das Einrücken der Preußen ein neues gefährliches Moment in die Rechtsfrage der Paulskirche. Ganz unabhängig von der Centralgewalt, unter Berufung auf einen Satz der Bundesakte waren die Preußen eingerückt. Das Ministerium mußte erklären, daß hierdurch die rechtliche Befugniß der Centralgewalt verletzt sei.

Ehe noch die Paulskirche hierüber einen Beschluß fassen konnte, kam die amtliche Anzeige, daß der Reichsverweser

das Programm des Ministeriums nicht gebilligt, und das Ministerium Gagern entlassen habe. Eine Stunde später, am 11. Mai, ging ein dringlicher Antrag durch, welcher das Einrücken der Preußen in Sachsen für einen „schweren Bruch des Reichsfriedens" erklärte. 188 hatten für, 147 gegen diesen Antrag gestimmt. Das bisherige Centrum, oder auch die spätere Weidenbuschpartei war gespalten. Diejenigen, welche immer noch auf gesetzlichem Wege eine Durchführung der Verfassung möglich glaubten und von der Paulskirche aus leiten wollten, zweigten sich ab von den früheren Genossen, und suchten im „Nürnberger Hofe" eine Vermittelungspartei darzustellen zwischen der überdrängenden Linken und der zurückhaltenden alten Centrumspartei. Riesser und Biedermann waren die Leiter dieser neuen Fraktion, und sie hatten auch für obigen Antrag gegen Preußen gestimmt. Diejenigen aber, welche dagegen votirt, waren überhaupt mehr oder minder zweifelhaft, ob dem Parlamente jetzt noch etwas Gedeihliches gelingen könne, und sie hielten es jedenfalls für einen Fehler, durch eilige Entscheidung dieser Frage Preußen noch weiter zu treiben in der Opposition gegen Frankfurt.

Das Unvermeidliche rückte näher und näher. Ohne Preußen war Parlament und Verfassung nicht zu halten. Nach obigem Beschlusse traten konservative preußische Abgeordnete immer zahlreicher aus, und die Hoffnung Anderer auf das preußische Rheinland und besonders auf Westphalen, wo sich eine Erhebung für die Reichsverfassung entwickelte,

diese Hoffnung war nicht stark genug. Sie beruhte überhaupt nur darin, daß die preußische Regierung zu anderer Bahn sich entschließen werde, wenn sie namentlich Westphalen, ein sonst so ruhiges und konservatives Land, aufstehen sähe. Aber, sagte man sich selbst, muß nicht Preußen jetzt durchschreiten es koste was es wolle, um seine Autorität aufrecht zu erhalten?! Und wird es das nicht? Freilich! seufzten sie, wir selbst müssen es ja übrigens wünschen, um nicht Gesetz und Ordnung auch im Hauptstaate dem unberechenbaren revolutionairen Treiben überliefert zu sehn.

In diesem Zwiespalt der eigenen Wünsche enthüllt sich nackt die ganze Unmöglichkeit, welche das Parlament noch durchsetzen sollte. Alle die Leute, welche so sprachen und seufzten, wünschten von Herzen die Durchführung der Reichsverfassung, aber sie mußten sich eingestehn, daß man nicht laufen könne ohne Beine. Entweder Revolution oder Resignation. Ein Drittes war nicht mehr möglich sowie die Dinge einmal lagen.

Damit kein Zweifel übrig bliebe, kamen von rechts und von links die deutlichsten Ereignisse. Von rechts die Einsetzung eines unparlamentarischen und geradezu lächerlichen Reichsministeriums, welches nicht über drei Stimmen in der Paulskirche zu verfügen hatte. Es klang wie ein übel angebrachter Scherz, als der alte Grävell, der einsiedlerische Antragsteller und Redner der Paulskirche, zum Ministerpräsidenten, und der Kobold des Hauses, Detmold, zum Justizminister

ernannt sein sollten. Als es ernsthaft angezeigt wurde, und Grävell naiv erklärt hatte, „er empfehle sich dem Wohlwollen der Versammlung“, da erklärte diese ganze Versammlung gegen nur zwölf, meist ultramontane Stimmen, daß solch ein Ministerium als Hohn und Beleidigung für das Parlament angesehn werden müsse. — Es war auch die Aufforderung von Rechts zur Revolution. Die Centralgewalt verspottete das Gesetz, durch welches sie selbst eingesetzt und an die Zustimmung der Nationalversammlung gebunden war. Das sogenannte „kleine Laster“, wie Herr Detmold in leichtsinnigen Kreisen Hannovers genannt wird, war nun nicht mehr der konservativ armselige aber witzige Satirikus, es war ärger revolutionair als ein Mitglied des Donnersberges und wurde unverhohlen boshaft geheißen. Nicht ohne Interesse hatte bisher Mancher seinen Kapricen zugesehn; jetzt wurde er Allen verhaßt.

Diese ganze ministerielle Wendung, welche die Stirn hatte, gegen die Verachtung des fast einstimmigen Parlaments Ministerium zu bleiben, ist nackter Verrath an der deutschen Entwickelung genannt worden. Das satirische Ministerium selbst hat sich zu seiner Entschuldigung darauf berufen, daß es die Einheit Deutschlands habe darstellen müssen zur Zeit, da Alles auseinandergefallen sei. Man wird ihm diese Entschuldigung schwerlich zugestehn. Nicht nur weil sein Auftreten das Auseinanderfallen erst recht bewerkstelligte, sondern auch darum, weil eine Gewalt, die auch nicht einmal formell

als solche anerkannt wird, doch unmöglich die Einheit Deutschlands auch nur formell darstellen könne. Die sogenannten großdeutschen Staaten, und auch die nicht alle, stellten sich anerkennend, um mit solcher Puppe Demonstrationen zu machen, und Preußen verweigerte die Anerkennung einer provisorischen Centralgewalt, welche nur als einstweilige Exekutivbehörde eines deutschen Parlaments belehnt worden, mit dem Verluste des Parlamentes aber seiner Grundbedingung verlustig gegangen sei. Hierin kann doch nur die Satire eine Darstellung deutscher Einheit finden

Die deutliche Erklärung von links, daß der deutschen Sache keine gesetzliche Entwickelung mehr übrig bleibe, kam aus Baden. Dort war die deutsche Reichsverfassung anerkannt, und dort brach unter dem frechen Vorwande, die Anerkennung deutscher Reichsverfassung durchsetzen zu wollen, die frivolste und vollständigste Revolution aus unter Meuterei des Heeres und unter Herbeiziehung ausländischer Elemente.

In solche drangvolle Enge eingekeilt, bedurften die Männer des Centrums kaum noch neuer Veranlassungen zu ihrem Austritte. Schon war ihre Zahl so geschwächt, daß gegen sie der Antrag durchgegangen war: die bewaffnete deutsche Macht auf die Reichsverfassung zu verpflichten.

Sie waren zum großen Theile nur darum noch geblieben, weil die Abberufung der preußischen Abgeordneten von Seiten der preußischen Regierung drohte und am 14. Mai auch von Charlottenburg ausging. Solche Maaßregel erklärten

sie noch für unverbindlich, und nur zwei Preußen schlossen sich am 17. Mai diesem Proteste nicht an. — Am 19. Mai ging mit zehn Stimmen Mehrheit ein Antrag Biedermann's, Welcker's, Kierulf's, Wurm's und Eckert's durch, einen Reichsstatthalter als provisorisches Oberhaupt — man dachte damals an Baiern — einzusetzen, und am 20. Mai unterschrieben die Führer des rechten Centrums ihre Austrittserklärung. Am 21. wurde sie verlesen. Es waren 65 Namen, unter ihnen Heinrich von Gagern, Dahlmann, Mathy, Simson (der früher schon Unwohlseins halber vom Präsidium, welches an Reh überging, abgetreten war), Beseler, Arndt, Waitz, Duncker, Stedtmann. Hiermit war die moralische Kraft des Parlaments gebrochen; es war nur noch ein Restparlament vorhanden. Die Austrittserklärung war von Dahlmann. Wilhelm Jordan hatte einige Tage vorher in wenig Worten das Pathos der Lage zusammengefaßt: „Erleidung des Unrechts berechtigt nicht zu Gegenunrecht; und es ist kein unehrenhafter Tod, an getäuschtem Vertrauen zu sterben."

Wenige Tage noch wehrten sich die alten Mitglieder des Augsburger Hofes. Sie versuchten es jetzt noch, eine Vertagung durchzusetzen, um die Continuität der Versammlung zu retten. Sie drangen nicht durch, und als am 24. die beschlußfähige Anzahl auf Hundert herabgesetzt war, schieden auch sie, Widenmann, Fallati, Rümelin, Hans von Raumer, Wernher, Zerzog, Barth, Stahl, Francke an der Spitze. Es blieben nur noch Riesser, Biedermann und Genossen, und Welcker

that alles Mögliche, um den Schatten von Parlament zu erhalten. Er hatte auch am stärksten gegen jenes Ministerium des Spottes und Hohnes gesprochen, „welches die Angelegenheiten Deutschlands nach seinem Ermessen und ohne Rücksicht auf die Nationalversammlung“ leiten, welches „ein schmachvoller Absolutismus, eine schmachvollere Rechtsunterdrückung“ sei „als die, gegen welche die Revolution entstand, für deren Organ wir die Centralgewalt erschufen.“

Aber auch sie erkannten binnen wenig Tagen, daß jede fernere Aussicht eine Täuschung sei, daß die Linken einen Konvent, und zwar einen unpatriotischen erstrebten. Zu einer Proklamation, würdig abgefaßt von Uhland, verlangten jene Männer einen Zusatz, welcher „Treue gegen die Reichsverfassung“ und eine Verwahrung enthielt: daß den Fremden irgend eine Einmischung in deutsche Angelegenheit gestattet werde. Dieser Zusatz, dem auch Uhland sich anschloß, wurde von den Linken verworfen, und nun traten auch jene Männer aus.

Die Versammlung war jetzt auf 130 Mitglieder geschmolzen. Das Verhängniß ließ sie nicht ruhen; sie wollten durchaus ihr Conventschicksal erfüllen. Sie wollten weiter nach Süden verlegt sein, um die dort in's Werk gesetzte Revolution unmittelbar in die Hand nehmen zu können. Keine Warnung half, sie hielten nun endlich ihre Zeit für gekommen, und beschlossen am vorletzten Mai die Uebersiedlung des Parlaments nach Stuttgart. Diese letzte Sitzung in der Paulskirche schloß

damit, daß der letzte Präsident der Paulskirche, Reh von Darmstadt, auf die fernere Ehre verzichtete und ebenfalls austrat. Der zeitige Vicepräsident Löwe von Calbe übernahm die Leitung eines Parlaments, welches von nun an allerwärts Rumpfparlament genannt wurde.

Mit Schmerz und Trauer ward bis daher eine Entwickelung hingenommen, welche nach der Ablehnung von Seiten Preußens unabwendbar schien. Nicht selten hörte man von Neukaiserlichen den Ausruf: „O wäre Oesterreich zu Deutschland gestellt wie Preußen und hätte man ihm die Krone anbieten können, nie wäre so was erlebt worden! Denn dort ist noch große Politik vorhanden und großer Muth, dort werden politische Fragen nicht nach dem Katechismus entschieden!" — Vorwurfsvoll wurde damals und später, besonders von Süddeutschland, darauf beharrt: man hätte durchaus nicht austreten sollen. Die Bedingungen der Existenz waren verloren, man verlangte aber doch die Fortdauer der Existenz. Dies hat was von der Rede der Kinder, welche erzählen: ihr Vater sei heute gestorben und werde erst morgen mit ihnen weiter spielen. — Bei alle dem war Schmerz und Trauer allgemein; die Hoffnung der Patrioten war entsetzlich zertrümmert; der Eindruck war ein tragischer.

Aber nicht also betrachtete man das Gebahren eines Rumpfparlaments. Dies galt für eine Farce, und man brachte es kaum in Zusammenhang mit dem deutschen Parlamente.

Trotzdem daß die oft verkündigte neue Revolution in vollem Gange war, hatte doch kein besonnener Mensch den Eindruck, es könnten jene Konventspieler in Stuttgart Deutschland bedeuten. Man dachte an Shakespeare's Heinrich IV., und erinnerte sich nur der Scenen, in welchen Falstaff mit seinen Gesinnungsgenossen Würde und Macht, Tugend und Anstand spielt. „Zum Henker alle feigen Memmen“ — „Land ist nun so wohlfeil zu kaufen wie stinkende Makrelen“ — „Gebt mir ein Glas Sekt, damit meine Augen roth aussehn; man muß denken, daß ich geweint habe, denn ich muß es mit bewegtem Gemüthe sprechen, und ich will es in des Königs Kambyses Weise thun — und so halte ich meine Rede! Tretet beiseit, ihr Großen!“

„Ich finde keinen Anstand“, sprach mit Würde Reichsregent Vogt zu Stuttgart, „Namens der Regentschaft diese dringliche Interpellation sogleich zu beantworten“, obwohl es noch an „officiellen Mittheilungen“ von Seiten der Würtembergischen Regierung fehle. Und mit eben so heitrer Sicherheit setzte er im Fritzeschen Reithause hinzu, daß er nun, nachdem das eine große Mittel politischer Wirksamkeit beschafft sei, das Kriegsheer, daß er nun das zweite in Vorschlag bringe. „Ich will die Finanzfrage nur kurz anzeigen“. Ein Kredit von lumpigen fünf Millionen für die schönen Sommermonate Juni und Juli. Wie Prinz Heinz, nur etwas verdrießlicher, hörte Minister Römer zu, und beschloß: auch die besten Grundsätze müssen bei solcher Gelegenheit eine Grenze finden.

Glaubten die Mitglieder des Rumpfparlamentes denn wirklich an ihre oft gebrauchte Phrase, daß das deutsche Volk hinter ihnen stehe und nun kommen werde auf unzweideutigen Ruf? Schwerlich. Nur die kindlichsten Politiker unter ihnen mochten sich Dergleichen zutrauen. Die Kundigeren waren theils von den Folgerungen ihrer eignen Worte gehetzt und meinten der Logik Wort halten zu müssen; theils war die Gelegenheit für sie doch des Versuches werth. Rheinpfalz und Baden brannte schon. Würtemberg schien hinreichend erhitzt, um nur noch des Kommando's „Feuer!“ zu bedürfen. In wirklich imposanter Demonstration war der König genöthigt worden, die Reichsverfassung wenigstens anzuerkennen. Der weitere Schritt, meinten sie, werde hier nicht schwer fallen, und der Brand sich dann fortwälzen lassen durch schwäbisch und fränkisch Baiern nach Thüringen.

Ganz wohl war freilich so Manchem bei alle dem nicht zu Muthe. Mancher hatte in Frankfurt eingestanden, es sei keine nachhaltige Einwirkung von ihnen zu erwarten, wenn das Centrum nicht mitgehe. Mancher war unter Klage und Herzeleid von Frankfurt geschieden und war nur mitgegangen, um der Partei treu zu bleiben. Mancher unter den 103 im Saale des Reithauses war absolut unbegreiflich. Wahrscheinlich auch für sich selbst unbegreiflich, ein Opfer des ersten Schrittes und des Eigensinnes. So Fallmerayer, der Fragmentist, welcher schon in der Paulskirche durch Dick und Dünn mit der Linken gestimmt hatte, und denn auch hier in seiner

kleinen saubern Figur und den frischesten Vatermördern mitten unter denen saß, welche Reichsregentschaft und Aufbietung des deutschen Kriegsheeres votirten. Vor Kurzem noch hatte er in seiner Vorrede zu den „Fragmenten des Orients" drucken lassen: „Wir können uns für die hohlen Träume unpraktischer Schwärmer und Glückseligkeits-Demiurgen nicht mehr leicht erwärmen. Oder ist denn nicht alles Extreme seiner Natur nach hoffnungslos, und ist Sichselbstmaaßgeben nicht das große Gesetz, die unerläßliche Bedingung für jeden Bestand?" — Das reimt sich kurios mit seinen Abstimmungen. Keinen Zweifel, daß er Gründe der erforderlichen Genialität zusammensuchen wird, „Gründe so viel wie Heidelbeeren, nur mit Gewalt keinen einzigen!" Für dergleichen erkünstelte Größe war aber doch die deutsche Sache zu groß und für das Apartthun war Fallmerayer nicht groß genug. — Der Rechtfertigung solcher Männer vor der Nation konnten allerdings nur die Regierungen zu Hilfe kommen, indem sie später wegen der Theilnahme am Rumpfparlamente Kriminaluntersuchungen einleiteten. Nachdem sie durch Zugeständniß und Zurücknahme, durch Seitenwege nach vorwärts und Seitenwege nach rückwärts die Rechtsbegriffe in deutscher Nation so verwirrt hatten, wie es kaum in einem civilisirten Reiche der Welt vorgekommen sein mag, setzten sie sich zu Gericht darüber: daß nur in Frankfurt, nicht aber in Stuttgart zu tagen erlaubt gewesen sei. Wir haben im Vorparlamente gesehn, von wannen diese beiläufige Ortsbestimmung stammte. Die feinste Rechts-

fiktion könnte hierbei höchstens bei der Centralgewalt ankommen, bei einer Centralgewalt, welche so eben ihre eigene gesetzliche Lebensbedingung gebrochen hatte, welche so eben in ihrer Rechtsbeständigkeit von deutschen Regierungen geleugnet worden war — und nach alle dem und trotz alle dem sollten wir erleben, daß wegen Ortsverlegung des Parlaments Hochverrath begangen worden sei! Wahrlich, die Regierungen haben Ursache mehr als gut ist: Rekriminationen nie und nirgends zu erwecken. Sie motiviren dadurch nur das Stuttgarter Rumpfparlament in deutscher Geschichte. Sie motiviren es schlagender als die Worte jener zu großem Theile leichtsinnigen Führer nach Stuttgart es zu motiviren vermocht haben.

Selbst Herr Römer erwarte von uns, die wir entschiedene Gegner des Rumpfparlaments sind, keine Bewunderung seiner Grundsätze. Heute am 6. Juni wird von diesem Parlamente eine Regentschaft ernannt — Raveaux, Vogt, Heinrich Simon, Schüler von Zweibrücken, Becher (ein ultrademokratisches Mitglied der würtembergischen Kammer) — und Herr Römer stimmt mit. Er stimmt dagegen, aber er stimmt mit. Die Versammlung ist ihm das deutsche Parlament, welchem er, als solchem! souveraine Gewalt über Deutschland zuerkannt hat. Nun erst tritt er aus. Also nicht, weil es nicht mehr die souveraine Versammlung wäre, sondern weil ihm der Beschluß nicht gefällt. Ganz mit Recht gefallen ihm auch die weiteren Beschlüsse nicht, Absetzung der in Frankfurt verbliebenen Centralgewalt, Aufbietung des Heeres, Vorlage

wegen der Finanzen, und am 18. Juni Nachmittags läßt er Truppen vor dem Reithause aufstellen, um die Zusammenkunft des Parlaments zu verhindern. Sie wird verhindert; das Rumpfparlament ist gesprengt. Er also endigt ein gefährliches Spiel mit den heiligsten Dingen des Vaterlandes, und das ist ihm von vielen guten Patrioten herzlich gedankt worden. Wie er aber mit seinen eignen Grundsätzen hierbei und in der ganzen Parlamentsgeschichte bestanden, das ist eine andere Frage. — Er hat uns in seiner Zeitung zu Anfange Septembers 1849 Material dazu an die Hand gegeben. Er enthält sich, sagt er, des Urtheils über die — Kühnheit, die Verfassung als Gesetz zu promulgiren. Wie? Derselbe Römer links am linken Centrum, welcher im Prinzip immer solcher Meinung gewesen? Ja. „Denn", setzt er hinzu, „was im September 48 geschehen konnte, das konnte im März 49 nicht mehr geschehn!" So, so! Er und sein Ministerium hätten die Nationalversammlung für souverain anerkannt, weil — das Würtembergische Volk so war wie es war, (also Nationalsouverainetät aus partikularistischen Gründen!) weil ferner die Haltung der Nationalversammlung war wie sie war, das heißt so, daß keine extravaganten Beschlüsse von ihr zu befahren waren. So, so! Unglücklicherweise gehörte er selbst nicht einmal zu dieser Nationalversammlung wie sie war, das heißt wie sie beschloß, er gehörte zur Opposition — dann freilich war's recht hübsch von ihm, doch Opposition zu machen, Mediatisirung in großem Stile zu fordern, munter, immer munter mit der Linken zu stimmen!

Was ist das? Dieser Prinz Heinz ist ein gelegentlicher Schalk in Sachen des Prinzips. Ein Partisan, weiter nichts, ein recht tapferer Partisan, aber — kann man jedes staatsmännische Prinzip naiver verleugnen? Wenn er nicht zufällig Minister gewesen wäre, so hätte er wohl allenfalls zum Rumpfparlamente gepaßt.

Ist dies nicht die volle Ironie, daß von solch einem eigentlichen Gesinnungsgenossen dem linken Rumpfe ein Ende gemacht wurde? — Ist es nicht auch ein nachträglicher Beweis, daß die zwischen der Linken und dem linken Centrum umher „Fistulirenden" nur angethan waren, den Bankerott der Linken einzuregistriren in's große Schuldbuch?

Armes Vaterland, aus wie viel Gründen konnte Deine Errungenschaft von Anno 48 kein deutscher Staat sein? Pedanterie hier und Faselei dort, sie konnten Deinen schönen Kern beseitigen. Beschädigen konnten sie ihn nicht. Das galt uns damals für die Moral des ersten deutschen Parlamentes, welches nun bis auf das letzte Blatt in alle vier Winde verweht war. Wie groß das Unglück sei, das unausbleibliche zweite Parlament — meinten wir — werde der Welt beweisen: daß der deutsche Kern doch nicht beschädigt worden und doch fähig sei: zwischen den Ultra's partikularistischen Eigennutzes und den Ultra's französischer Demokratie hindurch die neue deutsche Frucht emporzutreiben.

Wir übersahn den Umfang deutschen Unglückes noch nicht.

V.

Das Nachparlament.

Die kleineren Staaten alle hatten die Reichsverfassung anerkannt gehabt. Drei Königreiche nur hatten zuerst Nein gesagt, und am Ende das erwählte Preußen mit ihnen. Durch diesen Widerspruch war die Rechtsverwirrung im Vaterlande chaotisch geworden. Hier galt für Hochverrath, was dort Gesetz sein sollte, und der revolutionaire Zustand war in schlimmster Weise erneuert. Durch Waffengewalt — und hierin bewährte sich Preußens ungeschwächte Kraft — konnten die akuten Ausbrüche niedergehalten werden, die chronische Krankheit konnte dadurch nicht gehoben werden, und sie hatte auch die edelsten Theile ergriffen. Sie ist nimmermehr zu bannen, so lange eine bundesstaatliche Reichsverfassung fehlt.

Diese Noth und Gefahr trieb dazu, daß sich wenigstens drei Staaten über eine Reichsverfassung vereinigten. Das Dreikönigsbündniß bildete sich unter schöpferischer Führung Preußens. Ehe noch die Linken in Stuttgart ihr Grab gruben, hackte und grub Herr von Radowitz in Berlin Tag und Nacht, um einen neuen Verfassungsbaum pflanzen zu können.

Es war der Frankfurter Baum; nur die wilden Schößlinge schnitt er ab; nur in der Krone des Baumes verkürzte er den Hauptzweig, den Kaiserzweig zum „Reichsvorstande". Die Nachbarzweige aber verflocht er zu einem „Fürstenkollegium", und die Zuflüsse zur Wurzel verringerte er, indem er sie bloß auf „Matrikularbeiträge" anwies. Noch saßen die eigentlichen Todtengräber des Parlamentes in der Paulskirche, da erschien vom 26. Mai die Ankündigung des Dreikönigsbündnisses. Gleich darauf vom 28. Mai die Verfassung zu freier Vereinbarung zwischen den Fürsten und einem neuen Reichstage.

Jetzt zeigt, daß Ihr Patrioten seid! erging von Mund zu Mund der Ruf an die Abgeordneten der Paulskirche. Verleugnet Eure Autoreneitelkeit! Da ist eine Verfassung, zu welcher bereits an die 20 Millionen Deutsche und Euer auserwählter Großstaat gehören. Empfehlt sie, verschafft sie der Nation. Oft genug habt Ihr Euch gerühmt, es sei Euch in letzter Instanz nur darum zu thun, daß etwas zu Stande komme, daß eine Einheit entstehe, daß nur irgend eine bundesstaatliche Verfassung eingeführt werde Bewährt es jetzt. Verschmerzt die Aenderungen um den Preis des Ganzen! Bürgerkrieg habt Ihr nicht gewollt um Durchführung des Werks aus der Paulskirche, Revolution habt Ihr verschmäht, worauf hofft Ihr? Auf das Manna vom Himmel? Der Verstand muß Euch lehren, daß die unveränderte Verfassung der Paulskirche unmöglich geworden. Ihr habt die Resignation

damals erwählt, so bewährt sie jetzt. Erweis't Euch denn als das, was Ihr vor Allem sein wollt, als Patrioten!

Pfui über Euch! riefen die Demokraten, wenn Ihr Euer eignes Werk verlaßt!

Das alte Centrum war nicht im Zweifel über seine Pflicht. Schwer und schmerzlich war der Entschluß, aber rasch wurde er gefaßt. Die verwirrte Nation brauchte einen Wegweiser. Daß dieser immer gefehlt in dem deutschen Labyrinthe von Ansprüchen war stets der schwerste deutsche Mangel gewesen, und war es jetzt erst recht, wo die verschiedenartigsten Stimmen zum Schreien aufgestachelt waren. Dieser Wegweiser zu sein war das Centrum verpflichtet, wie schwer es ihm ankommen mochte. Es war doch wahrlich leicht daheim zu bleiben; der Ruhm der Konsequenz war so wohlfeil! Man brauchte nur zu schweigen. Aus dem Vaterlande, aus der Einheit, aus dem Bundesstaate mochte werden, was da wollte, man hatte ja das Seinige gethan als Abgeordneter. Jetzt war man nicht mehr Abgeordneter, war Privatperson. Die Regierungen, welche unsre Verfassung zerstört, mögen doch zusehn, was sie zu Stande bringen. Sie haben sich ja als unsre Feinde erwiesen. Jetzt mögen sie basteln und leimen und kitten ein haltloses Blockhaus. Der Tag der Vergeltung wird kommen von selbst. Sie haben das Herz der Nation verrathen, am Tage des nächsten Gerichtes stößt es sie alle aus. Diejenigen sind in's Antlitz geschlagen worden, welche für sie in die Schranken getreten sind gegen die Revolution,

nun denn, rief man, Rache ist süß! Weis't den Kompromiß mit Verachtung zurück!

Und das Vaterland?! antwortete man. Rache und Pessimismus mag ein persönliches Genüge sein, unsre Personen aber müssen zurücktreten vor dem Bedürfnisse des Vaterlandes.

Max von Gagern veranlaßte eine öffentliche Zusammenkunft der Bundesstaatlichen. Sein Bruder Heinrich, Dahlmann, Mathy, Hergenhahn, Soiron und andere Führer stimmten bei. Es wurde eine Einladung erlassen nach Gotha an die Genossen, welche jetzt zerstreut waren über ganz Deutschland von der Schweizer bis an die kurische Grenze. Nur österreichische Abgeordnete wurden nicht geladen.

Von allen Seiten kamen die Bundesstaatlichen bereitwillig zum 26. Juni nach Gotha, über 130 an der Zahl. Sie machten keinen Anspruch darauf, ein officielles Nachparlament zu sein. Ihr Votum sollte nur so viel gelten als es wiege.

Ein kühler Sommer wehte durch die hochgelegene freundliche Stadt, welche nordwärts in die thüringische Ebene, südwärts auf das nahe Gebirg, den Thüringer Wald blickt. An freier Promenade steht ein schönes Schauspielhaus, und dessen Rotunde mit einem lichten Saale war der Sammelpunkt, wo man sich wiedersah nach so schwerem Leide, inmitten so schweren Leides. Draußen am Bahnhofe erwartete man die von fern Kommenden und schloß sich in die Arme. Keins der

geachteten oder geliebten Häupter fehlte, ja längst Ausgeschiedene hatten sich wieder eingefunden, wie Compes, wie Jakob Grimm. Becker aus Gotha, einer unsrer besten Männer, hatte Alles trefflich vorbereitet in der wohlwollenden, herzlich entgegen kommenden Stadt. Er übernahm auch zunächst den Vorsitz, und die Debatte blühte auf, schöner denn je. Die Kräfte und Talente waren alle frisch erhalten trotz der Kümmerniß, und da es keine grelle Meinungsverschiedenheit gab unter Männern die alle ein bestimmtes Ziel hatten, so floß die Rede feiner und reizender als man es je in der Paulskirche gehört hatte. Nie war ein Tag von solchem parlamentarischen Glanze erlebt worden als da am 27. Juni in jener Rotunde zu Gotha Gagern, Beckerath, Simson, Waitz, Stahl, Vincke, Bassermann, Soiron hintereinander sprachen. Um nicht officiell zu erscheinen hatte man keine Zuhörer-Galerie geöffnet, kein Redner war also auf breite oder grobe Wirkung bedacht, jeder konnte sich in den feinsten Beziehungen ergehn, und der Witz, die Satire wie die stechendste Klage hatten das freieste Feld, fanden volles Verständniß.

Man einigte sich leicht. Das Wahlgesetz nur machte Schwierigkeiten, und eine Anzahl von Hannoveranern hielt das für wichtig genug, um das Ganze dafür auf's Spiel zu setzen. Dennoch fanden sich 130 und durch späteren Zutritt von solchen, welche nicht nach Gotha reisen gekonnt, eine noch größere Anzahl Unterschriften für folgende Erklärung:

„Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefah-

ren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaften des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfniß gemacht, ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde. — Das Ergebniß der darüber in Gotha vom 26. 27. und 28. Juni d. J. gehaltenen Besprechungen fassen sie in folgenden Sätzen zusammen:

I. Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. J. die deutsche Reichsverfassung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies *), dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Thatsache nicht verschließen, daß die Durchführung der Reichsverfassung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden ist. Da hingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden läßt. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen mahnt uns

---

*) Um dieses Satzes willen nur, welcher seinem Vereinbarungsprinzipe widersprach, unterzeichnete Vincke nicht, obwohl er sich zu allen übrigen Sätzen bekannte.

das von innern und äußern Feinden schwer bedrohte und vom Bürgerkriege zerfleischte Vaterland, eben so dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus — und somit den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat.

II. Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte. Sie betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zusage, und erkennen an, daß der von denselben eingeschlagene Weg zum Ziele führen kann, unter der Voraussetzung:

daß alle deutsche Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstages auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstage in einer jede einzelne Regierung bindenden Form gegenübertreten, und

daß die dem Reichstage vorbehaltene Revision sich nur auf solche Befassungsbestimmungen erstreckt, welche in der Reichsverfassung vom 18. März und dem Entwurfe vom 28. Mai nicht wörtlich oder wesentlich übereinstimmen.

III. Erscheint es daher als politisch nothwendig, daß die andern deutschen Staaten — abgesehn von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Oesterreich — sich an jene Verfassungsvorlage in bindender Weise baldigst anschließen und die schleunige Berufung eines Reichstags möglichst befördern, so erwächs't auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen.

IV. In diesem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, für das Zustandekommen eines Reichstages, also auch für die Betheiligung bei den Wahlen zu wirken. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so sind dem in Frankfurt beschlossenen, die unmittelbare Durchführung voraussetzenden Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegen getreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andre gesetzliche Norm maaßgebend werde. In dieser Rücksicht erkennen die Unterzeichneten es als das Angemessenste an, wenn in jedem einzelnen Staate auf landesverfassungsmäßigem Wege das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag festgestellt wird. Wenn dies aber unter den obwaltenden Umständen nicht erreichbar sein sollte, so würde doch (wie dies schon in der Berliner Denkschrift in Aussicht gestellt ist) den Einzelnstaaten überlassen bleiben müssen, bei Ausführung des mit dem Verfassungsentwurfe vorgelegten Wahlgesetzes die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modifika-

tionen anzuordnen, und jedenfalls glauben die Unterzeichneten nicht verantworten zu können, wenn sie durch ihre Haltung dazu beitragen sollten, das Zustandekommen des ganzen Werkes an den Bedenken gegen ein Wahlgesetz scheitern zu lassen.

Demnach halten die Unterzeichneten, in Erwägung der schwer bedrohten Lage des Vaterlandes, dessen Existenz ohne Betreten dieses Weges gegenwärtig auf's Höchste gefährdet ist, sich für verpflichtet, unter den angeführten Voraussetzungen:

I. so viel an ihnen ist, auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Conferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken, und

II. an den Wahlen zum nächsten Reichstage sich zu betheiligen.

Gotha den 28. Juni 1849.

Albert aus Quedlinburg. Anz aus Marienwerder. Bandelow aus Kranz. Barth, Dr., aus Kaufbeuern. Bassermann aus Mannheim. Becker aus Gotha. von Beckerath aus Crefeld. Behncke aus Hannover. Bernhardi aus Cassel. Beseler aus Greifswald. Bonardy aus Greiz. Biedermann aus Leipzig. Böcking aus Trarbach. Böcler aus Schwerin. Brackebusch aus Hannover. von Breuning aus Aachen. Breusing aus Osnabrück. Briegleb aus Coburg. Brons aus Emden. Bürgers aus Cöln. von Buttel aus Oldenburg. Cetto aus Trier. Compes aus Cöln. Dahlmann aus Bonn. Dam=

mers aus Nienburg. Deeke aus Lübeck. Degenkolb aus Eilenburg. Dröge aus Bremen. Duckwitz aus Bremen. Dunker aus Halle. Edmeier aus Paderborn. Eckert aus Bromberg. Emmerling aus Darmstadt. Esmarch aus Schleswig. Falk aus Ottolangendorf in Schlesien. Fallati aus Tübingen. Fischer aus Jena. Franke aus Schleswig. H. von Gagern aus Darmstadt. M. von Gagern aus Wiesbaden. Gevekoht aus Bremen. Giech, Graf, aus Thurnau. Gier aus Mühlhausen. Göden aus Krotoszyn. Jakob Grimm aus Berlin. Groß aus Leer. Hallbauer aus Meißen. Hausmann aus Brandenburg. Haym aus Halle. Henkel aus Cassel. Hergenhahn aus Wiesbaden. Höfken aus Hattingen. Hofmann aus Friedberg. Jakobi aus Hersfeld. Jahn aus Freiburg an der Unstrutt. Johannes aus Meiningen. Jordan (Wilhelm) aus Berlin. Jordan aus Gollnow. Jucho aus Frankfurt a. M. Keller, Graf, aus Erfurt. Kerst aus Meseritz. Kierulff aus Rostock. Koch aus Leipzig. Krafft aus Nürnberg. Kratz aus Wintershagen. Lang aus Verden. Laube, Dr., aus Leipzig*). Leverkus aus Oldenburg. Liebmann aus Meiningen. Loew aus Magdeburg. Loew aus Posen. Mann aus Rostock. Marcus aus Bartenstein. Martens aus Danzig. Mathy aus Carlsruhe. Matthies aus Greifswald. Maukisch aus Dippol-

*) Nicht als Erabgeordneter für einen österreichischen Bezirk, sondern als Ersatzmann des ausgetretenen Grävell für einen preußischen Bezirk.

diswalde. H. H. Meier aus Bremen. Mevissen aus Cöln. Michelsen aus Jena. Robert Mohl aus Heidelberg. von Mylius aus Jülich. Nerreter aus Fraustadt. Oberg aus Hildesheim. Ostendorf aus Soest. Overweg aus Haus Ruhr. Pinder aus Woinowitz. Plaß aus Stade. Plathner aus Halberstadt. Rahm aus Stettin. Rättig aus Potsdam. Friedrich von Raumer aus Berlin. Hans von Raumer aus Dinkelsbühl. Reh aus Darmstadt. Riesser, Dr., aus Hamburg. Röben aus Dornum. Rümelin aus Nürtingen. von Sänger aus Grabow. Schick aus Weißensee. Schierenberg aus Detmold. Schneer aus Breslau. Scholten, Dr., aus Wardt. Scholtz aus Neiße. Schrader aus Brandenburg. Schreiber aus Bielefeld. Schwarz aus Halle. Siemens aus Hannover. Simson aus Königsberg. von Soiron aus Mannheim. Sprengel, Dr., aus Waren in Mecklenburg. Stahl aus Erlangen. von Stavenhagen aus Berlin. Stedmann aus Haus Besselich. Steindorf aus Schleswig. von Thielau aus Braunschweig. Veit aus Berlin. Versen aus Nieheim. Wachsmuth aus Hannover. Waitz aus Göttingen. Wichmann aus Stendal. Widenmann aus Düsseldorf. Wiethaus aus Wipperfürth. Wurm aus Hamburg. von Wydenbrugk aus Weimar. Zachariä aus Bernburg. Zachariä aus Göttingen. Ziegert aus Pr. Minden. Zöllner aus Chemnitz.

Durch Zuschrift aus der Heimath erklärten noch ihren Beitritt: E. M. Arndt aus Bonn. Braun aus Cöslin.

J. G. Droysen aus Kiel. O. von Keudell aus Berlin. Lette aus Berlin. Marcks aus Duisburg. Nizze aus Stralsund. Fr. Röder aus Neustettin. von Selasinsky aus Berlin. Thöl aus Rostock. Wagner aus Jastrow.

So war das Opfer gebracht. Man verständigte sich über ferneren Zusammenhang als Partei, welche in Frankfurt ihren Mittelpunkt, in der „Deutschen Zeitung" ihr Organ haben sollte. Dieser Zusammenhang wurde sehr lose angelegt; Parteitreiben war vielleicht zu wenig im Geschmack dieser Männer. Man reichte sich die Hand, und schied. Unter schwacher Hoffnung, unter kummervoller Sorge. Selbst Heinrich von Gagern glaubte kaum noch an nahe Erfüllung, wenn er auch an der endlichen Erfüllung nicht zweifelte. Sein eignes Leben belehrte ihn nur zu klar, wie langsam Stamm und Zweige eines Reiches wachsen. Bei Belleallianee schon hatte der sechzehnjährige *) Heinrich eine Nassausche Compagnie in's Feuer geführt für Deutschlands Befreiung, und — der Wiener Kongreß, der Bundestag war gefolgt. Burschenschaften hatte er stiften geholfen in Heidelberg, Jena und Göttingen zur Erringung deutscher Einheit, und — die Karlsbader Beschlüsse waren gefolgt. Für konstitutionelle Regierung hatte er so viele Jahre lang in Hessen-Darmstadt gerungen, und — immer hatte der Bundestag den Gegnern zum Siege gehol-

*) 1799 am 20. August ist er im Schlosse zu Baireuth geboren. Zum Soldaten ward er in München erzogen.

fen. Immer wieder, immer wieder hatte ihn das Volk gewählt, und als es endlich zur Erfüllung gekommen war, Anno 48, da stimmten die neuen Volksfreunde gegen ihn, und warfen das nahezu fertige Werk wiederum in die Hände der Gegner, wieder in's Chaos zurück.

Und doch sind wir vorwärts gekommen, sagte er in seinem heiteren Muthe auch beim Scheiden von Gotha, doch sind wir dem Ziele nahe, doch werden wir das Ziel erreichen! Der großen moralischen Kraft unsrer Nation dürfen wir vertrauen. Thue Jeder von uns das Seine, mag es auch aussehn, als ob wir wieder von vorn beginnen müßten. Der Genius unsrer Nation wird uns zum Siege führen.

An diesen Genius glaubte er noch unerschütterlich. Was auch geschehen war um den Unglauben in die Höhe zu bringen, Gagern war deutsch-gläubig geblieben. Wer ihn nicht wiedergesehn seit dem Vorparlamente, der gestand wohl bekümmert ein beim ersten Anblicke: daß der hohe, stattliche Führer gealtert sei in der drangvollen Noth verzehrender Kämpfe. Das kurze Haar zeigte jetzt grauen Anflug, um das große blaue Auge hatten sich feine Furchen eingenagt, um den Mund war ein schmerzlicher Zug gelagert so lange er schwieg. Ja die Seele war ihm schwer gepeinigt worden, aber gesund war sie verblieben fort und fort. Die Kunst des Hoffens, die Spannkraft des Muthes war unverletzt. So wird er sein bis zum letzten Athemzuge. Er ist das, was Goethe „eine Natur" nennt, eine Natur für unser Vaterland. Nirgends an den

Augenblick und auch nicht an ein System gebunden überdauert er jeglichen Wechsel; sein Leben kommt nicht von irgend einem Systeme, es ist ein eigenes Leben. Vielleicht nur von Deutschland abhängig, und eben deshalb vielleicht dann in den Tod versinkend, wenn die letzte Hoffnung für den deutschen Staat am Horizonte versänke, wenn sie wirklich versänke ein verdunkelter Sonnenball unter den grauen Nebeln des Neides und Eigennutzes deutscher Stämme und Staaten. Dann müßte Gagern sterben; keine künstliche Kur diplomatischer Aerzte könnte ihn am Leben erhalten. Aber auch dann noch, wenn ich den gewaltigen Leib dieses unsers Siegfrieds starr im Grase liegen sähe, starr und entseelt, auch dann noch würde ich glauben: die Seele schwebe noch über ihm nahe an der Erde, irgend eines Lichtblitzes gewärtig, und mit solchem Lichtblitze werde sie wieder abwärts schießen in diese breite Brust, und werde den langen Körper wieder aufrichten. Ist's nicht die Sonne, so thut's der Mond. Es giebt eine Sage, daß der Mondesstrahl einen Gefeiten wieder zum Leben erweckt. Und wär's dann nur für eine Nacht, und wär's dann nur für ein Bankett jenes poetischen Deutschlands unter all den Burschenschaften vom Reformationsfeste 1817 bis zum Märzen 1848, diese eine Nacht, erfüllt von unsern alten Liedern „Wir woll'n das Wort nicht brechen, Und Buben werden gleich, Woll'n predigen und sprechen, Vom Kaiser und vom Reich!", dieses einzige Geisterbankett, welchem Heinrich von Gagern präsidirte, sie wären im Stande die

Räuber und Mörder Deutschlands in Verzweiflung und Wahnsinn zu treiben, sie wären im Stande eine verwilderte Jugend wiederum um die eine, einzig geweihte Fahne zu sammeln, um die schwarzrothgoldne Kaiserfahne unsers Vaterlandes.

Mögen sie lächeln unsre Gegner, daß an nichts weiter zu appelliren wäre als an Poesie. Eines noch nicht verstorbenen Volkes Poesie ist am letzten Ende doch unwiderstehlich. Sie ist die Familienreligion eines Volkes. Einunddreißig Jahre, vom Jahre 1817 an habt Ihr gelächelt über die Poesie der Burschenschaft bis Euch plötzlich das Lächeln unter Entsetzen erstarrte, als die deutsche Fahne von allen Zinnen wehte, man wußte nicht woher sie kam, und es war keine andre Verschwörung vorhanden gewesen, als die Verschwörung deutscher Poesie. Ihr schöpftet wieder Athem als man uns die vaterländische Fahne entweihte durch freche Unbill die für Freiheit ausgegeben wurde. Das stärkte Euch allerdings, denn wir konnten für unsre eignen Farben nicht streiten, wir konnten nicht einen hohlen französischen Staat wollen in Deutschland, wir mußten in erster Linie einstehn für ein organisch gegliedertes Staatsleben, welches in deutscher Sitte und deutschem Gesetz beruht. So konntet ihr uns die Verfassung entwenden. Uns! Nun wird sie Poesie des Volkes. Sehet fein zu, daß Ihr Wirklichkeit und Bedürfniß nicht einander gegenüber laßt als Todfeinde, sonst kommt einst mit dem nächsten Märzen unausbleiblich wie das Schicksal die

ganze Verfassung des ersten deutschen Parlamentes über Euch unter Gottes Donner. Denn also geschieht's mit der spöttisch angesehenen Poesie eines Volkes. Daß jene Frankfurter Verfassung fertig geworden mit vier Stimmen Mehrheit, das habt Ihr belächelt, und darin seid Ihr kurzsichtig gewesen. Das Fertiggewordene ist ewig. Nach Euren dogmatischen Protesten fragt der Augenblick, nicht aber die Geschichte. Wo sind die Stuarts mit ihrem Dogma? In den Archiven und Grüften.

Ja, wir geben es gern zu, es ist etwas von Romantik, es ist etwas von Poesie was in der Politik nicht gelten soll, um Heinrich von Gagern. Gerade das macht ihn uns theuer, gerade das macht ihn mächtig. Er vertrat für uns und vertritt für uns gegen die Feinde innen und außen die deutsche Seele.

Die Diplomaten des Partikularismus sahen mit Genugthuung im Herzen zu, als der geschlagene Reichsminister von Gotha zu Fuß auf den Thüringer Wald hinaufstieg, und uns auf die Zukunft verweisen mußte. Auf der Wartburg und im Hörselberge sollte er getrost das verloren gegangene Reich deutscher Phantasie suchen. Habe er es ja doch eben selbst in Gotha aufgegeben. Gerade daß er kein Phantast ist bei allem Glauben an das Höhere in einem Volke, gerade daß er das zunächst Mögliche mit fester Hand ergreift, das macht den Gegnern so viel zu schaffen. Bei Philippi sehen wir uns

wieder, rief des ermordeten Cäsars Geist seinen Mördern zu. Die Gegner werden Gagern wiedersehn.

Und die da auf der andern Seite hinausfuhren aus Gotha, und die für die nächste Zukunft des deutschen Bundesstaates redlich gesorgt zu haben glaubten, sind sie etwa nur Poeten? Der eherne Bürger des konsequenten Gedankens, der Cato des Parlamentes, Dahlmann? Oder der unerbittliche Held des Rechtsbodens Vincke, welcher seine eigenen Wünsche erschlägt, wenn sie nur poetisch sein wollen? Oder jener magere, peinlich gewissenhafte Beckerath, welcher zuerst das herbe Wort: „Wir müssen scheiden!" in die Paulskirche warf, als die Poesie sich nicht entschließen konnte den Bürgerkrieg Bürgerkrieg, die Revolution Revolution zu nennen! Oder Mathy, der fein erwägende und abwägende? Oder Bassermann der gefürchtete Praktiker, welcher die Leichen zu wittern pflegt, auch wenn sie noch in prahlender Lebenskraft wandeln? Oder Simson, der diplomatische Jurist, Beseler, welcher die Staatsfugen erforscht bis in die unscheinbarsten Spalten? Oder Duckwitz, der Kaufherrn-Senator? Oder Soiron, der Lebemann mit kerngesundem Blick? Oder Stedmann, Compes, Widenmann die kräftigen Rechtsmänner vom Rheine? Sollen diese Führer und Stützen der Bundesstaatlichen etwa nur für Poeten und Professoren gelten? Ach nein, diese Schelt- und Stichworte haben wenig oder nichts zu bedeuten. Die Ungeduld oder der Aerger finden überall ein Scheltwort und müßte es aus dem besten

Bestandtheile des Gegners herausgeschnitten werden. Der Janhagel spricht es gelehrig nach, und das Geschwätz von Professoren-Politik und Professoren-Verfassung wird abgegriffene Münze des Tages, mit welcher die Gedankenlosigkeit ihre kleinen Ausgaben der Unterhaltung bestreitet. Im Jahre 1813 war es ebenfalls in hohen Kreisen, selbst in Preußen, gangbare Münze, daß das allgemeine Aufgebot gegen den Reichsfeind Napoleon Poetentreiben und Professorentreiben genannt wurde — es ist diese kleine Münze abhanden gekommen in den Freiheitskriegen. Sie wird jetzt abhanden kommen in Erkämpfung des Bundesstaates. Albern genug ist es, noch im Herbste 49 damit zu klimpern, nachdem sich praktisch erwiesen hat, daß alle politische und diplomatische Praktik nicht eine Spanne weit von den grundsätzlichen Bedingungen jenes Professoren-Parlamentes hat abkommen können, ohne in's Leere wirkungslos verloren zu gehn. Eiligst und fluchend hat all diese Praktik immer wieder zurück gemußt zu den trennenden oder verbindenden Felswänden, welche die Paulskirche aufgeführt wie aus Granit. Hier ist der Fels, hier springe! heißt es in allen späteren Staatskonferenzen, und wird es heißen bis man sich entschlossen hat. Nein, da hilft kein Fluchen und kein Beten! das Nothwendige ist richtig vorgezeichnet worden vom ersten deutschen Parlamente; das Gesetz ist gefunden, und die Männer vom Centrum, vom Weidenbusche und von Gotha haben konsequent gethan, was die Einführung dieses Gesetzes in friedlicher Verständigung

möglich machen konnte. Auch das Opfer haben sie nicht gescheut, um statt des Besten wenigstens das Gute zu ermöglichen.

Aber nicht nur die natürlichen Gegner, nicht nur die Partikularisten von Amt und Besitz, auch die natürlichen Freunde haben das Unglück gesteigert. Nicht das erste Scheitern der Verfassung — auf welches man gefaßt sein konnte, denn so Großes wird ohne Gewaltsamkeit mit einem Schritte nicht erreicht — nicht das Frühjahr 49 war unser eigentliches Unglück. Im Herbste 49 erst war's offenbar, daß uns die Augen schmerzten wie das Herz. Da ward es in den Staaten und Stämmen offenbar das wirkliche Unglück: wie weit wir noch entfernt sind von politischem Verstande und vom Lebensdrange einer Nation. Die Misere der kleinen Nationen in Deutschland schoß noch einmal auf in geile, giftige Blüthe.

Was den Souverainetäten von Napoleons Gnaden in Deutschland zuzutrauen war für Deutschlands wirkliche Einheit, das wußten wir vorher. Sie haben genau Wort gehalten und haben gründlich motivirt: warum das erste deutsche Parlament die formelle Vereinbarung abgewiesen. Der bairische Premier hat so lange gearbeitet, durch Auseinanderdrängen die deutsche Einheit in Gestalt bairischer Souverainetät herzustellen, bis dieser kleine Stil auch Oesterreich zu lange dauerte, bis selbst dicke Schädel in Baiern inne wurden: dies sei wohl nicht der rechte Weg.

Dies hat kaum Einen überrascht, der dem Gange des Parlamentes unbefangene Aufmerksamkeit zugewendet.

Ueberraschender war schon die Offenbarung Hannovers und Sachsens, der Mitbegründer des Dreikönigsbündnisses, welche in Gestalt eines Vorbehaltes zu Tage kam. Im Augenblicke äußerster Gefahr und Noth waren sie mit einem Bündnisse hervorgetreten, welches die Aufregung beschwichtigen konnte, weil es den geraden Weg einschlug zu dieser Befriedigung. Und der Vorbehalt, welcher erst später bekannt wurde? Der Vorbehalt knüpfte das Zustandekommen dieses in voller Verfassung vorgelegten Bundesstaates an Bedingungen, nun, an welche Bedingungen? An diejenigen Bedingungen, welche wir eben erlebt hatten, welche — das Zustandekommen eines Bundesstaates unmöglich machten. Die Befriedigung Oesterreichs müsse statt gefunden haben, und alle, alle übrigen Staaten müßten dem Bündnisse beigetreten sein, ehe von der Vereinbarung der Verfassung mit einem zweiten Parlamente die Rede sein könne. Wenn ein Staat, sei es Homburg! nein sage, so sei man seiner Zusage entbunden. Die römischen Patrizier haben bekanntlich unter ganz ähnlicher Form das Volkstribunat einst zugelassen. Das einzige Veto eines einzigen Tribuns konnte Alles rückgängig machen, und die Patrizier hätten sich geschämt, selbst gegen einen Vorschlag der Gracchen einen Volkstribun und dessen Veto für sich nicht gewinnen zu können.

Dies ist geschehn zur Befriedigung deutschen Einheits-

dranges Ausgang Mai's 1849. Dies ist geschehn von Ministern, welche einige Wochen vorher durch Preußen von einer badischen Katastrophe errettet worden waren; ist geschehn von einem Manne wie Stüve, dessen eigensinnige Ansicht von juristischer Partikularberechtigung wir beklagen, aber immerhin bis auf einen gewissen Grad respektiren konnten. Kein Diplomat des alten Bundestages zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse kann ihm und diesem Vorbehalte die Anerkennung eines advokatenmäßigen Auskunftsmittel versagen.

Aber selbst dies war noch nicht das Ueberraschendste. Selbst hierbei übersahen wir noch nicht den Umfang deutschen Unglücks. In unserm Volke selbst sollte er sich enthüllen.

Nun jenes Land Sachsen war ja in Frankfurt und daheim ultraistisch für Nationalsouverainetät und wenigstens für die Reichsverfassung; dieses Land Hannover hatte sich besonnen aber energisch in der großen Mehrzahl seiner Abgeordneten, und offenbar auch in der Mehrzahl seiner Bewohner für die Reichsverfassung erklärt. Solche Länder werden ja solchen Vorbehalt überfluthen mit dem entrüsteten Ausbruche der öffentlichen Meinung, wenn nicht Alles, was sie kurz zuvor noch gesagt, gewollt und vertreten, eitel Hohlheit und Phrase gewesen sein soll! Werden sie? — Sie haben es nicht gethan. Sie haben sich nicht bloß verwirren lassen, sie haben sich recht absichtlich selbst verwirrt, um den Grundgedanken, den Gedanken deutscher Einheit, den Gedanken eines deutschen Staates zu Grunde zu richten. Der Hergang in Hannover

war zu entschuldigen. Dort war die eigentlich partikularistische Tendenz geringer. Dort steifte sich die unpolitische Unlust gegen den allein noch möglichen Weg in einen Bundesstaat, gegen das Dreikönigsbündniß, sie steifte sich auf die Verfassung des Parlamentes. Man war nur unpolitisch, nicht unehrlich gegen den deutschen Gedanken. So wie die Entwickelung einmal gegangen ist, konnte im Jahre 49 die Verfassung des Parlamentes in ihrer Ursprünglichkeit nicht mehr organisch durchgeführt werden. Sie war in den Bereich des Ideals verwiesen. Sie wird aus diesem Bereiche erst dann wieder in der Wirklichkeit erscheinen, dann aber gewiß! wenn das Bedürfniß eines deutschen Staates auch nicht annähernd befriedigt wird. So lange diese Befriedigung auf verfassungsmäßigem Wege von den Regierungen gefördert wird, so lange ist das ausschließliche Fordern der Parlamentsverfassung ein eben so unfruchtbarer Dogmatismus wie der Dogmatismus des göttlichen Rechtes auf Seiten des Monarchismus, so lange ist dies ausschließliche Fordern nur angethan, die deutschen Patrioten zu spalten und dadurch die Gegner zu stärken. Es sündigt dies ausschließliche Fordern gegen den Geist und Wunsch des Gelingens, es ist rechthaberisch aber nicht politisch. Die Lage Süddeutschlands mit solcher unpolitischen Rechthaberei, mit dem Steifen auf Oesterreich ist zeitig genug beim Bankerott solcher Politik angekommen, um den Norden zu belehren. Dort in Süddeutschland schlagen nun im Herbste 49 selbst die Wortführer ihre Hände über

dem Kopfe zusammen und rufen: So lange haben wir dem engeren Bundesstaate widerstrebt, bis wir vom Bundesstaate überhaupt ausgeschlossen, und der Hegemonie Oesterreichs überantwortet bleiben! Oesterreichs, eines Staates, der ja seiner Zusammensetzung nach nun und nimmer die Ausbildung unsrer demokratischen Ideale dulden kann! — Einem ähnlichen Bankerotte gehen diejenigen Norddeutschen entgegen, welche sich vom neuen Sammelpunkte absondern, auch wenn sie dies aus den ehrenwerthesten Gründen thun. Das Gelingen einer politischen Entwickelung verlangt eben auch politischen Verstand.

Und doch, was will dieser Vorwurf besagen gegen die Haltung, welche wir während der Uebergangsperiode zur Dreikönigsverfassung in der sächsischen Presse, ja in Sachsen überhaupt erlebt haben! Jener Vorbehalt der Regierung, welcher die Unmöglichkeit einer deutschen Einigung in sich schloß, wurde acceptirt, und die deutsche Frage, die deutsche Frage! wurde als unzeitgemäß zurückgestellt, wurde der Zukunft, irgend einer Zukunft anheim gegeben! Bei den Wahlen zum Landtage schämte man sich nicht, die deutsche Frage als eine offene Frage zu behandeln. Nur wer sie als eine solche, jeder neuen Wendung preisgegebene Frage ansähe sollte gewählt werden! In diesem Punkte verneinender Ablehnung war Demokrat und Partikularist ideell coalisirt wie in Frankfurt, und sie stellten die Mehrheit des Landes dar. Dasselbe Land also, welches fast nur Linke nach Frank-

furt gesendet und dort ein gedeihliches Resultat so erschwert, welches in seinem Maiaufstande die Bewegung für die Verfassung so schwer kompromittirt hatte, dasselbe Land ließ jetzt den ganzen deutschen Gedanken wie etwas Lästiges fallen! — Und zwar ein Land mitten in Deutschland, abhängiger denn irgend eins vom Zustandekommen einer deutschen Ganzheit! Es ist kaum je ein so trauriger Anblick erlebt worden in deutscher Geschichte. Erst wird das Bedürfniß der Freiheit und des Vaterlandes übertrieben bis zum Thörichten, und dann wird das Bedürfniß des Vaterlandes verleugnet wie eine überlebte Laune.

Diese Erfahrung ist ganz entsetzlich. Ueber Freiheit, wenigstens über das Maaß von Freiheit läßt sich streiten. Soll man auch über das Bedürfniß des Vaterlandes streiten und feilschen müssen, dann muß der Patriot freilich verzweifeln. Und doch ist aus dieser niederschlagenden Erfahrung nicht wegzuleugnen: daß in vielen Theilen Deutschlands weit mehr das Bedürfniß nach Freiheit und zwar nach unklarer, den Staat auflösender Freiheit unsre Landsleute in den Enthusiasmus getrieben hat Anno 48, weit mehr als das Bedürfniß nach einem einheitlichen Vaterlande, nach einem deutschen Staate. Dies größte sittliche Moment eines Volkes, sich als ein Ganzes, sich als ein solidarisches, zu Freud und Leid geeintes Ganzes darzustellen, sich darzustellen und zu bethätigen als eine Gesammtheit die bis zur Persönlichkeit ausgebildet, die zur Nation erwachsen ist — dies Moment hat die

Besseren und Edleren getrieben und begeistert zur Idee des deutschen Parlaments, zur Durchführung, nicht nur eines ersten, sondern eines immer wiederkehrenden deutschen Parlamentes. Wer das vergessen und verleugnen kann, der hat keinen vollen Antheil an deutscher Erhebung, der ist unser Feind und ist zu züchtigen, er stehe hoch oder niedrig. Ja, jene bittre Erfahrung vom Sommer und Herbste 49 hat uns belehrt, daß wir nicht nur im Egoismus der Einzelnfürsten die Widersacher deutscher Einheit zu suchen haben. Kaum wich der Zauberbann der Aufregung, so wich auch die Spannkraft des deutschen Gedankens aus Staaten und Stämmen, welche sich gerade geflissentlich hervorgethan hatten durch große Worte, es wich der patriotische Gedanke des Opfers, ohne welches nun und nimmer eine deutsche Einheit entstehen kann. — Ist dieser Gedanke des Opfers nicht lebendig zu erhalten, dann sind wir der Einheit nicht werth, und werden sie niemals auf dem Wege friedlicher Vereinbarung erreichen. So ist es und so war es: in erster Linie fehlte der mächtige Monarch im mächtigen Einzelnstaate um das Werk des Parlamentes in's Leben zu führen, wenn's Noth that in's Leben zu fechten; in zweiter Linie fehlte das durchgebildete, zur Reife der Einheit durchgebildete Volk. Natürlich schalt man hinterher auf's Parlament! Das hätte nicht nur eine Verfassung, sondern auch ein persönlich mächtiges Oberhaupt und ein politisch kundiges, ein patriotisch hingebendes Volk machen sollen.

Ihr werdet, Gott wird es uns gewähren, noch manches Parlament sehn, Ihr werdet nie etwas damit ausrichten, so lange Ihr selbst nicht besser werdet.

Jene Wendung im Sommer und Herbste 49, dieser furchtbare Rückfall in den kläglichsten Partikularismus innerhalb der mittlern Staaten, führt von selbst unsre Gedanken zurück auf Anfang, Mitte und Ende des ersten Parlaments und auf die Grundübel seiner Hindernisse. Die Schlange hat ersichtlich ihr dürftiges Ziel erreicht, sie beißt sich in den eignen Schwanz. Ihr habt nicht hören wollen, daß ein Dualismus bestehe von zwei Großstaaten in Deutschland, und daß ihm zuerst und zuletzt Rechnung getragen werden müsse, wenn aus Deutschland etwas werden solle. Die wirklichen Machtverhältnisse meintet Ihr verspotten zu können, und die Abgeordneten aus den kleinen Staaten waren die ärgsten Schreier, die Abgeordneten aus den mittlern Staaten waren die zähesten und treulosesten Gegner des engern und weitern Bundes, des einzig möglichen, einzig hoffnungsvollen Planes. Um dieser Schreier und Gegner willen kam der Plan mit Noth und nicht ohne Beschädigung zum Abschlusse im Parlamente. Was zu weiterer Beschädigung später noch geschehen konnte, hat der kurzsichtige Eigennutz partikularistischer Minister und Beamten, kurzsichtiger Konservativen, übersichtiger sogenannter Volksmänner in den mittlern Staaten eifrigst ausgeführt in der bösen Hoffnung, der dauernde Widerspruch

zwischen den beiden Großmächten werde die Mittelstaaten in dauernder Macht der Verhinderung erhalten.

Da kam zu Anfang Oktobers das Interim und mit ihm die erste Andeutung, die beiden Großmächte könnten sich verständigen und in höchster Instanz die mittlern Staaten mediatisiren. Da war der so trotzig geleugnete oder ungetreu gegen Deutschland ausgebeutete Dualismus in Form gefaßt, und zwar stand er plötzlich in gebietender Form vor Aller Augen. Geht es in dieser Richtung organisch weiter, so wird auf einem kurzen Umwege der Grundgedanke des ersten deutschen Parlaments erfüllt, und es entstehn dennoch die „Vereinigten Staaten von Deutschland und Oesterreich", der engere und der weitere Bund.

Es fragt sich nur, ob Oesterreich konsequent auf solche positive deutsche Politik eingehn will. Der Freund Oesterreichs wie der Freund Deutschlands muß dies von Herzen wünschen. Oesterreich hat mit riesenhafter Anstrengung die furchtbarste Krisis überwunden, es hat eine unermeßliche Zukunft vor sich — wenn es sich mit voller Sicherheit und mit ganzem Nachdrucke auf Deutschland stützen kann. Dies kann es nur, dies kann es aber ganz, wenn es Deutschland konstituiren, wenn es den deutschen Bundesstaat errichten hilft. Als deutscher Bundesstaat wird das jetzt tief untergrabene Deutschland ein konservativer, zuverlässiger Staat, seinen unirten Stammes-

brüdern in Oesterreich zu Schutz und Trutz bereit gegen die ganze Welt.

Kann Oesterreich von der wirklich veralteten Traditions-politik, in Deutschland hemmen und hindern zu müssen, nicht loskommen, dann ist Deutschland, und Oesterreich nicht minder, unabsehbar gefährdet. Beider Vortheil und Nachtheil ist solidarisch. Neben einem revolutionairen Deutschland kann Oesterreich nicht bestehn, und Deutschland bleibt revolutionair bis es zu einem Staate geeinigt ist. Wird dies nicht der Bundesstaat, wie jeder Einsichtige wünschen muß in Kenntniß der tiefen Quellen und Vorzüge unsrer Mannigfaltigkeit — dann wird es der Einheitsstaat. Unter Krampf und Kampf furchtbarer Uebergänge hofft man auf diesen Fall im Süden deutsche Eroberungen für Oesterreich, und zögert man deshalb von überlebter Politik zu lassen, so könnte man sich bitter verrechnen. Die für Freiheitsformen bereits überschäumenden süddeutschen Länder können nur mit einem reindeutschen Staate „befriedigt" werden in voller Bedeutung dieses Wortes. Für Oesterreich, welches ein ganz anderes Durchschnittsmaaß für Freiheit braucht, wären sie ein Pfahl im Fleische. Jene Hoffnung auf süddeutsche Eroberung für Oesterreich ist aber deshalb doppelt thöricht, weil jener Krampf und Kampf für einen deutschen Einheitsstaat unfehlbar den eben gestillten Krampf und Kampf im österreichischen Kaiserstaate erneuen und alle Kräfte Oesterreichs zur Selbsterhaltung in

Anspruch nehmen würde. Das ist nicht mehr zu hindern, daß jeder Pulsschlag Deutschlands in Oesterreich mitempfunden wird und zu ähnlichem Gebahren treibt. Darum muß es Oesterreichs erste und letzte Sorge sein, Deutschland zu befriedigen, Deutschland konservativ zu machen. Das ist möglich, das ist leicht jetzt, da ein erstes deutsches Parlament die richtigen Grundlinien vorgezeichnet. Kein Mensch kann wissen, welche Wendung bevorsteht, wenn diese Grundlinien verachtet werden, kein Mensch kann's wissen, so lange in Frankreich noch eine Republik besteht, deren Entwickelung oder Aenderung unter dichten Schleiern ruht, wie genau auch der dreiste Blick durch diese Schleier hindurchzusehn meint. Oesterreichs Eroberungen sind naturgemäß vorgezeichnet: das Donauland bis in's schwarze Meer muß und wird sein Land werden.

Als vereinigte Staaten im engern und weitern Bunde beherrschen wir den Kontinent, als einander hindernde Staaten gehen wir beide zu Grunde.

Diese Lösung des Wirrwarrs in der deutschen Frage war mit vollem Fuge das Alpha und Omega in der Paulskirche, diese Lösung hat das erste deutsche Parlament herausgearbeitet aus dem Wuste der Phantasterei und der Intrigue. Leugnet die Richtigkeit so viel Ihr wollt, macht sie zur Unrichtigkeit durch Euer Zuthun so lange Ihr könnt, das Nothwendige wird doch hindurchbrechen durch alle künstlichen Dämme und

Deiche, und weder wahre Ruhe, noch Recht, noch Sicherheit wird entstehn von Bremen bis Wien, von Memel bis Botzen, bis Ihr diesen Spruch Eures Parlaments vollzogen.

Wir streiten nicht um Souverainetät, wir streiten um Wahrheit. Die Geschichte soll und wird sagen: Das erste deutsche Parlament hat unter unerhörten Hindernissen und Schwierigkeiten die politische Wahrheit für Deutschland gesucht und gefunden. Ihr werdet niemals seines Gleichen sehn.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Register über das ganze Werk.

A.

Abberufung der österreich. Deputirten. III. 419.
— — preußischen. III. 429.
Ahrens II. 53.
Andlaw, Freiherr v., I. 95.
v. Andrian II. 14. III. 73.
Angriff auf die Paulskirche II. 270 ff.
Arndt I. 250. III. 227 ff.
Arneth III. 19. 64. 207. 355.
Arnim, Graf, v. Boitzenburg I. 226.
Arnim, Freiherr v., I. 226. II. 233.
Auerswald I. 243. II. 276. Ermordung 299 ff.
Austritt des Centrums III. 430.

B.

v. Bally II. 102.
Barth III. 26. 252.
Bassermann I. 94. 284 ff. II. 204. III. 50. 51. 114. 134 ff. 302. 305.
Becher in Wien I. 156.
Becker in Gotha III. 445.
Beckerath I. 209. 297. II. 76. III. 132. 211.
v. Beisler I. 300. II. 140. III. 6.
Berger aus Wien III. 68.
Berlin, Stimmung im April 1848 I. 133.
Beseler, Georg, II. 33. 63. III. 389.
Beseler, Wilhelm, III. 31. 184.
Biedermann I. 106. 113. III. 33. 133.
v. Biegeleben II. 81.
Blömer II. 236.
Blum I. 46. 99. 202. 242. 290. II. 57. 96. 160. 247. Seine Erschießung III. 151 ff.
Bock aus Minden III. 17.
v. Boddien II. 95.
v. Bothmer III. 387. 394.
Brandenburg-Manteuffel'sches Ministerium III. 115 ff.
Braun von Cöslin I. 289.
Brentano II. 102.
Buhl I. 316.
Bundestag. Beschluß des Vorparlaments I. 93 ff. Aufhebung der Ausnahmsbeschlüsse 102.
Bürgerverein in Frankf. II. 263.
Buß aus Freiburg III. 315.

C.

Camphausen III. 405 ff.
Census beim Wahlgesetz III. 309.
Centralgewalt I. 240. Gesetz darüber II. 10.

Clemens II. 174.
Compes I. 221. II. 257.

D.

Dahlmann I. 64. 277 ff. II. 1 ff. 32. 190 ff. 212. III. 49. 265. 268.
v. Deetz II. 285. 289.
Detmold II. 42 ff. 64. III. 7. Minister III. 427.
Deutsche Vereine I. 127.
Deym, Graf, III. 78 ff.
Directorium III. 254.
Döllinger II. 140.
Dreikönigsbündniß III. 441.
Droysen II. 35.
Duckwitz II. 74.
Duncker I. 287. III. 15.

E.

Edel I. 308. 312. III. 274. 316. 394.
Eisenmann I. 52. II. 96. III. 6.
Eisenstuck III. 241.
Endlicher in Wien I. 180.
Epistol. obscuror. vir. II. 101.
Erblichkeit des Reichsoberhauptes III. 255. 392.

F.

Falk III. 31. 248.
Fallati II. 80. 200.
Fallmerayer III. 434 ff.
Federer III. 404.
Flir II. 152.
Förster aus Hünfeld III. 6.
Francke aus Schleswig II. 14. 224.
Freudentheil II. 119.
Fröbel III. 151 ff. 272.
Funfziger-Ausschuß I. 91. 123.

G.

Gagern, Heinr. v., I. 57 ff. 90. Präsident der Nat.-Vers. 191. 325 ff. III. 53 ff. 87 ff. 181. Ministerpräsident III. 186. 194. 203. 217. 363. 371. 390. 423. 452 ff.
Gagern, Max v., II. 81. 250. III. 444.
Gagern, der Vater, III. 57.
Gervinus im Vorparlam. I. 46.
Gfrörer II. 274.
Giskra in Wien I. 164. II. 176. 236. III. 65.
Göden aus Posen II. 157.
Gothaer Versammlung III. 444.
Grävell II. 120. Minister III. 427.
Grimm, J., I. 11. III. 229.
Großdeutsches Projekt III. 290.
Grumbrecht III. 275.
Grundrechte. Im Vorparlament I. 105 ff. In der National-vers. II. 27 ff. 63 ff.

H.

Haubenschmied III. 16.
Hecker I. 23 ff. 83. 103. 114.
Heckscher I. 87. 207. 282. II. 9. 72. 222. 250 ff. III. 289. 376. 387.
Held in Berlin I. 185.
Henkel III. 369.
Hergenhahn I. 196.
v. Hermann aus München. II. 216 ff. 227. 359.
Hofmann aus Friedberg III. 310.

J.

Jakoby aus Königsberg I. 89.
Janiszewski II. 157. 173. 181.
Jaup I. 57. 108.

Jelineck I. 155.
Johann, Erzherzog Reichsverweser, II. 17 ff. 213. III. 187.
Jordan aus Berlin II. 163. 237. III. 105. 208.
Jordan, Sylvester, III. 14. 229.
Italienische Frage II. 149.
Itzstein I. 96. 104.
Jürgens III. 339.

K.

Kaiserdeputation III. 404. In Berlin 411 ff.
Kaisertitel III. 283.
Kaiserwahl III. 395 ff. Ablehnung III. 414 ff.
Kapp aus Heidelberg I. 95.
Karrikaturen II. 95 ff.
Keller, Graf, III. 17.
Kerst II. 104. 174.
Klubbs III. 9 ff. 320.
Koch III. 34 ff.
Kölner Domfeier II. 93. 116.

L.

Langerfeldt III. 15.
Lassaulx I. 301. II. 44. 266. III. 387.
Leiningen, Fürst, II. 83.
Lempferdt aus Dithmarschen I. 67.
Lichnowsky I. 203. II. 104. 248. 278. Ermordung 299 ff.
Limburger Frage II. 143.
v. Linde II. 147.
v. Lindenau II. 221.
Löw aus Posen II. 175.
Löwe von Kalbe II. 247. 432.

M.

Makowiczka III. 19.
Malmöer Waffenstillst. II. 189.
Mathy I. 320 ff. III. 183.
v. Meyern II. 149.
Messenhauser I. 153.
Metternich, Germain, I. 72.
Metternichsche Rechte III. 317.
Mevissen II. 81. 210.
Michelsen II. 147.
Mittermaier I. 37. 40. 77. II. 48.
Mohl, Moritz, I. 73. II. 96.
— Robert, II. 78.
Mühlfeld II. 42. III. 69 ff.

N.

Nationalversammlung I. 120. 191. Debatte über die Rauferei in Mainz 193 ff. Nationalsouverainetät 240. Debatte über ein provisor. Bundesdirectorium 277 ff. Schaffung der Centralgewalt II. 10. Debatte über die Grundrechte II. 27 ff.
Nauwerck I. 210. II. 99.
Nürnberger Hof III. 426.

O.

Oberhauptsfrage III. 232 ff. 385 ff.
Oberländer I. 140.
Oesterreichische Frage III. 46 ff. 64. 194 ff.

P.

Partikularismus der Linken in Preußen und Sachsen. III. 99 ff.
Paur III. 26.
Pecht's Aetzbilder II. 106.
Peucker II. 70.
v. d. Pfordten III. 459.
Philipps I. 302.
Piepmeyer. Sein Ursprung II. 52. 107.

Pittschaft I. 110.
Plathner III. 17.
Polnische Frage. Im Vorparlament I. 70. In der Nationalverf. II. 155.
Pötzl III. 26.
a Prato II. 151.
Proff I. 117.

R.

Radowitz I. 253 ff. II. 77. 154. 205. III. 58. 344. 355.
Raumer, Friedrich v., II. 72. III. 298.
Raumer, Hans v., III. 24.
Raveaux I. 14. 98. Sein Antrag 220. 313. III. 136.
v. Reden III. 7.
Regentschaft in Stuttgart III. 436.
Reh von Darmstadt I. 289. II. 56. III. 382. 432.
Reichenbach, Graf, I. 144.
Reichensperger I. 315. III. 51. 247. 387.
Reichsministerium II. 69.
Reichsversammlung III. 1 ff.
Reichsverweser. Ernennung desselben II. 13. Eintritt in die Nat.-Verf. 66.
Rest- und Rumpfparlament III. 399 ff.
Riesser III. 36 ff. 136. 145 ff. 304. 366 ff.
Rochau I. 97.
Römer II. 47. III. 436 ff.
Ronge I. 31 ff.
Roquette aus Bromberg I. 116.
Rösler aus Oels II. 95.
Rößler aus Oesterreich III. 19.
Rotenhan II. 14. 42.
Rüder aus Oldenburg I. 86.
Ruge I. 247 ff. II. 150. 175.
Rümelin III. 29. 255.

S.

Sächs. Particularism. III. 463.
v. Sänger II. 175.
v. Saucken-Tarputschen I. 310.
Schaffrath I. 43. 222. 243. III. 101 ff.
Scheller II. 40. III. 370.
Schleiden aus Schleswig-Holstein I. 67.
Schlesien I. 142 ff.
Schleswig-Holstein im Vorparlament I. 68. In der Nationalverf. II. 185 ff. Reichsversamml. III. 1 ff.
Schlöffel I. 144. II. 96.
Schmerling I. 199. II. 17. 69. 209. 230. III. 51. 182 ff. Oesterr. Bevollmächtigt. 200. 208. 339. 387.
Schmidt v. Löwenberg II. 174.
Schneer aus Breslau III. 8.
Schoder, sein Antrag I. 299. II. 90.
Schubert aus Königsb. II. 199.
Schüler aus Jena I. 7. II. 60. III. 240.
Schulz aus Darmstadt I. 65.
Schütte in Wien I. 152.
Schwarzer in Wien I. 154.
Schwerin, Graf, III. 59.
Schwetschke II. 101.
Senff aus Posen II. 160.
Sepp III. 16.
September-Unruhen in Frankf. II. 275 ff.
Siebner-Commission v. Heidelberg I. 20. Debatte über ihr Programm 42 ff.
Simon, Heinrich, II. 53. III. 121. 361.
Simon, Ludwig, v. Trier, I. 291 ff. II. 249. III. 143.
Simson III. 189 ff. 413 ff.
Soiron I. 107. II. 40. 106.

Stahl III. 26. 251.
Stedmann I. 19. 315. II. 220. 255.
Stenzel aus Breslau II. 156.
Stever aus Mecklenburg I. 19.
Struve I. 21. 41. 97.
Stüve III. 461.

T.

Tausenau in Wien I. 157.
Tellkampf II. 53.
Thöl III. 32.
Transaction, angebl., III. 379. 402.
v. Trützschler I. 295 ff.
Turnus im Reichsoberhaupt III. 254.

U.

Uhland III. 75 ff. 278.

V.

Venedey I. 87. II. 177. III. 136.
Verfassungsausschuß II. 31 ff.
Viebig aus Posen II. 180.
v. Vincke I. 219. 232 ff. 300. II. 104. 243. III. 42. 52. 121. 124 ff. 143. 213 ff. 273. 321.
Vogt aus Gießen I. 62. 76. II. 96. 151. 241. III. 7. 8. 217. Reichsregent 433.
Volksversamml. auf d. Pfingstweide II. 261 ff.
Vorparlament I. 1 ff. 36 ff. Schluß 119.

W.

Wächter aus Stuttgart I. 61.
Wagner aus Steyr III. 207.
Wahlgesetz III. 294 ff.
Wahlmodus zum Parlamente I. 75 ff.
Waitz I. 311. II. 37. 232.
Waldburg-Zeil, Fürst, III. 396.
Watzdorf aus Sachsen I. 8.
Weber, Beda, III. 74. 265.
Weidenbusch-Partei III. 320 ff. 368. 401.
Welcker I. 12. 44. 80. 207. 298. III. 99. 122. 230. 245. 330. 337. Sein Antrag 339. 421.
Werner aus Coblenz, s. Antrag I. 221.
Wernher von Nierstein I. 316. III. 30. 307.
Wesendonck I. 98. 222. II. 214.
Widenmann I. 221. 308. II. 80.
Wien im April 1848 I. 151. Sturmpetition 161. Revolution 166 ff.
Wiesner von Prag und Wien I. 66. 283. II. 99. 175.
Wiethaus III. 374.
Wigard I. 198. 212 ff. II. 61.
Wippermann I. 309.
Wurm I. 13. II. 207. III. 33.
Würth, Joseph von, II. 69. III. 65. 216. 355.
Wydenbrugk I. 208. 302. III. 132. 211.

Z.

Zachariä aus Göttingen II. 148. III. 118.
Zeitungen. Ihre Stellung zur Verfassungsfrage III. 322 ff.
Zell III. 345 ff.
Zerzog III. 20.
Zimmermann von Stuttgart I. 304.
Zitz I. 93. 193. 304.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Laube, Heinrich,

Das erste deutsche Parlament

Bd.: 3

Leipzig 1849

J.publ.g. 424 f-3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560041-9